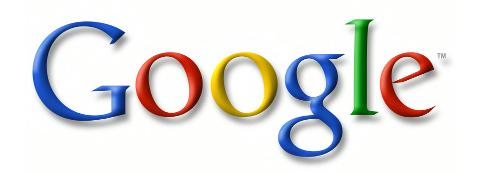


Johann Beyer

Bilder aus der Geschichte Bremens

Verlag von Carl Schünemann
Bremen


EXLIBRIS VON KEISER
EXCELSIOR

Bilder

aus der

Geschichte Bremens

im 19. Jahrhundert

von

Johann Beyer.

Bremen.
Verlag von Carl Schünemann.
1903.

Vorwort.

Wie schon der Titel andeutet, erhebt das Buch durchaus keinen Anspruch auf die Darstellung einer zusammenhängenden Geschichte Bremens im verflossenen Jahrhundert. Es erzählt nur von den wichtigsten Begebenheiten dieses ereignisvollen Zeitraumes. Dabei ist die allerneueste, noch nicht in sich abgeschlossene Zeit nur gestreift, und noch lebende Persönlichkeiten von Einfluß und Bedeutung auf die Entwicklung unserer Vaterstadt wurden nach Möglichkeit nicht in den Kreis der Betrachtungen gezogen.

Als Quellen dienten die bekannten vorzüglichen Werke heimischer Autoren, v. Bippen, Buchenau, Duntze und J. G. Kohl; andere Bücher, Broschüren, Zeitschriften und Zeitungen sind an betreffender Stelle im Text genannt.

Inhalt.

		Seite
I.	Bremen um 1800	1
II.	Vor der Franzosenzeit	17
III.	Unter französischer Gewaltherrschaft	26
IV.	Die Jahre 1813—15 (Heinrich Böse. Das Bremer Mädchen)	46
V.	Johann Smidt	62
VI.	Olbers	82
VII.	Von der Gesellschaft „Museum“	89
VIII.	Reform der Verfassung	93
IX.	Die vormärzliche Zeit	107
X.	Die Sturmjahre.	
	1. Ein Spaziergang durch Bremen um 1848	111
	2. Der 8. März 1848	126
	3. Die bremische Demokratie 1848 und 49. Rudolf Dulon	134
	4. Die bremische Demokratie 1851	154
	5. Das Ende der bremischen Demokratie und die Revision der Verfassung	158
	6. Rückblick. Der Totenbund	162
	7. Der Dulonsche Kirchenstreit	167
XI.	Über die Entwicklung von Handel und Verkehr.	
	1. Arnold Duckwitz	182
	2. Von der Oberweserschiffahrt in den 30er Jahren	185
	3. Vom Seeverkehr in älterer Zeit	188
	4. Bremen und der Zollverein	192
	5. Vom bremischen Postwesen	200
	6. Von der ersten Bremer Eisenbahn	203
	7. Vom Norddeutschen Lloyd und seinem Gründer	210
	Anhang.	
XII.	Aus der Geschichte des Bremer Stadttheaters	217

I. Bremen um 1800.

Die Zeiten ändern sich
und wir uns mit ihnen.

Besser dünkt ja allen, was vergangen ist, sagt der gemütvolle Mörike. Wie eine Landschaft aus weiter Ferne dem Auge schöner dünkt, als in unmittelbarer Nähe, so erscheint auch uns Menschen die Vergangenheit, durch die Erinnerung verklärt, in einem milden Lichte, so daß wir gern ihrer gedenken.

Wir sprechen oft von der „guten alten Zeit“, die aber, bei Licht betrachtet, gar nicht so schön und gut war, wie sie sich unsere Phantasie ausmalt, und einer der größten Männer unserer Vaterstadt, der ehemalige Bürgermeister Smidt, hat sicherlich recht, wenn er, dem ein Rückblick über 70 Jahre vergönnt war, sagt: „Die Zeiten sind unendlich besser geworden.“

Versetzen wir uns im Geiste in die Zeit vor ca. 100 Jahren, etwa in den Januar anno domini 1800, und statten wir unserer lieben Vaterstadt einen Besuch ab. Wir nähern uns von der Gegend aus, wo jetzt der Bahnhof liegt, also von der Bürgerweide (dem späteren Bürgerpark) aus der Stadt. Nachdem wir uns im Schafkoben (Schafstall), einem Wirtshause — bis 1875 am Eingang des Philosophenwegs gelegen —, an einem Glase „Brunbeer“ gelabt, beginnen wir unsere Wanderung durch den Schafkoben, unsere jetzige Bahnhofsstraße, so benannt nach dem damals vor dem Herdentor gelegenen Schafstalle. Vor uns liegt die alte freie Reichsstadt Bremen als düstere Festung mit Stadtgraben und Wall, mit dicker Stadtmauer und finster dreinschauenden Festungstürmen. Ihre Glanzzeit als Festung ist allerdings vorüber, das sieht man ihr an: sie, vor deren Mauern einst die berühmtesten Feldherren, ein Tilly, ein Königsmark, ein Wrangel umkehren mußten, geht stark ihrem

Verfalle entgegen, und ihre Bewohner, der vielen aufregenden Belagerungen satt, wünschen nichts sehnlicher, als daß die alten Festungswerke baldigst abgetragen werden möchten. Der mächtig fortschreitenden Kriegskunst sind sie schon lange nicht mehr gewachsen. Besonders der Stadtgraben bereitet den Bürgern nichts als Ärger. Im Sommer gilt es, ihn von Schlamm und Schmutz zu reinigen, was keineswegs eine angenehme Arbeit ist, im Winter muß er vom Eise freigehalten werden, weil er sonst seinen Zweck verfehlen und den Feinden eine willkommene Brücke in die Stadt bieten würde. Gerade sind eine Reihe von Bürgern dabei „to isen", d. h. die Eisdecke, die sich über Nacht gebildet hat, zu zertrümmern, zu welcher Arbeit sie in bestimmter Ordnung aufgeboten werden. Sie haben sich bei ihrer kalten Arbeit wohl verproviantiert, Speisen und besonders wärmende Getränke füllen ihre Manteltaschen. So ungemütlich das Isen auf dem Stadtgraben, so viel angenehmer ist es, wenn es bei der Wahl eines Ratmannes nach guter Bremer Sitte „wat to isen giwt", d. h. wenn man sich bei den Wahlfestlichkeiten die Taschen mit allerlei eß- und trinkbaren schönen Dingen vollstopfen durfte. Wer kennt nicht die prächtige Schilderung dieser eigenartigen Sitte des Isens aus Willem Roccos Erzählung „Vor veertig Jahr", wo der famose Sniderамtsmeister Pfeiffer das Isen so vorzüglich ausführt, daß die fröhliche Straßenjugend in hellen Haufen hinter dem bekannten Manne mit seinen vollgestopften Manteltaschen einherrennt mit den begeisterten Rufen: „Sniderамtsmeister Pfeiffer hett is't, Sniderамtsmeister Pfeiffer hett is't!" Daß der Ruf „Is, is!" noch heute in unseren Straßen erklingt, ist jedem Tagenbaren bekannt.

Lange genug haben wir dem Isen zugesehen, wir gehen jetzt durch das Herdentor in die eigentliche Stadt. Vielsagend und bedeutungsvoll grüßt uns die alte Inschrift an der porta porcorum, dem Söge- oder Schweinetor:

„Bremen, was gedechtig
Laht nicht mehr in
Du syst ehrer mechtig." (Nach Post.)

und wir gelangen durch das alte Torgewölbe (das bis 1826 gestanden) in die Sögestraße, jene schmale Gasse, in der sich heute das Bremer Leben zentralisiert und die moderne Jugend sich allabendlich ein Rendezvous gibt, in der aber damals die Schweine

(daher der Name Söge= = Schweinestraße), Kühe und Schafe tagtäglich auf die Weide vor dem Herdentor hinaustrabten. Es gab zu jener Zeit noch recht viel „nomadische Elemente“ in unserer guten Stadt, die Namen vieler Straßen erinnern daran: Schüsselkorb, eigentlich Schöttelkorf — eine Hürde bedeutend, in der gepfändetes Vieh geschottet, d. h. eingeschlossen wurde —, Knochenhauer=, Weide=, Wiesen=, Roß= und Hundestraße. Wie schmutzig mag es damals in der belebtesten Gegend der Stadt ausgesehen haben! Wie viel Unordnung, ja Gefahren für die Gesundheit der Bewohner verursachten die aus= und einwandernden Viehherden! Die Straßenpolizei hatte ihre liebe Not mit dem Vieh, besonders mit den Schweinen, die es in großer Menge gab. Schweinekofen fanden sich in früheren Jahrhunderten in allen Straßen der Stadt.

In alten Pestordnungen wird davor gewarnt, „die Schweine nicht so viel in den Häusern, Zimmern und Kellern herumlaufen zu lassen“. Daß die Schweine sogar das Leben der Einwohner gefährdeten, ersieht man aus einer — allerdings älteren — Verordnung des Rates. „Wäre es, daß ein Eber, der scharfe Hauer im Maule hätte, auf den Straßen herumginge und Schaden verursache, so soll der, dem der Eber gehöre, mit drei Pfund büßen, der Eber aber mit seinem Leben.“ Die Schweine, die schmackhaften Würste und Schinken des „von der Schnauze bis zum Schwanze eßbaren Grunzers“, waren gar sehr mit dem Leben der Bremer verwachsen, bedurfte es doch besonderer Gewaltmaßregeln, um die vielen Schweinekofen endlich aus den Straßen zu verbannen, und liegt doch die Zeit gar nicht so fern, wo fast jeder Bürger um Weihnachten sein Schwein vor der Haustür schlachtete.

Unser Weg führt uns die Sögestraße hinauf, vorüber an der ehemaligen alten Börse, auf deren Areal jetzt das herrliche Kaiserdenkmal steht, nach dem Mittelpunkte der Stadt, dem Marktplatze mit seinen ehrwürdigen Zeugen ruhmreicher Vergangenheit, dem Rathaus, dem Roland und dem Schütting. Den Dom mit seiner häßlichen Turmhaube und seiner Turmruine, wie er noch frisch in unserer Erinnerung steht, zur Linken lassend, gelangen wir in die Wachtstraße. Hier begrüßt uns schon wieder die altere düstere Festung in Form des Brückentors, das noch bis 1839 gestanden. Die lateinische Inschrift: „Conserva Domine, Hospitium Ecclesiae Tuae — Erhalte, o

Herr, die Herberge deiner Kirche", deutet darauf hin, daß wir uns in einer kirchlichen Stadt befinden, die stolz darauf ist, eine Herberge der Kirche genannt zu werden. Unsere jetzige neue Weserbrücke veranschaulicht uns in ihrer altertümlichen Architektur, besonders in ihren imposanten Torbögen, einigermaßen das Bild jenes alten Brückentors, — wenn auch die an beiden Enden der Brücke aufgestellten Grabobelisken ihr keineswegs zum Vorteil gereichen. — Die alte Weserbrücke vor hundert Jahren, nicht die erst 1840 erbaute Vorgängerin unserer jetzigen, ruhte auf eingerammten Pfählen mit Jochen, sog. Böcken, und konnte in ihrem der Altstadt am nächsten gelegenen Teile, dem Fährgatt, geöffnet werden, um die Schiffe durchzulassen. Nachdem wir uns eine Weile des malerischen Anblicks erfreut, den die mittelalterliche Stadt mit ihren vielen diesseits und jenseits der Weser gelegenen Packhäusern und ihren Festungswerken bietet, setzen wir unsere Wanderung über die Tiefer, den ältesten Teil der Stadt, wo der Sage nach vor ca. 1000 Jahren die ersten Fischerhütten lagen, fort nach dem Altenwall, und vor uns liegt das letzte der drei alten Festungskastelle, der mächtige Ostertorszwinger, vom Volke kurzweg der Zwinger genannt. Die beiden andern, die Braut — vor der großen Weserbrücke auf dem Platze des jetzigen Arbeitshauses gelegen — und der Stephanitorszwinger sind längst durch den Blitz zerstört, wobei die Explosion der dort lagernden Pulvermassen großes Unheil anrichtete. Auch der Ostertorszwinger ist von diesem Schicksal nicht verschont geblieben. Im Juni des Jahres 1624 wurde auch er vom Blitz getroffen und in seinem oberen Teile zerstört. Er wurde jedoch restauriert und diente seitdem (noch bis 1826) als Gefängnis. Wir gehen indes nicht hinein, denn gemütlich ist es nicht dort, sondern bleiben lieber auf dem Walle, dem beliebten Spazierwege der Bremer. Das alte Ostertor gewährt einen weit freundlicheren Anblick als der finstere Zwinger. Über dem Tore der Stadtmauer befindet sich ein viereckiger Turm, die Glocke genannt, weil eine Glocke in ihm angebracht war. Besonderes Interesse erregt die lateinische Inschrift, die, in unsere Muttersprache übersetzt, folgendermaßen lautet: „Die Stadt muß statt durch Steine und Mauern durch die Tapferkeit ihrer Bewohner befestigt sein. Wenn diese die Eintracht verbindet, kann keine Mauer fester sein." Solche Inschriften, wie wir sie bereits am Herdentor kennen lernten, enthielten auch die übrigen

Tore. So stand am Schuldturm, dem Torturm beim Ansgariitor, der bis 1831 als Schuldgefängnis diente: „Heic fraudum terminus esto = Hier sei das Ende der Betrügereien.“ Am Doventor las man, ebenfalls in lateinischer Schrift: „Die Staaten sind durch keinen Schutz nach Gott sicherer als durch die Tugend ihrer Bürger. Ein Bürger aber ist der, welcher sein Vaterland aufrichtig liebt und jedem Guten Heil und Wohlfahrt wünscht“, während beim Stephanitor an dem mit dem Wappen der Stadt geschmückten Portal der Zugbrücke geschrieben stand:

„Schau hir die Löwen an wie einig daß Sie halten
Den Schlüssel dieses Reichs, Sie lassen Gott stets walten
Wann Gottes rechte hand das Thor schließt auf und zu
So hat die Bremer stadt den süßen Fried und Ruh.“

Der alte Festungswall, unseren jetzigen weit berühmten, prächtigen Anlagen natürlich nicht zu vergleichen, bietet immerhin, obgleich er an manchen Stellen als Schuttabladeplatz benutzt wird, in seiner Abwechslung von Grasplätzen und Gemüseländereien einen noch einigermaßen anständigen Spazierweg, wenigstens einen weit besseren als die Straßen in der Stadt, die man ohne allerlei Hindernisse, ja ohne Lebensgefahr kaum passieren kann. Wenn wir auch nicht mehr der Gefahr ausgesetzt sind, alle Augenblicke über einen Schweinekofen zu stolpern, so hindern doch die geöffneten Kellerlöcher mit schlecht gewahrten Verschlüssen und Türklappen, die vielen Vorbauten, Ausluchten und Erker — unsere Straßenregulierungsbeamten wissen heute noch ein Lied von ihnen zu singen — an einem raschen Vorwärtskommen. Aber die vielen Bäume in den Straßen lassen uns die Beschwerlichkeit des Weiterkommens bald vergessen. Wir malen uns in unserer Phantasie einen Sommerabend aus, wo die Hausbewohner unter dem Schatten der Bäume auf steinernen Bänken, sog. Beischlägen, vor den Häusern sitzen, ihr Pfeifchen rauchen und mit dem Nachbar gemütlich plaudern, während sich die Jugend auf der Straße tummelt, wie wir es heute noch in der Neustadt beobachten können. Ausgehen war keine Mode, das haben die Bremer erst später gelernt. Wohin sollte man auch gehen? Man blieb daheim und genoß die Feiertagsstunden vor der Haustür. Auch die wohlhabenden Leute entfernten sich selten weit von ihren Häusern, sie genossen ihre Freuden in und beim Hause, schon aus dem Grunde, weil man für sein Hab und Gut unausgesetzt

zu fürchten hatte. Unruhen und Tumulte aller Art gab es in der Stadt genug, dazu kam die Angst vor den Feinden und vor dem Feuer. Eine ganz besondere Vorliebe hatten die Bürger für Pfähle, die sie anbrachten, wo es nur eben anging. Nicht nur vor jedem Hause waren Pfähle aus Eisen, Steinen oder Walfischkinnbacken eingepflanzt, um den Fuß- vom Fahrweg abzugrenzen, auch die öffentlichen Plätze hatten eine Einfriedigung von Pfählen, die dann unter sich durch Eisenketten verbunden waren. In unserer Zeit hat man die Pfähle beseitigt, ob damit das „Pfahlbürgertum“ auch, möchte man manchmal bezweifeln. Waren die alten Bremer echte Pfahlbürger, so waren sie doch keine Dunkelmänner. Sie liebten das Licht. Durch zahllose Fenster ihrer schmalen, spitzgiebeligen, mit hohen Schornsteinen geschmückten Häuser suchten sie das Licht aus den engen Gassen aufzufangen, und nicht genug damit, auch im Innern des Hauses setzten sie Scheiben ein, wo es anging. Glasscheiben bildeten damals die beliebtesten Geschenkgegenstände. Jedem Fremden fielen die zahllosen Fenster in der Stadt auf, und als die ersten Franzosen im Jahre 1806 nach Bremen kamen, machten sie große Augen und meinten, die „vitrea Brema — das gläserne Bremen“ — sei ein „wundervoller Ort zum bequemen Plündern und Einbrechen“.

Das Wandern durch unsere alte Vaterstadt hat uns hungrig gemacht. Überdies ist es Mittag, soeben gibt nach guter Bremer Sitte die Betglocke das Zeichen zur Hauptmahlzeit des Tages. Angenehmer Duft nach Braunkohl und Speck, dem uralten Wintergericht der Bremer, dringt uns aus vielen Häusern entgegen. Der braune Kohl war das beliebteste Gemüse unserer Großväter und Urgroßväter, außer ihm und Rüben und Wurzeln gab es fast kein Gemüse; Spargel und Blumenkohl waren äußerst rar und galten als ganz besondere Delikatessen. Doch unser Magen verlangt heute nach etwas besserem; wir laden uns daher bei einem wohlhabenden Kaufherrn zu Gaste, um zu sehen, was es bei ihm zu essen gibt. Große Ansprüche an seine Küche dürfen wir allerdings auch nicht machen, einfach und „däftig“, wie der Bremer in allen Dingen, ist auch seine Kost, echte Hausmannskost. Es gibt Stockfisch in dicker weißer Brühe mit gelben Wurzeln, das „berühmte“ Freitagsessen der Bremer, das schon manchen aus der Ferne eingewanderten Jünger Merkurs in nicht gelinde Verzweiflung versetzt hat. Kartoffeln

gibt es nicht, das „giftige Zeug“ wird in den meisten Familien als gesundheitsschädlich verachtet und vermag sich nur langsam einzubürgern. Statt derselben nehmen wir mit einer Mehlspeise vorlieb. Auf ein Glas Wein müssen wir ebenfalls verzichten, Wein gibt es nur im Ratskeller und in den großen Weinhandlungen der Stadt, nicht aber an der Tafel des Bürgers. Aber ein Glas guten Gerstentranks wird uns der gastfreundliche Hauswirt gern kredenzen. Damit soll indes nicht gesagt sein, daß unsere Vorfahren den edlen Traubensaft verschmäht hätten. Im Gegenteil! Außer seinen vier Pfählen war der Bremer Bürger durchaus nicht abstinent. Der Ratskeller weiß aus jener Zeit her von manchem feucht-fröhlichen Gelage zu erzählen, und unsere Alten wußten die Shakespearesche Weisheit, die der Sänger unseres berühmten Weinkellers, Wilh. Hauff, seinen „Phantasien im Bremer Ratskeller“ voransetzte, sehr wohl zu würdigen: „Guter Wein ist ein gutes, geselliges Ding, und jeder Mensch kann sich wohl einmal davon begeistern lassen.“

Also sparsam ging es im Haushalte der alten Bremer zu, besonders in Speise und Trank erlaubte man sich keinen Luxus, ein Charakterzug der Bremer, der sich noch bis auf den heutigen Tag erhalten hat. Auch die wohlhabenden Bürger machten darin keine Ausnahme. Ging aber doch einmal das Verlangen des einen oder des anderen nach einem außergewöhnlichen Genusse, so wurde dieser in aller Heimlichkeit befriedigt. So wird von einem reichen Bremer erzählt, der, wenn er sich dann und wann einmal in aller Stille mit guten Freunden an einer Portion Austern, einer besonderen Delikatesse in damaliger Zeit, zu gute getan, die verdächtigen Schalen weit von seinem Hause entfernt auf die Straße tragen ließ, „um von den Leuten nicht für einen Schlemmer gehalten zu werden, der zu Hause Austern esse“. Aber nicht alle Bürger dachten so, es gab wie überall im Leben auch Ausnahmen. Solche Leute hielten es für „vornehmer“, zu einer späteren Stunde als gerade um 12 Uhr zu speisen und erlaubten sich, in dieser späteren, vornehmeren Eßstunde auch allerlei vornehmeren Genüssen zu fröhnen. — Uralte Gerichte, Kohl und Pinkel und Seefahrtsbier gibt es bekanntlich heute noch bei der „Schaffermahlzeit“.

Ganz anders als zu Hause im Kreise der Seinen zeigte sich der Bremer, wenn es galt, einen angesehenen Gast zu bewirten. Dann wollte man sich nicht „lumpen“ lassen, und

der Küchenzettel wies dann ganz ungewöhnliche, lukullische Reichtümer auf. Ein Ende des vorigen Jahrhunderts aus Süddeutschland nach Bremen berufener Prediger weiß davon in seinen „Memoiren" ein Lied oder besser eine Litanei zu singen, die so interessant und charakteristisch für das damalige Leben ist, daß etwas daraus im Auszuge hier folgen möge. Während der würdige Herr früher wiederholt an fürstlichen Tafeln gespeist, aber höchstens 1½ Stunden lang daran gesessen, war er bei uns dazu verdammt, an die 5 Stunden hindurch zu essen und zu trinken. „O, ich kam fast von Sinnen," klagt er, „und hätte sie vor innerem Zorn zuletzt alle mögen bei den Köpfen kriegen und meinen Amtskollegen, Pastor T., sowie den Senator B., den Vorsteher meiner Gemeinde, bei den Perücken, und um so mehr, da sie nicht die leiseste Ahnung davon hatten, daß eine fünfstündige Fütterung mir kein Vergnügen machen könne, ja, daß sie mir zuletzt unerträglich sein müsse. Als endlich nach vier Stunden des Essens der oder vielmehr die Hauptbraten von Wildbret, Putern und dergleichen mehr nebst den Beigerichten abgetragen worden waren, und ich nun hoffte, daß der Nachtisch die Gäste nicht mehr lange aufhalten würde: siehe, da ging mein Elend wieder von neuem an. Denn nun wollte das Auftragen von Austern gar kein Ende nehmen. Dann kamen erst die gebratenen Neunaugen und eine solche Menge anderer Gerichte, daß mir zuletzt der Angstschweiß in hellen Tropfen von der Stirn perlte. Ich hatte freilich schon lange alle Gerichte bei mir vorübergehen lassen, denn ich war bereits einige Stunden vorher satt gewesen, und mehr, als mich satt essen, konnte ich doch nicht. Aber ich hatte keinen anderen Gedanken als den: O du allmächtiger Gott, wann will denn dies endlich aufhören? Gewiß, ich kann in vollem Ernste bezeugen, ich habe bei dieser Bremer Festmahlzeit, während alles um mich her sich gütlich tat, so zu sagen, wie ein Märtyrer gelitten." — Des weiteren klagt der Bedauernswerte, daß, weil ja das „ungeheure Essen" ihm zu Ehren veranstaltet sei, er sich von dem „Jammer seiner Seele" nichts merken lassen dürfe, man würde ihn für „dumm, grob und halb verrückt" gehalten haben. „Für mich war es ein schrecklicher Gedanke, in diesem Bremen leben und sterben zu sollen. Man stand doch endlich, ja wohl endlich! von der Tafel auf — es war 8 Uhr abends — und

schöpfte etwas frische Luft. Dann ward der Kaffee getrunken und dabei Tabak geraucht. Nun trug sich aber zwischen 9 und 10 Uhr abends noch etwas mir höchst Auffallendes zu. Die Herren stellten sich in zwei Linien, dem Range nach, einander gegenüber, und jedem ward ein Römer in die Hand gegeben, den Aufwärter mit altem Rheinwein füllten. Es wurde auf jedes einzelnen Herrn Gesundheit nach dem Range getrunken, wobei die Aufwärter immer wieder Wein zugossen, und jeder bedankte sich dann einzeln bei jedem für die ihm erwiesene Ehre. Da nun gegen 20 Herren gegenwärtig waren, so nahm diese Zeremonie noch eine ziemliche Zeit weg. Dabei wurden auch allgemeine Trinksprüche ausgebracht, als: Floreat respublica! Floreat commercium! Endlich ward auf meine glückliche Zukunft getrunken, und alles vereinigte sich zuletzt zu Trinksprüchen auf den Herrn Senator B. und seine Familie. Nachdem so jedem sein Recht widerfahren war, brach man auf und empfahl sich. Die Vorsteher der Gemeinde und mein Amtsgenosse führten mich in meine Wohnung, wo ich auch meine Frau wieder in der Mitte von lauter Lebensmitteln traf. Es waren Geschenke unserer lieben Gemeindeglieder. Dazu auch allerlei schönes, von ihnen ebenfalls geschenktes Hausgerät." — Nun, dem Herrn Pastor wird es doch wohl in Bremen gefallen haben! Die alten Bremer meinten es ehrlich in ihrer Gastfreundlichkeit, die sie vielleicht allzu reichlich übten! Suum cuique! Jedem das Seine! Dieser Wahlspruch galt und gilt noch bei uns. Dafür zeugen die Verse in unserem Ratskeller:

Wenn ich Rüdesheimer preise,
Mag dir Markobrunner frommen,
Jeder such' auf seine Weise
In das Paradies zu kommen.

„Nach der Mahlzeit soll man stehn oder tausend Schritte gehn." Diese alte hygienische Weisheit wollen auch wir befolgen, zumal uns unser liebenswürdiger Gastgeber zu einem Spaziergang nach der Neustadt freundlichst eingeladen hat. Eigentlich sollte es eine Spazierfahrt werden. Aber wir haben dankend abgelehnt, denn Spazierenfahren in den Straßen der Stadt oder über das Weichbild derselben hinaus gehörte keineswegs zu den Vergnügungen unserer Vorfahren. War schon die Passage in Ermangelung guter Trottoire, wie wir sie

heute gewohnt sind, äußerst unbequem, so war eine Fahrt erst recht ungemütlich, denn das Straßenpflaster befand sich im Anfange dieses Jahrhunderts in einem fast vorsündflutlichen Zustande. Nach der löblichen Anordnung der Behörde pflasterte nämlich jeder Bürger die Straße vor seinem Hause bis zur Mitte des Fahrweges selber, oder ließ sie auf seine Kosten herstellen, die andere Hälfte besorgte sein Nachbar vis-à-vis. Bildete sich nun, was leicht vorkam, hier und da ein Loch im Pflaster, so hatte der betreffende Anwohner die Pflicht, dasselbe auszufüllen, und oftmals machte er seine Sache so vorzüglich, daß sich ein hoher Damm auftürmte, soweit sein Haus reichte. Fuhr dann ein Wagen darüber hinweg, so stürzte er auf die andere Seite der Straße hinüber; so ging es bald auf-, bald abwärts, bald nach rechts, bald nach links über das holprige Pflaster hinweg, so daß wir, durch unsere elektrischen Bahnen verwöhnten Kinder einer besseren Zeit, bei einer solchen Fahrt unfehlbar seekrank werden würden. Übrigens war es mit dem Straßenpflaster in den 30er Jahren nicht viel besser bestellt. Ein Gedicht von J. G. Horn, „Ein Spaziergang auf dem Steinpflaster in Bremen“ (1832), beschreibt u. a. das Pflaster mit vielem Humor. Wir gehen daher lieber zu Fuß nach der Neustadt. Aber nach der Neustadt? Warum nicht nach Schwachhausen oder einem andern beliebten Ausflugsorte außerhalb der Stadt? Aus dem einfachen Grunde, weil die Umgegend unserer Stadt eine recht trostlose war. Der Festung wegen durften nach einer alten Verordnung des Rats in nächster Nähe der Stadt keine Gärten mit Planken oder Hecken, keinerlei Gebäude angelegt werden. Die Umgebung Bremens bestand deshalb noch zu Anfang unseres Jahrhunderts fast nur aus Feldern, dazu waren die Wege in einem Zustande, der das Spazierenfahren und Spazierengehen fast unmöglich machte. Unwegsame Brüche und große Sümpfe fingen da an, wo das Pflaster aufhörte. Touren aufs Land gehörten damals noch zu den Seltenheiten. So war eine „Reise“ nach Oberneuland mit seinen „schönen Eichenhainen“ mit großen Schwierigkeiten verbunden. Man trat die Reise nicht an, ohne allerhand Vorsichtsmaßregeln getroffen zu haben, Beile und Stricke durfte man nicht vergessen, denn „die Wege waren gar zu abscheulich“. Kaum kam man zum Tore hinaus, so waren die Wege schon mit Wasser überstanden. Von Schwachhausen

ab wurde aus der Landpartie in der Regel eine Wasserpartie, die so lange dauerte, bis man endlich zu dem „rettenden Sande von Oberneuland“ kam. Wie beschwerlich eine „Reise“ nach Oberneuland, dem „schattenreichen Paradies“, war, davon gibt die Fahrt eines bremischen Bürgermeisters kurz vor 1800 Kunde. Der betreffende Herr Bürgermeister hatte eine Einladung zur Mittagstafel auf einem Landsitz in Oberneuland abgelehnt, weil er eine Ratssitzung habe, die voraussichtlich bis 12 Uhr mittags dauern würde. Dennoch erschien der Herr Bürgermeister ganz unerwartet um 2 Uhr in der Villa, als die Gäste eben an der Tafel Platz genommen hatten. Die Ratssitzung war nämlich schon vor 12 Uhr beendet worden, und der Bürgermeister hatte sich noch rasch in seinen vierspännigen Wagen geworfen, um nach Oberneuland hinaus zu fahren. Diese schnelle Fahrt von ca. $2^1/_2$ Stunden wurde von der Gesellschaft als ein Wunder angestaunt. Ohne großen Schaden war dieses Wagnis indes nicht von statten gegangen. Es kostete dem Bürgermeister eines seiner vier schönen Pferde, das bei der übergroßen Anstrengung gestürzt und gestorben war. — Um uns nicht auch ähnlichen „Reiseabenteuern“ auszusetzen, verzichten wir lieber auf das „schattenreiche Paradies“, zumal jetzt im Winter, wo wir kaum vor Toresschluß zurück sein könnten. Wir würden dann wirklich vor verschlossenem Tore anlangen. In die Stadt hinein ließe man uns allerdings noch, nachdem wir unsern Obolos entrichtet. Die sog. Torsperre gestattete nämlich ein Öffnen der Festungstore gegen eine geringe Abgabe, während in früherer Zeit die Tore während der Nacht streng geschlossen blieben. Also gehen wir nach der Neustadt. Dieser jetzt so stiefmütterlich behandelte und als unschön verschrieene Stadtteil erfreute sich damals großer Beliebtheit. Weil er nur schwach bevölkert und bebaut war, hatten sich die Bürger der Altstadt dort Plätze angekauft und schmucke Gärten darauf angelegt. Fast alle wohlhabenden Bürger besaßen einen solchen „Garten in der Neustadt“, in dem sie in den Abend- und Feierstunden Erholung suchten, um dem Landleben und behaglichen Naturgenuß zu huldigen. Besonders an den Sommernachmittagen herrschte in diesen Gärten der Neustadt ein fröhliches Leben und Treiben, ähnlich demjenigen, wie wir es heute in den vielen rund um die Stadt herumliegenden Gärten der verschiedenen „Gartenbau-

vereine“ beobachten können. Man vergnügte sich als Ackerbauer und Gärtner zugleich, man baute Erbsen und Bohnen, Kohl und Rüben und zog Nelken, Levkojen und aus Holland stammende Hyazinthen. Schon die Kinder übten sich dort in allerlei ländlichen Beschäftigungen und bildeten ihren Natursinn durch die Beobachtung der Natur und ihrer geheimnisvoll schaffenden Kräfte. Die berühmten Naturforscher unserer Stadt, ein Olbers, ein Treviranus, haben, wie uns ihre Biographien erzählen, den schönsten Teil ihrer Kindheit in diesen Gärten der Neustadt verlebt. Einer dieser neustädtischen Gärten, der bis zum Jahre 1810 bestand, genoß auch außerhalb Bremens großen Ansehens. Im Gartenkalender von 1783, herausgegeben vom Garten-Ästhetiker Hirschfeld, ist er eingehend beschrieben. Die Schilderung dieses berühmten Gartens, die von seinem Besitzer, einem Bremer Kaufmanne, herrührt, ist so interessant und charakteristisch für die damalige Geschmacksrichtung, daß etwas daraus hier folgen möge.

Der Garten lag nahe an der Weser, erstreckte sich von Norden nach Süden und war 580 Fuß lang und 128 Fuß breit. Vorn, an der Nordseite, lagen „Luststücke“, verziert mit seltenen Steinwerken, Drusen, Mineralien, großen Konchylien, Vasen, Seegewächsen und anderen seltenen Sachen „entremeliert mit Blumenstücken“. Dann folgten halbrunde Gänge von 3 Fuß hohen Ligusterhecken, an deren Seiten entlang eine „Enfilierung“ von Garten- und Blumentöpfen. Die Wände der Wege bestanden aus vorzügliche Fruchtsorten tragenden, 6 Fuß hohen Zwergbäumen. Hinter den Luststücken befand sich ein „sauberer, eisener, zierlich mit Bogen ausgearbeiteter Pavillon, geziert mit einer Menge versilberter Glaskugeln, mit Glöckchen und anderen Dingen, die morgens bei Sonnenaufgang einen „prächtigen illuminierten Glanz von sich warfen“. Der Garten enthielt ferner in der Mitte zwei oben bedeckte Berceaux mit 20 Büsten von Kaisern, Philosophen und Antiquen, eine Menge der besten optischen Instrumente, Statuen des Herkules und der Mediceischen Venus, eine 15 Fuß hohe korinthische Säule, zwei chinesische Türme, viele Vasen und Pyramiden, einige davon aus karrarischem Marmor, eine Orangerie von etlichen 50 Bäumen und eine Menagerie von 74 Stück auf starkem Eisenblech in Lebensgröße gemalten wilden und zahmen Tieren, Vögeln und Amphibien, alle in ihren

natürlichen Farben. Das Wunderbarste in diesem märchenhaften Garten war ein achteckiges, reich verziertes Bassin und darin ein Springbrunnen, der „80 abwechselnde Vorstellungen“ gab, darunter ein Glockenspiel, ein Radlauf, „eine mit Schießpulver geladene Kugel oder Granate, so erst angezündet wird, dann vom Strahl in die Höhe gehoben, eine Zeitlang steht, sodann zerspringt, ein Kaskadensprung von drei Etagen mit brennenden Lampen, über welche sich das Wasser in Bogen ergießt ohne Auslöschung“, und anderes mehr. — Man begreift, daß dieser so phantastisch dekorierte Garten in seiner wunderlichen Vereinigung von Natur- und Kunstprodukten nicht nur von den Bürgern der Stadt, sondern auch von Fremden als eine große Sehenswürdigkeit angestaunt worden ist. Der Besitzer des Gartens hätte es sicherlich nicht für möglich gehalten, daß ein späteres, phantasiearmes und nüchternes Geschlecht auf derselben Stelle, wo er seine „Puppe von Garten“ und alle „seine natürlichen Erfindungen“ zum Ruhme seiner Vaterstadt ausgestellt hatte, eine Bierbrauerei errichten könnte. Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. Das spätere Geschlecht hatte kein Verständnis mehr für den Garten der Vergangenheit und seine Romantik.

Der kurze Wintertag geht schnell zu Ende. Wir nehmen Abschied von dem Wundergarten, der selbst im Winter seines eigenartigen Zaubers nicht entbehrt, und treten den Heimweg zur Altstadt an. Unser freundlicher Gastwirt hat bereits seine Laterne angezündet und schreitet mit dieser stillen Führerin durch die Nacht voran. Trotzdem die „allgemeine Beleuchtungsanstalt“ oder kurzweg die „Leuchtenstation“ seit 1793 unter staatlicher Kontrolle in der Altstadt besteht, sieht es mit der Beleuchtung der Neustadt, die in den Händen verschiedener Privatpersonen liegt, noch recht mangelhaft aus, so daß man ohne Laterne nicht vorwärts kommen konnte. Aber erst in früherer Zeit! Da lag die ganze liebe Stadt nach Sonnenuntergang in tiefster Finsternis da, und allerhand unheimliches, nächtliches Gesindel, Strolche und Vagabunden sorgten dafür, daß der Schlaf unserer Vorfahren nicht gar zu fest werde. Schlägereien, Mord und Totschlag waren zur Nachtzeit nichts Seltenes. Noch im Jahre 1734 klagte der Rat in einem Proklam, daß er „mit besonderem Verdruß und Mißvergnügen in Erfahrung gebracht habe, welcher Gestalt eine Zeit hero sehr viel unzulässiges

Betragen auf dieser Stadt publiquen Plätzen zur Nachtzeit sich ereignet habe, inmaßen verschiedenes Gesindel sich nicht ohne großes Ärgernis gelüsten lasse, auf den Gassen bei Abendzeit ein unordentliches Geschrei und Rufen anzufangen, auch viele garstige Lieder abzusingen, Raketen aufzuwerfen und Schwärmer anzuzünden, sowie auch unterweilen aus Flinten, Pistolen und anderen Schießinstrumenten zu schießen". Daher begreift man, daß ein jeder Bürger bei beginnender Dunkelheit sein Haus aufsuchte, die Tür abschloß und verrammelte und nur in dringenden Fällen noch einen Gang durch die Nacht antrat. Selbst in späterer Zeit, als die Hauptstraßen der Stadt bereits erleuchtet waren, fanden sich noch dunkle Stadtteile genug, in denen sich Bürger und Bürgerinnen nach alter Sitte mit einer Laterne voranleuchten ließen. Aber gab es denn keine Einrichtung zum Schutze der Bürger während der Nacht? Allerdings bestand seit ungefähr 1600 die Institution der sogenannten Rattelwächter. Das waren Leute, die mit Laterne, Spieß und Rattel — ein großes, schnarrendes Klapperinstrument — allnächtlich durch die Straßen der Stadt wanderten und die Aufgabe hatten, sich „fleißig umzusehen, ob nicht Unheil von Feuer oder Dieberei, Gewalt, Leichtfertigkeit und andere Untaten vorgingen, damit sie alsbald solches ruchbar machten und die Nachbarn aufweckten". Diese Rattelwächter waren in älterer Zeit die einzigen Lichtbringer. Erst im Jahre 1698 entschlossen sich einige Anwohner der Langenstraße, nach dem Beispiele anderer, besonders holländischer Städte, den größten Teil ihrer Straße auf eigene Kosten durch Tranlampen zu beleuchten. Sie richteten mit Erlaubnis der Behörde in gewissen Distanzen Pfähle auf und befestigten darauf Laternen. Man sollte denken, ihr Beispiel hätte recht bald Nachahmung gefunden. Das war aber nicht der Fall, im Gegenteil, diese Neuerung fand mancherlei Widersacher. So wohnte in der Langenstraße ein alter Querkopf, der Besitzer eines Kramladens, der heftig dagegen protestierte, daß man vor seinem Hause einen Laternenpfahl aufstellen wollte. „Ich habe," so klagt er in einem Schriftstücke an den Rat, „angedrungener Noturfft nach nicht umhin gekonnt, Ihnen mittels dieser Klageschrift vorzustellen, wie daß gestern nachmittag der Laternenmacher wider meinen Willen sich unterstanden hat, gleich an meiner Tür eine Laterne zu setzen und dadurch meiner Auslucht das Gesicht benommen und meiner Nahrung Schaden

getan, worüber ich mich zwar beim Herrn Kamerarius beschwert und ein Mandatum gegen ihn erhalten, damit innezuhalten, welches er aber nicht pariert, und, von den Nachbarn gesteifet, mir danach die Laterne vor die Nase hinsetzte. Ich bitte nun Hochdieselben, dem Laternenmeister bei ernstlicher Strafe anzubefehlen, die Laterne vor meinem Hause wegzunehmen und an einen anderen Ort zu setzen, damit ich meine Profession kontinuieren und mein Brot ehrlich gewinnen möge." Auch andere Leute waren mit der Einrichtung nicht zufrieden, weil sie ihnen Kosten verursachte, und es dauerte noch lange Jahre, bis sich auch die übrigen Straßen der Stadt einer nächtlichen Beleuchtung erfreuen durften. Erst der Siebenjährige Krieg brachte mehr Licht in die Bremer Straßenfinsternis. Ein Gesuch der Bürgerschaft aus dem Jahre 1757 wünscht, „daß jetzt, wo die allgemeine Kriegsnot groß sei und wo die Stadt bald von Franzosen, bald von Engländern oder Hannoveranern bedrängt und heimgesucht werde, es wohl sehr nützlich und anzuraten sei, daß auf allen Hauptstraßen, wo bisher noch keine Laterne gehangen, dergleichen gesetzt werden möchten". Auch baten sie, „daß die schon existierenden Laternen etwas zeitiger angezunden, auch bessere Ordnung bei ihnen observieret werden möchte, daß sie nicht alsobald ausbrenneten". Daraufhin wurden denn einige Lichter mehr in Bremen angezündet, indes nicht ohne Widerspruch von verschiedenen Seiten. Im Jahre 1778 brannten in der Altstadt allnächtlich 284 Tranlampen, die teils auf Pfählen befestigt waren, teils an über der Straße schwebenden Ketten hingen. Auch erfreute sich von diesem Jahre an die Neustadt teilweise der „Wohltat einer nächtlichen Illumination". Endlicht im Jahre 1793, trat die oben erwähnte Beleuchtungsanstal, unter Inspektion eines Senators in Tätigkeit, und von diesem Zeitpunkt an wurde es in Bremen heller. Man ließ bessere Laternen aus anderen Städten kommen und bediente sich auch eines besseren Brennmaterials, nämlich des Hanföls, das die Hamburger Leuchtenstation als das beste Material erkannt zu haben glaubte, und das nicht gefror. Von der Stadt aus wurden Lampenwärter angestellt, die unter einem gemeinsamen Kommando standen und alle Abend aus dem Magazin zu bestimmter Stunde, wie sie der „Erleuchtungskalender" vorschrieb, ihre Ölportion holten und dann so schnell wie möglich nach den ihnen zugewiesenen Distrikten eilten, um in einer halben Stunde

mit dem Anzünden fertig zu sein. Diese Lampenwärter hatten einen sehr beschwerlichen Dienst. Sie mußten, wie sie einst in einer Petition an den Senat um Aufbesserung ihres Gehalts klagten, „die ganze Nacht wach sein und von einer Laterne zur andern herumlaufen, damit sie nicht ausgehen und vorschriftsmäßig brennen“. Auch müßten sie, heißt es weiter, „oft stundenlang in sehr rauhem Wetter den Auf- und Untergang des Mondes abwarten, um danach ihre Lampen rechtzeitig auszulöschen oder wieder anzuzünden“.

Während es somit in der Stadt allmählich heller und heller wurde, herrschte abends auf dem Walle bis zur Franzosenzeit eine undurchdringliche Finsternis. Eine Bitte der Bewohner an den Rat, „daß auch sie die Wohltat der Laternen bekommen möchten“, wurde abgeschlagen, weil „die Zeiten so drückend seien“ und weil ja die Wallbewohner „sich ganz freiwillig in die Finsternis hinausgebaut hätten, in der sie jetzt steckten, und weil sie sich daher, wenn ihnen Ungelegenheit aus dem Mangel an Licht erwüchse, über niemand beklagen könnten, als über sich selbst“. Den Wall rechnete man eben nicht mit zur Stadt, und es erregte seiner Zeit große Unzufriedenheit in der Bürgerschaft, als einige Senatoren Häuser auf dem Wall bezogen, „weil ein Senator nicht außerhalb der Stadt wohnen dürfe“. — Noch schlimmer sah es mit der Beleuchtung der Vorstadt aus, die bis 1832 völlig im Dunkeln lag. „Viele Leute verliefen sich nachts in den Wassergräben“, klagten die Anwohner des Herdentorssteinwegs. Ähnliche Klagen wurden aus verschiedenen anderen Vorstadtsstraßen laut, bis man sich endlich genötigt sah, auch die weitläufigen Straßen der Vorstadt mit Licht zu versorgen. Erst im Jahre 1842 wurden die ersten Versuche mit Gaslicht angestellt. Und heute — ist es noch immer nicht hell genug bei uns. Was würden aber unsere Großväter für Augen machen, könnten sie einmal ihr geliebtes Bremen im Glanze der vielen Glasglühlampen und des elektrischen Lichts erstrahlen sehen!

Wir sind am Ziel unserer abendlichen Wanderung. Es ist unterdessen ganz finster geworden. Wir treten in das Haus ein, und unser Gastwirt schließt sofort die Tür, denn die Feierabendglocke gibt das Zeichen, daß die Zeit zum Zubettgehen gekommen ist. Alles begibt sich frühzeitig zur Ruhe. Im weichen Federbette lassen wir noch einmal die Ereignisse des

Tages an unserer Seele vorübergehen. Da klingt „zierlicher Gesang“ an unser Ohr:

> Hört ihr Herren! Nun laßt euch sagen,
> Die Glocke hat zehn geschlagen.
> Bewahrt euer Feuer und das Licht,
> Daß euch und euern Nachbarn kein Schaden davon geschicht.

Es sind die Rattelwächter, die ihre nächtliche Wanderung durch die Straßen antreten, um die friedlichen Bürger in süßen Schlaf zu rätteln. Ein Gefühl wohligen Behagens überkommt uns, als ginge der Nachtwächter in Richard Wagners Meistersingern durch die menschenleeren Straßen, über deren Giebel und Dächer das Mondlicht seinen Silberglanz ergießt. Er stößt ins Horn und singt sein Lied durch die Stille der Nacht:

> Bewahrt euch vor Gespenstern und Spuk,
> Daß kein böser Geist eur' Seel' beruck!

Und wir, die wir es doch so herrlich weit gebracht haben, können uns eines wehmütigen Gefühls der Sehnsucht nach einer längst entschwundenen Zeit und ihrer Romantik nicht erwehren: Besser dünkt ja allen, was vergangen ist.

II. Vor der Franzosenzeit.

Der Anfang des verflossenen Jahrhunderts stand unter dem Einflusse der großen französischen Revolution. Daß die große Mehrzahl aller Gebildeten, auch in Bremen, die gewaltige Bewegung des französischen Volkes mit Begeisterung verfolgte, daß die Dichter jener Zeit, — der greise Sänger des Messias nicht ausgeschlossen — ihr entgegenjubelten, begreift man um so eher, wenn man bedenkt, in was für einem Zustande trostloser Zerrissenheit das Deutsche Reich darniederlag, wie der Zwiespalt zwischen der Philosophie und den bestehenden Verhältnissen, zwischen Ideal und Wirklichkeit die Gemüter aller Edeldenkenden zu Boden drückte. Dieser Enthusiasmus schwand jedoch gar bald, je weiter sich die Revolution entwickelte und je blutiger die Vorgänge in unserem Nachbarlande wurden, und nur wenige starke Geister waren im stande, ihren Glauben an

die Weiterentwicklung des Menschengeschlechts aufrecht zu erhalten und in der furchtbaren Tragik der Revolution dennoch die geschichtliche Notwendigkeit derselben zu begreifen.

Daß die welterschütternden Ereignisse in Frankreich nicht spurlos an unserer Vaterstadt vorübergingen, liegt auf der Hand. Sie brachten für Bremen Aufregungen aller Art. Die ersten Revolutionsjahre gingen allerdings — abgesehen von einigen Störungen, die der Handel in den französischen Hafenstädten litt — fast unmerklich an der alten Hansestadt vorüber, dann aber ward sie mehr und mehr hineingezogen in die große Bewegung, deren Anwachsen man mit zunehmender Furcht entgegensah. Vor den Schrecknissen des Krieges blieb Bremen zwar verschont dank der Fürsorge seiner trefflichen Diplomaten, dafür aber lebten die Einwohner in steter Sorge um die Unabhängigkeit ihrer Stadt, und auch an Unruhen in der Stadt selbst fehlte es in jener Zeit nicht. Der Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit war auch nach Bremen gedrungen, und allerhand Aufstände und Tumulte, die in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts ausbrachen, lieferten den Beweis dafür, daß man auch bei uns den Zeitpunkt einer Neugestaltung aller Dinge gekommen wähnte. Eine ernste Handwerkerunruhe ging von den Schneidergesellen aus, die sich gegen ihre Meister auflehnten, weil diese unzünftige Gesellen gegen billigen Lohn in Arbeit genommen hatten. Der Aufstand wuchs zu einem heftigen Tumulte an — den Schneidergesellen hatten sich andere Handwerker zugesellt —, so daß er nicht ohne Blutvergießen vom Militär niedergedrückt werden mußte. Ein ähnlicher Tumult wiederholte sich nach einigen Jahren beim Militär selbst, das höheren Sold verlangte.

Bedeutungsvoller waren jedoch die Kämpfe, die Bremen um seine arg bedrohte Selbständigkeit in damaliger Zeit zu führen hatte. Obgleich durch die Rastatter Friedensverhandlungen die Existenz Bremens als freie Stadt gesichert war, versuchte man von verschiedenen Seiten, Bremen seiner Selbständigkeit zu berauben. So trachtete Paul I. von Rußland darnach, die alte Hansestadt Oldenburg einzuverleiben, und nur der Tod hinderte ihn an der Ausführung seines Vorhabens. Österreich ging mit dem Plane um, die sechs freien Städte (außer Bremen noch Hamburg, Lübeck, Frankfurt, Augsburg, Nürnberg) aufzuheben, und man wundert sich, daß Bremen

dennoch treu zu dem unter Österreichs Führung stehenden Deutschen Reiche hielt, das damals schon in den letzten Zügen lag. Diese Pläne Österreichs und anderer scheiterten zum Glücke alle an der Wachsamkeit der Einwohner Bremens und seiner trefflichen Diplomaten, unter denen sich besonders der Bürgermeister Gröning einen glänzenden Namen erworben hat. Ehe wir nun des Lebens und Wirkens dieses ausgezeichneten Staatsmannes gedenken, wird es angebracht sein, zuvor einen Blick auf die bürgerliche Gesellschaft unserer Stadt an des Jahrhunderts Wende zu werfen, um zu erkennen, welch einen mächtigen Einfluß hier die französische Revolution übte.

Der leichte, frivole Ton des französischen Hofes von Versailles, der sich in dem bekannten Schlagwort „Après nous le deluge!“ charakterisiert, hatte auch in Bremen willige Nachahmer gefunden. Leichte Sitten waren eingedrungen. Es herrschte ein übertriebener Luxus. Gold- und silbergestickte Westen und Röcke, farbige, teure Kleiderstoffe waren in den Kreisen der wohlhabenden Bürger sehr beliebt. Den größten Luxus aber entfaltete die Damenwelt in Toilette und Frisur. Letztere war nicht selten so kompliziert, daß sie stundenlange Vorbereitungen nötig machte. Deshalb war das Geschäft der Friseure in jener Zeit sehr einträglich. Die Herrenwelt trug stattliche Allongeperücken. In den geselligen Zirkeln ging es überaus steif zu, unendlich viele Formalitäten und Konvenienzen bezeichnen die Zeit der „reichsstädtischen Wichtigtuerei“. Monopolsucht in kaufmännischen, Zunftzwang in gewerblichen, Kastentrennung in gesellschaftlichen, konfessionelle Spaltungen in kirchlichen und engherziger Korporationsgeist in bürgerlichen Angelegenheiten: so charakterisiert sich die Zopfzeit, wie man sehr bezeichnend jene Zeit genannt hat.

Besonders blühte der Titelluxus. Es gab damals besondere „Titularbücher“, dickleibige Bände, in denen die Titel aller Personen genau verzeichnet waren und die in den Bureaus der Behörden jederzeit zur Hand sein mußten. Die deutsche Sprache genügte nicht mehr dem Hunger nach Titeln, man suchte die Titel für unsere Stadtregenten, die man so gern mit den Konsuln und Senatoren des alten Roms verglich, aus alten römischen Autoren hervor, so die Namen Magnificentia und Amplissimus. Oft kam es vor, daß man von auswärts diese Eitelkeit der Behörden mit Absicht zu verletzen suchte. Darin waren besonders

die hannoverschen Fürsten groß, die ihre Briefe an den Rat von Bremen möglichst unzeremoniell und äußerst dürftig in der Titulatur abfaßten. Der Rat fand dieses „sehr unpassend“ und sandte nicht selten ein solches Schreiben, das die einfache Adresse „An den löblichen Magistrat der Reichsstadt Bremen“ trug, als unbestellbar zurück. Indes war die Titulatur des Rates „Hochgebietende Herren und Oberen“ durchaus keine leere Redensart, denn der Rat, an seiner Spitze der Bürgermeister, regierte mit schrankenloser Gewalt, erteilte Vorrechte und erhob Steuern ganz nach seinem Belieben.

In allen diesen Dingen brachte die französische Revolution große Umwälzungen hervor. An die Stelle des Luxus trat große Einfachheit. Der schwarze Frack verdrängte die kostbaren gold- und silbergestickten Gewänder, während weiß die Lieblingsfarbe der Damen wurde. Die Glanzzeit der Friseure war vorüber, man setzte die Perücke ab und trug die Haare geschoren. Es war im Jahre 1801, als der Senat sein Amtsornat, die Allongeperücke, den langen Mantel, die Schnabelschuhe und das eigenartige, sog. Klinken-Böfken — ein tellerartiger, in viele Falten gelegter Kragen — ablegte und fortan in einfacher, schwarzer Tracht zusammenkam.

Nur die Geistlichen, die, wie ein Bremer Chronist berichtet, „überall bei Reformen langsam sind“, behielten ihre Perücken noch längere Zeit. Ein fremder Geistlicher, der in jener Zeit aus einem perückenfreien Lande nach Bremen berufen wurde, wollte nicht glauben, daß man in Bremen keine Erbauung ohne Perücke stiften könne. Er wollte es, so berichtet er in seinen interessanten Memoiren, „fürerst mit seinen eigenen Haaren versuchen, und erst dann, wenn er gefunden, daß ohne Perücke die Erbauung stocke, sein Haupthaar dem Amte zum Opfer bringen“. Er sah sich aber wirklich gezwungen, der Gewohnheit der Leute soweit nachzugeben, daß er sich täglich frisieren und pudern ließ. Weil ihm dieses jedoch eine jährliche Ausgabe von zwölf Talern verursachte, so sah er sich bei seiner geringen Einnahme veranlaßt, „dem Friseur seinen Verdienst zu entziehen und seiner Frau das Amt des Haarkräuselns zu übertragen“. Erst als er nach einer längeren Reise wieder nach Bremen zurückkehrte, war er so kühn, mit kurz geschorenem Haar zu erscheinen. Die Leute steckten zwar anfangs die Köpfe zusammen und meinten, daß ein unfrisierter, ungepuderter und perücken-

loser Geistlicher doch gar zu schnurrig aussehe, gewöhnten sich aber endlich an dem Anblick — und so schwand denn die Perücke, da das Beispiel des Geistlichen Nachahmung fand.

Der sog. Reichsdeputationshauptschluß vom Jahre 1803, der zu Regensburg von französischen und russischen Diplomaten ins Werk gesetzt war, um das morsche deutsche Reich vollends zu zertrümmern, indem er deutsche Reichsländer unter deutsche Dynasten willkürlich verteilte, ward für Bremen von größter Bedeutung. Bremen hatte in früherer Zeit eine Reihe von Dörfern, z. B. auch Hastedt, an Hannover abtreten müssen, außerdem gehörte innerhalb der Stadt der Dom mit seinen geistlichen und weltlichen Beamten, seinen Gerechtsamen und Besitztümern aus erzbischöflicher Zeit dem mächtigen Nachbarstaate an. Schon lange wünschten die Bremer, sich von diesem Staat im Staate zu befreien, zumal Hannover von jeher wenig Sympathien für Bremen gezeigt hatte. Der Reichsdeputationshauptschluß erfüllte endlich diesen Wunsch, und Bremen durfte sich von jetzt an (1803) mit Recht eine „freie Hansestadt“, anstatt wie bisher „kaiserlich freie Reichs- und Hansestadt“ nennen. Die Stadt änderte ihre Siegel und verwandelte das seither bestehende kaiserliche „Nieder- und Gastgericht“ in ein bremisches. Der Senat gab dem Obergericht, das bis dahin dem Reichskammergericht unterworfen war, Vollmacht für alle Erkenntnisse und vertauschte am Posthause an der Domsheide das kaiserliche Wappen gegen das Thurn- und Taxische. Bremen hatte somit viel erreicht. Kein Einwohner der Stadt war fortan mehr fremden Gesetzen oder Gerichten untertan, kein Beamter durfte mehr die Rechte eines fremden Staates gegen das Interesse der Stadt vertreten, und keine Kirche im Weichbilde der Stadt stand mehr unter einem fremden Herrscher; denn die ehrwürdige Domkirche, die alte erzbischöfliche Kathedrale, in der einst die Erzbischöfe für Schweden, Dänemark und Island und andere Heidenländer ordiniert wurden, ging mit all ihrem Besitz, dem Waisenhause, dem Palatium — dem bischöflichen Palast — nebst vielen anderen Gebäuden und Einnahmequellen an die Stadt über. Dazu kam eine nicht unbeträchtliche Gebietsvergrößerung. Hastedt und andere Dörfer, auch Vegesack fielen an Bremen. Die Übergabe Vegesacks, die aber erst infolge des Londoner Vertrags, der die neue Grenze feststellte, am 21. September 1805 erfolgte, wurde von den Bewohnern

dieses freundlichen Ortes besonders festlich begangen. In allen Straßen wehten die bremischen Flaggen. Großes Aufsehen erregte es, als ein Mann plötzlich aus der frohbewegten Menge trat und den Pfahl, an dem das königlich hannoversche Wappen befestigt war — das man erst nach der Übergabe abnehmen wollte —, rasch niederhieb, indes drei Kanonenschüsse dazu salutierten. Diese Feier beschreibt Bürgermeister Smidt in einem Briefe an seine Schwester in ausführlicher Weise. (Siehe Johann Smidt, Gedenkbuch. 1873.)

Die glänzenden Erfolge, die unser kleiner Freistaat in jener ereignisvollen Zeit errungen, verdankte er der Fürsorge seiner tatkräftigen Diplomaten, die es verstanden, ihre Vaterstadt durch alle Gefahren der Zeit mit gewandter Hand hindurch zu führen und sie sowohl vor den Eroberungsgelüsten begehrlicher Nachbarn als auch vor dem verderblichen Einfluß der mächtigen französischen Republik zu behüten. Unter diesen wackeren Männern ragt, wie schon erwähnt, besonders Senator Dr. Georg Gröning vom altberühmten Geschlechte dieses Namens durch seine kühne Entschlossenheit, seine Uneigennützigkeit und seine warme Liebe zur Vaterstadt hervor.

Gröning, der sich anfänglich dem Kaufmannsstande gewidmet hatte, dann die Rechte studierte, wurde im Jahre 1781 in den Rat gewählt, während der französischen Gewaltherrschaft Mitglied des gesetzgebenden Körpers und nach der Befreiung Bürgermeister. Er trat sowohl in Paris und Rastatt, wo damals die Geschicke der Völker gelenkt wurden, als auch in London und Hannover mit sicherem diplomatischen Scharfblick und unerschütterlichem Mut für das Wohl seiner Vaterstadt ein, so daß in allen Wirrnissen jener Zeit Bremens Selbständigkeit gesichert blieb. Als daher der betagte Mann im Jahre 1804 nach mehrjähriger Abwesenheit nach seiner Heimat zurückkehrte, beschlossen die Bürger, ihn durch die Schenkung eines großen Landguts in Schwachhausen und die Überreichung einer Ehrenmedaille auszuzeichnen. In welch bescheidener und selbstloser Weise der wackere Mann indes diese Ehrungen gänzlich ablehnte, das beweisen am besten seine eigenen Worte, die er an den Senat richtete:

„Verehrte Obern! Geliebte und geschätzte Mitbürger! Die ausgezeichnete Güte, die Sie vereint gegen mich geäußert haben, macht den heutigen Tag zu einem der glücklichsten

meines Lebens. Ich vermag es nicht, die dankbaren Empfindungen auszudrücken, welche mein Herz durchdringen — sie überwältigen mich!

Fehlen mir gleich Worte, so mögen Sie sich doch fest versichert halten, daß es nie an der Tat fehlen soll, wenn ich im stande bin, meiner Vaterstadt zu nützen; hierzu meine geringen Kräfte aufzubieten, hierzu den Rest meines Lebens zu widmen, wird mir stets die erste, heiligste Pflicht und zugleich die höchste Freude sein.

Ich erkenne zugleich den ganzen Wert des Geschenkes, welcher auch noch dadurch erhöht wird, daß es in einem Zeitpunkte angeboten wird, in dem unser Staat mit einer schweren, sehr schweren Schuldenlast beladen ist, und indem zugleich die erste Quelle unseres Wohlstandes, der Handel, durch unzählige Hindernisse, die sich demselben von allen Seiten entgegenstemmen, fast versiegt.

Allein so sehr ich die Freigebigkeit bewundere, mit welcher sich meine Obern und Mitbürger über alle die Schwierigkeiten hinweggesetzt haben, um mich mit Wohltaten zu überhäufen, die zu verdienen ich nie vermochte, so gewiß würde ich es für einen sträflichen Mißbrauch Ihrer gewogenen Gesinnungen halten, dieses große Geschenk anzunehmen.

Verdienten meine geringen Bemühungen, die mir obliegenden Pflichten zu erfüllen, irgend eine Belohnung, so würde ich diese reichlich und überreichlich finden in dem Zutrauen und in dem Beifalle meiner Obern und Mitbürger, die ich jetzo als das höchste, kostbarste Geschenk verehre. Neben diesem Geschenke, dem einzigen, nach dem ich geize, schwindet der Wert eines jeden andern.

Meine mäßigen Bedürfnisse finden Befriedigung, ich bedarf in diesem Augenblicke keiner Unterstützung, und versetzt ein Wechsel des Glücks mich und die Meinen in eine ungünstige Lage, so werden wir uns vertrauensvoll unsern Obern und unsern Mitbürgern in die Arme werfen. Sie werden die ersten, die einzigen sein, bei denen wir Hülfe suchen und ihre erprobte, ihre bewährte Großmut wird sie uns dann auch nicht versagen.

Erlauben Sie also, meine tiefverehrten Obern! meine innigst geschätzten und geliebten Mitbürger! erlauben Sie, daß ich das mir mit so edler, so rührender Großmut angebotene,

ansehnliche Geschenk mit dem Gefühle des unbegrenzten Dankes gänzlich ablehne. Gott segne und erhalte unseren Staat! Gott segne und erhalte meine verehrten Obern! Gott segne und erhalte meine geliebten Mitbürger!"

* * *

Nach etwa tausendjährigem Bestehen inmitten einer an allem Althergebrachten mächtig rüttelnden Zeit großer Ereignisse war Bremen eine freie Hansestadt geworden und konnte sich außerdem einer ansehnlichen Erweiterung seines Besitzes innerhalb und außerhalb seines Weichbildes erfreuen. Dennoch sollte die Freude der Bewohner keine ungetrübte sein.

Der Druck der Zeit wurde härter und härter. Kriegsunwetter zogen auch dem Norden Deutschlands zu. Napoleon hatte es auf England, das stolze Inselreich, abgesehen und suchte dessen Handel vom Festlande auszuschließen. Die Wesersperre legte dem Handel Bremens harte Fesseln an, dazu litt der Wohlstand der Stadt infolge der vielen Einquartierungen und Besetzungen während der wechselnden Kriegsereignisse in den Jahren 1805 und 1806 ganz bedeutend. Bremen erfreute sich allerdings der Gunst des mächtigen Welteroberers, der aber die drei Hansestädte nur als Mittel für seine Pläne gegen England ausnutzte. Lachenden Antlitzes hatte er dem hanseatischen Residenten in Paris erklärt: „Ihre Städte betragen sich nicht gut, sie sind zu englisch gesinnt, man muß ihnen mal einen an die Ohren geben!" und seine Gunst dauerte nur so lange, bis er sein Ziel, Englands Handel zu vernichten, erreicht hatte, worauf dann die drei freien Städte dem mächtigen französischen Kaiserreiche einverleibt wurden.

Ehe wir uns mit dieser Epoche der bremischen Geschichte des weiteren beschäftigen, sei noch in Kürze einer wesentlichen Verschönerung unserer Stadt gedacht, der Anlage unserer weit berühmten Wallanlagen aus den alten Festungswällen, die in diese Zeit fällt. Die Festungswerke früherer Jahrhunderte, die, wie wir wissen, die kriegsgeübtesten Feldherrn zur Umkehr zwangen, waren allmählich in Verfall geraten und genügten der mächtig fortschreitenden Kriegskunst schon lange nicht mehr. Obgleich am Ende des vorigen Jahrhunderts von seiten Hannovers beantragt worden war, die Festungswerke zu verstärken, wünschten die Einwohner Bremens nichts sehnlicher, als die

Abtragung der düsteren Mauern und Türme, die nicht allein Luft und Licht raubten, sondern auch unbequeme Kosten und Sorgen verursachten. Wie sehr man gegen sie eingenommen war, das spricht sich am besten in einem Gedichte jener Zeit aus, in welchem es u. a. heißt:

Erlös uns, Herr der geängsteten Welt,
Von Kriegen, von Waffen und Lagerzelt,
Von Festungen groß und von Festungen klein,
Die Hölle nur möge befestiget sein.

Diese Verse entstammen dem im Jahre 1808 von Johann Lange gedichteten: „Der Bremer Wall", einem „hanseatischen Lokalgedicht", das in 36 Strophen die Herrlichkeiten des Walles besingt. Es ist der „hochlöblichen Deputation zur Anlegung und Unterhaltung der öffentlichen Spaziergänge, den wohlgeborenen, hoch- und wohlweisen Herren des Senats und den wohlgeborenen, hochedelgeborenen und hochzuverehrenden Herren aus der Bürgerschaft" gewidmet.

So wurde denn im Frühling des Jahres 1802 beschlossen, „die sämtlichen Brustwehren der Wälle abzutragen und diese, sowie die ganze breite Umgebung des Stadtgrabens in freundliche Gartenanlagen und terrassenartige Spaziergänge mit schattigen Ruheplätzen und Lauben umzuwandeln und dieselben in einen dem Auge gefälligen Zusammenhang zu bringen". Deputierte aus allen Stadtteilen traten zusammen, und diese „Verschönerungsdeputation" nahm dann die Angelegenheit in die Hand. Ein Stück der alten Befestigungen nach dem anderen wurde in der Altstadt mit Bäumen und Büschen bepflanzt, in der Neustadt aber in Gemüsefelder umgewandelt. Beim Ostertor fing man an. Durch den Stadtgraben führte man bei den Toren statt der Zug- und anderen Brücken Dämme und stellte auf diese Weise bessere und bequemere Verbindungen zwischen Stadt und Umgebung her. Mancher Bürger kaufte sich einen von den vielen Plätzen, die am Wall frei geworden waren, um sich dort anzubauen, und so entstanden am Wall rings um die Stadt herum eine ganze Reihe schmucker Wohnhäuser. Hoch verdient um die Anlage des Walles machte sich der ausgezeichnete bremische Landschaftsgärtner J. Herm. Alb. Altmann, geboren am 15. August 1777, gestorben am 13. Dezember 1837, der auch nach Hamburg berufen wurde, um dort den Wall anzulegen.

So entstanden die herrlichen Wallanlagen, ein Stolz und Ruhm des neuen Bremens, wo nur einzelnes noch, so der düstere Zwinger am Ostertor mit seinem kolossalen Mauerwerke, an die alte kriegerische Zeit erinnerte.

Lobsinget, lobsinget mir hübsch überall
Der Hansestadt Bremen vortrefflichen Wall,
Und preiset die Weisheit, die werden ihn hieß
Zum Garten des Volkes, zum Lustparadies:
Die Weisheit, die immer nur nützet und ziert,
Lobsinget und preiset, so wie sich's gebührt!
(Aus dem oben erwähnten Gedicht von J. Lange.)

Dem wackern Altmann hat die dankbare Stadt im Jahre 1877 ein Denkmal errichtet. In einer der schönsten Partien des Walles, auf der Doventorsbastion, steht die Marmorbüste des Mannes, der unseren Wall geschaffen.

III. Unter französischer Gewaltherrschaft.

(1806—1813.)

Das Jahr 1806 war herangekommen, das Jahr, in dem die jammervolle Agonie des Deutschen Reiches zu Ende ging. „Sanft und selig an einer gänzlichen Entkräftung und hinzugekommenem Schlagfluß, bei völligem Bewußtsein und mit allen heiligen Sakramenten versehen, starb das Heilige Römische Reich, schwerfälligen Andenkens. Ach Gott, warum mußtest du denn deinen Zorn zuerst über das gutmütige Geschöpf ausgießen. Es graste ja so harmlos und so genügsam auf den Weiden seiner Väter, ließ sich schafsmäßig zehnmal im Jahre die Wolle abscheren, war immer so sanft, so geduldig wie jenes verachtete langohrige Lasttier des Menschen, das nur dann sich bäumt und ausschlägt, wenn mutwillige Buben ihm mit glühendem Zunder die Ohren versengen.“ So schrieb zu jener Zeit Görres in seiner Zeitung „Das rote Blatt“. „So weit war es gekommen, ein Deutscher konnte jubeln und höhnen, wenn sein Vaterland in Trümmer ging! Eine furchtbare Erscheinung voll trauriger und ernster Lehren“, sagt Johannes Scherr*) und fährt dann

*) Deutsche Kultur- und Sittengeschichte.

weiter fort: „Es war dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" nicht einmal gegönnt, mit Anstand zu sterben. Es ging aus wie die schlechte Posse einer vagierenden Komödiantenbande, welche das Gepfeife der Gassenjungen von den Brettern ihres wackeligen Gerüstes treibt. Und jetzt begann die Zeit, wo Deutsche, als Satelliten des letzten großen Tyrannen, diesem, der seinen eigenen Worten zufolge die Vernichtung der deutschen Nationalität als die Hauptaufgabe seiner Politik betrachtete, die Schlachten von Jena und Wagram gewinnen halfen und das Unglück und die Schmach unseres Landes bis auf die todhauchenden Eissteppen Rußlands schleppen mußten."

Bremen sah bange in die Zukunft. Preußen, das bisher in seiner neutralen Stellung Frankreich gegenüber von Napoleon unangefochten dastand, forderte die Hansestädte dringend auf, dem Norddeutschen Bunde, den es errichten wollte, beizutreten, während der französische Minister Talleyrand dem in Paris anwesenden Dr. Gröning die Versicherung gab, die Hansestädte sollten in ihrer Unabhängigkeit verbleiben, so lange sie ihre Neutralität bewahren und nicht auf die Vorschläge Preußens eingehen würden. So beschloß man endlich nach schweren Bedenken, das preußische Bündnis abzulehnen und sich in den Schutz Napoleons zu begeben. Kurze Zeit darauf, noch in demselben Jahre, brach das Unglück über Preußen herein. Die Schlachten von Saalfeld, von Jena und Auerstädt vernichteten Preußens Heeresmacht vollständig, und wenige Tage später hielt Napoleon an der Spitze seiner Garden seinen Einzug in Berlin. Nun sollten aber auch die Hansestädte erfahren, was die Gunst des mächtigen Kaisers zu bedeuten habe. Am 15. November erließ Napoleon ein Dekret, wonach die drei Hansestädte einen Generalgouverneur in Hamburg haben sollten, und am 21. rückte der französische Oberst Clement mit seinen Truppen in die Stadt Bremen ein, die nach ihrer Meinung in vollem Frieden mit Frankreich lebte. Bereits am frühen Morgen waren die Franzosen, wie hergeweht, vor dem Ostertor, so daß man kaum noch Zeit fand, die Zugbrücke aufzuziehen. Der Senat schickte in aller Eile zwei Abgeordnete in Begleitung des französischen Konsuls zum Obersten hinaus. Dieser empfing sie in barscher Weise in der Offiziersstube des Ostertors, sitzend, mit übergeschlagenen Beinen, und verlangte, daß man seinen Truppen, dem 22. Linienregiment, augenblicklich Quartier gebe. Und ehe

die Bürger zur Besinnung kamen, rückten die Franzosen, 1950 Mann, 90 Husaren und 40 Offiziere, in die Stadt ein. Die Tore wurden besetzt, und das Stadtmilitär mußte seine Waffen abliefern. So wurde Bremen als eine eroberte feindliche Stadt behandelt.

Nachdem der übermütige Oberst Clement seine erste Forderung, für den Fall eines plötzlichen Aufbruchs 150 Pferde bereit zu halten, kundgegeben, erschien ein Proklam in den „Bremer Wöchentlichen Nachrichten", das überall angeheftet wurde:

„An die Herren des Rates der Stadt Bremen und dessen Gebietes.

Meine Herren!

Ich habe im Namen Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen und Königs von Italien, meines erlauchten Herrn, Besitz von der Stadt Bremen und derem Gebiet genommen.

Die Einkünfte der Stadt und des Gebiets werden im Namen Sr. Majestät erhoben, so wie die Gerechtigkeit in seinem Namen gepflegt werden soll.

Alle Amtsverwaltungen aber werden, so wie sie sind, verbleiben, es sei denn, daß Se. Majestät anders verordnete.

Der zur Besitznahme der Stadt Bremen und dessen Gebiets bevollmächtigte Oberst des 22. Linienregiments

Clement."

Der Senat protestierte zwar gegen die erfolgte Besitznahme und wollte besonders, daß das Wort Besitz in Besetzung umgewandelt werde. Wenn ihm auch der letztere Wunsch erfüllt wurde, so blieb die Sache doch dieselbe, und wenn auch Bourienne, der französische Gesandte in Hamburg, erklärte, daß Napoleon ungern und nur wegen der Blockade Englands die Besetzung Bremens verfügt habe, so änderte das an der Tatsache selbst nichts.

Es erging der Befehl, daß alle englischen Waren in der Stadt eingezogen werden sollten, daß alle Engländer innerhalb der Stadt als Kriegsgefangene zu behandeln seien und daß kein englisches Schiff und keine englische Post an die Stadt kommen dürfe. Eine Reihe der drückendsten Lieferungen ward ausgeschrieben. Oberst Clement verlangte 6000 Paar Schuhe, 600 Oberröcke von Tuch und 300 Pantalons, und erklärte sich

bevollmächtigt, alle öffentlichen Kassen mit Beschlag zu belegen. Bremen sah sich genötigt, eine Kontribution von 36 000 Talern zu entrichten, und würde noch mehr bezahlt haben müssen, wenn man nicht einen großen Teil der öffentlichen Gelder auf der Schoßkammer verborgen gehalten hätte. Sogar sämtliche Gewehre der Bürger hatte der Oberst verlangt. Der Ausführung dieses Befehls beugte man zum Glück dadurch vor, daß man dem beutehungrigen Kommandanten einige Körbe guten alten Weines schickte. Als am 27. November die französischen Truppen die Stadt verließen, rückten sofort holländische ein, und neue Lieferungen wurden ausgeschrieben. Alle Beschwerden über den harten Druck beim Generalgouverneur in Hamburg hatten wenig Erfolg, auch eine Audienz Dr. Grönings beim Kaiser Napoleon blieb resultatlos. Zwar wurde die Beschlagnahme der öffentlichen Kassen aufgehoben, der drückende Zustand dauerte indessen fort. Truppen verließen die Stadt, und neue zogen ein, die Einquartierungen nahmen kein Ende. Der Marschall Brune trieb seine Räuberei so weit, von den drei Hansestädten $^{1}/_{4}$ Million Taler zu fordern, und Bremen sah sich gezwungen, mit Lübeck zusammen 75 000 Taler zu bezahlen, eine Summe, die noch gering zu nennen ist im Vergleich mit den 160 000 Talern, die Hamburg opfern mußte. Im September 1807 lagen 7500 Mann fremden Militärs in der Stadt, deren Unterhalt täglich 1400 Taler kostete. Welche Geldsummen die Stadt zahlen mußte, mag man am besten daran erkennen, daß an Tafelgeldern für den Marschall Dumonceau, der zum Glück nur sechs Tage in Bremen verweilte, pro Tag 1000 Fr. erforderlich waren. „Moral und Vaterlandsliebe sind recht gute Eigenschaften; allein jeder muß sich eine fröhliche Existenz schaffen, und dazu gehört viel Geld," sagte der Sekretär des Marschalls Brune zu bremischen Deputierten, und als sich der Hamburger Senat über ungeheure Erpressungen beim Marschall beschwerte, meinte dieser: „Werft ihm (dem Generalkommissar) ein paar tausend Taler an den Hals, und er wird schon artiger werden!" In diesen Worten charakterisiert sich am besten, wie es die Franzosen auf den Wohlstand der Hansestädte abgesehen hatten.

Noch schlimmer drückte die Sperrung des Handels, da Napoleon vom Oktober 1807 ab alle Schiffahrt auf der Weser verboten hatte. Jede Verbindung der Stadt mit England war aufgehoben, nicht einmal Briefe von dort her fanden Einlaß.

Douaniers bewachten die Grenzen und besonders die Küsten, um den Schleichhandel unmöglich zu machen, und endlich mußte sich die Stadt auch noch dazu verstehen, auf ihre Kosten Matrosen für den französischen Kriegsdienst zu werben. Um nicht an Leib und Leben empfindlich bestraft zu werden, ließen die Einwohner der Stadt alle Unbill über sich ergehen, zumal der Senat in einem Proklam den Bürgern die größte Vorsicht im Reden und Handeln empfohlen hatte. Manchem unserer Vorfahren mag es gewiß zu Mute gewesen sein wie „Unkel Herſ'", „Bäcker Witt" und „Möller Voß" in Fritz Reuters „Franzosentid". „Je, wat hewwt ji for Not, ji känt lachen!" sagt Unkel Herſ', als ein Zug Krähen über ihm hinwegflog. „De Ort giwwt kein Hür (Heuer) un Stür," meinte Bäcker Witt, während de oll Möller süfzd un säd: „Ick wull, dat ick 'ne Kreih wir."

Napoleons Politik ging darauf hinaus, die Hansestädte dermaßen zu drücken, daß sie es endlich als eine Wohltat ansehen sollten, dem Französischen Kaiserreiche einverleibt zu werden. Gleichwohl hatte er einer hanseatischen Deputation, die sich über allzu harten Druck bei ihm beschwerte, zugerufen: „Nur Geduld, es geht bald besser! Wie es aber mit diesen tröstlichen Worten gemeint war, das sollten die Bremer bald erfahren.

Einen Hoffnungsstrahl auf Erlösung aus dem elenden Zustande der Knechtschaft brachte das Jahr 1809, in welchem der Freiheitskampf der Tiroler begann und das deutsche Volk aus seiner Lethargie aufrüttelte. Heinrich von Kleists Dramen brachten den Grimm gegen die Gewaltherrschaft zum klassischen Ausdruck, Fichte in Berlin entwarf in seinen „Reden an die deutsche Nation" den Plan einer großen nationalen Volkserziehung, und das zu einer Zeit, wo noch ganz Deutschland von den Truppen des Gewaltherrschers besetzt war; Jean Paul wirkte im Süden für die Wiederbelebung des Nationalbewußtseins, und auch am preußischen Hofe verstand man endlich die Zeichen der Zeit. „Wir sind eingeschlafen auf den Lorbeern Friedrichs des Großen, wir sind mit der von ihm geschaffenen neuen Zeit nicht fortgeschritten, deshalb überflügelte sie uns," schrieb die schöne Königin Luise in jener Zeit an ihren Vater. Die militärischen Reformen Scharnhorsts im liberalen Geiste, die Aufhebung der adligen Grundherrlichkeiten und die Einführung der Städteordnung durch den Freiherrn von Stein, das waren Reformen, mit denen man der Hebung des Volksgeistes

entgegenkam. Und das alles trug endlich dazu bei, daß sich der Haß gegen die Fremdherrschaft organisierte, nämlich im sogenannten Tugendbunde, der die Wohlfahrt des deutschen Volkes durch Einheit und Gemeinschaft des Strebens tadelloser Männer in Wort, Schrift und Beispiel erstrebte. Trotzdem der Bund wegen seiner antinapoleonischen Tendenzen von den Franzosen aufgehoben wurde, bestand er im geheimen fort und erstreckte sich in kurzer Zeit über ganz Deutschland. Besonders bot der Heldentod des Majors Schill, der, ein begeistertes Mitglied des Tugendbundes, die Befreiung seines Vaterlandes auf eigene Faust zu unternehmen versuchte, der deutschen Jugend ein flammendes Beispiel.

Alle diese Ereignisse, die auf eine baldige Befreiung Deutschlands vom Joche Napoleons hinzudeuten schienen, begrüßte man in Bremen mit großer Freude, und die Einwohner unserer Stadt waren froh, daß auch für sie endlich einmal ein Tag kam, an dem sie ihrem Patriotismus Ausdruck geben konnten. Es war dies an dem Tage, wo die Braunschweiger „schwarzen Husaren“ in Bremen einzogen, am 6. August 1809. Der edle Herzog Friedrich Wilhelm von Braunschweig-Öls, von Napoleon seines Erbes verlustig erklärt, hatte sich in Böhmen ein Freikorps von 2000 Mann geworben, das nach seiner Uniform — schwarze Tracht mit Totenköpfen vor den Helmen — als Rächerschar den Namen „Die Schwarzen“ führte. Der tapfere Herzog hatte mehrere glückliche Siege in Sachsen erfochten und den König Jérome von Westfalen nach Erfurt zurückgedrängt, mußte aber trotzdem bald von seinen Befreiungsplänen abstehen. Er beschloß daher, sein geknechtetes Vaterland zu verlassen und sich mit seiner Schar nach England zu begeben. Im Sommer des Jahres 1809 unternahm er den abenteuerlichen Zug von Böhmen aus quer durch Deutschland, der ihn und sein Freikorps berühmt gemacht hat. Er besiegte in der Nähe von Braunschweig ein feindliches Heer unter Führung des Generals Reubel, zog alsdann über Hannover und kam endlich unter fortwährender Verfolgung durch die Franzosen an der Weser an. Von Hoya aus schlug er die Richtung nach Oldenburg ein, während er eine kleine Abteilung seines Korps, 400 Mann, auf Bremen zurücken ließ, um seine Verfolger irre zu führen. In Bremen, das seit längerer Zeit von allen Truppen gänzlich entblößt war, war man über alles wohl

orientiert, und als man am Morgen des 6. August von den Türmen der Stadt aus die schwarzen Husaren in der Nähe der Mühle am Buntentorssteinweg sich ordnen sah, da hielt die Bürger keine Drohung mehr zurück. In Scharen strömten sie zum Buntentor hinaus, und als nun der Rittmeister von Haimbach, hoch zu Roß, den Bürgern ein: „Gott grüß euch, deutsche Brüder!“ zurief, da brauste ein lautes „Willkommen!“ den Braunschweigern entgegen. Man führte sie in die Stadt, um ihnen ein erquickendes Mahl zu bereiten und ihnen einen guten Trunk zu bieten. Die Bürger überboten sich im edlen Wettkampf, die tapferen Krieger zu verpflegen, Frauen aus den vornehmsten Kreisen sah man Speise und Trank verteilen, und als gegen Abend die Abschiedsstunde schlug, da gab man mit schwerem Herzen und nassen Augen den deutschen Brüdern das Geleite bis zum Hohentor. Ganz in der Stille hatte der Senat dem Herzog noch eine Summe von 3500 Talern angewiesen. Glücklich kamen die Schwarzen, nachdem sie sich bei Delmenhorst mit der übrigen Mannschaft vereinigt hatten, in Elsfleth an, von wo aus sie sich nach England einschifften. Dort hat man dem mutigen Herzog ein Denkmal in Form einer gotischen Pyramide (1859) errichtet.

Nicht ohne Furcht vor etwaigen bösen Folgen hatte man die Schwarzen in Bremen so gastfreundlich aufgenommen, und diese Furcht war nicht unbegründet. Anderen Tages schon, als noch die größte Freude über das Entkommen des Herzogs in Bremen herrschte, rückten die Franzosen unter General Reubel ein und hatten nichts Eiligeres zu tun, als die Bürger wegen ihres freundschaftlichen Verhaltens gegen die Braunschweiger gehörig zu maßregeln. Trotzdem man mit größter Bereitwilligkeit die Truppen verpflegte — man gab sogar jedem Soldaten eine Flasche Wein —, mußte man, besonders, weil der Herr General andeutete, er sei in großer Geldverlegenheit, habe seine Equipage verloren und besitze nur das Hemd auf dem Leibe, eine große Geldsumme bezahlen, worauf dann der General versprach, von weiteren Requisitionen abzustehen, die Einquartierungen aus der Stadt zu ziehen und Bremen beim König Jérome bestens empfehlen zu wollen. Wirklich brach auch am anderen Tage die französische Division unter General Reubel auf, dafür rückten aber wenige Tage später 3000 Mann unter General Bongarten ein, und abermals erging eine

Forderung auf Kleider und Geld im Betrage von 18000 Fr. Zwar verließen auch diese Truppen die Stadt im Oktober, doch waren bereits ein Kürassier- und zwei Infanterieregimenter nebst dem ganzen Stabe des Generaladjutanten Jéromes eingetroffen. So ging es fort. Die Geldforderungen nahmen jetzt eine Höhe an, „der gegenüber die Trostlosigkeit der Finanzlage um so greller erscheinen mußte". Es war eine harte Prüfungszeit für unsere Stadt. Man war der Verzweiflung nahe. Handel und Wandel lagen gänzlich danieder, nicht nur der Seehandel, auch der Binnenhandel stockte vollständig, so daß sich der Warenverbrauch nur auf die Stadt selbst beschränkte. Den Höhepunkt aber erreichten die maßlosen Erpressungen zu jener Zeit dadurch, daß auf Befehl alle englischen Waren ausgeliefert werden mußten, und als am 6. Dezember 1810 für 100000 Taler englischer Waren auf der Bürgerweide den Flammen übergeben wurden, eine Maßregel, die selbst die französischen Truppen empörte.

Bei alledem hoffte man in Bremen noch immer, daß die Selbständigkeit der Hansestädte erhalten bleibe. Die hanseatischen Gesandten wurden nach wie vor in Paris ehrenvoll aufgenommen; man versprach ihnen sogar eine Vergrößerung ihres Gebiets und beschenkte sie bei der Vermählungsfeier Napoleons mit goldener Dose, die die Chiffre des großen Kaisers in Brillantfassung enthielt. Da lief auf einmal die schlimme Nachricht aus der französischen Hauptstadt ein, der Kaiser habe die Absicht, die Grenzen seines Reiches bis an die Nord- und Ostsee zu erweitern und die Hansestädte seinem Reiche einzuverleiben. Bereits am 20. Dezember 1810 kündigte der französische Konsul dem Senat von Bremen an, daß Se. Majestät es beschlossen habe, die Hansestädte mit seinem Kaiserreich zu vereinigen. „Es bewegen ihn dabei," so hieß es, „Absichten von allerhöchstem Interesse für den Kontinent gleichwie für diese gute Stadt selbst, die im gegenwärtigen Zustande Europas sich nicht im geringsten die Erhaltung ihrer Unabhängigkeit versprechen kann." So war es denn gewiß, Bremen sollte eine französische Munizipalstadt werden, und tiefe Trauer erfaßte besonders die alten Familien der Stadt, wenngleich auch manch einer Vorteile für sich erhoffte und der Veränderung mit froher Hoffnung entgegensah. Tiefe Trauer herrschte auch in der letzten Versammlung der Bürgerschaft am 22. Dezember, in der man

sich einigte, eine geheime Deputation von Rat und Bürgerschaft einzusetzen, um zu retten, was noch zu retten war. Herrliche Worte richtete Syndikus Dr. Schöne an die Versammlung, Worte des Trostes, aber auch der Hoffnung auf eine bessere Zeit, doch ein tiefer Schmerz spricht aus seinem Entlassungsschreiben an die Agenten in Wien, Hannover und anderen Städten, in dem es heißt: „Mit Trauer sieht der hanseatische Bürger Verfassungen sich auflösen, die das Ideal eines glücklichen Menschenvereins verwirklichen, wo ein Völkchen unter selbst gegebenen Gesetzen, unter Regenten, die Kinder der gemeinschaftlichen Familie waren, unter gewissenhaft verwalteten Abgaben zu einer Wohlhabenheit und Rechtlichkeit sich erhob, die man auswärts wenig antrifft, wo echter Gemeingeist anzutreffen war, wo bedeutende Opfer dem gemeinen Besten gebracht wurden, wo der verarmte Bürger reichliche Unterstützung fand. Nach ritterlichem Kampf zur Erhaltung unserer Freiheit und Unabhängigkeit müssen wir endlich unterliegen, weil politische Verwicklungen und Lagen dies Schicksal herbeiführen."

Bremen mußte sich dem Willen des Kaisers unterwerfen, jeder Widerstand wäre Tollkühnheit gewesen, die das Schicksal der Stadt nur noch schlimmer gestaltet hätte. „Alles, was der Wille des Kaisers ist, muß geschehen," hatte einst ein französischer General einem mecklenburgischen Minister ins Gesicht gesagt, „sehen Sie den Baum da, wenn der Kaiser mir befiehlt, Sie daran aufhängen zu lassen, sind Sie in der Minute aufgehängt."

Der Tag vor Weihnachten des Jahres 1810 war der Tag, an dem unser altwürdiges Bremen seine Freiheit verlor, und als Glied des großen französischen Kaiserreiches dem Departement der Wesermündungen eingereiht wurde, welch letzteres, wie das ganze nördliche Deutschland fortan unter dem Präsidium des Marschalls Prinz von Eckmühl stand. „Auf immer seid ihr dem französischen Reich einverleibt, und keine politische Verhandlung kann euch jemals davon wieder trennen!" Das waren die stolzen Worte Napoleons zu den hanseatischen Deputierten. Dennoch gab es in Bremen Männer, die den Glauben an die Wiederherstellung der alten Ordnung nicht verloren und mit dem alten Senator Vollmers die Zuversicht hegten: „Wi boßeln dar wol där!" Zu diesen gehörte u. a. Johann Smidt, ein Mann, dessen Name mit glänzenden

Lettern in der Geschichte Bremens prangt, auf dessen verdienstvolle Tätigkeit wir noch des öfteren zurückkommen werden. Prinz von Eckmühl, den der große Kaiser dazu berufen hatte, das Schicksal der drei Hansestädte zu lenken, verstand es vortrefflich, die Stellung der Stadt Bremen als Glied des Napoleonischen Kaiserreiches und die ihr daraus erwachsenden Vorteile in den glänzendsten Farben zu schildern, wiewohl er von Charakter rücksichtslos und grausam war. In seiner Proklamation an die Hansestädte heißt es u. a.: „Euer Schicksal ist entschieden, es ist künftig mit dem Glücke Napoleons des Großen und seines Reiches vereinigt. Eine andere Zukunft öffnet sich für euch. Der Wille des Kaisers und das Interesse des Kontinents bei seinem Kampfe gegen die Alleinhändler der Welt haben euch zu den Völkern vereint, deren Glück und deren Ruhm dieser große Monarch schafft. Ihr werdet gleich seinen alten Untertanen seiner Liebe und Sorgfalt teilhaftig werden. Den ersten Beweis dieser Gesinnungen hat er euch dadurch gegeben, daß er die Eröffnung der Verbindungen der Ostsee mit den Strömen Frankreichs befohlen hat." Napoleon hatte nämlich den Plan zu einem Kanale entwerfen lassen, der die Ostsee mit der Seine verbinden und binnen fünf Jahren ausgeführt werden sollte. Weiter heißt es: „Bewohner dieser Gegenden! laßt euer Handelsinteresse mit dem eures neuen Vaterlandes künftig vereinigt sein, und große Städte werden ihr Glück wieder erstehen und wachsen sehen. Die geringste Entfernung von dieser Vereinigung würde eure Ruhe und euer Vermögen in Gefahr setzen. Der erste Wunsch und die erste Pflicht der Regierungskommission (die über die drei Departements der Elb-, Wesermündungen und Oberems unter Prinz von Eckmühl eingesetzt war) wird es immer sein, euch Liebe gegen den großen Regenten einzuflößen, der euch regiert und seine alten und neuen Untertanen mit gleicher Liebe umfassen wird. Werft eure Blicke auf die mit dem alten Frankreich vereinigten Länder, und ihr werdet überall Glück, Liebe, Ergebenheit und Erkenntlichkeit der Völker gegen ihren Regenten finden. Werft eure Blicke auf die Reihen der französischen Armee, ihr werdet die Soldaten dieser neuen Departements an Ruhm und Treue mit den alten Franzosen wetteifern sehen. Das zeigt euch die Gewißheit einer glücklichen Zukunft." Zugleich forderte der Marschall den Senat auf,

dem großen Kaiser durch eine Gesandtschaft die Huldigung der Stadt zu überbringen, worauf denn die Senatoren Johann Smidt und Vollmers, sowie Dr. Gröning die Reise nach Paris antraten, nicht ohne die stille Hoffnung, noch dies und jenes für ihre Vaterstadt retten zu können. Leider war ihre Hoffnung eine vergebliche; Napoleon eröffnete ihnen zwar dieselben goldenen Aussichten wie Prinz von Eckmühl in seiner Proklamation, das war aber auch alles.

Nun ging in rascher Weise das Französieren unserer kleinen Republik vor sich. Es wurden, bis später die endgültige Einsetzung der französischen Verfassung erfolgte, zunächst eine provisorische Regierung, ein Munizipalrat und ein Obergericht eingesetzt. In den ersteren, der aus einer Verwaltungs- und einer Finanzkommission bestand, wählte man in kluger Benutzung der vorhandenen Kräfte Mitglieder des früheren Rates, so die früheren Senatoren Smidt und Vollmers, die ihre Ämter auch gern antraten, weil sie auf diese Weise auch fernerhin, soweit es ihnen möglich war, für das Wohl ihrer Vaterstadt wirken konnten. Den Posten eines provisorischen Maire übernahm der ehemalige Bürgermeister Dr. Klugkist, während zum Präfekten des Departements Graf von Arberg ernannt ward, der seine Wohnung am Domshof nahm. Graf von Arberg, von mütterlicher Seite einer vornehmen deutschen Familie entstammend, hegte eine schwärmerische Liebe zu Napoleon, seinem Kaiser, der damals auf dem Gipfel seiner Macht stand, dem man begeisterte Hymnen sang, wie: „Gott ist groß im Himmel, und Napoleon unter den Menschen.“ Dennoch verleugnete der Präfekt seine großen Sympathien, die er für die Deutschen empfand, keineswegs; er bemühte sich sichtlich, den Druck der Fremdherrschaft zu mildern, viele seiner Verordnungen, seine Fürsorge um die Gesundheitspflege, um die Armen der Stadt, sowie besonders um die Verbesserung der durchaus unzulänglichen Verkehrsmittel und -Wege legen Zeugnis davon ab. Seine humane Gesinnung änderte sich aber leider bald, als er die feindselige Gesinnung der Bürger gegen die Franzosen bemerkte, die besonders nach dem unglücklichen Feldzuge Napoleons gegen Rußland offen zu Tage trat. Dazu kam die Mißachtung, die ihm die vornehmen Kreise der Stadt nicht vorenthielten. So wurde aus dem anfangs freundlichen und liebenswürdigen Regenten, der sich von jedermann sprechen ließ,

und der Eigenart der Bevölkerung gern Rechnung trug, nach und nach ein argwöhnischer, strenger Despot.

Bremen erhielt den schönen Namen la bonne ville de l'empire, die gute Stadt des Kaiserreichs, über die sich aber Napoleon später einmal geäußert haben soll: „Meine gute Stadt Bremen ist die schlecht gesinnteste meines ganzen Kaiserreichs." Immer mehr französische Beamte trafen in der Stadt ein, und es war daher von großem Segen, daß noch Männer von altem Schrot und Korn, wie Smidt, Vollmers u. a. Ämter bekleideten, um der Vaterstadt auch unter der Fremdherrschaft ihre bewährten Kräfte zu leihen.

Daß es mit den großen Segnungen, die Prinz von Eckmühl der Stadt verheißen hatte, nicht weit her war, das merkten die Bremer bald. Es wurde eher schlimmer als besser. Die Gewaltmaßregeln hörten nicht auf, sondern drückten die Bewohner mehr als zuvor. Schon im März 1811 erschien ein Dekret, es sollten die drei Departements 3000 Seeleute für den französischen Kriegsdienst stellen. Infolgedessen mußten sich Schiffer jeder Art auf dem Bureau der Mairie melden, von denen alle, die nur irgendwie auf dem Wasser gefahren hatten und nicht über 50 Jahre alt waren, ohne weiteres in die Seehäfen geschickt wurden. Dem Prinzen von Eckmühl genügte es, wenn der neu geworbene Matrose überhaupt nur Schiffer war, gleichviel, ob er zur See gefahren oder nicht; so kam es denn, daß manch armer Torfschiffer aus der Umgegend Bremens, der bisher nur seinen Torf nach der Stadt gebracht hatte, ohne Gnade die Reise nach einem französischen Kriegshafen antreten mußte. Noch härter war die Konskription für die Landarmee, die tief in das Familienleben einschnitt und viel Not und Elend herbeiführte. Napoleon gebrauchte eben Soldaten für seinen Feldzug nach Rußland, und schlimm erging es denjenigen, die sich der Einberufung zur großen Armee durch die Flucht zu entziehen suchten. Der Präfekt ging gegen sie mit furchtbarer Strenge vor und bestrafte nicht nur die ertappten Flüchtlinge selbst, sondern auch ihre Familien unnachsichtlich an Leib und Leben.

Nachdem im August desselben Jahres der provisorische Munizipalrat aufgelöst und an die Stelle des provisorischen Maires Dr. Klugkist der umsichtige Dr. Wichelhausen getreten war, erfolgte — am 12. August — die definitive Einsetzung

der französischen Verfassung. Sie bestand im wesentlichen in der Einführung eines neuen Steuerwesens, einer Grund-, Mobilien- und Personensteuer an Stelle der Accise, Konsumtion, des Tonnen- und Bakengeldes, in der Einsetzung einer Handelskammer und in der Einführung des französischen Kriminalgerichts, das am letzten August seine erste Sitzung im Rathause hielt. Was den Einwohnern der Stadt wohl gefiel, war die Eröffnung eines öffentlichen Gerichtshofes der Assisen im Oktober desselben Jahres, doch konnten sie sich nicht damit befreunden, daß nach dem Grundsatze der Zentralisation, die Napoleon liebte, sämtliche Wohltätigkeitsanstalten der Stadt, sowie die drei Waisenhäuser, das lutherische und die beiden reformierten, unter eine gemeinsame Verwaltung zusammengezogen wurden. Die Franzosen räumten mit vielem Mittelalterlichen, Überlebten nicht nur in der Verwaltung, sondern auch in äußeren Angelegenheiten auf zum Vorteile für die Stadt, dieses Lob kann man ihnen nicht vorenthalten. So entfernten sie die lästigen, den Verkehr hemmenden Einzäunungen der öffentlichen Plätze und der Kirchhöfe, auch die alte steinerne Marktmauer, die das Innere des Marktplatzes seit Jahrhunderten umgab. Ebenso fiel die altehrwürdige Marktwache, ein Wachthäuschen in der Nähe des jetzigen Willhadibrunnens, in dem einige rotgekleidete Stadtsoldaten einquartiert waren und neben dem zwei Kanonen standen. „Alle Gegenstände", welche den Markt „obstruierten", sollten „demoliert" und hinweggenommen, der Markt selber besser geebnet und mit „dem Niveau der in ihn einmündenden Straßen in Harmonie gesetzt werden". Die Franzosen gingen aber in ihrem Eifer so weit, daß sie sogar die Rolandstatue, die in Stein verwandelte Seele des Bremer Marktplatzes, und die ihn umgebende Balustrade abbrechen wollten, um das gewonnene Material an Eisen und Stein bei der Konstruktion der Gossen und Straßenkanäle — à la construction des rigoles et égouts — zu verwenden. Man kann sich die Entrüstung der Bremer Patrioten denken, die diese barbarische Maßregel hervorrief. Das ehrwürdige Sinnbild bremischer Selbständigkeit demoliert und zu Gossensteinen und Straßenkanälen verwandelt! Zum Glück hatte das Ministerium des Innern in Paris so viel Einsicht und Kunstverständnis, dem Wunsch der Tagenbaren zu willfahren und ihren Roland stehen zu lassen. So blieb uns der alte Roland

erhalten, ja, er feierte am 5. November 1813, an dem Tage der Befreiung vom französischen Joche, ein ganz besonderes Fest, Rolands Geburtstag genannt, wo man die Bildsäule bekränzte, eine Sitte, die sich noch lange am Jahrestag der Befreiung erhalten hat.

Die definitive Einverleibung Bremens in das Napoleonische Kaiserreich verbesserte die Lage der Stadt keineswegs. Das Aussaugungssystem dauerte weiter fort. Durch die strenge Handhabung des Douanenwesens, das schon 1806 eingeführt worden war, um den englischen Handel zu vernichten, lag der Handel gänzlich danieder, und man darf sich nicht wundern, daß man auch bei uns Mittel und Wege fand, um sich in seiner bedrängten Lage zu helfen und sich auch dann nicht zurückschrecken ließ, wenn Leib und Leben auf dem Spiele stand: der Schleichhandel oder Schmuggel blühte mächtig auf. Er wurde mit großer List und Verschlagenheit ausgeführt, so daß einzelne Episoden bei allem Ernst der Sache in ihrem Raffinement zum Lachen herausfordern. Nicht allein, daß man Kanonenstiefel mit Sirup, hohle Wagendeichseln und Reitsättel, Milch- und Wassereimer, die einen doppelten Boden hatten, mit allerlei verbotenen Waren anfüllte, es mußten auch Tiere, abgerichtete Hunde und wild gemachte Ochsen, dem Schmuggel dienen. In feierlich von reitenden Dienern begleiteten Särgen wurden Indigo, Muskatnüsse und Cochenille überbracht, wobei die weiten Hosen der trauernden Geleitsmänner ebenfalls zum Schmuggeln dienen mußten. Das Lächerlichste war, daß man sogar den Wagen des Prinzen von Eckmühl in Hamburg, wenn er von einer Tour leer zurückkam, zum Schmuggeln von allerlei kostbaren Dingen benutzte. Trotz der härtesten Strafen, mit denen man gegen den Schleichhandel vorging — es mußten z. B. zwei in Bremen wohnhaft gewesene Tagelöhner, die für fünf Taler Tabak geschmuggelt hatten, in Lüneburg das Schafott besteigen —, hörte dieser nicht auf, sondern griff immer weiter um sich zum Verderben der Bevölkerung, die gerade deshalb, weil das Schmuggeln mit großen Gefahren verbunden war und einer gewissen Romantik nicht entbehrte, immer mehr Gefallen daran fand. „List und Schlauheit, gepaart mit Mut und Kühnheit, fanden immer neue Wege, dem Douanengesindel zu entgehen."

Wie das Douanenwesen, so bestanden auch die maßlosen

Erpressungen seitens der Gewaltherrscher nach wie vor weiter fort. Außerordentlich hohe Kriegskontributionen, hohe Strafgelder und Abgaben wurden erhoben, dazu kam die Wegnahme der öffentlichen Kassen, die Lasten der fortwährenden Einquartierungen, die Soldzahlungen, die Tafelgelder für die Herren Offiziere, die Lieferungen von Schiffen und Matrosen, kurz, es war ein Zustand, von dem man sich am besten eine Vorstellung machen kann, wenn man hört, daß unsere arme Stadt in den Jahren 1810—1813 die riesige Summe von zehn Mill. Fr. zahlen mußte. Und dabei hatte der Generalintendant Daru, bei dem man sich beklagte, noch die Frechheit, zu sagen: „Sie haben keine Vorstellung, wie viel ein Land ertragen kann."

Endlich, nach langer Knechtschaft, sollte auch unserer Stadt die Stunde der Erlösung schlagen. Dunkle Gerüchte von dem Untergange „der großen Armee" in Rußland waren auch nach Bremen gedrungen und erfüllten die Herzen der Bewohner mit heimlicher Freude und Hoffnung, umsomehr, als die von der französischen Behörde absichtlich verbreiteten günstigen Nachrichten und Siegesbotschaften Napoleons nur Mißtrauen erweckten. Daher wurde, als man endlich das Unglück der großen Armee nicht mehr vertuschen konnte, das berühmte 29. Bulletin vom 3. Dezember 1813, das den seit Monaten auf Nachrichten harrenden Völkern die Kunde brachte, daß der Kaiser Napoleon zwar gesund, die große Armee aber vernichtet sei, mit großer Begier gelesen und in vielen Abdrücken rasch verbreitet. Diese unüberlegte Handlungsweise der Bremer wurde höheren Orts indes recht übel vermerkt. Die Folge davon war, daß sämtliche Klubs der Stadt, darunter die „Union", das „Museum" und die „Erholung", geschlossen wurden. Dazu bestimmte der Präfekt, daß dreißig angesehene Personen als Geiseln für die Ruhe der Stadt und den Gehorsam gegen die kaiserlichen Befehle haften sollten. Umsonst war der Protest der Bürger, seit der Besitznahme Bremens sei kein Tumult gewesen, kein einziger Bremer sei vor den Assisen angeklagt worden, die Konskription sei jederzeit in Ruhe vollzogen, die Truppen seien gut behandelt und alle Steuern und Kontributionen völlig entrichtet: „die gute Stadt des Französischen Kaiserreichs" stand nun einmal in dem Rufe der „schlecht gesinntesten".

Das geflügelte Wort, das Talleyrand gesprochen haben soll, der russische Feldzug sei der Anfang vom Ende, erwies

sich als wahr. Zwar entfaltete der Kaiser sogleich wieder eine rastlose Tätigkeit, durch eine drückende Konskription, sowie durch das Aufgebot der National- und Ehrengarden seine Streitkräfte zu ergänzen, doch der Zauber seiner vermeintlichen Unbesiegbarkeit, der alle Nationen gebannt hatte, war gebrochen, und der Ausgang des russischen Krieges wurde von allen Völkern als ein gerechtes Gericht Gottes angesehen. Dazu traten den Franzosen jetzt überall Feinde gegenüber, die, von rechter Vaterlandsliebe beseelt, mit Begeisterung in den Kampf zogen.

Besonders in Preußen hatten die Reformen eine Generation herangezogen, die die Worte Vaterland und Freiheit sehr wohl verstand. Am 7. März des Jahres 1813 erließ der König Friedrich Wilhelm den berühmten Aufruf „An mein Volk!“ Im selben Monate erschien die fast noch bedeutungsvollere Proklamation von Kalisch, die der deutschen Nation innere und äußere Freiheit, die „Wiederherstellung deutscher Einheit und Unabhängigkeit und eines ehrwürdigen Reiches aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes“ verhieß, „damit Deutschland verjüngt und lebenskräftig und in Einheit gehalten unter Europas Völkern dastehe“. „Feierliche, glückverheißende Versprochenschaften, die freilich sehr bald zu traurigen Gebrochenschaften werden sollten“, fügt Johannes Scherr hinzu.

Große Begeisterung ergriff das ganze nördliche Deutschland und teilte sich bald dem Süden mit. Ernst Moritz Arndt, Max von Schenkendorff und Theodor Körner sangen ihre feurigen Kriegs- und Freiheitslieder, und der Freiheitskampf begann. Die Schlachten von Großgörschen, Bautzen, Dresden, von der Katzbach, Großbeeren, Dennewitz und endlich von Leipzig wurden geschlagen und die Franzosen über den Rhein zurückgetrieben. Die Begeisterung, die in jener Zeit herrschte, spricht sich am besten in Clemens Brentanos „Sturmlied“ aus, von dem einige Strophen hier folgen mögen:

Bajonette, um die Wette stoßt die Kette
Nieder an des Flusses Bette,
Daß kein Deutschlands Feind sich rette!

Trommel, rase durch die Straße, wütend grase
Bundesschwert, dem Tod zum Fraße,
Bis der Feind zum Rückzug blase!

Hand sich reichen, über Leichen aufwärts steigen
Laßt der Bundesfahnen Zeichen
Auf der deutschen Höh' hinstreichen!

Nun Hurra, Recht geschah, Feind war da,
Wer ihm recht ins Auge sah,
Rufe frei Viktoria!
Deo in excelsis gloria!

Ehe jedoch Bremen völlig von den Franzosen befreit wurde, mußte es noch eine schlimme Zeit über sich ergehen lassen. Wie wir wissen, hatte die begeisterte Aufnahme des 29. Bulletins unter der Einwohnerschaft den größten Unwillen der französischen Behörden erregt. Der Maire Dr. Wichelhausen verwarnte deshalb die Bürger eindringlichst vor Unruhestiften und Versammlungen auf der Straße. Aber der Geist der Unruhe, der nun einmal in Bremen eingezogen, war nicht mehr zu dämpfen. Je unruhiger aber die Bewohner, desto brutaler wurden die fremden Machthaber. Eine wirkliche Schreckenszeit begann unter dem General Carra St. Cyr, der im März 1813 mit 5000 Mann in unsere Stadt einzog. Der General erklärte seinen Truppen, er habe sie an die Ufer der Weser geführt, um dem zügellosen Wesen einer Bande von Aufrührern Grenzen zu setzen und gegen die brigants (Räuber) zu marschieren, würden unruhige Geister gefunden, sollten sie auf der Stelle einer Militärkommission übergeben werden. Mit barbarischer Strenge befahl der Oberst die Lieferung von Lebensmitteln und die Verpflegung der vielen kranken Soldaten. Binnen 24 Stunden mußten alle rückständigen Steuern entrichtet sein. Ferner ließ er die Stadt, an deren Entfestigung man bisher eifrig gearbeitet hatte, wo es anging, in aller Eile neu befestigen, um etwaigen Belagerungen seitens der Russen, die sich der Stadt näherten, standhalten zu können. Niemand durfte die Stadt verlassen, ohne sich erst einen Erlaubnisschein von der Behörde geholt zu haben, und auf die Verbreitung falscher Gerüchte, besonders solcher vom Näherrücken der Russen, stand Todesstrafe, kurz, ein wirkliches Schreckensregiment begann, das noch schlimmer wurde, als der General Vandamme am letzten März einrückte, der General, der gesagt haben soll, er wolle den Leuten nur die Augen zum Weinen lassen. Trotz alledem wuchs die Unruhe und die Hoffnung der bremischen Bevölkerung auf Befreiung von Tag zu Tag, zumal sich, wie man in der Stadt hörte, die Zahl der zwischen Elbe und Weser umherstreifenden Kosaken, die Frühlingsboten einer besseren Zeit, täglich vergrößerte.

In diese Zeit fällt der Aufstand der tapferen Friesen bei

Blexen. Wenn dieser auch unglücklich verlief und die wackeren Patrioten, darunter der tapfere Lübbe Ehlers, der Biedermann, der nicht auf seine Landsleute schießen wollte, alle das Schicksal Andreas Hofers teilen mußten, so fand dieses Beispiel echter Vaterlandsliebe Bewunderung und Nachahmung, allein es verschlimmerte auch den Zustand der Unterdrückten. Die Zahl der Exekutionen vergrößerte sich in unheimlicher Weise. In Oldenburg fielen der Präsident von Finkh und der Kommissionsrat von Berger als Opfer der Tyrannei. Auch in der Nähe Bremens verlangte das Schreckensregiment seine Opfer. So wurden fünf Hausleute in Brinkum erschossen, weil sie die Kutsche des Präfekten von Arberg beraubt haben sollten; in Lesum und anderen Orten wurden Häuser niedergebrannt; am 21. April ging das Dorf Lilienthal in Flammen auf zur Strafe dafür, daß einige Bewohner auf die Franzosen geschossen haben sollten, was aber die Kosaken getan hatten. Dabei wurde von barbarischen Händen die berühmte Sternwarte des Amtmanns Schröter zerstört und der stillen Freude eines friedlichen und eifrig tätigen Gelehrten ein jähes Ende bereitet. Man begreift es, daß die Wut der Bevölkerung in Bremen und seiner Umgegend aufs höchste stieg, so daß der Präfekt von Arberg, der den Bremern immer noch wohlgesinnt war, um die ergrimmten Einwohner zu beschwichtigen, den seit dem 20. März bestehenden Belagerungszustand der Stadt aufhob und die Weserschiffahrt zwischen Bremen und Blexen freigab. Aber der Haß gegen die Fremdherrschaft war in der Bevölkerung einmal zu tief eingewurzelt, und man brannte vor Begierde, es den Hamburgern gleichzutun und die Russen mit offenen Armen zu empfangen. Als nämlich der russische Oberst Tettenborn mit 1400 Mann am 18. März dort einrückte, ward er mit dem größten Jubel von der Einwohnerschaft aufgenommen. Aber nicht lange danach wandten sich die Marschälle Davoust und Vandamme gegen Hamburg, um die abtrünnige Stadt unter allen Umständen wieder zu gewinnen. Hamburg wurde belagert, und bald sah sich Tettenborn wegen der Schwäche seines Korps genötigt, die Stadt zu verlassen. So rückten denn — Ende Mai — die Franzosen und die mit ihnen vereinigten Dänen in starker Zahl in Hamburg ein, das auf Befehl von Eckmühls illuminieren mußte. Nun erfolgten die drückendsten Requisitionen, eine Kriegskontribution von 48 Millionen Fr. war zu entrichten,

und über die arme Stadt brach eine Schreckenszeit an, gegen die alles, was in Bremen geschah, nur Kinderspiel zu nennen ist. Davoust, der „rohe Kerl“, wie ihn Kaiser Franz, der „Würgengel Hamburgs“, wie ihn die Geschichte nennt, hatte den höllischen Plan, aus Hamburg ein Troja zu machen; er hielt die Stadt lange Zeit besetzt, selbst dann noch, als Bremen schon längst von den Franzosen gesäubert war. Hamburg hatte unter seiner despotischen, grausamen Regierung eine Leidenszeit durchzumachen, die über alle Vorstellungen entsetzlich war und es an den Rand des Verderbens brachte. Tausende von Bewohnern gerieten in Elend und Verzweiflung und fanden ihren Tod. Wer sich nicht auf sechs Monate mit Lebensmitteln versorgen konnte, mußte auf Befehl des französischen Machthabers ohne Gnade binnen 48 Stunden die Stadt räumen — bei 50 Stockschlägen Strafe. Unter diesen armen Ausgewiesenen befanden sich u. a. auch 349 Waisenkinder. Die Kirchen der Stadt wurden mit Ausnahme einer einzigen in Pferdeställe umgewandelt, und alle Vorstädte mitsamt den herrlichen Villen an der Alster verfielen den Flammen. Bei furchtbarer Kälte im Januar 1814 war es, als Davoust alte Spitalbewohner, Kranke, Gebrechliche, Kinder und Verbrecher zum Tore hinaustrieb, und 600 dieser Ärmsten kamen um. Damals betätigte unsere Stadt Bremen in hervorragender Weise ihre Mildtätigkeit, indem sie 1100 armen, aus Hamburg vertriebenen Leuten gastliche Aufnahme gewährte. —

Als Davoust Hamburg genommen hatte, rückte General Tettenborn mit seinem Korps von ca. 2400 Mann, Kosaken und Lützowschen Jägern, nach Bremen vor, unterstützt durch die Hanseatische Legion, eine Truppe, die sich in Hamburg und Lübeck zur Befreiung Norddeutschlands gebildet hatte. Auf Abwegen war Tettenborn, unbehelligt von den Truppen Davousts, bis in die Nähe Bremens gelangt und wäre sicherlich ohne weiteres in die Stadt eingedrungen, wenn nicht der Maire von Arbergen sofort, als sich die Truppen bei seinem Dorfe sehen ließen, in die Stadt gesprengt wäre, um dem Kommandanten die Annäherung der Russen zu melden. Der Eifer dieses Edlen fand indes später seine verdiente Würdigung: auf dem Verdener Markt empfing er die Belohnung für seine Franzosendienste — mit dem Kantschu. Die Franzosen, die unter dem Kommando des Obersten Thuillier standen, machten sich nach der Nachricht

des Maire von Arbergen augenblicklich zur Verteidigung der Stadt bereit. 300 Mann zogen zur Deckung der Ostertorsvorstadt ab, sie wurden aber von der Tettenbornschen Reiterei, die inzwischen eingetroffen war, bald zusammengehauen, und nur die rasch aufgezogene Brücke am Ostertor und die dort errichtete Batterie hinderten die Sieger am sofortigen Eindringen in die Stadt. Doch die Batterie ward durch ein heftiges Feuer bald vernichtet, und ebenso zwang man die Douaniers, die von einer Windmühle am Wall aus ein heftiges Feuer unterhielten, schnell zum Abzuge. Gegen 2 Uhr nachmittags flogen auf Befehl Tettenborns 20 Kartätschen in die Stadt, nicht um dieser Schaden zuzufügen, sondern um die Einwohner zum Aufstand gegen die Franzosen zu ermuntern. Doch die Gendarmerie in der Stadt hatte den strengen Befehl erhalten, auf jeden Haufen von Bürgern, der sich in den Straßen zeigen würde, unnachsichtlich zu feuern. So war ein Volksaufstand schier unmöglich, und die Bürger mußten ruhig der Dinge warten, die da kommen sollten. Oberst Thullier erwiderte die Aufforderung, die Stadt zu übergeben, mit den stolzen Worten: „Ich übergebe die Stadt nicht, es gehe denn über meinen Leichnam." Schon am folgenden Tage ereilte ihn sein Schicksal. Als er von einem Gartenhause des Ostertorswalles die Stellung des Feindes beobachten wollte, traf ihn die tötliche Kugel eines Lützowschen Jägers. So sahen sich die Franzosen denn gezwungen, die Stadt den Russen zu übergeben.

Am folgenden Tage, dem 15. Oktober, zogen die Russen ein. Es war ein hoher, seltener Freudentag für die Stadt; die lange Leidenszeit war vergessen. Und als unter Hörnerklang und Trommelwirbel die Befreier einmarschierten, da sah man, wie Bremer Kinder die vom Pulver geschwärzten Söhne der donischen Kosakensteppe küßten, während alt und jung, Frauen und Jungfrauen, ein wahres Bombardement mit Flaschen und sonstigen Vorräten unterhielten. „Ein Jubelschrei auf bittre Tränen!" Am nächsten Morgen spazierten die französischen messieurs, der Präfekt Graf Arberg voran, verlegen und verstohlen zum Buntentor hinaus.

IV. Die Jahre 1813—1815.

Obgleich die Freude über den Abzug der Franzosen groß war, hegte man in unserer Stadt doch heimliche Sorge, daß sie noch einmal wiederkommen könnten, denn im nördlichen Deutschland hatte der Feind noch eine Kriegsmacht von ca. 30 000 Mann auf den Beinen. Die Angst vor den Franzosen war nicht unbegründet, denn wirklich kamen diese noch einmal wieder, allerdings nur auf sehr kurze Zeit. Der Befreier Bremens, General von Tettenborn, hatte gleich am Tage nach seinem Einzuge in Bremen einen Teil seiner Truppen nach Oldenburg geschickt, um auch dort die Befreiung von den Franzosen ins Werk zu setzen; er selbst verließ am zweiten Tage darauf mit dem Rest seiner Truppen die Stadt, weil sich ein französisches Korps der Stadt näherte, das den Russen an Zahl weit überlegen war. Während nun Tettenborn seine Truppen bei Verden zusammenzog, marschierten die Franzosen unter Führung des Generals Lauberdière schnell auf Bremen zu und waren bald am Buntentor angelangt. Der General berief den Maire und den Munizipalrat zu sich an das Buntentor, zeigte sich sehr liebenswürdig und gab die Versicherung, daß bei ruhigem Verhalten der Einwohner nicht geplündert werden solle. Eine Schar tapferer junger Männer wollte sich zwar mutig zur Wehr setzen, u. a. die Weserbrücke eiligst abbrechen, aber die Besonneneren wußten sie bald von ihrem Vorhaben abzubringen, zumal das Schicksal Hamburgs deutlich vor aller Augen stand. So zogen die Franzosen ungehindert ein, und abermals sah man einer neuen Schreckenszeit entgegen. Doch zur allgemeinen Verwunderung zeigten sich die Franzosen äußerst ruhig und friedlich gesinnt, was, wie sich später herausstellte, darin seinen Grund hatte, daß die gefürchteten Feinde nur als Flüchtlinge in der Stadt Unterkommen gesucht hatten. Nur drei ganze Tage sollte die diesmalige und letzte Franzosenherrschaft währen. Da traf die Nachricht von der großen Schlacht bei Leipzig und der völligen Niederlage Napoleons ein, und die Franzosen hatten nichts Eiligeres zu tun, als schleunigst die Stadt zu verlassen. Kaum waren sie fort, so stellten sich auch die Kosaken wieder ein, die Vorboten der verbündeten Truppen. Unbeschreiblicher Jubel herrschte in der Stadt, als

der Sieg der Verbündeten bei Leipzig bekannt wurde; ein wackerer Patriot, der Lehrer Baxmann, hatte die schriftliche Kunde überbracht. Das erste war, daß man, um fortan nie wieder einer Belagerung ausgesetzt zu sein, die Reste der Festungswerke, besonders die von den Franzosen bei der Belagerung durch Tettenborn neu angelegten Verschanzungen, gänzlich zerstörte. Die Bürger erboten sich freiwillig zu dieser Arbeit, und so ging die völlige Entfestigung der Stadt rasch von statten. Nur einige Reste der Festung, mehrere Tortürme, blieben noch längere Zeit stehen und nahmen sich zwischen den hübschen Gartenanlagen des Walles und den rasch sich mehrenden modernen Wohnhäusern höchst eigenartig aus. Es herrschte ein freudiges Leben und Treiben in der alten Hansestadt, besonders am Wall, wo sich alt und jung mit dem Abtragen der Batterien und Verschanzungen eifrigst beschäftigte, während die zahlreichen Kosaken in strohgedeckten Hütten auf dem Wall biwakierten und bei ihren munteren Pferden schliefen.

Der inzwischen wieder eingetroffene General Tettenborn erließ am 6. November folgendes Proklam: „Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers aller Reußen, meines Herrn, und Sr. Königl. Hoheit des Kronprinzen von Schweden sind von heute an die bestehenden französischen Autoritäten der Stadt Bremen und ihres ehemaligen Gebiets aufgelöst und ist die alte Verfassung der freien Hansestadt hiermit wieder hergestellt.“ Der Senat nahm die Zügel der Regierung wieder in seine Hand, indem er sich folgendermaßen ausließ: „Die deutsche Freiheit zu sichern, sei unsere erste Sorge, und nach Beendigung der Befreiung die zweite, durch eine sorgfältige Reinigung unserer Verfassung von ihren früheren Mängeln den Völkern Europas zu zeigen, daß Bremen würdig sei, als selbständiger Staat ein Glied des deutschen Völkerbundes zu heißen.“ An demselben Tage trat auch die Bürgerschaft in der altehrwürdigen Rathaushalle wieder zusammen. Syndikus Dr. Schöne, der vor drei Jahren an derselben Stelle im letzten Bürgerkonvent die Hoffnung ausgesprochen, daß er gewiß nicht zum letztenmal an dieser Stelle mit seinen Mitbürgern über das Wohl der geliebten Vaterstadt zu beraten habe, eröffnete die Versammlung, in feierlicher Weise darauf hinweisend, wie seine Hoffnung in glänzender Weise erfüllt sei. „Wir haben aufgehört, Franzosen zu sein,“ rief er den Versammelten zu, „wir sind wieder

Deutsche, und unser Bremen freut sich aufs neue seiner freien Verfassung." Nach Beendigung der Sitzung begab sich eine von Rat und Bürgerschaft erwählte Deputation zum General von Tettenborn, wo Senator Smidt die wiederhergestellte Republik dem allerhöchsten Wohlwollen Sr. Kaiserl. Russischen Majestät und der wohlwollenden Gesinnung Sr. Excellenz empfahl. Von 12—1 Uhr ward mit allen Glocken der Stadt geläutet, und das Küperamt zog mit Musik und Fahnen durch die Stadt, um dem Befreier, General von Tettenborn, den vier Bürgermeistern und Dr. Gondela, dem Präsidenten der Regierungskommission, begeisterte Ovationen zu bringen. Es war ein herrlicher Tag. Alles freute sich, von dem Druck der verhaßten Fremdherrschaft befreit zu sein, und gab sich dem Genusse des Augenblicks hin. Die fröhlichste Stimmung herrschte überall, man schmückte die Rolandstatue, das Sinnbild der Freiheit, mit frischem Grün, eine Sitte, die fortan alljährlich am 6. November wiederholt wurde, und abends ward die ganze Stadt aufs festlichste beleuchtet. Anderen Tages füllten sich die Kirchen der Stadt zur Feier eines Danktages, bei welcher Gelegenheit von den opferwilligen Bürgern der Stadt, trotzdem sie durch die maßlosen Erpressungen der Franzosen so hart mitgenommen waren, die große Summe von weit über 1000 Talern für die Armen der Stadt zusammengebracht wurde.

Nachdem der rührige General von Tettenborn die Verfassung der Stadt wieder hergestellt, suchte er die Einwohnerwohnerschaft zur Teilnahme an dem Befreiungskampfe zu begeistern. Durch ein Proklam ließ er dazu auffordern. In diesem heißt es u. a.:

„Einwohner von Bremen!

„Endlich erscheint euch der Augenblick, edle Jünglinge und Männer Bremens, wo kein drohender Zwang mehr euren Entschluß und eure Neigung hemmen darf. Stehet auf und greift zu den Waffen! Nur diejenigen, die für die Sache des Vaterlandes mitkämpfen, sind würdige Söhne desselben, nur sie sind der Mitgenossenschaft an dem künftigen Glücke wert. Schon haben die Krieger der Hanseatischen Legion in vielen Gefechten sich rühmlich ausgezeichnet, die Scham müßte jeden von euch antreiben, wenn es die Ehre nicht täte. Auf also! bewaffnet euch, sammelt euch zu den Fahnen der Hansa und beweiset, daß auch ihr ein Recht habt an dem Ruhme und dem Glücke

dieses Bundes. Eilt zu euern Mitbürgern, die euch mit Sehnsucht entgegensehen und euch mit offenen Armen erwarten.

Tettenborn."

Es hätte dieser Aufforderung des Generals kaum bedurft, denn kaum war die zu diesem Zwecke niedergesetzte Kommission aus Mitgliedern des Rats und der Bürgerschaft in Tätigkeit getreten, so zeigte sich von allen Seiten die größte Begeisterung für das schöne Werk des Freiheitskampfes. In kurzer Zeit hatten sich 500 Freiwillige zu einem Infanteriebataillon und einer Schwadron von 150 Mann Kavallerie, darunter viele Söhne vornehmer Familien, zusammengefunden, um ins Feld zu ziehen. In dieser Zeit lebte ein wackerer Patriot, ein für den Freiheitskampf hochbegeisterter Bürger, dessen Handlungsweise ein Zeugnis echter, uneigennütziger Vaterlandsliebe liefert, wie sie selten vorkommt. Sein Name ist

Heinrich Böse.

Heinrich Böse trug sich schon während der Franzosenzeit mit dem Plane einer heimlichen Bewaffnung der Bürger. Er erzählt selbst, wie er in aller Stille Pulver kaufte und nach und nach 300 Seltersbrunnenkruken davon zusammenbrachte, während er in der Stille der Nacht in seinem Hause Kugeln gießen ließ; ein gefährliches Beginnen. Dabei unterhielt er schlauerweise ein durchaus freundschaftliches Verhältnis mit dem Präfekten der Stadt, dem Grafen Arberg, bei dem er, wie man wohl sagt, Hahn im Korbe war. „Ich machte den Posa bei ihm mit gutem Erfolg," erzählt Böse selbst, „er war sehr artig gegen mich, ja freundlich, und schickte häufig her, um mich um etwas zu fragen. Niemals habe ich etwas bei ihm, der immer von Schmeichlern und Kriechern umgeben war, gesucht." Auch als schlimme Nachrichten aus Rußland kamen und die Bevölkerung Bremens in freudigste Erregung versetzten, mußte Böse zum Präfekten kommen, der wütend in seinem Zimmer umherrannte und auf die Bremer schimpfte, die er mit „Kartätschen ekrassieren" wollte. Böse beschwichtigte den Zorn des Präfekten, indem er sagte: „Die Leute befinden sich wirklich in einer schlechten Lage; sie sind so töricht, zu glauben, daß es mit des Kaisers Herrschaft über sie zu Ende gehen könne, und freuen sich auf einen besseren Zustand der Dinge, das darf man als Philosoph, als Mensch nicht übel nehmen; wenn aber

das Volk bei der Gelegenheit dumme Streiche macht, so ist es in der Ordnung, daß Sie es als Präfekt bestrafen, meinetwegen totschießen lassen. Aber Kartätschen würde ich nicht nehmen, denn Sie haben keine anderen Kanonen als die beiden kleinen Dinger, die Sie von den Bremern eroberten, und diese springen Ihnen gewiß, denn sie sind auf doppeltes Kaliber nachgebohrt."

Niemand war froher als der kleine Böse, als endlich der Feind aus der Stadt vertrieben war. Nun konnte er offen, ohne alle Geheimtuerei, seine glühende Vaterlandsliebe betätigen. Und er ging sofort ans Werk. Vollständig aus eigenen Mitteln — er war sehr gut situiert — errichtete er ein Jägerkorps für den Freiheitskrieg, rüstete es trefflich aus, besoldete es und exerzierte es selbst ein. Das war eine Freude für ihn, wenn er seine schmucken Jäger, denen die grüne Uniform und der mit Federbusch gezierte Jägerhut vorzüglich stand, alle Nachmittage unter fröhlichem Hörnerklang zu ihren Übungen aus dem Tore hinausführen konnte. Wegen dieser seiner patriotischen Tat wurde Heinrich Böse zum Hauptmann ernannt. In verhältnismäßig kurzer Zeit waren die Böseschen Jäger marschbereit, wie auch die übrigen bremischen Freiheitskämpfer, die unter den preußischen Fahnen Dienste genommen oder sich dem Lützowschen Korps angeschlossen hatten. Bevor es zum Kampfe ging, fand in der Domkirche der feierliche Akt der Fahnenweihe statt. Die Krieger leisteten den Eid der Treue und zogen dann unter Musik über den Domshof. Aber noch lange ließ der Marschbefehl auf sich warten. Es war bereits Februar 1814 geworden, als endlich die tatenlustige Schar aufbrechen durfte. Böse führte seine Jäger selbst. Tausende gaben den Scheidenden das Geleite, und unter Glockengeläute, Trommelwirbel und Hörnerklang zogen die Krieger von dannen. Von ihrer Begeisterung für die heilige Sache legt besonders ein „Lied der Böseschen Jäger" Zeugnis ab, in dem es u. a. heißt:

„Wir sind die mut'ge Jägerschar
Des braven Bremers Böse!
Drum trotzen kühn wir der Gefahr
Im wilden Schlachtgetöse,
Für Freiheit zieh'n wir in den Krieg,
Fürs Vaterland — Tod oder Sieg!"

Am 17. Februar überschritten die Krieger den mit Eis bedeckten Rhein, um ihrer Bestimmung nach in die Gegend von

Brüssel zu marschieren. Hier mußten sie, die vor Ungeduld brannten, am Kampfe teilzunehmen, wochenlang in peinlicher Untätigkeit verharren. Die Schuld lag an Bernadotte, dem Kronprinzen von Schweden, unter dessen Oberbefehl das bremische Kontingent stand, der absichtlich seine Krieger vom Kampfe fernhielt. So verging der ganze März, die Bremer bekamen den Feind nicht einmal zu sehen. Paris war bereits von den Verbündeten genommen und der Friede geschlossen. Die Bremer hatten also umsonst den beschwerlichen Zug unternommen und vergeblich die Stunde des Kampfes ersehnt. Enttäuscht kehrten sie in die Heimat zurück. Erst der herzliche Empfang vermochte sie einigermaßen wieder mit ihrem Schicksale auszusöhnen. Frauen und Jungfrauen in weißen Kleidern zogen den Heimkehrenden entgegen, und die sogenannte Bürgerwehr, die sich während der Abwesenheit der Krieger zum Schutze der Stadt gebildet hatte, empfing sie mit klingendem Spiele. Hauptmann Böse aber vermochte sich lange Zeit eines Gefühls der Bitterkeit und des Mißmutes nicht zu erwehren, er konnte es nicht verwinden, daß seine Jäger so ruhmlos zurückgekehrt waren.

Für Bremen begann nun, wo der Friede endlich eingekehrt war, eine Zeit des Aufschwunges, wie man sie lange nicht erlebt hatte. Handel und Schiffahrt, die so lange Zeit fast ganz darniedergelegen hatten, blühten mächtig auf, englische Schiffe belebten wieder die so lange verödete Weser, die Einfuhr fremder Waren war ganz bedeutend, die Preise der Kolonialwaren, die bis dahin fast unerschwinglich gewesen, sanken schnell, kurz, der Wohlstand wuchs von Tag zu Tag, so daß alles fröhlich aufatmete. Auch in Rat und Bürgerschaft entwickelte sich eine rege Tätigkeit, man hielt den Zeitpunkt für gekommen, zu reformieren, was dem Geiste der Neuzeit nicht mehr entsprach; man war mit Eifer bestrebt, den neuen Geist in sich aufzunehmen und die bremische Selbständigkeit zu fruchtbringendem Gemeingut werden zu lassen. Auch im geselligen Verkehr war man eifrigst bemüht, zu reformieren und besonders jede Erinnerung an die verhaßten Fremdlinge zu verbannen. In der Unterhaltung war jedes französische Wort streng verpönt. Weil man die bisherige Mode für „französisch" hielt, kleidete man sich „altdeutsch". Ehrbare Kaufleute sah man in Radmantel, Zackenkragen, Schnürrock und Federbarett

einherstolzieren. Man begann sogar „altdeutsch“ zu tanzen. Besonders im gastlichen Böseschen Hause gingen die Wogen des „altdeutschen“ geselligen Lebens hoch, zumal der wackere Hauptmann freudigen Anteil nahm. Da erscholl plötzlich inmitten des frischen, fröhlichen Lebens der alten Hansestadt der Schreckensruf durch die Stadt: Napoleon ist von Elba zurückgekehrt und unter dem Jubel der Bevölkerung in Paris eingezogen. Da war's mit Spiel und Tanz vorbei. Jetzt galt es, aufs neue zu rüsten. Fürs Vaterland! Auf gegen den Feind! So hieß die Parole. Hauptmann Böse entwickelte sofort eine fieberhafte Tätigkeit, über die er Essen und Trinken vergaß. In kürzester Zeit hatte er seine Jäger wieder zusammengerufen und 150 Mann auf den Beinen, die vor Kampflust brannten und den Tag des Abmarsches mit Ungeduld erwarteten. Viele junge Bremer aber traten dem Lützowschen Freikorps bei, und gerade diesen sollte es vergönnt sein, am blutigen Kampfe teilzunehmen und, mit dem Lorbeer des Siegers geschmückt, ehrenvoll in die Heimat zurückzukehren. Die Böseschen Jäger verfolgte wieder das Mißgeschick. Sie hatten zu lange auf die Hamburger und Lübecker warten müssen, und als sie endlich ausrückten und bei Waterloo anlangten, war der Sieg der Verbündeten bereits entschieden. Man kann sich denken, wie verstimmt der wackere Hauptmann über dies abermalige Mißgeschick seiner tatendurstigen Jäger sein mußte. Man konnte es ihm nicht verargen, daß er zwei ihm angebotene Orden (vom König von Preußen und vom Kaiser Alexander) ablehnte und dabei zornig ausrief: „Daß man mir ja mit solchem Firlefanz vom Leibe bleibt!“

Seit jenen Tagen war „Hauptmann Böse“ eine der populärsten Persönlichkeiten in der Stadt, von jedermann gekannt, geehrt und geliebt. Man hatte ihn zum Oberst der Bürgerwehr erwählt; der Leitung derselben und seiner Fabrik, einer vom Vater übernommenen Zuckerraffinerie, galt fortan seine Tätigkeit. Er erzählte später gern davon, wie er am Morgen seine Schürze vorgehabt und Zucker gekocht und am Nachmittage seine Bürgerwehr gedrillt habe. Als er 1825 sein Geschäft aufgab, um sich ganz dem Landleben hinzugeben, ehrte ihn seine dankbare Vaterstadt durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts. Von nun an wohnte Böse mit seiner Gattin und seinen acht Kindern in Bederkesa, wo er sich ein Gut ge-

kauft und ganz nach seinem Geschmack eingerichtet hatte. Hier führte er das Leben eines großen Gutsbesitzers, dessen schönste Tugend edle Gastfreundschaft war. An Besuch fehlte es auf dem „Bösenhof“ nie. Träger berühmter Namen kehrten gern dort ein, u. a. Hoffmann von Fallersleben, der durch seine „unpolitischen Lieder“ um Heimat und Stellung gekommen. Hermann Allmers schildert in seinem anheimelnden Buche „Hauptmann Böse“ (1884) das fröhliche, buntwechselnde Leben auf „Bösenhof“ und gibt dabei ein treffliches Charakterbild des alten Hauptmanns, der, ein echter Cincinnatus, mit seinen Leuten pflügte, säte und alle Feldarbeiten verrichtete. In der ganzen Gegend war der alte Böse als edler Menschenfreund und Helfer in der Not bekannt, der mit vollen Händen gab, wo er nur konnte, und im heimlichen Wohltun mit seiner mildherzigen Gattin wetteiferte. Zu seinen liebsten Beschäftigungen gehörten dabei politische und historische Studien, die er mit großem Eifer noch in den letzten Jahren seines Lebens trieb. Der schönste Zug seines Charakters war seine Offenheit. Mit seiner Meinung hielt er nie zurück; er sagte jedem ruhig ins Gesicht, was er von ihm halte und wie er über ihn denke. Eine durch und durch ehrliche, einfache Natur, haßte er alle Ziererein und Höflichkeitsphrasen, die ihm in der Seele zuwider waren.

In der Stadt, wo er geboren (am 4. April 1783), wo er seine Jugend und die besten Jahre seines Mannesalters im Dienste der Vaterstadt verlebt hatte, sollte Heinrich Böse auch sterben. Ein paar Jahre vor seinem Tode nahm er seinen Wohnsitz wieder in Bremen und hatte die große Freude, das bedeutungsvolle Jahr 1866 zu erleben. Der 15. August des nächsten Jahres war sein Todestag. In großartiger Weise gestaltete sich die Totenfeier. Der Trauerzug zählte nach Tausenden. Der Senat, das hanseatische Offizierkorps, der Schützenverein, die Kaufmannschaft, Handwerker und Arbeiter, sie alle folgten seinem Sarge; ein jeder betrauerte aufrichtig den edlen, vortrefflichen Mann, den Ehrenbürger der Stadt in des Wortes schönster Bedeutung.

* * *

Diejenigen Bremer, die sich dem Lützowschen Freikorps angeschlossen hatten und bedeutend früher ausgezogen waren,

nahmen an allen Hauptschlachten — bei Charleroi, bei Ligny und bei Waterloo — teil und hatten, was höchst merkwürdig war, nur einen einzigen Toten, der bei Ligny fiel. Es war der edle Bremer Jüngling Hermann von Kapff. Seine Waffengefährten errichteten ihm bei ihrer Rückkehr in Oberneuland ein Denkmal, das sich seit dem Jahre 1860 und heute noch in den Anlagen vor dem alten Herdentorsfriedhof befindet. Nach der Schlacht bei Waterloo ging es an die Verfolgung des Feindes, wobei sich die Bremer Lützower ebenfalls auszeichneten. Einer von ihnen, Johannes Rösing, soll sogar einen Band der kaiserlichen Handbibliothek aus dem Wagen Napoleons erbeutet haben. Nachdem die Bremer Freischärler noch in der Schlacht bei Issy mitgefochten hatten, konnten sie am 27. Juli als Sieger in Paris einziehen. Dann aber hieß es, nach der Heimat zurückzukehren. Oberst von Lützow entließ unsere Landsleute mit Tränen in den Augen und überreichte dem Major von Eelking, sowie dem Leutnant Kaiser das eiserne Kreuz. Kurz vor Weihnachten gelangte die Truppe in Bremen an, wo ihr von dem Hauptmann Thorbecke und seinem schon zurückgekehrten Bataillon, der Bürgerwehr und der jubelnden Volksmenge ein herzlicher und ehrenvoller Empfang bereitet wurde.

Anna Lühring, das Bremer Mädchen von 1814.

An dem Freiheitskrieg nahm auch, bezeichnend für den Geist der Zeit, eine hochherzige Tochter unserer Vaterstadt teil, ein junges Mädchen von 17 Jahren, Anna Lühring, dessen Name mit Recht verdient, der Vergessenheit entrissen zu werden.

Anna Lühring, geboren in Bremen am 3. August 1796 als Tochter des Stadtbaumeisters Johann Christoph Lühring, zeigte schon in zarter Jugend eine seltene Begeisterungsfähigkeit. Ohne ihre häuslichen Pflichten zu vernachlässigen, las sie mit großem Interesse die ihr zugänglichen Werke der deutschen Dichter. Die Lektüre dieser Werke war ihre liebste Beschäftigung, der sie jede freie Stunde widmete. Wenn auch die erste Zeit der Fremdherrschaft in unserer Vaterstadt dem sorglosen Sinne des Kindes entging, so kam die spätere schlimme Zeit, besonders nach dem Jahre 1813, der heranwachsenden Jungfrau um so fühlbarer zum Bewußtsein, als auch die ökonomischen Verhältnisse ihres Vaters unter dem harten Drucke der Zeit empfindlich

litten. Sie sah die Märtyrer der Freiheit als Opfer des verhaßten Despotismus bluten, sie sah, wie ihre armen gequälten Landsleute völlig machtlos dem Gewaltherrscher gegenüberstanden, und in ihrem leicht erregbaren Herzen loderte der Haß gegen die Franzosen mächtig empor. Mit heimlicher, hoher Freude sah sie aber auch den Genius des deutschen Volkes erwachen, sah, wie die Söhne ihrer Vaterstadt und der Schwesterstädte begeistert die Waffen ergriffen, und ihre Begeisterung für den Freiheitskampf kannte keine Grenzen mehr. Was ihr die Wirklichkeit vor Augen gestellt, das las sie in den Gesängen der Freiheitsdichter, die heldenmütige Prohaska, die unter den Lützowschen Jägern den Freiheitskrieg mitmachte und im Gefecht an der Göhrde fiel, ward ihr Ideal, und so reifte in ihrem jungen Herzen der feste Entschluß, mit teilzunehmen an dem heiligen Krieg, der der Befreiung ihres Vaterlandes galt. Als Ende Januar 1814 das Lützowsche Freikorps durch Bremen zog, hätte sie sich am liebsten ihm gleich angeschlossen. Doch große Schwierigkeiten standen ihr hindernd im Wege. Wie sollte sie der strengen Aufsicht ihres Vaters entgehen und in Besitz männlicher Kleidung, die sie für durchaus notwendig hielt, kommen? Nach mehreren vergeblichen Versuchen gelang es ihr jedoch, in der Kleidung ihres Bruders der Obacht des Vaters zu entkommen. Es war in der Nacht vom 13. zum 14. Februar, als Anna Lühring bei rauhster Witterung die väterliche Wohnung an der Brautstraße verließ und über das Eis der kleinen Weser heimlich zum Stadttor hinausschlich. Ohne jeden Schutz, auf meist unwegsamen, oft überschwemmten Straßen, eilte sie den Lützowschen Jägern nach, mit denen sie aber erst am 1. März zusammentraf. Die Jäger belagerten zur Zeit die Festung Jülich. Ohne Furcht begab sich das mutige Mädchen zum kommandierenden Leutnant von Reil und trat als Fußjäger unter dem Namen Eduard Kruse aus Oldenburg in die 15. Kompagnie des 3. Bataillons ein. „Der kleine Kruse" wurde bald der Liebling der Kompagnie. Alle Beschwerden des ungewohnten und wegen der geringen Zahl von Soldaten um so anstrengenderen Dienstes ertrug das tapfere Mädchen mit männlicher Ausdauer. Gleich im ersten Gefecht, das Anna Lühring mitmachte, wurde die ihr zunächst befindliche Rotte der Flintenjäger hinweggerafft, trotzdem verlor unsere junge Heldin nicht ihre Kaltblütigkeit, ja, sie hatte oftmals

Gelegenheit, angesichts des Feindes ihren persönlichen Mut zu beweisen, nur, so erzählte sie später, konnte sie sich eines geheimen Grauens nicht erwehren, als sie zum erstenmal in dunkler Nacht auf einsamem Vorposten stehen mußte.

Sechs lange Wochen hindurch machte Anna Lühring die Belagerung von Jülich mit, dann erhielt das Korps Befehl, nach Frankreich vorzurücken. Indes sollte das Geheimnis der Anna Lühring, alias Eduard Kruse, nicht gänzlich bewahrt bleiben. In Aachen ward sie zum Hauptmann von Helmstreit gerufen. Dieser hatte ein Schreiben vom Vater der Anna Lühring erhalten, der nach seiner schmerzlich vermißten Tochter forschte und die Ahnung hatte, diese könne sich bei dem Lützowschen Korps aufhalten. — Die junge Vaterlandsverteidigerin vermochte es nicht über sich zu bringen, dem Hauptmann die Wahrheit vorzuenthalten, sie gestand ihm, wer sie sei, bat ihn jedoch dringend, ihr Geheimnis ihren Kameraden nicht zu entdecken, sie selbst aber nicht fortzuschicken. Hauptmann von Helmstreit erfüllte ihre Bitten, verschwieg aber aus weisen Gründen seinen Offizieren nicht, was es mit dem Eduard Kruse auf sich habe. Anna Lühring blieb also bei den Freischärlern, die in Eilmärschen, oft durch Gefechte mit dem Feinde aufgehalten, nach Frankreich hineinrückten. Schon am 9. April stand das Lützowsche Korps in Lafère, 10 Meilen von Paris, und es war der sehnlichste Wunsch aller, besonders aber der tapferen Bremerin, die alle Beschwerden des anstrengenden Marsches mit größter Ausdauer ertragen und in zahlreichen Gefechten ihren Mut bewiesen hatte,*) zur größten Verwunderung ihrer Vorgesetzten, nun auch in Paris mit einziehen zu können, um Zeuge der großen Ereignisse zu sein, die dort vor sich gingen. Allein, ihr Wunsch sollte nicht erfüllt werden, das Lützowsche Korps erhielt den Befehl zum Rückzug. Über Brüssel und Elberfeld ging es in Eilmärschen unter großen Strapazen nach Berlin. Das tapfere Mädchen überstand auch diesen Marsch, der allein schon hinreichend war, die zarte Konstitution eines jungen Mädchens vollständig zu erschöpfen. In Berlin bewirkte Leutnant von Reil,

*) So mußte die Kompagnie einst über einen Steg ein ausgetretenes Wasser überschreiten, was sehr langsam vor sich ging. Da sprang Anna Lühring mit den Worten: „Ein braver Jäger fürchtet Wasser nicht!“ in den — im April — sehr kalten Bach, dessen Wasser ihr bis an die Hüften reichte, und watete hindurch.

daß die hochherzige Streiterin, nachdem sie wieder weibliche Kleidung angelegt, in der vornehmsten Gesellschaft, u. a. beim Fürsten Radzivil und bei der Gemahlin des Prinzen von Preußen ehrenvolle Aufnahme fand. Sie machte dort auch die Bekanntschaft Blüchers und Gneisenaus. Bei ihrer Abreise aus der Hauptstadt, wo sie durch ein Abschiedsmahl gefeiert wurde, beschenkte sie Prinzeß Marianne mit einer kostbaren Tasse; der General Tauenzin aber nahm seine Medaille von 1813 und 14 von der Brust, um sie der jungen Heldin umzuhängen.

Auf ihrer Heimreise von Berlin nach Bremen hatte Anna Lühring das Unglück, in der Gegend von Hildesheim, wo der Reisewagen umkippte, ein Paket mit wertvollen Briefen, darunter ein Schreiben Tauenzins an den Bremer Senat, zu verlieren. In ihrer Vaterstadt sah man der Rückkehr Anna Lührings mit großer Freude entgegen. Als das Gerücht nach Bremen kam, die junge Freiheitskämpferin sei bereits in Brinkum angelangt, da eilten Hunderte zu Fuß, zu Wagen und zu Pferde hinaus, die berühmte Landsmännin zu begrüßen. Auch der Vater, der anfänglich nichts von der ungeratenen Tochter wissen wollte, war in Begleitung mehrerer junger Mädchen gekommen und feierte angesichts der vielen Anwesenden eine alle Umstehenden zu Tränen rührende Szene des Wiedersehens mit seiner so schmerzlich vermißten und so herrlich wiedergefundenen Tochter. Der Einzug in Bremen war ein förmlicher Triumphzug. Als Anna Lühring in der Uniform der Lützowschen Jäger in die Stadt einfuhr, da bildeten alle anwesenden Reiter, darunter viele Söhne der angesehensten Familien, Stabsoffiziere des Hanseatischen Korps und der Bürgergarde, sowie das übrige ganze Offizierspersonal und viele Bürger sich in Reihen und begleiteten den Wagen durch die von Zuschauern angefüllten Straßen bis zur väterlichen Wohnung. Abends vereinigte sich eine ansehnliche Gesellschaft, darunter Mitglieder des Senats, zu einer Feier im Ratskeller, wo auf das Wohl der Vaterlandsverteidigerin, die „durch ihren unbefleckten Ruf und ihre seltene Tapferkeit der Vaterstadt zur höchsten Zierde gereiche“, manches Glas geleert wurde. In fröhlichster Stimmung blieb die Gesellschaft, die natürlich auch des Vaters der jungen Heldin, sowie des ruhmreichen Lützowschen Freikorps in schwungvollen Reden gedachte, bis lange nach Mitternacht zusammen. Tags

darauf stattete Anna Lühring allen Mitgliedern des Senats ihren Besuch ab und fand überall die verdiente herzlichste Aufnahme.

„Hochherzige Tochter Bremens, nicht dem eigenen Bewußtsein allein, auch dem Stolze des glücklichen Landes, das Dich gezeugt, brachtest Du Dein Opfer dar. In seinen Tempel hängst Du die Kränze, die des Auslandes Edelste um Deine Stirn gewunden, und seinen Dank hast Du Dir vor jedem andern erworben, wenn Du in Deinem männlichen Heldenmute, in Deiner weiblichen Reinheit den Charakter Deines Volkes der Welt verkündigst." So schließt die „Neue Bremer Zeitung", der wir in dieser Biographie Anna Lührings gefolgt sind, einen längeren Artikel über Bremens mutige Freiheitskämpferin. Auch das „Bremische Jahrbuch", V. Band, des Künstlervereins bringt einen längeren Artikel über den Lützower Jäger von H. A. Schumacher.

Über die ferneren Schicksale unserer Landsmännin ist leider wenig bekannt. Hauptmann Böse erwähnt sie in seinem kleinen Buche „Erinnerungen aus dem Leben mit besonderer Rücksicht auf das Jahr 1813" (Bremen, 1838). Daraus ersehen wir, daß Anna Lühring zu jener Zeit als Witwe in höchst beschränkten Verhältnissen in dem Dorfe Horn bei Hamburg lebte. Böse erfuhr ganz zufällig von ihr auf einem Hanseatenfeste in Hamburg. Er gab seine „Erinnerungen" zum Besten des „Bremer Mädchens" heraus mit dem Bemerken: „Sollte nicht ein Publikum wie das bremische, besonders Bremens Frauen, die in der Zeit, deren Andenken wir soeben feierten, so großartig auftraten, die so große Summen für die gute Sache aufbrachten, die selbst den Armeen folgten, die Verwundeten zu pflegen, ihr Elend zu mildern — etwas Dauerndes für unsere bremische Heldin, die jetzt ein armes, altes Mütterchen ist, tun können?" Der „kleine Böse" hatte nicht umsonst an die Wohltätigkeit der Bremer appelliert. Im Jahre 1860 erhielt die Witwe auf Antrag Rösings eine lebenslängliche Pension vom Bremer Senate. 1866 starb sie, 70 Jahre alt.

*   *   *

Napoleon war gestürzt und nach St. Helena geschickt. Das Wort Goethes, das er einst Körner und Arndt zugerufen: „Schüttelt nur eure Ketten, der Mann ist euch zu groß, ihr werdet sie nicht zerbrechen!" war also doch zu schanden geworden; Deutschland war frei. Die Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen

schlossen zu gegenseitigem Schutze die sog. heilige Allianz, der fast alle europäischen Mächte beitraten. Im selben Jahre traten Fürsten und Diplomaten zum Wiener Kongreß zusammen, um die europäischen Verhältnisse zu regeln. Einsichtsvolle Männer erkannten freilich bald, daß von diesem Kongreß für Deutschland und seine Freiheit nichts zu erwarten sei, und was der Marschall Vorwärts vorahnend gesagt hatte: „Was die Schwerter uns erwerben, laßt die Federn nicht verderben!" sollte sich leider bald genug bewahrheiten. Blücher, eine demokratische Natur durch und durch, hielt überhaupt nicht viel von den Diplomaten, die er in seiner bekannten derben Weise und in seiner noch bekannteren Husarenorthographie als „eine boßhafte Rotte niederer Faullthiere", als „einen schock Schwerenöther von federfuchsern" bezeichnet. Der Wiener Kongreß sollte die Hoffnungen des deutschen Volkes nicht erfüllen. Der patriotische Freiherr von Stein klagt: „Es ist jetzt die Zeit der Kleinheiten, der Mittelmäßigkeit. Alles das kommt wieder hervor und nimmt seine alte Stelle ein, und diejenigen, welche alles aufs Spiel gesetzt haben, werden vergessen und vernachlässigt." Und wie es mit dem Kongreß selber aussah, davon gibt Johannes Scherr ein drastisches Bild: „Der Kongreß tanzte und berauschte sich in Vergnügungen. Ein halbes Dutzend verbuhlter und verkaufter Damen der großen Welt zog an den Schleppen ihrer Kleider die diplomatischen Größen hinter sich her und machte die hohe Politik. Mehrmals mußte eine wichtige Verhandlung ausgesetzt werden, weil dieser oder jener Staatsretter gerade damit beschäftigt war, lebende Tableaux anzuordnen oder seiner Herzensgebieterin Rot aufzulegen. An die Völker zu denken hatte man in diesem Strudel von Festen, Liebes- und Geldintriguen nicht Zeit genug; auch brauchte man sie ja jetzt nicht mehr, nachdem sie Gut und Blut für die allerhöchsten Herrschaften geopfert hatten."

Man begreift, daß man in unserer Vaterstadt nicht gerade rosig in die Zukunft blickte. Was sollte aus Bremen werden? Wieder einmal bewegte die alte Sorge um die Erhaltung ihrer Selbständigkeit die Herzen der Stadtväter. Aber sie verstanden es, ihre geschicktesten Diplomaten nach Wien zu schicken, unter denen vor allem Senator Johann Smidt hervorragte, der schon während der Freiheitskriege bei den Alliierten seine Vaterstadt in ausgezeichneter Weise vertreten hatte.

Am 8. Juni des Jahres 1815 erhielt das deutsche Volk statt der verheißenen nationalen Verfassung, auf die es so sehnlichst gehofft hatte, die Bundesakte. Der Deutsche Bund konstituierte sich als „ein völkerrechtlicher Verein der deutschen souveränen Fürsten und freien Städte“, an welchem außer dem Kaiser von Österreich und dem Könige von Preußen noch vier Könige, acht Großherzoge, neun Herzoge, elf Fürsten und vier freie Städte teilnahmen. Allerdings war in der Bundesakte von Preßfreiheit, ständischen Einrichtungen und anderen schönen Dingen die Rede, was aber leider nicht zur Ausführung kam oder durch spätere Kongresse, besonders aber durch die Karlsbader Beschlüsse vollständig illusorisch gemacht wurde. Die vier Hansestädte erhielten eine gemeinsame Stimme und schlossen sich besonders dadurch mehr aneinander, daß sie ein gemeinschaftliches Oberappellationsgericht einführten, das seinen Sitz in Lübeck nahm. Am 5. November des nächsten Jahres endlich hielt der Deutsche Bund unter dem Präsidium des österreichischen Bevollmächtigten seine erste Sitzung in Frankfurt. Groß waren die Erwartungen, die das deutsche Volk, das in der schweren Zeit so treu zu seinen Fürsten gestanden, von dem Einigungswerke hegte, aber die bittersten Enttäuschungen blieben ihm nicht erspart. Kaiser Franz, der sich zu Beginn des Wiener Kongresses zu den Worten: „Schauens, die Völker sind halter jetzt auch was!“ hatte hinreißen lassen, sagte jetzt: „Völker? Was ist das? Ich weiß nichts von Völkern, ich kenne nur Untertanen.“ Man kann es dem „Jungen Deutschland“ späterer Zeit wahrlich nicht übelnehmen, wenn es von den Befreiungskriegen, weil sie dem Absolutismus dienten, manchmal mit Hohn und Verachtung spricht. Mit markigen Worten charakterisiert Johannes Scherr den Deutschen Bundestag und seine Bedeutung für das deutsche Volk: „Der unter dem Präsidium des österreichischen Bevollmächtigten zu Frankfurt a. M. zusammentretende Bundestag war und konnte nichts anderes sein als das gefügige Werkzeug der von Rußland diktierten Politik der heiligen Allianz. Wie diese Politik mit Hintansetzung aller Gerechtigkeit, aller Ehre und Scham das Mittelalter, die gute alte fromme Zeit zu restaurieren strebte; wie sie die Leitung aller Geschäfte in die Hände verknöcherter, einfältiger und feiler Aristokraten legte; wie sie jede leise Mahnung des deutschen Volkes in betreff der ihm gemachten

Versprechungen, jede Erinnerung an seine Rechte, jedes vaterländische Gefühl als Verbrechen verfolgte; wie sie unsere Jugend dezimierte, wie sie eine nach oben infam servile, nach unten herzlos brutale Bureaukratie pflanzte; wie sie mit allen Künsten der Verdorbenheit die deutsche Hundedemut zur Nationaltugend stempeln wollte, wie sie uns daheim zu Knechten, in der Fremde zum Gelächter des Hohnes machte; wie sie es glücklich dahin brachte, daß uns sogar die moskowitischen Sklaven verachten durften, daß uns ein Organ der englischen Regierung die tödliche Beleidigung: Die Deutschen sind das feigste und niederträchtigste Volk der Erde! ungestraft ins Gesicht schleudern konnte: — das alles hat sich mit zu schmerzenden Zügen in das Herz jedes redlichen Deutschen eingegraben."

Bremen gehörte also zum Deutschen Bunde, und daß es bei der „Verteilung der Welt", die der Konstitution dieses Bundes voranging, nicht zu kurz gekommen war, das verdankt es, wie schon erwähnt, seinem vortrefflichen Senator, Johann Smidt. Mit dem Namen dieses großen Mannes ist die fernere Geschichte unserer Vaterstadt so innig verwachsen, daß die Geschichte dieses Staatsmannes zugleich die Geschichte Bremens in der neuesten Zeit bedeutet. Nicht nur die Gründung Bremerhavens, das hauptsächlichste Verdienst Smidts, sondern auch die Neugestaltung der Verkehrsmittel und -Wege, die dem Handel Bremens ganz neue Bahnen erschlossen, auch die langen Verfassungskämpfe in den Jahren 1848 und 49, die Entwicklung der wirtschaftlichen Freiheit: alles das knüpft sich an den Namen Johann Smidt.

Ehe wir in diese neue Ära der bremischen Geschichte eintreten, mag ein kurzer Rückblick auf die Franzosenzeit wohl am Platze sein. Die schwere Prüfungszeit, die während der französischen Gewaltherrschaft unsere Vaterstadt betroffen, hatte auch ihr Gutes gezeitigt. Die Franzosen räumten, wie wir wissen, mit vielen mittelalterlichen Institutionen in der Stadt auf. Sie legten nicht nur Landstraßen über bisher unwegsame Strecken, über Sumpf und Moor an, sie befreiten auch die Bauern von dem harten Drucke, der seit Jahrhunderten auf ihnen gelastet hatte, und sie emanzipierten die Juden, und wenn auch nach der Wiederherstellung der Republik manche der alten Übelstände, von denen sich der konservative Sinn der Tagenbaren nicht trennen mochte, wieder ins Leben traten, so

blieb doch das Bewußtsein der Freiheit in den bürgerlichen Klassen erhalten, und wenn auch der Haß gegen die Gewaltherrscher in den Freiheitskriegen viele der fremdländischen Einrichtungen stürzte, der Keim zu selbständigen Neuerungen blieb bestehen, denn Geist und Blick der Bürger waren weiter geworden. Besonders aber war der Unternehmungssinn der Bremer mächtig erwacht. Die abenteuerliche Periode des Schleichhandels, der dem Berufe des Kaufmanns einen romantischen Anstrich gab, so daß sich die Kaufleute noch lange gern dieser Zeit erinnerten, hatte den Charakter des bremischen Geschäfts wesentlich verändert. Ein frischer Wagemut und eine sonst nicht gekannte Rührigkeit weckten den Sinn zu neuen Unternehmungen, und als durch die Leipziger Schlacht der Feind aus dem Lande vertrieben und die Mündung der Weser für den Handel wieder frei war, da erwachte ein Handelsleben in der alten Hansestadt, wie man es zuvor noch nicht gekannt hatte. Früher kamen die bremischen Schiffe nicht über England, Frankreich, Spanien und über die Häfen der Ostsee hinaus, es war ein Ereignis, wenn einmal eines die Fahrt über den Ozean gemacht hatte. Die Kaufherren schickten ihre Söhne zu weiterer Ausbildung nach Holland und später nach England, während der Verkehr mit überseeischen Ländern in den Händen nur ganz weniger großer Handelshäuser lag. „Eine Expedition nach Amerika war ein förmliches Ereignis an der Börse, und die älteren Herren stritten dann wohl miteinander, ob St. Thomas Insel oder Festland sei.“ (Gildemeister.) Alles das wurde schon während der Franzosenzeit anders, und kaum waren zehn weitere Jahre verflossen, da gehörten die Reisen der Bremer Schiffe nach den Vereinigten Staaten zu den gewöhnlichen Dingen. Der transatlantische Verkehr hatte den europäischen bald überflügelt.

V. Johann Smidt.

Bremens berühmtester Bürgermeister entstammte einer angesehenen Familie, aus der schon zweimal ein Bürgermeister hervorgegangen war. Sein Vater war Geistlicher an der reformierten St. Stephanikirche und stand bereits im

62. Lebensjahre, als sein einziger Sohn, Johann, der ihn überleben sollte, am 5. November 1773 geboren wurde. Zu den ersten Lehrern Johann Smidts, der die Lateinische Schule seiner Vaterstadt besuchte, gehörte u. a. der bremische Chronist Dominus Nikolaus Roller. 19 Jahre alt, bezog Smidt, um nach altem Brauche in den Predigerfamilien Theologie zu studieren, die Universität Jena, nicht ohne anfänglichen Widerspruch seines auf holländischen Hochschulen gebildeten, dem starren Orthodoxismus der reformierten Kirche ergebenen Vaters, der sich erst dann zufrieden gab, als er sich überzeugt hatte, daß die thüringische Universität wenigstens in den hauptsächlichsten Dogmen der strenggläubigen Richtung zugetan war. Daß Smidt sich in Jena nicht nur mit dem Studium der Theologie beschäftigte, sondern auch mit Männern des Wissens von anderen Fakultäten eifrig verkehrte, war für ihn von größtem Nutzen. Er schloß sich einem Kreise von Männern an, die mit ihm das gleiche Streben hatten, die Lehren der neuen Wissenschaft zu vernehmen. Unter andern pflegte er eifrigen täglichen Verkehr mit Fichte. Nach vollendeten Studien kehrte Smidt nach Bremen zurück, nicht nur als Theologe, sondern auch mit einem reichen Schatze philosophischen Wissens und einer gediegenen humanistischen Bildung ausgerüstet. Die Theologie war indessen seine Lieblingswissenschaft, sie stand seinem Herzen am nächsten und mit ihr beschäftigte er sich gern bis in sein hohes Alter. Der junge candidatus venerabilis ministerii fand in seiner Vaterstadt im Kreise von Geistlichen, Professoren, Juristen und Ärzten einen äußerst anregenden Verkehr. Die Bewohner Bremens, die lange Zeit von allem Verkehr der großen Welt sich abgeschlossen hielten und nur dann dem öffentlichen Leben etwas Geschmack abgewannen, wenn es sich um Professoren- und Doktorstreitigkeiten einerseits, Zunftkämpfe und sog. Bönhasenjagden andererseits handelte, waren endlich aus ihrem Still- oder besser Schlafmützenleben erwacht. Die mannigfachen Kriegsereignisse seit dem Siebenjährigen Kriege hatten die Einwohner aufgerüttelt und ihnen zum Bewußtsein gebracht, daß es auch außerhalb der Mauern ihrer Stadt noch Menschen gebe, der amerikanische Freiheitskampf hatte ihren Blick über den Ozean gelenkt und — vollends erst die Französische Revolution, von allen Gebildeten mit Freude begrüßt, hatte ihr Interesse am politischen Leben

mächtig wach gerufen. So entfaltete sich gerade in jener Zeit ein reiches geistiges Leben in der alten Hansestadt, das in dem jungen Smidt einen begeisterten Förderer fand. Zu Smidts näheren Freunden gehörte auch der Prediger Stolz an der Martinikirche, ein geborener Schweizer, auf dessen Veranlassung Smidt eine Reise nach Zürich antrat, wo er sich zum Prediger ordinieren ließ. In demselben Jahre, 1797, ernannte ihn seine Vaterstadt zum Professor der philosophischen Fakultät des Gymnasii illustris. Brachte ihm diese Stellung auch nur das bescheidene Honorar von 100 Talern, in „feinen Zweidrittelstücken zahlbar“, ein, so gewährte sie ihm doch hinreichend Muße, literarischen Neigungen nachzugehen und sich mit der interessanten Politik jener Tage zu beschäftigen. Um seine knappen Finanzen aufzubessern, hielt der Professor einige Jahre hindurch Vorlesungen populär-wissenschaftlichen Inhalts. Auch literarisch tätig war er um diese Zeit, das beweist seine Schrift „An die Xeniophoren“, Distichen gegen die berühmten Verfasser der „Xenien“, die (jetzt eine literarische Rarität) nicht die Verfasser selbst, sondern nur ihre Beschäftigung, Xenien zu verfassen, als ihrer unwürdig bekämpfen wollten. Eine andere Schrift Smidts aus jener Zeit betitelt sich „Etwas über das Interesse an der Menschheitsgeschichte“, eine Einleitung zu seinen Vortragscyklen. In dieser Zeit fand Smidt auch seine Lebensgefährtin, die ihm während seines langen, rastlos tätigen Lebens über fünfzig Jahre treu zur Seite stand, ein Frauencharakter von echt weiblicher Sanftmut und Hingebung, wie er selten seinesgleichen findet. Da Smidt von Haus aus durchaus nicht mit Glücksgütern gesegnet war und zudem nur ein schmales Einkommen bezog, mußte das junge Ehepaar mit seinen bescheidenen Mitteln recht haushälterisch umgehen. Es konnte sich nicht einmal eine Kindermagd halten und nahm daher das Kind mit in die Gesellschaften, um es dort an irgend einem ruhigen Plätzchen dem Schlafe zu überlassen.

Gerade im Jahre 1800 war es, als man den 27jährigen Mann in den Senat wählte, ein Ereignis, das besonders in den Kreisen der Juristen, die sonst nur dieser Ehre teilhaftig wurden, nicht geringes Aufsehen erregte. Somit trat Smidt aus dem „geistlichen Staate“ in den weltlichen der kaiserlichen Reichsstadt und damit in das eigentliche Gebiet seines Schaffens ein, das nicht nur ihm, sondern auch seiner Vaterstadt zu

hohem Ruhme gereichen sollte. Die erste Tätigkeit Smidts im Senat bestand freilich nur in der Verrichtung untergeordneter, lokaler Geschäfte, wie es z. B. die Protokollführung war, die man nach altem Brauch immer dem jüngsten Mitgliede des Rats übertrug. Bald aber stellten ihn seine reiche Begabung und die schwere Lage der Zeit auf den Posten, für den er geboren war, auf den Posten eines diplomatischen Vertreters seiner Vaterstadt.

Die ereignisvollen Jahre von 1800—1815 gaben dem jungen Senator Gelegenheit, sein diplomatisches Talent in vollem Maße zu entfalten. Der junge Senator verstand es, eine Reihe junger, edeldenkender und patriotisch gesinnter Männer um sich zu versammeln, und diese junge Generation trat freudig für das Wohl der Vaterstadt in den Kampf, um sie vor den verderblichen Einflüssen der tonangebenden Französischen Republik nach Möglichkeit zu schützen. Daß auch einige ältere Herren des Rates dieser jungen Generation beitraten, war nur von großem Vorteil für sie. Smidt und seinen Freunden hat es Bremen zu verdanken, daß, als im Jahre 1803 der sog. Reichsdeputationshauptschluß zu stande kam, nicht nur die Selbständigkeit der Stadt gerettet, sondern auch die Stadt von allem fremdherrlichen (kurhannoverschen) Besitz befreit und die freie Weserschiffahrt bis an die See anerkannt wurde. Zu den wackeren Patrioten, die Smidt um sich zu sammeln verstand, gehörten besonders auch Senator Dr. Georg Gröning, dessen verdienstvolle Tätigkeit als Vertreter Bremens wir bereits gewürdigt haben, sowie Dr. Gondela, Dr. Horn und Senator Vollmers. Von Smidt ging stets die erste Idee zu gemeinsamem Wirken aus. Er verstand es meisterhaft, begabte Männer für seine Pläne zu gewinnen und sie auf den Platz zu stellen, wohin sie gehörten. Diesen scharfen Blick, das Resultat seiner gediegenen allseitigen Bildung, hat sich Smidt bis in sein hohes Alter bewahrt. Im allgemeinen hegten die Bürger keine großen Erwartungen von den Errungenschaften des Jahres 1803, ihre Begeisterung war deshalb keine große; sie waren von den Plänen Smidts und seiner Freunde nicht gerade enthusiasmiert, sondern hegten allerlei Zweifel, ob die gewonnene Selbständigkeit der Stadt nicht üble Folgen mit sich bringen könne. Allein, wäre die Selbständigkeit Bremens 1803 nicht errungen, so hätte sie das

Jahr 1813, mit dem die französische Gewaltherrschaft zu Ende ging, sicherlich nicht gebracht.

Als nach der Auflösung des Deutschen Reiches, 1806, Bremen ein souveräner, aber auch ein völlig auf sich selbst angewiesener Staat geworden war, galt es besonders, die Freiheit der Stadt zu bewachen. In dieser Zeit, wo Bremen von Kriegsplagen aller Art, Einquartierungen und drückenden Kontributionen rc. heimgesucht wurde, schlossen sich die Bürger, durch die Not gezwungen, mehr als sonst aneinander. Um allen Bestechungsversuchungen und Intriguen fremder Machthaber, namentlich der Franzosen, vorzubeugen, wurde damals die Annahme fremder Ämter, Titel und Orden den Mitgliedern des Rates bei ihrem Bürgereid verboten und auch den übrigen Bürgern ohne Erlaubnis des Rates untersagt. Das war ganz und gar im Sinne Smidts, der keine andere Ehre kannte als die, seiner Vaterstadt zu dienen. Er war eifrigst bemüht, für die Mitglieder des Rates, die sich gern allerlei Titel beilegten und besonders auf die Doktorwürde ungemein stolz waren, die Bezeichnung „Senator“ einzuführen, sowie er überhaupt bestrebt war, manchen alten „Zopf mit scharfer Schere abzuschneiden oder mit leiser Hand allmählich kahl zu rupfen“. Freilich wurde es ihm nicht leicht gemacht, seine Ansichten durchzusetzen, es galt „manch heißen Ritt“ mit den älteren Kollegen; wenn ihm dennoch vieles in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang, so war es vor allem das Werk seiner eigenartigen, kraftvollen Persönlichkeit.

Eine schwere Prüfung für Smidt und alle wahren Patrioten brachte das Jahr 1810, als es Napoleons „steter Fürsorge um das Wohl der Hansestädte“ gefiel, diesen das Glück zu gewähren, Glieder des glorreichen Französischen Kaiserreiches zu werden. Die so lange erstrebte und schwer errungene Selbständigkeit der Stadt schien damit für immer dahin zu sein, als zu Anfang 1811 die kaiserlichen Adler in Bremen aufgepflanzt wurden. Bremen wurde französische Munizipalstadt und Hauptort des Departements der Wesermündung. Ein Präfekt und mit ihm ein ganzes Heer französischer Beamten, ein Maire, französisches Gerichtswesen und eine überaus brutale Polizeiwache nahmen in der bisher so gemütlichen Reichsstadt die obrigkeitliche Gewalt in die Hand; Lasten über Lasten, Einquartierungen, Steuern und drückende

Abgaben folgten, der militärische Despotismus mit der schrecklichen Konskription, die allen Handel niederdrückende Kontinentalsperre, kurz die französische Gewaltherrschaft mit all ihren schlimmen Übeln brach über die arme Stadt herein. In dieser Zeit übernahm Smidt das schwere Amt eines Deputierten in Paris, um als Abgeordneter seiner Vaterstadt der kaiserlichen Regierung die gewünschte Auskunft über alle Verhältnisse der Stadt zu geben. Smidt war bei Napoleon keineswegs gut angeschrieben. Davoust in Hamburg, der Smidt spöttischerweise den „Franklin Bremens“ nannte, hatte ihn als einen der gefährlichsten Menschen dargestellt. Als Napoleon diesen Bericht Davousts über Smidt empfing, trat er nach beendigter Empfangscour noch einmal in den Saal zurück, gerade auf Smidt zu, sah ihn einige Augenblicke starr an und verließ dann, ohne ein Wort zu sagen, den Saal. „So standen einige Augenblicke zwei Extreme einander gegenüber, der blendende Glanz eines genialen Egoismus im Kaisermantel und die schlichte Einfachheit einer selbstlosen Bürgertugend.“

In dieser Zeit, wo sich fast alle früheren Mitglieder des Rates von Regierungsgeschäften nach Möglichkeit fern hielten und nur wenige von ihnen mit der Fremdherrschaft amtliche Beziehungen anknüpften, hielt sich auch Smidt als echter Patriot von den Franzosen fern, so weit er es vermochte. Er wurde Notar und beschränkte seine ganze öffentliche Tätigkeit auf ein neutrales Gebiet, auf die Inspektion der Schulen. Jedoch versäumte er nicht, seiner Vaterstadt im geheimen zu dienen, wie er schon in den letzten Tagen der Freiheit eifrig tätig gewesen war, die öffentlichen Gelder und Güter vor der Habgier der Franzosen in Sicherheit zu bringen. Smidt hatte deshalb das Vergnügen, zu den verdächtigen Personen zu gehören, die von der französischen geheimen Polizei mit aller Schärfe überwacht wurden. Obgleich er die Franzosen haßte und die Befreiung von der drückenden Gewaltherrschaft sehnlichst herbeiwünschte, ließ er doch seine Gesinnungen niemals laut werden, sondern vertraute sie höchstens einem kleinen Kreise patriotisch gesinnter Freunde an. Er war fest davon überzeugt, daß die Napoleonische Herrschaft über kurz oder lang doch ihr Ende finden werde, daß dieses aber nur durch den glänzenden Sieg einer gewaltigen, militärischen Macht zu erreichen sei. Deshalb verhielt er sich mit seinen Freunden

abwartend, anstatt durch ein vorzeitiges Eingreifen sich selbst und seiner Vaterstadt ein nutzloses Martyrium zu verschaffen. Man bereitete sich in der Stille auf den Entscheidungskampf vor und wartete auf die Wiedergeburt Deutschlands, und diese Hoffnungen und Wünsche sollten endlich ihre Erfüllung finden.

Die Völkerschlacht bei Leipzig war geschlagen, die Franzosen hatten Bremen verlassen, jetzt galt es, die wieder gewonnene Freiheit zu benutzen. Am 5. November, dem Tage der Befreiung, proklamierten Senat und Bürgerschaft unter dem Einflusse Smidts die Wiederherstellung der bremischen Selbständigkeit, eine mutige Tat zu einer Zeit, wo Davoust in Hamburg jeden Augenblick herüberkommen konnte. Smidt war es besonders, der dieser mutigen Politik, den Großmächten mit der Tatsache ihrer eigenmächtigen Selbstkonstituierung entgegen zu treten, das Wort redete, der in diesem Augenblicke Kühnheit für die größte Klugheit hielt. Schon seine „Aphorismen“ über das politische Interesse der Hansestädte aus dem Jahre 1808 — die sich in dem handschriftlichen Nachlasse Smidts vorfinden — beweisen, daß es ihm stets darauf ankam, die rechte Gelegenheit zu entschlossenem Handeln zu benutzen. In diesen Aphorismen lautet § 1: „Bei den Vorzügen, welche kleine unabhängige Freistaaten, wie die Hansestädte es sind, in der freien Bestimmung ihrer inneren Organisation nach den jedesmaligen Zeitbedürfnissen genießen, ist es dagegen ihr unvermeidliches Los, in Hinsicht der Bestimmung ihrer äußeren politischen Verhältnisse von dem allgemeinen Gange der größeren Weltbegebenheiten abhängiger zu sein, und sich gegen dieselben passiver verhalten zu müssen, wie diejenigen größeren Mächte, deren Kräfte zu selbsttätigem Eingreifen geeignet sind. Nichtsdestoweniger muß es eine unerläßliche Aufgabe kleiner Staaten bleiben, sich jederzeit in einer klaren Ansicht ihres wesentlichen Interesses auch in betreff jener äußeren Verhältnisse zu erhalten, um bei jeder bedeutenden Veränderung in dem Gange der Weltbegebenheiten zwischen diesen und jenem Interesse die nötigen Parallelen ziehen und die seltenen zur politischen Autonomie sich ihnen darbietenden Momente ungesäumt ergreifen und zweckmäßig benutzen zu können.“

Während die Bremer Truppen sich zur Teilnahme am Freiheitskampfe rüsteten, reiste Smidt mit Dr. Gildemeister in

das Hauptquartier der Verbündeten als Bevollmächtigter der Freien Hansestadt Bremen, machte als solcher den Zug nach Paris mit und war in Gesellschaft der tonangebenden Männer jener Zeit unabläſsig für das Wohl seiner Vaterstadt und der übrigen Hansestädte bemüht. Es war indes nicht leicht, den Hansestädten eine den monarchischen Staaten ebenbürtige Stellung zu sichern, denn die Zeit war allen republikanischen Bestrebungen abgeneigt und durchweg monarchisch gesinnt, so daß es der ganzen diplomatischen Kunst des bremischen Vertreters bedurfte, um das zu erreichen, was er erstrebte. Dabei kam ihm seine ausgezeichnete gewinnende Persönlichkeit sehr gut zu statten; gerade damit errang er seine größten Erfolge. Als Bevollmächtigter Bremens wohnte Smidt auch dem Wiener Kongresse bei, als solcher unterzeichnete er die Kongreßakte, die deutsche Bundes- und die Wiener Schlußakte, und trat als bremischer Gesandter in die Bundesversammlung von Frankfurt ein, wo er bis 1857 seinen Sitz behielt. Über die Tätigkeit Smidts als Vertreter seiner Vaterstadt spricht sich Gildemeister sehr treffend aus. Er sagt u. a.: „Geschickte Unterhändler hat Bremen gleich den meisten Reichsstädten viele gehabt; gerade in kleinen Gemeinwesen bildet sich die Kunst, durch Überredung zu erreichen, was der Macht versagt ist, am leichtesten aus. Aber Smidt hat diese seine Berufsgenossen dadurch weit hinter sich gelassen, daß er das bremische und hanseatische Interesse, welches die anderen lediglich als ein lokales auffaßten und mit lokaler Pietät vertraten, wie man ein Familieninteresse vertritt, mit einem höheren politischen Rechtstitel ausstattete und diesem Rechtstitel in den machtbesitzenden Regionen Anerkennung erzwang. Ohne selbst etwas von der Wärme jener familienhaften Pietät für die Vaterstadt, für die Überreste der Hansa aufzuopfern, erkannte er doch, daß dieses Gefühl nicht hinreichen könne, um die Städte in dem allgemeinen Sturme über Wasser zu erhalten. Den entscheidenden Staatsmännern mußte vielmehr die Überzeugung beigebracht werden, daß diese Städte ein gutes Recht des selbständigen Fortbestandes hätten, daß sie als autonome Organismen dem gemeinsamen Vaterlande unentbehrliche Dienste leisteten, daß ihre Mediatisierung ein politischer Fehler sein würde. Der Gedanke, die Hansestädte seien die berufenen Vermittler des Welthandels und des deutschen Handels, und sie könnten

diesen Beruf nicht besser wahrnehmen, als wenn man ihnen selbst die Verfügung über ihre Kräfte überlasse, ward zuerst von Smidt mit Schärfe und Klarheit aufgestellt und mit rastlosem Eifer nach allen Seiten hin vertreten. Diesen Gedanken impfte er nicht allein den eigenen Mitbürgern, sondern auch den übrigen hansischen Freunden ein, denn es war allerdings notwendig, daß, wenn Deutschland an den exzeptionellen Beruf der Städte glauben sollte, die Städte selbst das Ihrige tun mußten, um diesem Glauben Berechtigung zu verschaffen."

Am 26. November 1815 traf Smidt als Mitglied des Deutschen Bundestages in Frankfurt a. M. ein. Artikel 90 der Bundesakte hatte die Eröffnung des Bundestages auf den 1. September angesetzt, dieser Termin wurde jedoch um ein Vierteljahr hinausgeschoben, und die wirkliche Eröffnung der Verhandlungen fand erst Ende des nächsten Jahres (1816) statt. Somit hatte Smidt vollauf Zeit, sich auf seine Tätigkeit als bremischer Gesandter vorzubereiten und sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Er frischte seine alten Bekanntschaften mit einflußreichen Männern, wie Metternich, Stein und Hardenberg, wieder auf und knüpfte neue Verbindungen an, was um so bedeutungsvoller für die Erreichung seiner Zwecke war, weil er als Vertreter eines kleinen Staates, der nicht einmal eine volle Stimme in der Bundesversammlung führte, nur geringe materielle Macht besaß. So brachte er es bald soweit, daß er, trotzdem er als Vertreter Bremens zu den „Mindermächtigen" gehörte, des Vertrauens und der Achtung der hohen Staatskanzler und Minister gewiß war.

Weil sein Aufenthalt in Frankfurt voraussichtlich lange währen würde, hatte Smidt seine Familie, Frau, vier Söhne und zwei Töchter, mit nach Frankfurt gebracht, die meisten übrigen Gesandten machten es ebenso, und unter diesen Familien entwickelte sich bald ein ebenso anregender wie gemütlicher Verkehr. Besonders gern ließ es sich Smidt angelegen sein, seine Gastfreundschaft zu betätigen. Er wartete seinen Tafelgästen, unter denen sich die hervorragendsten Bundestagsgesandten befanden, gern mit allerlei Delikatessen seiner Heimat auf. An seiner Tafel gab es z. B. Schildkröten, Austern und Bremer Seefahrtsbier. Daß natürlich der berühmte Wein aus dem Ratskeller nicht fehlte, kann man sich denken. Auf solche Weise, wie auch durch die Vermittelung von Auszeichnungen

(Ehrenbürgerrecht der Stadt Bremen und Verleihung der hanseatischen Medaille) an hervorragende Mitglieder des Bundestages verstand es Smidt vorzüglich, freundschaftliche Beziehungen zu einflußreichen Personen anzuknüpfen und zu befestigen. Eine umfangreiche und vielseitige Korrespondenz mit bedeutenden Persönlichkeiten diente ebenfalls diesem Zwecke. Dabei verfaßte Smidt noch eine ganze Reihe von Briefen über seine Frankfurter Erlebnisse und Tätigkeit an den Bremer Senat. Smidt war ein Partikularist im edelsten Sinne des Wortes, der aber niemals aus dem Auge ließ, daß das Interesse Bremens mit dem des gesamten Deutschlands aufs innigste verbunden sei. Darum nahm er auch an den Angelegenheiten der übrigen freien Städte regen Anteil. Allerdings, die Schwerfälligkeit der Frankfurter Verhandlungen war durchaus nicht in seinem Sinne, und den Hamburgern war er bitterböse, weil sie so überaus gleichgültig und nachlässig in allen Angelegenheiten des Bundes waren. Der Hamburger Senat zeigte ihm zu wenig Interesse für deutsches Gemeinwesen. Zwei Monate lasse er oft dahingehen, ohne an seinen Vertreter in Frankfurt auch nur ein einziges Mal zu schreiben, sagt Smidt in einer Philippika, Hamburg betreffend, fast scheine es, als ob Hamburg durch seine heroische Anstrengung im Frühling 1813 so alle Kräfte erschöpft habe, daß der marasmus senilis darüber zu frühzeitig eingetreten sei; der Senat wenigstens benehme sich danach.

In fesselnder Weise schildert Smidt in seinen Frankfurter Briefen auch seine persönlichen Beziehungen zu den einzelnen Bundestagsgesandten und charakterisiert diese selbst in vortrefflicher Weise. Unter anderem besuchte er den Marschall Vorwärts, der in Frankfurt weilte, und schreibt über ihn: „Vorgestern machte ich ihm meinen Besuch. Er nahm mich gleich an und erwähnte Bremens mit vielem Lobe, sagte auch, daß er mit unseren Freiwilligen alle Ursache gehabt habe, sehr zufrieden zu sein. Er erkundigte sich nach mehreren Bremern, die er früher in Pyrmont gesehen. Als ich ihn fragte, wie es mit seiner Gesundheit stehe, erwiderte er: schlecht, sehr schlecht. Von Geist scheint er indes noch heiter zu sein. Abends macht er gewöhnlich eine Partie Whist mit einigen hiesigen Kaufleuten, bald bei ihnen, bald in seinem Logis."

Monat auf Monat verstrich, die Bundesversammlung wurde

nicht eröffnet. Fragen der Geschäftsordnung und des Zeremoniells und andere nebensächliche Dinge beschäftigten die Gesandten, die selber nicht wußten, was sie eigentlich wollten. Smidt hatte den lebhaften Wunsch, der nicht etwa seinem Ehrgeize, sondern einem wirklichen Herzensdrange entsprang, gerade in der ersten Zeit an den Arbeiten des Bundestags teil zu nehmen. Da aber die vier freien Städte insgesamt nur eine einzige Stimme hatten, so konnte Smidt nur dann auf die Erfüllung seines Wunsches rechnen, wenn ihm die drei anderen Gesandten von Frankfurt, Hamburg und Lübeck aus freien Stücken die Stimmführung überlassen würden. Frankfurt und Lübeck dachten nicht daran, Bremen und seinem Vertreter den ersten Platz in der Bundesversammlung zu überlassen, Hamburg wollte das Los entscheiden lassen, auch die Bemühungen des Bremer Senats in dieser Angelegenheit verliefen resultatlos. Lange Verhandlungen, schriftliche und mündliche, folgten, durch die es Smidt endlich gelang, einen vierteljährlichen Wechsel in der Stimmführung zwischen den vier Vertretern der freien Städte durchzusetzen. Da er großes Gewicht darauf legte, selbst den Versammlungen, und möglichst allen, beiwohnen zu dürfen, wenn auch nur als Zuhörer, so regte er die Frage einer passiven Assistenz an. Aber auch damit waren die hanseatischen Vertreter nicht einverstanden. Sie erklärten, daß ihnen, wenn sie nicht aktiv beteiligt sein könnten, mit dem bloßen Zuhören nichts gedient sei, der Vertreter Hamburgs meinte, er kenne nichts „Ennuyanteres“, als mehrere Stunden hintereinander einem lebhaften Gespräch zuzuhören und nicht mitsprechen zu dürfen. Wenn es trotz alledem Smidt gelang, auf eine besondere Vollmacht des Bremer Senats hin seine passive Assistenz bei den Bundesversammlungen durchzusetzen, so bekundet dies mehr als alles andere das lebhafte Interesse Smidts und seine hohe Meinung von der Bedeutung des Bundestages. Dazu hatte er noch die besondere Freude, daß eine von ihm ausgearbeitete Geschäftsordnung auf Wunsch Buols vom Bundestage angenommen wurde.

So konnte Smidt denn an der ersten Präliminarkonferenz am 1. Oktober 1816 teilnehmen. Die Konferenz dauerte von 10—12 Uhr. Smidt schildert das Lokal sehr eingehend und sagt u. a.: „Das Sitzungszimmer ist mit schwerem, gelbem Seidenzeuge, in weiche Falten gepufft und mit roten Guirlanden

versehen, tapeziert; in der Mitte steht ein großer runder, mit grünem Tuch überzogener Tisch, um welchen 21 gleichförmige, mit rotem Saffian überzogene Lehnstühle gestellt sind. Auf dem Tische lagen an jedem Platze ein gedrucktes Exemplar der Bundesakte, Papier, Feder, Tintenfaß, Sandbüchse und Bleistift. Später kam durch die Sorgfalt des Grafen Buol noch Papierschere, Federmesser und Falzbein dazu." Der ersten Präliminarkonferenz folgten noch sechs andere, über die Smidt resümiert: „Der beträchtlichen Anzahl der beratenden und stimmenden Staaten ungeachtet und trotz des gänzlichen Mangels an Vorschriften über die Form ist dennoch so viel geschehen, als unter gleichen Umständen bei hergestellter und verstärkter Einheit Deutschlands in monarchistischer Form von einem Kaiser, einem Reichsrate und Reichsständen nur immer hätte erwartet werden mögen. Der bessere Geist, welcher seit 1813 die Herrschaft in Deutschland zu erstreben bemüht ist, hat seine wachsende Macht auf mehr als eine Weise auch bei diesen Verhandlungen sichtbar werden lassen."

Mit dieser frohen Zuversicht erwartete Smidt die feierliche Eröffnung der eigentlichen Bundesversammlung, die endlich, ein ganzes Jahr, zwei Monate und vier Tage später als es in der Bundesakte festgesetzt war, am 5. November stattfand. Der Tag war ein Freudentag für Smidt in mehrfacher Hinsicht. Es war sein Geburtstag und der Tag der Wiederherstellung von Bremens Selbständigkeit durch General Tettenborn im Jahre 1813. Über die Eröffnungsfeier schrieb Smidt einen längeren Bericht nach Bremen, den auch die „Bremer Zeitung" vom 10. November 1816 fast wörtlich brachte.

Umsonst versuchte Smidt, seine Mitbürger zu bewegen, des Tages, der die Selbständigkeit Bremens sicherer denn je begründe, doch in feierlicher Weise zu gedenken. Besonders eine kirchliche Feier wäre sehr in seinem Sinne gewesen, zumal eine solche in Frankfurt unterblieben war. Er trug sich immer noch mit der Hoffnung, der Bundestag werde sich Popularität erringen, aber die öffentliche Meinung war und blieb dieselbe. Da die Leitung der Geschäfte im Bundestag in Händen verknöcherter Aristokraten lag, die jede leiseste Mahnung des Volkes an die gemachten Versprechungen und jedes vaterländische Gefühl als Verbrechen verfolgten und die mit allem

Eifer bemüht waren, die „gute, alte, fromme Zeit“ zu restaurieren, so hatte die Bundesversammlung sehr bald das Vertrauen des hoffnungsfrohen Volkes für immer verloren, und es gelang ihr in den langen Jahren ihres Bestehens auch nicht ein einziges Mal, einen Anflug von Popularität zu gewinnen. Wie aber konnte sich Smidt bei seiner scharfen Beobachtungsgabe dennoch einer solch optimistischen Täuschung hingeben? Darauf gibt Constantin Bulle folgende Antwort:

„Smidt, der alle Faktoren der wirklichen Welt so sicher in Rechnung zu setzen wußte, mischte unter sie einen Faktor, den er nicht von außen, sondern aus seinem eigenen Innern genommen hatte. Er selbst war von einem klaren, man möchte sagen, nüchternen aber aufrichtigen Patriotismus erfüllt; er selbst fühlte, daß in dem Rahmen der Bundesversammlung für einen Mann, wie er war, die reichste Gelegenheit zu nützlicher vaterländischer Wirksamkeit geboten sei, er selbst hegte den ernstlichen Willen und das tiefe Pflichtgefühl, diese Gelegenheit nicht ungenützt entfliehen zu lassen. Sein Irrtum war, daß er diesen sittlichen Mächten, deren Kraft er in seinem Herzen spürte, eine größere Herrschaft auch bei anderen prophezeite, als sie gewinnen konnten. Es war ein Irrtum, der dadurch begünstigt wurde, daß seine nächsten Genossen in Deutschlands Rate Männer von seinem Schlage waren, daß in seiner eigenen Heimat die Gesinnungen, die er hegte, geteilt wurden, und daß er von der gleichsam ansteckenden Kraft des Guten eine nicht geringe Meinung hatte. Diese Kraft, die sich in den Monaten des Wartens so mannigfach bewährte, sollte, so hoffte er, in den republikanischen Formen des Bundeslebens des fruchtbarsten Bodens teilhaftig werden und üppig wuchern. Das Gegenteil war der Fall. Die Verfassung des Deutschen Bundes wäre ein Musterstaat für ideale Bundesgenossen gewesen; aber für Höfe, die einander beneideten, für Staaten, die miteinander rivalisierten, für Interessen, die sich gegenseitig bekämpften, war sie nicht geschaffen. Für die fehlte in ihr das, was in Smidts Augen unnötig und selbst gefährlich war: ein dominierender Einfluß. Zu glauben, daß dieser Einfluß mit zwingender Macht von einer Idee ausgehen könne, von der Idee des gemeinen Besten und der Wohlfahrt des Vaterlandes; zu glauben, daß diese Idee sich in und aus der „Amphiktyonenversammlung Deutschlands“ das Organ, ihre Macht zu üben,

schaffen könne, das war ein Irrtum. Jene Idee existierte zwar und ließ sich nicht unterdrücken; aber sie ließ sich sehr wohl aus dem Rahmen des Bundestages herausdrängen und durch allerlei Blendwerk ersetzen, das ihren Namen trug und ihr Gegenteil war. Aus dem Taxischen Palaste verbannt, fristete diese Idee auch hier nicht selten in wunderlichen Zerrbildern jahrzehntelang ihr Dasein in den Köpfen und Herzen von Dichtern und Journalisten, von Studenten und Handwerksburschen, von schwärmerischen Demagogen und behaglichen Wirtshauspolitikern; hier entfaltete sie wirklich jene ansteckende Kraft, die sie in der Eschenheimer Gasse nicht zu üben vermochte, und hier lernte sie mit richtigem Instinkt, dem die bundestäglichen Angriffe sehr wohl zu statten kamen, erkennen, wo ihr wahrer Feind wohne, und welche feste Burg sie zertrümmern müsse, ehe ihre Herrschaft in deutschen Landen beginne. An der Begründung dieser Herrschaft mitgearbeitet zu haben, ist die dankbarere Aufgabe. Aber wer die gefährliche Zwingburg des Bundestages errichten half, in der ehrlichen Absicht, sie zur festen Citadelle des Deutschtums zu machen, der ist vielleicht zu beklagen, daß er die wahren Gesinnungen seiner Genossen am Bau nicht früher durchschaute; aber die lauteren Beweggründe, die ihn trieben, und die idealischen Hoffnungen, die ihn beseelten, wird niemand tadeln oder verkennen, und am wenigsten wir, die wir das Deutsche Reich zwar mit besserem Fug, als Smidt den Deutschen Bund, aber doch aus denselben Gründen preisen und verehren: weil es Deutschland wieder als Macht zeigt in der Reihe der Völker und, weil es die Selbständigkeit unserer Stadt fester begründet hat, als je zuvor."

So großes Interesse Smidt für die hohe Politik zeigte, verlor er doch niemals das Wohl seiner Vaterstadt aus den Augen. Fest davon überzeugt, daß Bremens Zukunft mit dem Aufblühen des Handels aufs innigste verbunden sei, war er vor allem bestrebt, den Handel der Stadt zu pflegen und ihm neue Wege zu eröffnen. In dieser Hinsicht konnte er gleich in den ersten Jahren seiner Tätigkeit als Gesandter in Frankfurt seiner Vaterstadt einen sehr wichtigen Dienst erweisen. Es war die definitive Beseitigung des Elsflether Zolls, eine der glänzenden Taten im Leben Smidts. Zwar war die drückende Abgabe, die Oldenburg seit ca. 200 Jahren von allen bremischen Schiffen erhob, die die Unterweser befuhren,

bereits durch den Reichsdeputationshauptschluß im Jahre 1803, wie wir wissen, rechtlich abgeschafft worden, in Wirklichkeit aber erhob Oldenburg den Zoll nach wie vor weiter fort und machte besonders nach der Franzosenherrschaft, 1814, seine Ansprüche aufs neue geltend. Die Angelegenheit kam im Bundestage zur Sprache, und hier gelang es der eifrigen Tätigkeit Smidts, daß die Elsflether Zollfrage zu Gunsten Bremens entschieden und Bremen dadurch für immer von der schweren Belastung seines Handels befreit wurde. Groß war die Freude darüber in Bremen, wo man die Bedeutung dieses Sieges in ihrer ganzen Tragweite wohl zu schätzen wußte, und man belohnte den verdienten Diplomaten dadurch, daß man ihn zum Bürgermeister erwählte. Das war am 26. April des Jahres 1821.

Von diesem Zeitpunkt an wandte Johann Smidt noch mehr als bisher den Angelegenheiten seiner Vaterstadt sein lebhaftes Interesse zu. Der Handel Bremens, jetzt von seiner drückenden Fessel befreit, nahm einen raschen Aufschwung und brachte der Stadt bald einen schönen Wohlstand, daß man die schlimme Zeit der französischen Gewaltherrschaft, durch die die Stadt in eine ungeheuere Schuldenlast geraten war, allmählich vergaß. Besonders wuchs der überseeische Verkehr (namentlich der Tabakhandel) von Jahr zu Jahr. Aber gerade dieses Anwachsen des Großhandels machte den Mangel eines eigenen Seehafens recht empfindlich bemerkbar. In früheren Jahrhunderten, wo die Weser weitaus wasserreicher war als jetzt, gelangten die allerdings kleineren Seeschiffe unmittelbar vor die Mauern der Stadt, wenngleich es fast niemals ohne räuberische Angriffe feindlicher Nachbarn zu beiden Seiten der Weser abging. Im Kampf mit diesen feindlichen Nachbarn hatte Bremen sein Gebiet oft bedeutend erweitert; so besaß es zu Anfang des 16. Jahrhundert ein Stück Land an der unteren Weser, wo jetzt Bremerhaven liegt, und schon damals fanden die von der See einlaufenden Schiffe dort an der Geestemündung einen willkommenen Zufluchtsort bei ungünstigem Wetter. Doch kamen die Bremer in jener Zeit niemals auf den Gedanken, dort einen Hafen anzulegen, und es wäre auch nicht gut gewesen, denn im Dreißigjährigen Kriege mußte Bremen sein Gebiet an der Unterweser, Lehe und Bederkesa, an Schweden abtreten. Später errichteten die Schweden unter

Karl XI. dort, wo jetzt Bremerhaven liegt, eine Schanze und legten weitere Befestigungen unter dem Namen Karlsburg an. Diese Karlsburg, die der Stadt Bremen empfindlich schadete, wurde jedoch bald von holländischen und brandenburgischen Kriegsschiffen erobert und endlich, 1683, von den Schweden selbst demoliert. Karl XII. von Schweden trug sich aufs neue mit dem Plane einer befestigten Hafenanlage an Stelle der Karlsburg, seine vielen Kriege hinderten ihn aber an der Ausführung. Die Weser aber versandete immer mehr, die bremischen Schiffe konnten nicht einmal mehr bis Vegesack heraufkommen und mußten fortan, besonders weil sich das Fahrwasser nach der oldenburgischen Weserseite gewandt hatte, Brake anlaufen. Das war mit großen Übelständen verknüpft. Die oldenburgische Regierung war Bremen durchaus nicht wohlwollend gesinnt und suchte durch die Überlassung ihres Hafens an bremische Schiffe sich eine vorzügliche Einnahmequelle zu verschaffen; dazu war die Lage von Brake insofern äußerst ungünstig für die Schiffahrt, weil sich dort die Weser infolge der östlichen Winde fast während des ganzen Winters mit Eis bedeckte, so daß die Schiffahrt oft ein halbes Jahr lang stockte. Trotz dieser mißlichen Umstände dachten die Bremer nicht daran, sich einen eigenen Hafen anzulegen. Da war es endlich Johann Smidt, der während der Unterhandlungen in der Elsflether Zollfrage in Frankfurt den Plan einer bremischen Hafenanlage an der Geestemündung in Erwägung zog. Noch mehr reifte bei ihm dieser Gedanke, als nach Aufhebung des Elsflether Zolls die Animosität Oldenburgs in wirkliche Feindschaft umschlug und die bremische Schiffahrt völlig der Willkür des Nachbarn preisgegeben war, so daß der Bremer Senat seine Kommission für auswärtige Angelegenheiten, an deren Spitze Smidt stand, beauftragte, Mittel und Wege zu ersinnen, wie man der Willkür Oldenburgs am besten einen Damm entgegensetzen könne. In aller Stille leitete Smidt die ersten Verhandlungen mit Hannover ein. Es handelte sich um die Abtretung eines Stück Landes an der Unterweser, da, wo die Geeste einmündete. Bei diesen Unterhandlungen kam ihm wiederum sein diplomatisches Geschick und seine Freundschaft zu den hervorragendsten Staatsmännern, namentlich zu den hannoverschen, vortrefflich zu statten, so daß der Vertrag mit Hannover sehr bald abgeschlossen werden

konnte. Groß war das Erstaunen der Bürgerschaft, da Smidt aus weisen Gründen nichts von seinen Plänen verraten hatte, und groß war auch die Entrüstung Oldenburgs, das sich seiner vorzüglichsten Einnahmequelle beraubt sah, als Smidt plötzlich mit seinem Unternehmen an die Öffentlichkeit trat. Die bremische Kaufmannschaft selbst bezweifelte die Lebensfähigkeit eines solchen Unternehmens. Man meinte, die Millionen, die das Werk kosten werde, seien in die Weser geworfen. Und noch entschiedener war die Opposition der Bürgerschaft, welche das kostspielige Werk einer Hafenanlage wohl für eine große Monarchie möglich, für Bremen aber als eine große Verrücktheit erklärte, so daß es nur mit größter Mühe möglich war, ihre Zustimmung zu der für die Anlagekosten notwendigen Anleihe zu erlangen. Trotz alledem kam der Vertrag mit Hannover zustande, am 11. Januar 1827 wurde er zur großen Freude Smidts abgeschlossen. Bremen erhielt „auf ewige Zeiten" für 73000 Goldtaler ein Stück Land, 138 Hektar groß, an der Geestemündung, wodurch die Stadt endlich in den Besitz eines eigenen Hafens kommen sollte. Als zum erstenmal auf dem erworbenen Grundstücke an der Geeste die bremische Flagge wehte, an dem Tage war auch Smidt zugegen, und als er 30 Jahre später seine Augen für immer schloß, da sah auf dem damals noch öden Terrain bereits eine blühende Stadt einer hoffnungsvollen Zukunft entgegen.

Ein holländischer Baumeister, van Ronzelen, wurde berufen, die Oberleitung des Hafenbaues zu übernehmen. Leider mußte er seine Arbeiten auf das Allernotwendigste beschränken, die übergroße Sparsamkeit der ängstlichen Bürgerschaft zwang ihn dazu. So durfte das ausgegrabene Bassin nicht einmal vollständig mit Stein eingefaßt, sondern mußte zum Teil mit Flechtwerk belegt werden. Überhaupt stand man dem ganzen Werke in Bremen immer noch voll Mißtrauen gegenüber. Man war eben nicht überzeugt von der Notwendigkeit einer eigenen Hafenanlage, die noch dazu nur einem Bruchteile der Bevölkerung zu gute kam, nämlich der Kaufmannschaft, und selbst unter dieser gab sich eine lebhafte Meinungsverschiedenheit kund. Diejenigen, die nur Binnenhandel trieben, gönnten denen, die überseeische Handelsbeziehungen hatten, durchaus nicht die Wohltat eines eigenen Hafens. Man solle doch die Pfütze wieder zuwerfen, so wurden verschiedene Stimmen laut.

Sogar das gute Einvernehmen zwischen Senat und Bürgerschaft wurde durch den Hafenbau vielfach getrübt. Doch durch alles dies ließ sich die unter dem Vorsitze Smidts stehende Deputation, die das Werk in die Hand genommen hatte, durchaus nicht beirren. Ihrer Tätigkeit ist es zu verdanken, daß schon im Sommer 1830 der neue Hafen eröffnet werden konnte. Aber fast kein bremisches Schiff suchte den neuen Hafen auf, denn der Unwille der Kaufmannschaft bestand nach wie vor, die Schiffe liefen wie früher das oldenburgische Brake an, zumal sich Oldenburg — aus leicht begreiflichen Gründen — jetzt überaus liebenswürdig gegen die Bremer erwies. So kam es auch, daß das erste Schiff, das in den neuen Hafen einlief, nicht einmal ein bremisches, sondern ein amerikanisches war, das sich damit nach altem Brauche für immer von allen Hafenabgaben befreite. Endlich aber sollten die Bremer einsehen lernen, daß ein eigener guter Hafen doch etwas wert sei. Als ein starker Frost die vielen in Brake liegenden Schiffe monatelang im Eise festhielt, da konnten die Bremerhavener Schiffe ungehindert in See gelangen. Da ging denn den Kaufleuten endlich ein Licht auf. Alles Geschrei um weggeworfenes Geld war plötzlich verstummt, und gar zu gern legten fortan die Schiffe im neuen Hafen an. Ein lebhafter Verkehr entwickelte sich bald dort. Hatte der Staat im Anfange Bauplätze verschenkt, um Ansiedler nach dem neuen Hafen herzuziehen, so brach jetzt eine Zeit an, wo für Grundstücke ansehnliche Preise geboten wurden. Während im ersten Jahre nur 12 bremische Schiffe in Bremerhaven anlegten, löschten 1835 bereits 284 Schiffe dort, und im Todesjahre Smidts hatte sich $^{2}/_{3}$ des ganzen bremischen Schiffsverkehres dorthin gezogen. Am Tage, wo Smidt starb, lagen sogar drei transatlantische Dampfer nebeneinander auf der Reede von Bremerhaven.

Von dem Tage an, wo Bremerhaven eröffnet wurde, beginnt für Handel und Schiffahrt unserer Stadt eine neue Ära. Der Handel verdreifachte sich in verhältnismäßig kurzer Zeit, der Wohlstand nahm mächtig zu, und man pries die Gründung Bremerhavens, über die man anfangs gespöttelt hatte, als eine geniale Tat. Zu dem ursprünglichen „alten Hafen" kam bald ein zweiter, dann ein dritter und heute, wo man die Gründung Bremerhavens als einen von den unver-

gänglichen Glanzpunkten im Leben des großen Bürgermeisters preist, überragt der neue Kaiserhafen alle andern an Großartigkeit bei weitem.

„So über alles Erwarten hat sich die Zuversicht bewährt, mit welcher Smidt in einem der gefahrvollsten Momente seine persönliche Energie, seinen staatsmännischen Willen einsetzte, um, unterstützt von wenigen Freunden, dem Handel seiner Vaterstadt neue Bahnen anzuweisen, auf welchen sie erst in dem friedlichen Wettkampfe der Nationen den ehrenvollen und gewinnbringenden Platz erringen konnte, den sie heute einnimmt.“ (W. v. Bippen.)

Unablässig war Smidt, als er die Gründung Bremerhavens durchgesetzt hatte, auch fernerhin bemüht, die Entwicklung des Handels und der Schiffahrt zu fördern. So wußte er die großen Gefahren, die Bremen durch die preußischen Zollvereinsbestrebungen erwuchsen, mit geschickter Hand abzuwenden. Keinen Augenblick war er müde, zu handeln, wenn die Wohlfahrt Bremens in Frage kam. Bis in sein hohes Alter stellte er seine reichen Erfahrungen stets in den Dienst seiner Vaterstadt. Mit ungebrochener Kraft bewältigte er auch die Ereignisse von 1848, die auch bei uns durchaus nicht spurlos vorübergingen.

Ein rechter Freudentag war die Jubelfeier der 25jährigen Amtstätigkeit Smidts als Bürgermeister der Stadt Bremen, die am 26. April 1846 die lebhafteste Teilnahme der gesamten bremischen Bevölkerung hervorrief. An diesem Tage ward Smidt auch die Kunde gebracht, daß sein Standbild im Rathaussaal aufgestellt werden solle. Auf ausdrücklichen Wunsch Smidts sah man jedoch von der Aufstellung ab, erst drei Jahre nach seinem Tode fand das Standbild, das die Züge des Bürgermeisters in großer Wahrheit und Lebendigkeit wiedergibt, seinen Platz in der oberen Rathaushalle.

Wir können diese Biographie Smidts kaum besser schließen, als mit dem Hinweis auf die öffentlichen Reden des Bürgermeisters bei der Einführung neu erwählter Ratmänner und Bürgermeister. Es sind deren 24, die sein Sohn, Heinrich Smidt, bei Gelegenheit des Säkularfestes von Smidts Geburtstag am 5. November 1873 in einem Bande unter dem Titel „Patriotische Mahnungen und Rückblicke“ herausgab. Diese „Präsidialreden“ charakterisieren vorzüglich die Eigenart Smidts

und die Zeit seines Wirkens; durch sie ist das Bild des großen Bürgermeisters am besten und lebhaftesten im Gedächtnisse seiner Mitbürger haften geblieben. Zugleich aber sind sie ein beredtes Zeugnis von dem Geist der Tatkraft, der die Regierung unseres kleinen Freistaates sowohl als auch seine Bürgerschaft beseelt und in der Persönlichkeit Smidts am besten zum Ausdruck gelangt. Smidt legte der Einführungsfeier eines Senators oder eines Bürgermeisters, die besonders vor 1848 mit großem Pomp vor sich ging, keine geringe Bedeutung bei. Seine letzte Rede galt der Einführung des Senators Friedrich Grave am 6. März 1857. Sie, die an die Worte anknüpft: „Ein Prophet gilt nirgends weniger als in seinem Vaterlande", läßt allerdings eine trübe Stimmung des 84jährigen Redners nicht verkennen. Es heißt darin u. a.: „Wer an ein Steuerruder gestellt wird, wer zum Aufziehen und Richten an Segeln verwandt wird, wer Tiefe und Seichtigkeit zu ermessen, wer auf den Kompaß zu achten hat, darf nicht wähnen, sich auf ein Rosenbett legen zu können, und wer in Gemeinschaft mit andern zu arbeiten hat, muß im voraus darauf verzichten, daß das Ergebnis einer solchen gemeinsamen Arbeit ihm jederzeit zusagen werde, obgleich er dennoch einen Teil der Verantwortlichkeit für dieselbe nicht von sich ablehnen kann. Kann er es daher öfters sich selbst nicht recht machen, wie viel weniger darf er auf die volle Zufriedenheit anderer zählen."

Das sprach Smidt 10 Wochen vor seinem Tode. Manch einer unter uns wird sich wohl noch des Vierundachtzigjährigen erinnern, wie er zum letztenmal, im Pelzrocke, aber unbedeckten Hauptes trotz der Winterkälte jenes Märztages mit dem ihm eigenen wohltönenden Organ seine Rede hielt und zum letztenmal einem Kollegen den Eid abnahm. Am 7. Mai 1857 entschlief Bremens großer Bürgermeister, der letzte der lebenslänglichen Bürgermeister vor 1848. Seine Vaterstadt wird ihn niemals vergessen.

VI. Olbers.

Unter Smidts berühmten Zeitgenossen nimmt besonders Heinrich Wilhelm Matthias Olbers eine hervorragende Stelle ein. „Olbers! Wie eine große, schöne, schwere, auf deutsche Herrlichkeit geprägte Medaille, so fällt der Name gewichtvoll in die Hand, hier weiß ohne vieles Fragen und Verständigen auch jeder deutsche Knabe, daß von ungewöhnlichen, nicht bloß die Zunftgelehrten interessierenden Leistungen ausdauernder Wissenschaft, großartigem Verlangen und erfolgreicher Erfüllung, ein geheimnisvolles, hehres, majestätisches Gebiet menschlichen Wissens zu erweitern, und zugleich von einem seltenen, den genialischen Scharfsinn fast möchte man sagen mit genialischer Gefälligkeit unterstützenden Glücke die Rede ist. So weit, an beiden Hemisphären, über sterbliche Scheitel die Millionen funkelnder Weltkörper in der Stille heiliger Nächte auf und unter gehen, tragen eben diese Weltkörper den Namen Olbers umher, und er gehört, wie die Namen Thales, Pythagoras, Ptolomäus, wie Kopernikus, Kepler und Galilei, auf allen Schulbänken aller Dörfer und Fleckchen nun lange zum Abc." So heißt es in einer Denkrede auf Olbers, in der bremischen Gelehrtenschule gehalten von Dr. Wilhelm Ernst Weber am 7. März 1840, einige Tage nach dem Tode Olbers'. Mag diese Lobpreisung unseres Olbers etwas pathetisch klingen, so ist doch gewiß, daß der Name des Mannes, dessen Marmorstatue heute unsere herrlichen Wallanlagen schmückt, heute nicht nur in Bremen, sondern in der ganzen gebildeten Welt mit Achtung genannt wird.

In Arbergen, nicht weit von Bremen, erblickte Olbers als Sohn eines Pfarrers am 11. Oktober 1758 das Licht der Welt, in demselben Hause, in dem zwei Jahre später der bekannte Historiker Heeren geboren wurde. Der Vater, der sich der großen Familie von 16 Kindern erfreute, wurde 1760 als Prediger nach Bremen berufen. Hier besuchte der junge Olbers das Athenäum und das Gymnasium illustre und entfaltete schon in frühester Jugend eine seltene Begabung für Mathematik. Astronomische Studien waren schon damals seine liebste Beschäftigung. Kaum 17 Jahre alt berechnete er schon

die Sonnenfinsternis des Jahres 1777. In Göttingen studierte Olbers Medizin, beschäftigte sich aber außerdem mit der ihm lieb gewordenen Astronomie, besonders, da es ihm vergönnt war, die Analysis des Unendlichen des berühmten Mathematikers Kästner zu hören. Nach zweijährigem Studium berechnete er bereits den ersten Kometen, und ein Jahr später, 1780, lieferte er seine Inauguraldissertation „de oculi mutationibus internis" — ein heute noch bekannter Beitrag zur Augenlehre. Reisen nach Frankfurt, Nürnberg, Regensburg und Wien vervollständigten ebensowohl sein medizinisches, wie sein astronomisches Wissen; auf beiden Gebieten war er gleich tüchtig. Endlich ließ sich der junge Doktor als praktischer Arzt in Bremen nieder, wo er sich in kurzer Zeit die Achtung und das Vertrauen seiner Mitbürger in hervorragendem Maße erwarb, so daß er es niemals bereut hat, seinen dauernden Aufenthalt in unserer Vaterstadt genommen zu haben. Aber auch trübe Tage sollten ihm nicht erspart bleiben. Einen schweren Verlust brachte ihm der Tod seiner heiß geliebten Gattin nach einem kurzen Jahre der glücklichsten Ehe, und dieser Schmerz sollte noch einmal erneuert werden, als später auch sein Kind aus dieser Ehe, eine der Gattin an Anmut und Liebenswürdigkeit gleichende Tochter in jungen Jahren dahin schied. Drei Jahre nach dem Tode seiner Gattin ging Olbers eine zweite Ehe ein. Dieser Ehe entstammt Olbers' einziger Sohn, der spätere Senator G. H. Olbers.

Bewunderungswürdig ist die riesige Tagesarbeit des fleißigen, unausgesetzt beschäftigten Mannes. Vom frühen Morgen an bis zum Spätnachmittag besuchte Olbers als geschätzter Arzt zu Fuß seine vielen Patienten, nach der Mahlzeit am Nachmittag hielt er abermals eine ärztliche Sprechstunde, um dann abends noch einige Krankenbesuche in der Stadt zu machen oder geselligen Verkehr zu pflegen. Mit anbrechender Nacht aber begann sein zweites Tagewerk am Sternenhimmel, seine Lieblingsbeschäftigung, die ihm zugleich die beste Erholung war. Bei der Einrichtung seines Wohnhauses an der Sandstraße (Nr. 15), das heute noch durch eine Marmorplatte mit Namen, Geburts- und Sterbetag von Olbers gekennzeichnet ist, hatte Olbers weislich dafür gesorgt, seiner „edlen Liebhaberei für die Sternkunde" Rechnung zu tragen. Er hatte sich im dritten Stock ein kleines Observatorium herrichten

lassen. Es bestand aus drei kleinen Zimmern und einer Plattform auf dem Dache. Von dieser kleinen Sternwarte sind, sagt Littrow, Beobachtungen und Entdeckungen ausgegangen, deren jede einzelne auch die größte Sternwarte für immer unsterblich machen würde. Gute Freunde und Verehrer unterstützten den genialen Mann, unter ihnen der als Astronom bekannte Oberamtmann Johann Hieronymus Schröter in Lilienthal, dessen vorzügliche, mit guten Instrumenten ausgerüstete Sternwarte im Jahre 1813 von den Franzosen niedergebrannt wurde. Besonderen Verkehr pflegte er mit dem später so berühmt gewordenen Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel, der zwar nicht direkt dem Kreise seiner Freunde angehörte, aber doch 7 Jahre lang im benachbarten Lilienthal zubrachte. Bessel (1784—1846) war Handlungslehrling der bremischen Firma A. G. Kulenkamp & Söhne; er hatte Olbers eine Berechnung über den Kometen vom Jahre 1607 überreicht und wurde auf die Empfehlung von Olbers Inspektor der Schröterschen Sternwarte in Lilienthal. 1810 berief man ihn zum Professor der Astronomie nach Königsberg, wo er die dortige Sternwarte in den Jahren 1811—13 errichtete. Nach seinem Tode dort wurden seine sämtlichen „populären Vorlesungen über wissenschaftliche Gegenstände", die er in den Jahren 1832—44 gehalten hat, herausgegeben. Seiner Jugendzeit in Bremen hat der große Astronom stets gern gedacht, und sein naher Verkehr mit Olbers bestand bis zu dessen Tode unverändert fort. Davon legt besonders der Briefwechsel beider Männer (1852 erschienen) das beste Zeugnis ab.

Bessel urteilt u. a. über Olbers: „Hunderte von Stunden sind mir in seiner Gegenwart unvergeßlich geworden; an jede knüpft sich die Erinnerung einer edlen Äußerung, eines lichtvollen Urteils über Gegenstände, eines nachsichtigen über Menschen."

Mit Vorliebe trieb Olbers Forschungen über die Kometen, jene rätselhaften Himmelskörper, deren Bahn er nach einer neuen, von ihm erfundenen Methode berechnete. Auch die Sternschnuppen und Meteorsteine erregten seine Forschbegier. Was ihn aber für alle Zeit unsterblich gemacht hat, ist die Entdeckung zweier Planetoiden, der Pallas am 28. März 1802 und der Vesta am 29. März 1807. Als Mitglied des Museums hielt Olbers eine Reihe von populären Vorträgen

über Himmelskunde und seine eigenen Forschungen; kurz er entfaltete eine rastlose Tätigkeit, die nur zweimal auf längere Zeit unterbrochen wurde, als er 1811 zur Taufe des Königs von Rom und 1812 und 13 als Mitglied des gesetzgebenden Korps in Paris sein mußte. Sonst gönnte er sich höchstens eine mehrwöchentliche Erholungszeit in Pyrmont oder Rehburg. Aber selbst da konnte er sich als Arzt den Hülfsbedürftigen nicht völlig entziehen, obgleich er, um anzudeuten, daß er dort keine Praxis treibe, von niemandem ein Honorar nahm. Auszeichnungen aller Art wurden dem berühmten Arzt und Sternseher zu teil, und man begreift, daß sein 50jähriges Doktorjubiläum am 28. Dezember 1830 in Bremen in festlichster Weise gefeiert wurde.

Zur Feier des Olbersschen Jubiläums verfaßte der schon erwähnte Dr. Weber eine Jubelode in lateinischer Sprache, welche die Verdienste Olbers' als Astronom und Arzt in schwungvollen Versen preist, eine andere Ode von Wilh. Christ. Müller, „einem 50jährigen Verehrer und Freunde", besingt ebenfalls den berühmten Himmelsforscher. Sie betitelt sich „Die Sterne, Freude und Religion des Naturforschers". Eine interessante Schrift zur Feier des Jubelfestes erschien von Pastor Dr. Rotermund: „Erneuertes Andenken einiger Astronomen des Altertums bis zur Völkerwanderung, die sich durch ihre Entdeckungen am Himmel berühmt gemacht haben." Rotermund erzählt in seiner Schrift u. a. von Thales und Pythagoras in fesselnder Weise. Er teilt dabei die eigenartige Grabschrift mit, die man dem im Alter von 92 Jahren als Zuschauer bei einem Kampfspiele gestorbenen Thales setzte. Sie lautet: Unter diesem kleinen Hügel schlummert der große Sternseher Thales. Jupiter nahm ihn von der Erde, weil er wegen seines Alters die Sterne nicht mehr sehen konnte, und setzte ihn in den Himmel, damit er sie desto näher betrachten könne. — Eine Deputation des Senats überbrachte dem Jubilar folgendes Schreiben, in dem es heißt:

„Damit auch der Nachwelt in einem würdigen Denkmale das treue Bild des Mannes erhalten werde, den so viele seiner Mitbürger als den Erhalter ihres Lebens und ihrer Gesundheit segnen — der seiner Vaterstadt als seltenes Vorbild bürgerlicher Tugenden und hoher Geistesgaben eine Zierde — und Fürsten

und Völkern ein Gegenstand ehrender Auszeichnung war, hat der Senat beschlossen:

Daß ein marmornes Brustbild Ihrer angefertigt und öffentlich aufgestellt werden soll.

Ihnen persönlich bietet der Senat am heutigen Tage — im Blick auf Ihren echt bremischen Sinn — nicht Rang, noch Titel, noch Ehrenstellen, sondern die schlichte Gabe unseres alten deutschen Ehrenweins, der durch mehr als zwei Jahrhunderte seinen Ruhm ungeschmälert und seine stärkende und belebende Kraft ungeschwächt erhielt.

Möge er Ihnen Bild und Ausdruck der Gesinnungen und Wünsche sein, die der Senat für Sie hegt — möge er seine stärkende Kraft auch an Ihnen bewähren — und möge der, der da herrschet über den Sternen, Ihnen gestatten, bis zum spätesten Ziele menschlichen Alters, Ihren Blick in ungetrübter Klarheit auf jene Welten zu richten, deren dunkle Bahnen Ihr seltener Geistesblick der dankbaren Menschheit enthüllen half!"

Die in dieser Urkunde angekündigte Aufstellung eines marmornen Brustbildes des Jubelgreises fand einige Jahre später, am 11. Juli 1833 in der Stadtbibliothek statt. Die Büste wurde in vortrefflicher Weise in großer Naturtreue von dem berühmten Bildhauer Rauch in Berlin hergestellt. Über die Feierlichkeit der Enthüllung, gewissermaßen eine Nachfeier zum Olbersjubiläum, berichtet das „Bremische Magazin" in ausführlichster Weise. Vormittags 11 Uhr versammelten sich mehrere Mitglieder des Senats unter dem Präsidium des Bürgermeisters Smidt mit mehreren Freunden und Angehörigen des Gefeierten in der Wohnung des damaligen Stadtbibliothekars, Professor Rump. Bürgermeister Smidt führte Olbers in den Bibliothekraum, wo das noch durch einen Vorhang den Blicken entzogene Kunstwerk aufgestellt war. Smidt hielt eine Ansprache; während derselben fiel die Hülle.

Das war das letzte Mal, daß Olbers an die Öffentlichkeit trat. Die anstrengende körperliche und geistige Arbeit seines doppelten Berufs hatte Olbers bis soweit ohne Schaden für seine Gesundheit ertragen können dank seiner vortrefflichen Konstitution und seiner heiteren Lebensauffassung. Er, dessen hoher Geistesflug bis in sein Alter durch keine körperliche Fessel gehindert worden war, mußte jetzt die Wahrnehmung machen, daß es mit seiner Kraft zu Ende gehe. Seine ärztliche Praxis

hatte er schon im Jahre 1821 niedergelegt. Nicht ohne Sorge sahen ihn seine Freunde von der Zeit an auch seine gewohnte körperliche Bewegung fast ganz aufgeben. Nachmittags ein Gang ins Museum, um der Lektüre zu pflegen, und abends ein Gang in die „Erholung“, das waren die einzigen Bewegungen, die er sich machte, während in seiner wissenschaftlichen Arbeit keine Änderung eintrat.

Bald nach der Feier seines Jubiläums bekam Olbers Schwindelanfälle, die sich wiederholten, an Heftigkeit zunahmen und ihn zwangen, seinen gesellschaftlichen Pflichten fast ganz zu entsagen und sich ganz auf sein Haus und seine Arbeiten zu beschränken. Dr. Georg Barkhausen, ein Freund Olbers' und sein Arzt in den letzten Jahren seines Lebens, hat über den Gesundheitszustand seines berühmten Patienten eine Schrift veröffentlicht, die liebevoll auf die letzte Lebenszeit des Freundes eingeht. Olbers sah seinem Tode mit heiterer Resignation entgegen; er hatte die feste Überzeugung, daß der März der Monat seines Todes sein werde. Der März, sagte er zu Dr. Barkhausen, sei der glücklichste Monat seines Lebens gewesen, die meisten seiner astronomischen Entdeckungen habe er am nächtlichen, so schön sternenhellen Himmel dieses Monats gemacht, darum hege er den zuversichtlichen Glauben, daß der März auch der Monat seines Todes sein werde. Dennoch genas Olbers damals nach und nach wieder soweit, daß er bald wieder seine Arbeit, die Berechnung des zu der Zeit die Aufmerksamkeit der Astronomen sehr in Anspruch nehmenden Enkeschen Kometen, aufnehmen konnte.

Anfang 1840 begann sein letztes Kranksein. Olbers sehnte sich nach seinem Ende, er habe, sagt er, des Guten auf Erden genug genossen, um nun auch dankbar entsagen zu können. Am letzten Februar sagte er heiteren Antlitzes zu seinem Arzt: „Na, morgen kommen wir doch in den März“ — offenbar in der Überzeugung, daß endlich sein Geschick erfüllt werde. Und so geschah es. Über seine letzten Stunden berichtet Dr. Barkhausen wie folgt: „Am Morgen des 1. März fiel es auf, daß er nicht zur gewohnten Zeit seinem im Vorzimmer weilenden Bedienten das Signal gab, ihm zum Aufstehen behülflich zu sein. Durch die etwas geöffnete Tür zu seinem Schlafgemach hörten wir ihn häufiger als gewöhnlich, doch kräftig husten. Auch seine Lage im Bett und sein Aus-

sehen verriet keine momentane Gefahr, so daß wir ihn bis gegen Mittag ruhen ließen, um ihm den Tag zu erleichtern. Als wir dann zu ihm ins Zimmer gingen, war er ganz heiter, verlangte nun aufzustehen, meinte, er hätte schon Kaffee getrunken, was nicht der Fall war, und schien mir überhaupt in einem fieberhaft erregten Zustande, wobei ihn seine chevaleresque Courtoisie auch jetzt nicht verließ, denn nach unserer wechselseitigen Begrüßung war sein erstes Wort, nach dem Befinden meiner Frau zu fragen. Seine „eigenen Verhältnisse", wie er sich früher einmal ausdrückte, schien er aber wirklich zu verkennen, indem von seinem Befinden kaum die Rede war und er auch später das Gefühl seines herannahenden Endes wenigstens nicht aussprach. Hierauf schien sich aber auch die von ihm so lange vorher gefürchtete „Verwirrung seiner Gedanken" zu beschränken, denn noch am Abend ließ er sich aus Goethes nachgelassenen Schriften „Zur Naturwissenschaft im allgemeinen" mehrere Aufsätze, namentlich zuletzt noch die, die Mathematik betreffenden, vorlesen, wobei er mit sichtbarer Aufmerksamkeit folgte. Als mein Eintritt ins Zimmer diese Vorlesung auf einige Zeit unterbrach, war unsere kurze Unterhaltung die gewöhnliche, doch wurde des Kranken Aussprache undeutlich und der Atem bei ruhiger und bequemer Rücklage auf dem Sofa und bei geringer Expektoration durch Schleimrasseln tönend. Nach 9 Uhr zu Bett gegangen, brachte der Kranke die Nacht im Halbschlafe zu. Von 3 Uhr des andern morgens an nahm das Röcheln mehr und mehr zu, und als es um 5¹/₄ Uhr aufhörte, war des Kranken lange Sehnsucht gestillt, der Geist seiner Fesseln entbunden."

Im Jahre 1850, am 11. Oktober, setzte man dem als Astronom, Arzt und als Mensch in gleicher Weise ausgezeichneten Mann auf der ehemaligen Ostertorsbastion unseres Walles ein Denkmal. Der Schöpfer dieser Marmorstatue, die Olbers mit großer Porträtähnlichkeit, von einem Mantel umhüllt und mit dem Fernrohr in der Hand darstellt, ist Karl Steinhäuser. Reliefs am Sockel deuten auf die Tätigkeit Olbers' als Arzt und Astronom hin. Das Denkmal wurde der Stadt von einem Vereine, der sich 1844 gebildet hatte, geschenkt und am 11. Oktober in feierlicher Weise enthüllt. Bei dieser Feier wurde folgender Schlußgesang — nach Übergabe des Denkmals an den Staat — gesungen:

Throne stolz in uns'rer Mitte,
Kunstgebilde, hehres Mal,
Trotzend allen Stürmen, leuchtend
In der Schönheit heil'gem Strahl!
Jeder, der an dir die Schritte
Zögernd nur vorüberlenkt,
Fühle, wie sich ernstes Streben
Mächtig in den Geist ihm senkt.

Dich zu hüten, dich zu schirmen,
Dich als unsern Ruhmeshort
Stets mit Ehrfurcht zu betrachten,
Bleibe Pflicht uns fort und fort.
Dich in späten Tagen schauend
Sei der Enkel noch belehrt,
Daß in seinen großen Männern
Selber auch ein Volk sich ehrt.

VII. Von der Gesellschaft „Museum".

Am Ausgange des 18. und zu Anfang des 19. Jahrhunderts herrschte in unserer Stadt, die ihrer geographischen Lage wegen vorwiegend auf die Pflege materieller Interessen, auf die Förderung ihres Handels und die Erhaltung ihrer Selbständigkeit bedacht war, ein reges geistiges Leben. Besonders war es die Naturwissenschaft, für die das Interesse in Bremen mächtig erwachte und zur Gründung einer „Physikalischen Gesellschaft" führte, die unter dem Namen „Museumsgesellschaft" bald der Mittelpunkt des wissenschaftlichen Lebens wurde. Der eigentliche Stifter dieser Gesellschaft war der Arzt Dr. Arnold Wienholt (1749—1804). Durch Lavater angeregt, beschäftigte er sich mit Vorliebe mit dem sog. tierischen Magnetismus, der in jener Zeit durch Mesmer entdeckt worden war. Wienholt faßte seine Beobachtungen und Erfahrungen auf diesem Gebiete in einer Schrift „Heilkraft des tierischen Magnetismus" zusammen. Wenn auch die öffentliche Meinung seinen Beobachtungen auf dem Gebiete des tierischen Magnetismus, der ja heute noch als eine Form des modernen Hypnotismus wissenschaftliches Interesse hat, skeptisch gegenüberstand, besonders, da Mesmer mehr und mehr als Schwindler erkannt wurde, so traten doch die bedeutendsten Gelehrten unserer Stadt, unter ihnen Olbers, entschieden für Wienholt ein.

Mehr noch als durch seine Forschungen hat Wienholt durch seine Persönlichkeit, seine Liebenswürdigkeit und seinen Gemeinsinn auf seine Mitbürger eingewirkt, so daß die von ihm ins Leben gerufene Gesellschaft in kurzer Zeit einen erfreulichen Aufschwung nahm. Die berühmtesten Gelehrten Bremens schlossen sich der Museumsgesellschaft an. Wir wissen, daß Olbers noch in seinen letzten Jahren ein eifriges Mitglied derselben war. Aber nicht nur die Astronomie, die in Olbers, Bessel und Schröter so glänzend vertreten war, auch die Botanik bildete das Lieblingsstudium einer ganzen Reihe von hervorragenden Geistern unserer Stadt. Der Arzt Dr. med. Albrecht Wilhelm Roth (1757—1828), der seinen Wohnsitz in Vegesack genommen hatte, war einer der ersten, der die deutsche Flora im Sinne Linnés wissenschaftlich untersuchte. Sein Freund, Professor Dr. Franz Karl Mertens (1764—1831), Lehrer am Pädagogium, der sich auf die Anregung seines Freundes eingehend mit dem Studium der Botanik beschäftigte, war ein vorzüglicher Kenner der Algen. Sein Herbarium zählte ca. 30 000 Arten und kam später für 7000 Taler in den Besitz des botanischen Gartens in Wien. Zu großer Berühmtheit, nicht nur in Bremen, gelangten durch ihre Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten besonders die Gebrüder Treviranus. Der ältere von beiden, Gottfried Reinhold, in Bremen geboren 1776, gestorben 1837, Professor der Mathematik und Medizin am Gymnasium illustre, führte die Kuhpockenimpfung in Bremen ein. Sein ganzes Leben bestand in strenger Berufsarbeit. Nicht nur als Arzt, sondern weit mehr als wissenschaftlicher Forscher war er unausgesetzt tätig. Ernst und zurückhaltend von Charakter, konnte Treviranus dem gesellschaftlichen Leben wenig Geschmack abgewinnen, er fühlte sich am wohlsten in Gottes freier Natur in seinem kleinen Landhause in Oberneuland, wo er mit seinen Pflanzen die glücklichsten Stunden seines Lebens verbrachte. Er war ein Gelehrter im vollsten Sinne des Wortes. Seine physiologischen Schriften wirkten nicht nur anregend, sondern auch klärend zugleich. Er war Philosoph, der mit Entschiedenheit den Gedanken des einheitlichen Ursprungs der organischen Welt verfocht und trotz der Ungunst der Zeit fest auf dem Standpunkte der Entwicklungslehre stand. Seine heute noch bekannten Hauptwerke sind eine sechsbändige „Biologie“ und

die „Erscheinungen und Gesetze des organischen Lebens". An Treviranus erinnert eine Marmortafel an dem Hause Wall Nr. 189. Der Bruder Ludolf Christian Treviranus, in Bremen geboren 1779, lebte von 1801—1812 ebenfalls als Gast in unserer Vaterstadt und trieb wie sein Bruder mit großem Eifer botanische Studien, war dann nacheinander Professor der Botanik in Rostock, Breslau und endlich in Bonn, wo er 1864 starb. Er erwarb sich als Pflanzenphysiologe einen in ganz Deutschland geachteten Namen und stand bis zu dem Tode seines Bruders mit diesem im lebhaften brieflichen Verkehr. Endlich sei noch in der Reihe der naturforschenden Ärzte des Dr. Johann Abraham Albers gedacht, der sich als Augenarzt und Arzt für Kinderkrankheiten eines ausgezeichneten Rufes erfreute und mit Olbers innig befreundet war. Im Gegensatz zu den genannten Männern war Albers mehr Arzt als Naturforscher und wirkte durch sein lebhaftes Naturell äußerst anregend auf seine Kollegen. Zahlreiche medizinische Abhandlungen verfaßte er, eine unter diesen über den Croup trug ihm einen von Napoleon ausgesetzten Preis ein.

Über die bremischen Ärzte und Naturforscher jener Zeit berichtet in ausführlicher Weise das Festbuch für die 22. Versammlung deutscher Naturforscher und Ärzte in Bremen (1844), das außerdem auch in interessanter Weise die Entwicklung der ärzlichen Kunst in Bremen darstellt. Präses dieser Versammlung war Bürgermeister Smidt. Wie überall in Deutschland lag auch bei uns die Medizin in alter Zeit in den Händen der Geistlichen, die mit Gebet, Weihwasser und Reliquien aller Art die leidende Menschheit zu kurieren versuchten. Selbst der Aufschwung der Wissenschaft durch die Gründung der Universitäten im 15. Jahrhundert brachte darin wenig Änderung, vielleicht, daß sich zu den Priesterärzten sog. „Lopers", Barbiere, Bader und Scharfrichter gesellten, die in den „Badstuben", deren es in jener Zeit zwei in Bremen gab, ihre Heilkünste versuchten und außerhalb derselben außer Rasieren, Haarschneiden und Bartabnehmen und Schröpfen, auch Wunden und Knochenbrüche behandeln durften. Erst zu Anfang des 16. Jahrhunderts ward ein wirklicher Arzt, der Dr. med. Johannes Sybrecht als Physikus nach Bremen berufen, und von diesem Zeitpunkte an datiert die Geschichte der eigentlichen Medizin. Besonders mit der Einführung der Reformation durch Heinrich

von Zütphen begann man der Pflege der ärztlichen Wissenschaft besondere Sorgfalt zuzuwenden. Die aufgehobenen Klöster und Kirchen richtete man zu Krankenhäusern ein, die erste Apotheke, die Ratsapotheke, wurde (1532) eröffnet, und berühmte Physici kamen nach der alten Hansestadt. Im März 1690 waren bereits fünf Physiker in der Stadt, die zu einem ärztlichen Kollegium zusammentraten. Aus diesem hat sich im Laufe der Zeit das heutige medizinische Kollegium entwickelt.

Über die Blütezeit der bremischen Wissenschaft, die mit dem Aufblühen der Museumsgesellschaft innig verknüpft war, hat der Astronom Bessel in äußerst anziehender Weise geschrieben. Die Museumsgesellschaft war aus kleinen Anfängen hervorgegangen, hatte aber bald ansehnliche Gebäude bezogen und verfügte über ein Lesezimmer, eine gute Bibliothek und wertvolle naturwissenschaftliche Sammlungen. Zu den wöchentlichen Vorlesungen, die, wie wir wissen, auch Olbers hielt, kam die beste Gesellschaft der Stadt zusammen, und von dieser aus verbreitete sich ein lebhaftes Bildungsinteresse bis in die untersten Schichten der Bevölkerung. Es war eine Zeit, in der es sogar zwei Mitglieder des Rates, Bürgermeister Heineken und Senator Johann Gildemeister, nicht unter ihrer Würde hielten, eigenhändig die Vermessung des Gebietes ihrer Vaterstadt vorzunehmen, um das Ergebnis ihrer Arbeit in einer ausgezeichneten Karte zu verwerten.

Leider brachte das französische Regiment, das tief in das gesamte Leben, besonders auch in die geistigen Bestrebungen unserer Vorfahren einschnitt, eine gänzliche Änderung herbei, die aller Weiterentwicklung ein Ende bereitete. Erst durch die Gründung des „Naturwissenschaftlichen Vereins" (1864) wurde das Interesse an den Naturwissenschaften und besonders an den wertvollen Sammlungen der Museumsgesellschaft, das sich lange Jahre auf den engen Kreis wirklicher Naturforscher beschränkt hatte, wieder ein allgemeines. Die reichhaltigen Sammlungen, die besonders durch ihr wertvolles Material an Vögeln — ca. 2000 Exemplare — bemerkenswert waren, gingen später als „Sammlungen für Naturgeschichte und Ethnographie" in den Besitz der Stadt über (1877) und sind heute in unserem herrlichen Museumsgebäude aufgestellt. — Das Interesse an wissenschaftlichen Dingen war den Bürgern Bremens während und nach der Franzosenzeit verloren gegangen,

Sorgen um die Aufbesserung der materiellen Lage waren in der verarmten Stadt in den Vordergrund getreten. Dazu kam, daß mehrere von den erwähnten Männern der Museumsgesellschaft die Stadt verlassen hatten und die wenigen, die noch da waren, nicht mehr die verdiente Beachtung ihrer Mitbürger fanden, Olbers etwa ausgenommen. Die Wissenschaft kann in einer Stadt, die wie Bremen ganz besonders auf die Pflege materieller Interessen Bedacht nehmen muß, nur auf indirektem Wege gefördert werden, und besonders dann, wenn sie in das praktische Leben selbst eingreift. Um so mehr verdient die seltene Zeit der Blüte wissenschaftlichen Lebens, wie sie den Anfang unseres Jahrhunderts charakterisiert, Bewunderung. In der verhältnismäßig frühen Einführung wichtiger Erfindungen bei uns ist der Geist jener Tage nicht zu verkennen. So brannte schon 1817 das erste Leuchtgas im Museum der Stadt, in demselben Jahre fuhr bereits ein Dampfer von Bremen nach Vegesack, und schon im Jahre 1847 wurde der erste elektrische Telegraph in Bremen angelegt.

VIII. Reform der Verfassung.

Die schwere Prüfungszeit, welche die Franzosenherrschaft über unsere Vaterstadt brachte, hatte die Gemüter unserer Vorfahren gereift und ihnen zum Bewußtsein geführt, daß alles auch anders sein könne, als es bis soweit gewesen war. Besonders die Verfassung schien einer Reform dringend bedürftig; deshalb begann man gleich nach der Befreiung vom Joche der Fremdherrschaft, sie der Zeit entsprechend umzugestalten. Da ein frischer Zug durch das ganze Staatsleben ging, so ergriff man das geplante Werk mit großer Begeisterung. Leider aber erlosch diese sehr bald, und je mehr in Deutschland der Geist der Reaktion um sich griff, desto langsamer und schleppender wurden die Beratungen über die Verbesserung der Verfassung, bis sie endlich ganz aufhörten. Erst die Sturmjahre 1848 und 1849 brachten eine wirklich neue, dem Geist der Zeit entsprechende Verfassung. Bis dahin blieb die uralte Verfassung des Bremischen Staates aus dem 15. Jahrhundert fast unverändert bestehen.

Diese alte Verfassung, die selbst von den Franzosen zu Anfang dieses Jahrhunderts als eine vorzügliche gerühmt wurde, setzte sich zusammen aus der Tafel oder Eintracht („De Tafel edder Eendracht") vom Jahre 1433 und der durch Zusätze ergänzten neuen Eintracht („Niewe Eendracht") aus dem Jahre 1534. Außer diesen beiden Urkunden gab es noch das sog. Stadtbuch mit Gesetzen und Urteilssprüchen des Rates vom Jahre 1303. Diese drei Urkunden, die in niederdeutscher Sprache verfaßt waren, galten jahrhundertelang als das Fundamentalgesetz des Bremischen Staates und mußten von jedem Bürger und jedem Mitgliede des Rates öffentlich beschworen werden. Der Eid, ursprünglich auch niederdeutsch, erst im 19. Jahrhundert hochdeutsch gesprochen, lautete: „Ich will halten Tafel und Buch samt der neuen aufgerichteten Eintracht, die der Rat und die ganze Gemeinheit beschworen."

Die alte Verfassung stattete den Rat mit einer großen Machtvollkommenheit aus, so daß er sich nie veranlaßt sah, an derselben zu rütteln. In der „Eintracht" von 1433 heißt es nämlich: „Der alte Rat soll von Stund an in den Ratstuhl sitzen gehen und da sitzen als ein vollmächtiger Rat." Eine andere Bestimmung dieser alten Urkunde lautete, „daß die Gemeinheit (Stadtgemeinde), Kaufmann und Ämter (Zünfte) bei ihren alten löblichen Gewohnheiten, Sitten, Freiheiten und Rechten bleiben und daran nicht geenget werden sollte", was besonders den Zünften gut zustatten kam, wenn sie sich in ihren Vorrechten bedroht wähnten. Die alte „Eintracht" war auf „ewige Zeiten" festgestellt, mit drohenden Worten sagt sie: „Und wär' es, daß jemand hier wäre, Mann oder Frau, der diese vorgeschriebenen Stücke oder welche von ihnen mit Worten oder Werken bräche oder widerkäme und dessen verzeuget würde, so vorgeschrieben ist — durch sieben vollkommene Leute in ihrem Recht — den soll der Rat richten in seiner Hochstätte; käme er aber hinweg, so soll der Rat sich halten an sein Gut, es sei beweglich oder unbeweglich; auch soll er in dem Stifte von Bremen noch in einer Hansestadt keinen Frieden oder Geleit haben, und wo man ihn findet und ankommt, so soll man ihn für einen Meineider richten."

Hundert Jahre später wurde der Rat durch einen Aufruhr in der Stadt aus seiner unumschränkten Machtstellung

verdrängt, aber mit Hülfe einer Reihe von fürstlichen und geistlichen Herren bald wieder in sein Amt eingesetzt, um den „göttlichen Zorn von dieser guten Stadt abzuwenden“, damit nicht „Römische kaiserliche Majestät samt andern Kurfürsten, Fürsten, Grafen und sonst gemeinen Ständen des heiligen Reichs zu sonderlichen Ungnaden und Strafen der ganzen Stadt verursacht und bewogen werden“. Ein Friedensvertrag zwischen Rat und Stadtgemeinde wurde abgeschlossen, das war die „Neue Eintracht“, welche die alte Verfassung, „Tafel und Buch“ wiederum auf ewige Zeiten feststellte und durch Zusätze ergänzte, die Macht des Rates aber noch mehr erhöhte. Eine der wichtigsten Bestimmungen dieser „Neuen Eintracht“ lautete: „Wenn es dem Rat in diesen und anderen Sachen nötig und zweckdienlich wäre, mit mehr Leuten Rücksprache zu nehmen, so möge der Rat aus der Gemeinheit, dem Kaufmann und Ämtern dazu fordern und vorbieten lassen die verständigsten, die dem Rat nütze dünken und sonst nach Wohlstand dieser guten Stadt, Liebe, Eintracht und Frieden trachten und dasselbe gern fortgesetzt und gefördert sehen. Auch ist unter anderm mit für gut angesehen, beliebet und bewilligt worden, so in der Stadt Buche, das vor vielen verflossenen Jahren angesetzt und gemacht und von dem Rate und der ganzen Gemeinheit belobet und beschworen, etwas erspüret und befunden würde, das zum Teil einer christlichen und rechtmäßigen Reformation und Bedarf hätte, daß sothanes nach Rat der Hochgelehrten und Verständigen verändert, verlängert, vermindert und verbessert möge werden.“ Damit war für alle folgenden Zeiten die Mitwirkung der Bürgerschaft bei der Gesetzgebung gesichert, aber derzeit ganz dem Belieben des Rates anheimgestellt. Der Rat hatte die vollziehende, verwaltende und richterliche Gewalt in Händen, ihm war es freigestellt, ob er bei der Verfügung neuer Gesetze oder Abgaben, bei der Verwaltung des öffentlichen Vermögens die Gemeinheit hören wollte oder nicht. Der Rat ergänzte sich selbst ohne Mitwirkung der Bürgerschaft auf Lebenszeit, wobei nur nahe verwandtschaftliche Beziehungen von der Wählbarkeit ausschlossen. Vater und Sohn, zwei Brüder und zwei Geschwisterkinder durften nicht gleichzeitig im Rat sitzen. Wenn somit ein sehr nahes verwandtschaftliches Verhältnis unter den Mitgliedern des Rates ausgeschlossen war, so standen dafür die Schwägerschaften im Rate oft in üppigster Blüte,

besonders im 17. Jahrhundert. So saß z. B. der Ratsherr und Bürgermeister Heinrich Meier (1638—76) mit seinem Schwiegervater, mit drei Schwestermännern, mit zwei Frauenbrüdern und mit zwei Schwestermännern seiner Frau zusammen im Rate und stand zu den übrigen Mitgliedern des Rates in einem entfernten Verwandtschaftsverhältnisse, so daß zu jener Zeit der Rat gleichsam eine Familie bildete. Obgleich man den meisten der unter sich verwandten Ratsmitglieder damaliger Zeit die Anerkennung nicht versagen kann, daß sie mit gründlicher Bildung — besonders durch das Studium der Rechte — ausgestattet waren und mit Liebe zur Vaterstadt ihres Amtes ehrenvoll walteten, so läßt sich aber auch nicht leugnen, daß der „verschwägerte Rat“ sehr oft seine Privatinteressen in den Vordergrund stellte und darüber das Wohl des Staates aus dem Auge verlor. Erst dem verflossenen Jahrhundert war es vorbehalten, dieser Gefahr vorzubeugen dadurch, daß ebenso wie die nächsten Blutsfreunde auch die Männer, die durch Heirat in ein verwandtschaftliches Verhältnis zu einem Mitgliede der Regierung standen, von der sonst allen Staatsbürgern offen stehenden höchsten Würde ausgeschlossen wurden.

In sehr langsamer Weise ging die Entwicklung des politischen Lebens in Bremen von statten. Der Senat, oder der Rat, wie der frühere Name war, war alleiniger Inhaber der Gewalt. Seine Einkünfte bezog er aus Sporteln und Geldstrafen, die oft mit großer Willkür erhoben wurden, und verteilte sie unter seine Mitglieder nach Maßgabe des Dienstalters. Merkwürdig, aber zugleich charakteristisch für Bremen ist es, daß sich in dem so sehr begünstigten Rate dennoch kein Patriziat ausbildete, wie es in alter Zeit bestand. Der Grund liegt in der zunehmenden Bedeutung des Kaufmannsstandes jener Zeit. Seit dem 16. Jahrhundert sahen sich die alten Familien in ihrem Reichtume von dem mächtig aufblühenden Kaufmannsstande bald überholt. Bald bildeten die Kaufleute die wichtigste Klasse der Bevölkerung. Ihre Söhne studierten auswärts und brachten „zu dem Glanze des Reichtums den Nimbus der Gelehrsamkeit“ mit nach Hause, so daß bald kein Ratsherr einen solchen jungen Mann mehr als Eidam verschmähte. Der Rat ergänzte sich bald und gern aus den wohlhabenden Bürgerfamilien, und an Stelle der alten Aristokratie der Ratsfamilien trat nun diejenige der reichen Bürgerfamilien,

so daß sich eine Kluft zwischen Rat und Bürgern nicht auftun konnte.

Im Laufe der Jahre setzte sich die Regierung wie folgt zusammen. Der Rat bestand aus 24 Mitgliedern und war, wie die Stadt in vier Quartiere eingeteilt, über deren jedes ein Bürgermeister stand, von denen immer einer ein Jahr als Präsident des Senats zur Regierung kam. Außerdem gehörten zum Rat zwei Syndici, die mit den auswärtigen Angelegenheiten betraut waren und als Diplomaten und staatsrechtliche Konsulenten oft große Bedeutung hatten. Der Rat umfaßte also im ganzen 30 Sitze. Die uralte Gewohnheit der Selbstverwaltung hatte keinen Beamtenstand aufkommen lassen. Diejenigen Bürger, die der „Eintracht" gemäß vom Rate zur Verwaltung herangezogen wurden, betrachteten ihr Amt als Ehrenamt, erhielten also kein Geld für ihre Dienste.

Ebenso war es bei den anderen öffentlichen Angelegenheiten, zu deren Beratung der Rat Notable aus der Bürgerschaft berief. Aus diesem Rechte des Rates wurde, wie es kaum anders sein konnte, im Laufe der Jahre ein stillschweigender Zwang. Wer einmal von den Kaufleuten, den Gelehrten und den Vertretern der Zunft zu den Beratungen geladen war, nahm an, daß er fortan das Recht habe, zu jedem Konvent wieder erscheinen zu dürfen. Die Diakonen — Kirchspielsbeamte, die unentgeltlich die Armenpflege übten — hatten schon immer das Recht, auf Lebenszeit die Bürgerkonvente zu besuchen. Dieses Recht nahmen auch sehr bald die übrigen Mitglieder des Konvents für sich in Anspruch. So bildete diese Versammlung der Bürgerschaft allmählich das Gegengewicht gegen den lebenslänglichen Rat, dessen „Vollmächtigkeit" dadurch wesentlich beschränkt wurde. Nur durch Rat und Bürgerschluß konnten fortan Gesetze erlassen und Steuern ausgeschrieben werden. Allmählich erlangte die Bürgerschaft auch das Recht, jährlich das Budget festzustellen.

Im Staat gab es also zwei Gewalten, Senat (wie sich der Rat im 19. Jahrhundert nannte) und Bürgerschaft. Allerdings beriet und stimmte die Bürgerschaft im Anfang des letzten Jahrhunderts nach Kirchspielen, dabei waren Neustadt und Vorstadt gar nicht vertreten, und über die Bauern im Landgebiete regierte der Senat mit absoluter Machtvollkommenheit. So war es auch noch zur Zeit der Befreiung von der

Gewaltherrschaft der Franzosen. Die wirklich guten Verbesserungen, die die Franzosen im Gerichtswesen und in den bäuerlichen Verhältnissen bewirkt hatten, wurden, als die Stunde der Befreiung schlug, schleunigst wieder aufgehoben. Die Freude über die Befreiung vom Joche der verhaßten Fremdlinge läßt diese Handlungsweise unserer Vorfahren begreiflich finden. Aber der wiederhergestellte Rat besaß zum Glück die Einsicht, daß es wirklich an der Zeit sei, zeitgemäße Neuerungen an die Stelle der überlebten reichsstädtischen Einrichtungen zu setzen. So erhielt das Schulwesen, wenigstens das höhere, eine neue Organisation, und in kirchlichen Dingen wurde die Gleichberechtigung der beiden protestantischen Konfessionen beschlossen. Die wichtigste Änderung ging im Senat selbst vor sich. Durch ein Übereinkommen von Senat und Bürgerschaft im Jahre 1816 gab der Senat sein altes Recht der Selbstergänzung auf. Ein neues Wahlstatut räumte der Bürgerschaft einen gewissen Anteil an der Neuwahl des Senators ein: „Der versammelte Konvent wählt zwölf Bürger, diese losen vier aus ihrer Mitte; ebenso lost der Senat vier von den seinigen; diese acht treten zusammen und bringen drei Kandidaten zum Vorschlag, von denen der Senat einen wählt." Diese Neuerung fand mit Recht den Beifall der Bürger. Die Bürgerschaft erklärte sich nun auch damit für einverstanden, daß fortan eine Milderung der durch Verwandtschaft begründeten Wahlverbote eintrete, dadurch, daß von jetzt an auch nähere Verwandtschaftsverhältnisse zugelassen werden könnten. Die Feierlichkeiten, die mit der Neuwahl eines Senators verbunden waren, gingen in großartiger Weise vor sich und entsprachen durchaus der hohen Stellung, die der Senat in der alten Reichsstadt eingenommen hatte. „Die Würde der Senatoren war immer mit einem gewissen Nimbus umgeben, obwohl im gesellschaftlichen Leben eine vollständige Gleichheit zwischen den Senatoren und ihren Mitbürgern herrschte, und der kurulische Sessel blieb das Ziel manches Ehrgeizes, obwohl erhebliche pekuniäre Vorteile nicht mit demselben verbunden waren, seitdem das Jahrgehalt auf die für eine reiche Handelsstadt sehr mäßige durchschnittliche Summe von 2400 Talern Gold festgesetzt worden." So urteilt Gildemeister, der auch die Wahl eines neuen Ratsmitgliedes schildert wie folgt: Am Tage der Wahl ward sein Haus nicht leer von

Glückwünschenden; eine förmliche Cour fand abends statt. Am nächsten Morgen aber ward der Neugewählte vom Senate in corpore aus seiner Wohnung abgeholt und unter Glockengeläute auf das Rathaus geführt, wo er vor aller Bürgerschaft in plattdeutscher Sprache den Amtseid leistete und einer der Syndici eine Festrede hielt, die zugleich den Verstorbenen und den Nachfolger verherrlichen mußte. Zu dieser Feier mußte der Gewählte durch die rotröckigen Ratsdiener jeden Bürger einladen lassen, und wer von diesen Lust hatte, schloß sich dem Zuge auf das Rathaus an. Nach der Eidesleistung verfügte sich die gesamte Menge in die Wohnung des Herrn Senators zurück, der meistenteils noch mehrere Nachbarhäuser in Anspruch nehmen mußte, um alle seine Gäste beherbergen zu können. Da begann denn ein echt reichsstädtisches Schlemmen. Schokolade, Kaffee, Wein, Backwerk, Zigarren wurden in ungeheuren Quantitäten verbraucht. Der Jugend auf der Straße warf man Körbe voll Kuchen durchs Fenster zu; und gar mancher Bürger achtete es bei solchen Anlässen nicht für Raub, nach eigener Sättigung Rocktaschen und Hut mit allerlei guten Dingen anzufüllen und seiner Frau Eheliebsten mitzubringen, wenn anders die mutwillige Straßenbevölkerung, welche draußen auf solche Freibeuter eifersüchtig lauerte, ihn ungeschoren ziehen ließ. Dieses harmlose Plündern hatte einen eigenen technischen Namen, man hieß es „isen“, und den vollgepackten Heimkehrenden verfolgten die Jungen mit dem Rufe „de hett is't“, d. h. der hat geeist. — Das Wort erinnert an die alte bremische Festungszeit, wo die Bürger zur Winterszeit „isten“, d. h. den Stadtgraben vom Eise frei halten mußten. So ungemütlich das „Isen“ auf dem Stadtgraben war, um so angenehmer war es bei der Wahl eines Senators.

Eine andere wichtige Neuerung, die aus den Beratungen über die Verfassung hervorging, betraf die Konvente. Die Bürgerschaft beriet bis dahin nach Kirchspielen, eine Einrichtung, die sich mehr und mehr als durchaus unzureichend erwies, besonders dann, wenn bei Beratungen von allgemeinem Interesse oft vier verschiedene Beschlüsse zu vereinigen waren. Mit Einwilligung des Senats hörten diese Kirchspielsversammlungen jetzt auf; die Bürgerschaft kam fortan in Plenarversammlungen zusammen, und jedem Bürger ward dadurch Gelegenheit gegeben, in einem weiteren Kreise zu wirken,

während er sonst nur seinem Kirchspielskreise seine Meinungen kundgeben konnte. Auch die Neustadt erhielt damals politische Berechtigung, ihre bisher so stiefmütterlich behandelten Einwohner durften fortan auch an den Bürgerschaftsverhandlungen teil nehmen. Daß sich in damaliger Zeit ein lebhaftes Interesse an den Beratungen der Bürgerschaft unter ihren Mitgliedern gezeigt hätte, kann man gerade nicht behaupten. Die Konvente wurden meist nur von der Hälfte der Bürger, die zu erscheinen berechtigt waren, besucht. Ob es heute damit besser geworden?

An dieser Stelle ist es gewiß angebracht, des Kollegiums der Älterleute zu gedenken, einer Korporation, die Jahrhunderte hindurch die führende Rolle in der Bürgerschaft inne hatte.

Wie das ihm gegenüberliegende altehrwürdige Rathaus das Versammlungshaus des regierenden Rats, der ersten Korporation der Stadt war, so diente der Schütting zu demselben Zwecke der zweitwichtigsten Korporation, die in alter Zeit große politische Bedeutung besaß und beständig mit dem Rate rivalisierte. Er war der Versammlungsort des Kollegiums der Älterleute (Oldermannen), des sog. Kollegium Seniorum. Diese eigentümliche Korporation hatte sich unter den Kaufleuten ähnlich den Handwerkerinnungen oder Zünften schon in alter Zeit gebildet. Sie überragte aber sehr bald an Bedeutung die übrigen gewerblichen Korporationen, weil sie die wichtigste Institution der Stadt, den Handel, vertrat, von dessen Wohlfahrt die Existenz Bremens abhing. Die Älterleute verwalteten ein Vermögen, das zur Förderung des Handels und der Schiffahrt, zur Verbesserung des Fahrwassers und zur Betonnung der Weser diente. Der politische Einfluß des Kollegium Seniorum wuchs von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, besonders dadurch, daß es, wie es nicht anders sein konnte, bald die Leitung der Bürgerschaft übernahm und sich zu einer antisenatorischen Partei, „das Haus Schütting“ genannt, entwickelte. Die Älterleute wahrten nämlich nicht nur die Interessen des Handels, sondern sie überwachten auch angelegentlichst alle Vorgänge im Staatsleben, namentlich, was die Verfassung anbetraf. Über alle Staatsbeschlüsse führten sie genaue Protokolle. Schon darin erklärt sich die dominierende Stellung der Älterleute in der Bürgerschaft. Überdies ergänzten sich die Älterleute wie der Rat selbst und hielten sich, um wiederum hinter dem Rat nicht zurück zu stehen, einen Rechtskonsulenten, der

als „Syndikus der Älterleute“ mit dem Rate unterhandeln mußte und oft große Bedeutung im Staatsleben erlangte.

Daß zwischen dem Rat und dem Kollegium der Älterleute bald ein gespanntes Verhältnis eintreten mußte, liegt auf der Hand, und die Geschichte unserer Stadt weiß denn auch von fortwährenden Streitigkeiten zwischen den beiden stetig miteinander rivalisierenden Körperschaften zu berichten. Manchmal waren diese Reibereien recht harmloser, für den Unbeteiligten komischer Art, wenn beide sich z. B. um ihre Titulatur grimmig befehdeten, wenn sich die Älterleute gegen die Anrede „Ehrliebende Bürgerschaft“, die der Rat beliebte, eifrigst verwehrten und den ihr zukommenden Titel „Löblich“ verlangten, während sie dafür dem Rate die Titulatur „Hochwohlgeboren“ verweigerten. Eifersüchtig wachte die eine Korporation über die wachsende Bedeutung der andern. Der Senat konnte es nicht vertragen, daß die Partei des Schüttings als konstituierte politische Behörde eine Rolle im Staatsleben spielen wollte, und der „Schütting“ opponierte beständig gegen die „Vollmächtigkeit“ des Rats. In diesen Streitigkeiten bestand lange Zeit hindurch das ganze politische Leben Bremens, obwohl beide Parteien wirklichen Neuerungen auf politischem Gebiete keineswegs zugetan waren, weil sie glaubten, in ihrer einflußreichen Stellung Einbuße erleiden zu können, eine Befürchtung, die gewiß nicht ganz unbegründet war. —

Einige der wichtigsten Verfassungsreformen nach Wiederherstellung der bremischen Selbständigkeit haben wir bereits kennen gelernt. Andere, mit denen sich die im Jahre 1814 niedergesetzte Verfassungsdeputation beschäftigte, wurden zwar entworfen, zu einer wirklichen Änderung im liberalen Sinne kam es aber nicht. Schuld daran waren die allgemeinen politischen Verhältnisse, der Geist der Reaktion in Deutschland, wo nach der großartigen nationalen Erhebung naturgemäß eine Periode der Abspannung eingetreten war. Gleichgültigkeit gegen die Fragen der Politik herrschte sogar in den Kreisen der Gebildeten, zumal die Bundesversammlung, wie wir wissen, erst recht danach angetan war, alle Illusionen auf Besserung der Verhältnisse zu zerstören. So erklärt es sich auch, daß die leitenden Männer im Senate unserer Stadt, vor allem Johann Smidt, einer politischen Neugestaltung sehr kühl gegen-

über standen. Smidt besonders lag es daran, die Machtstellung des Senats möglichst ungeschmälert zu erhalten. Er folgte in diesem Bestreben der Überzeugung, „daß die Konzentrierung aller Aktion im Staate in einer wirklich regierenden Behörde die Grundbedingung der bremischen Selbständigkeit und Wohlfahrt sei. Nur eine systematische Leitung, wie sie allein engeren Kreisen möglich ist, schien ihm fähig, das inmitten verschiedenartiger Staaten so exzeptionell dastehende Gemeinwesen vor dem Zerfalle und dem Verkümmern zu bewahren. Er verkannte nicht, daß auch außerhalb des Senats Bildung, Einsicht und guter Wille vorhanden seien, aber er war nicht ebenso sicher, diesen guten Elementen dort jederzeit die Oberhand verschaffen zu können. Er fürchtete die Borniertheit, die Leidenschaft, den Egoismus, welche in weiteren Kreisen leichter zu schaden vermögen". (Gildemeister.) So kam es denn, daß alle Verhandlungen über Reformen, die man damals seitens der Bürgerschaft ins Auge gefaßt hatte, resultatlos im Sande verliefen. Zu diesen gehörte auch der Entwurf eines Gesetzes über die Preßfreiheit, den die Bürgerschaft dem Senat vorgelegt hatte.

Der Entwurf dieses Preßgesetzes huldigte dem liberalen Grundsatze völliger Freiheit der Presse; nur in politischen Sachen sollte die bisherige im Jahre 1813 angeordnete Zensur so lange bestehen aleiben, bis der Bundesrat Beschlüsse darüber festgestellt habe. Der Entwurf blieb jedoch liegen. Man wollte erst die Meinung der Bundesversammlung hören, und diese ließ denn auch nicht allzulange auf sich warten, rief aber die größte Enttäuschung hervor. Die bekannten, alles politische Leben erdrückenden „Karlsbader Beschlüsse" (1819) bestimmten, daß Schriften, „die in Form täglicher Blätter oder heftweise erscheinen, desgleichen solche, die nicht über 20 Bogen im Drucke stark sind, in keinem deutschen Bundesstaate ohne Vorwissen und vorgängige Genehmhaltung der Landesbehörden" zum Druck befördert werden dürften, während der Bremer Entwurf gestattete, alles ohne vorherige Zensur zu drucken und zu verkaufen. Daraufhin setzte dann der Bremer Senat für alle Schriften unter 20 Bogen die Zensur ein. Vor dieses Zensoramt gelangten zu jener Zeit auch die dem Druck übergebenen Predigten des Pastors Dr. Dräseke von St. Ansgarii. Dräseke, ein Mann von warmer patriotischer Gesinnung, nahm

den regsten Anteil an allen öffentlichen Angelegenheiten und gab oft und zwar von der Kanzel herab seine Meinungen kund. Er ließ seine Predigten aber auch drucken, um sie den Mitgliedern der Gemeinde zu überreichen, und zog dadurch sehr bald die Aufmerksamkeit der verantwortlichen Regierungsbehörden auf sich. In einer dieser Predigten hieß es: „Ein furchtbares Mißtrauen steht geharnischt zwischen Volk und Fürsten und schüttelt auf beide seine Schlangen. Der eine Teil sieht Verheißungen, welche als heiliger Dank für seltene Treue gegeben wurden, in lahme und halbe Erfüllung gehen; der andere sieht aufrührerische Rotten, wo nur unverabredetes Einverständnis über die große Zeit die Gemüter verbindet, durch alle Provinzen und Stände schleichen. Hier bringt den einzelnen das kühne Wort, das er öffentlich geredet, um Amt und Freiheit; dort werden neunhundert, die nichts als demütige Bitten um Linderung ihres unerträglichen Elends an das landesväterliche Herz legen möchten, nicht einmal vor- und zu Wort gelassen. — Erflehen, als wäre es ein Almosen, muß der Beteiligte sein Recht und findet's auch dann noch kaum. Sogar an Personen, die in der schauderhaften Nacht der Willkür die Träger des Lichts und des Rechts waren, die mit Schrift und Rede den Geist, der die Ketten zerbrach, weckten, welche durch Einsicht und Tugend, Mut und Talent des Zeitalters und der Menschheit von Gott selbst bestellte Sprecher sind — E. M. Arndt, — vergreift sich der Wahn, und muß er offenes Feld scheuen, wählt er Schleichwege." Die „Zensurkommission des Senats hielt solche Predigten für bedenklich und ließ den Verfasser ersuchen, seine Predigten doch so zum Druck zu befördern, daß die Zensur keinen Anstoß an ihnen nehme. Noch größer wurden die Bedenken der Zensurbehörde, als ihr eine andere gedruckte Predigt zu Gesichte kam, die Dräseke gehalten hatte bald nach der Feier des 18. Oktobers, des Gedenktages an die große Zeit, auf deren segensreiche Folgen die deutsche Nation leider umsonst gehofft hatte. In dieser Schrift heißt es u. a.: „Warum fällt jedes kühne Wort, das für die Freiheit ficht, wie ein Stein des Anstoßes auf? Warum sollen Lehrer und Schriftsteller unter Vormundschaft treten, so doch von Gottes und Rechts wegen eben sie die Vormünder der Zeit sind? Gibt das Zensoramt die Schlüssel der Weisheit? Bläst man die Sonne damit aus, daß man den Leuten die Augen ver-

bindet? Warum fährt man vor aller Mannlichkeit zusammen wie vor einem Schreckbild und fürchtet Menschen, die doch nur ihr gutes Recht wollen und auf dem geraden Wege das Heil der Menschheit? Hat dieser gute Geist uns nicht gerettet? Warum meint man ihn austreiben zu müssen als einen bösen Dämon? — Wie denkt man's zu rechtfertigen und was meint man damit zu gewinnen, wenn man das Trachten nach gottgefälliger und menschensegnender Gemeinschaftlichkeit, wie es an Männern und Jünglingen die Zeit offenbart hat, als Rottenwesen und Landesverräterei behandelt, und Regungen eines Geistes, den man ehren oder doch schonen sollte, mit Einkerkerungen und Dienstentlassungen belohnt." Die Zensurbehörde, der die Druckbogen vorgelegt wurden, kam in große Verlegenheit. Sie ersuchte den Verfasser, den Text zu ändern und „anstößige Stellen" zu streichen oder dafür Lücken im Satz stehen zu lassen. Dräseke zog das letztere vor: Die anstößigen Stellen wurden also aus dem Satz herausgenommen und durch punktierte Zeilen ersetzt, eine Manipulation, die den Leser nun erst recht auf die „Staatsgefährlichkeit" des ganzen Werkes aufmerksam machen mußte. Das war denn auch der Fall. Die gedruckte Predigt gelangte in die Hände Metternichs, der sofort lithographierte Abdrücke herstellen ließ und diese an mehrere Gesandten verteilte. Zugleich machte er den Vertreter Bremens, Smidt, der gerade bei ihm zu Gaste war, die Eröffnung, daß der Kaiser von Österreich selbst die Schrift gelesen habe und es unbegreiflich finde, daß dergleichen nach erfolgten Bundesbeschlüssen in Bremen öffentlich von der Kanzel herab gesagt, gedruckt und verkauft werden dürfe, der Kaiser sei entschlossen, von allen Befugnissen, wozu der Bundesbeschluß ihn berechtige, Gebrauch zu machen. Er hoffe aber, daß der Senat die Sache bereits sehr ernstlich genommen haben werde und er bitte, demselben zu schreiben, daß der Kaiser an dem, was man darin tue und lasse, ein lebhaftes persönliches Interesse nehme. Smidt schrieb sofort an den Bremer Senat in ausführlicher Weise über sein Gespräch mit dem mächtigen Metternich und schloß seinen Bericht wie folgt: „Wenn Dräseke selbst aller Eitelkeit und alles Pfaffentums bar und ledig erfunden würde, was mir das liebste sein soll, so glaube ich doch, es ist unsere Sorge, in diesen Dingen nach Feuer und Licht zu sehen und mit solchen Mitteln, die es bewirken, zu beschaffen, daß

er die Kanzel nicht wieder zu derselben mißbrauche. Was hierin Zeit oder Unzeit sei, muß ihm vorgeschrieben werden, da er gezeigt hat, daß er es selbst nicht zu würdigen weiß. So viel ist einmal aus dem Erfolge klar, daß durch sein Eingreifen das Schifflein unseres Staates einer schwankenden Bewegung preisgegeben ist, welche nicht in unseren Kurs gehört, und da er nicht berufen ist, das Steuerruder desselben zu führen, so muß er davon bleiben. Kurz, will er sich nicht mit uns behelfen, so kann er unsere Freiheit auch nicht gebrauchen. Er ist keine solche Schöne, daß wir in einem Augenblick, wo unsere höchsten Interessen in Frage stehen, nur darauf denken sollten, um seiner Launen willen Speer und Lanze zu brechen." Dieses Schreiben Smidts rief begreiflicherweise im Senat große Aufregung hervor, die noch mehr wuchs, als nun auch von den Ministern Preußens, Österreichs und Hannovers Drohbriefe einliefen, die den Senat zur Rede stellten.

Der Senat befand sich in einer sehr unbehaglichen Lage. Am schärfsten hatte ihm der österreichische Ministerresident geschrieben, nämlich: „Se. Majestät der Kaiser, mein allergnädigster Herr, haben mit eben so vielem Erstaunen als Unwillen vernommen, daß in der freien Bundesstadt Bremen bei Gelegenheit der Feier des 18. Oktobers durch den dortigen Pastor Dräseke eine Kanzelrede gehalten worden, welche mit Recht als eine der frevelhaftesten Unfuge der neueren Zeit zu erkennen ist. Als Kanzelrede ist sie unbegreiflich. Als Druckschrift gehört sie zu den aufrührerischsten. Als Handhabung der Zensur beweist sie durch die abgedruckten und nicht weniger durch die punktierten Stellen, deren Sinn sich nach jenen leicht erraten läßt, die unverantwortlichste Umgehung der Bundesbeschlüsse. Bei einer Gelegenheit, wo die heiligsten Institutionen der Religion gemißbraucht und die Kanzel selbst zur Tribüne benutzt wurde, um dem Volke Aufruhr zu predigen, müßte die Regierung des Staates, welcher einen ähnlichen Unfug zu dulden bereit wäre, unbedingt als der Verschwörung gegen jede bestehende gesetzliche Ordnung der Dinge selbst zugetan, als Mithelferin zu dem verruchten Zwecke betrachtet werden. Wenn ein Fall wie der gegenwärtige im Deutschen Bunde eintritt, dann fordert es die Pflicht der Erhaltung, daß bei den Mitverbündeten kein Zweifel über die Ansicht der betreffenden Regierung obwaltet. Dieser Fall tritt um so bestimmter ein,

wenn ein Verbrechen seit länger als zwei Monaten verübt wurde, ohne daß auch nur irgend eine Spur von Rüge zur öffentlichen Kenntnis gelangt wäre!“ Ferner hieß es in dem Schreiben, daß der Kaiser nicht sofort die Bundesexekution gegen Bremen verhängt habe, das habe die Stadt nur seinem gnädigen Willen zu verdanken. Bei alledem ging einigen Mitgliedern des Senats beim Lesen dieser ministeriellen Schriftstücke der Humor nicht aus. Senator Schumacher meinte seinen Kollegen von der Zensurbehörde gegenüber, daß nur „die verfluchten Punkte“ das Unheil angerichtet hätten, und Horn, mit einem Kaiser sei schlecht disputieren, zumal mit einem solchen, dessen Vorfahr einmal dekretiert habe, schisma solle künftig wie mensa dekliniert werden.

Doch Dräseke wurde, weil „der rasende See ein Opfer verlangte“, vor eine Kommission geladen, und „bei Verlust des bremischen Bürgerrechts und der Stadtwohnung“ verwarnt, künftig alle politischen Beziehungen aus seinen Predigten fortzulassen, weil Bremen der Freundschaft der Bundesstaaten dringend bedürfe. Dräseke versprach, in Zukunft alles „Anstößige“ in seinen Predigten vermeiden zu wollen. Daß dem Senat dieses Vorgehen gegen den allgemein geachteten und beliebten Prediger sehr peinlich sein mußte, läßt sich denken. In seiner Zwangslage aber konnte er nicht anders handeln. Aber nach zehn Jahren, als der „revolutionäre“ Prediger einem ehrenvollen Rufe des Königs von Preußen zum Generalsuperintendenten der Provinz Sachsen folgte, entließ man den Scheidenden mit dem Ehrenbürgerbriefe der Stadt Bremen. Inzwischen, noch ehe man von Bremen aus nach Wien, Berlin und Hannover geantwortet hatte, war es dem diplomatischen Geschick Johann Smidts gelungen, die erregten Staatsmänner über den revolutionären Geist, der in Bremen herrschen sollte, zu beruhigen; vielleicht hatte man die ganze Angelegenheit schon wieder vergessen. Dräseke ließ sich indessen trotz seines Versprechens aufs neue zu politischen Äußerungen hinreißen (1820). „Aber diesmal fuhr der Zensorstift eifrig hinein und strich nicht nur, sondern schrieb geradezu vor, was an Stelle der gestrichenen Worte zu setzen sei; denn nicht zum zweitenmal durften die bösen Punkte erscheinen, die das erste Mal das bremische Staatswesen aus den Angeln zu heben gedroht hatten“, schreibt W. von Bippen in seinem Aufsatze „Die Predigt

vor der Zensur", der ein interessantes Bild jener Zeit gibt und dem wir in den vorstehenden Ausführungen gefolgt sind.

Vom Jahre 1820 an hörten die Konstitutionsberatungen ganz auf; erst in den dreißiger Jahren unter dem Einflusse der Pariser Julirevolution wurden sie aufs neue angeregt, um aber bald wieder zu völliger Resultatlosigkeit verdammt zu werden. Eine Schrift von Johannes Rösing: Konstitutionelle Verhandlungen zwischen Rat und Bürgerschaft (1834) berichtet über die Verhandlungen jener Zeit, die sehr interessant sind und besonders das Verhältnis zwischen Senat und Bürgerschaft und das Verhalten Bürgermeister Smidts in eingehender Weise beleuchten.

IX. Die vormärzliche Zeit.

Der sehnliche Wunsch des Volkes nach einer zeitgemäßen konstitutionellen Verfassung war leider nicht in Erfüllung gegangen, und um so größer war die Enttäuschung, je sicherer man im ersten Freiheitsjubel auf die Gewährung der gerechten Forderungen gehofft hatte. Kaiser Franz von Österreich, dem größten deutschen Staate, war absolutistisch gesinnt und ein Feind jeder Konstitution. Schon das Wort Konstitution war ihm ein Greuel. Als einst sein Leibarzt, der ihn wegen eines Unwohlseins untersucht, von der guten Konstitution des Kaisers sprach, fuhr ihn Se. Majestät zornig an: „Was reden Sie da, Stifft? Dies Wort lassen Sie mich nie wieder hören. Eine dauerhafte Natur, sagen Sie oder in Gottes Namen eine gute Komplexion, aber es gibt gar keine gute Konstitution. Ich habe keine Konstitution und werde nie eine haben." Der Deutsche Bund, der alle Staaten Deutschlands bestehen ließ, und dem alles mangelte, was einen Staat groß und mächtig macht, war dem Kaiser daher höchst willkommen, und an dem allmächtigen Metternich fand er den besten Bundesgenossen. Metternich war der schlimmste Gegner aller liberalen Ideen. Unter zwei Kaisern, Franz und (von 1835 an) seinem Nachfolger Ferdinand, brachte es dieser Staatsmann fertig, alles politische Leben in Österreich völlig zu ertöten. „Deutschland ist nur ein geographischer Begriff", sagte er, der von Rußland

ein Jahrgehalt von 50000, später sogar 75000 Dukaten bezog, um die Kosten seiner Korrespondenz mit dem Zaren zu decken, und Après nous le déluge! war ein weiterer Grundsatz dieses egoistischen Staatslenkers. Mißtrauisch überwachte Metternich alles, was aus Deutschland nach Österreich kam, kein Buch durfte herein, das nicht zuvor der schärfsten Zensur unterworfen war, und fast unglaublich scheint es, daß man Schillers Werken hartnäckig den Einlaß verweigerte. Leider erstreckte sich Metternichs unheilvoller Einfluß auch auf die übrigen deutschen Staaten, besonders den größten nach Österreich, auf Preußen, wo damals Friedrich Wilhelm III. regierte. Dieser einfache und pflichttreue Monarch, der leider selbst keinen politischen Blick besaß und es nicht verstand, bedeutende Männer um sich zu sammeln, hatte seinem Volke eine Verfassung versprochen. Es war auch eine Kommission niedergesetzt worden, die eine Verfassung ausarbeiten sollte. Aber bureaukratisch gesinnte Männer wußten den König so zu beeinflussen und alle freiheitlich gesinnten Nebenbuhler als Revolutionäre zu verdächtigen, daß der König bald gegen jede Konstitution eingenommen wurde. Preußen geriet gar bald völlig in das „Schlepptau der Metternichtigkeit“. Eine Kirchhofspolitik begann. Die Karlsbader Beschlüsse (1819) und die Wiener Schlußakte (1820) ließen alle nationalen Forderungen vollständig unberücksichtigt, und es begann nun die schmachvolle Zeit, wo die Polizeigewalt alle Vorgänge im Staatsleben überwachte, wo man alle freiheitlich gesinnten Männer wie E. M. Arndt und den Turnvater Jahn verfolgte, wo man mit schweren Strafen gegen die deutschen Burschenschaftler, die für Vaterland und Freiheit schwärmten, einschritt. Seit den Ereignissen des Wartburgfestes und der Ermordung Kotzebues durch Sand, einen der begeistertsten Burschenschaftler, galten die Burschenschaftler für fluchwürdige Demagogen, die man als staatsgefährliche Subjekte verfolgte und mit schwerem Kerker bestrafte. Alles politische Leben wurde eingesargt in den Mechanismus des Polizeistaates. So charakterisieren sich die 20er und 30er Jahre unseres Jahrhunderts.

In den kleinen deutschen Bundesstaaten ging es ähnlich zu wie in Österreich und Preußen. Wohl hatten einzelne, wie Sachsen Weimar eine Verfassung gegeben, mehr aber, um gegen Preußen zu arbeiten, als aus Liebe zum Volke, deshalb

erlitten die eingesetzten freiheitlichen Staatsformen gar bald mancherlei Einschränkungen. Nur in den süddeutschen Staaten herrschte ein liberaler Geist, der Einfluß des zu jener Zeit uns weit vorangeeilten Nachbarstaates Frankreich übte dort seine Wirkung. So kam es, daß man im Süden Deutschlands mit einem gewissen Dünkel auf den Norden herabsah, und daß sich die Kluft, die zwischen den beiden Teilen unseres Vaterlandes bestand, nur noch mehr vergrößerte.

Erst die französische Julirevolution (1830) brachte neues Leben in die Kirchhofspolitik der norddeutschen Staaten und Österreichs, aber nur auf kurze Zeit. Unruhen, die in mehreren Staaten, besonders in Braunschweig ausgebrochen, veranlaßten mehrere Fürsten, ihrem Volke eine Verfassung zu geben. So erhielten Kurhessen und Sachsen eine solche. Aber das Hambacher Fest vom 27. Mai 1832, auf dem zum erstenmal eine republikanische Partei in Deutschland hervortrat, ohne daß es aber zu offener Empörung kam, gab Metternich und seine reaktionären Gesinnungsgenossen das beste Material, mit verschärften Maßregeln gegen den bösen Geist des deutschen Volkes einzuschreiten. Das über ganz Deutschland ausgespannte Netz der Polizei zog sich enger zusammen, die Gefängnisse füllten sich mit „politischen Verbrechern", kurz, die Reaktion wuchs mächtig an. U. a. nahm Ernst August von Hannover, als er 1837 den Thron bestieg, die Verfassung, die er dem Volke gegeben, wieder zurück mit dem Vorgeben, er habe sie ja nicht beschworen, und der Bundestag, den man zum Schutz der Verfassung angerufen hatte, erwies sich als völlig machtlos. Die Unzufriedenheit aller edlen Geister nahm beständig zu, und je schlimmer alles öffentliche Leben in den Banden des Polizeistaates gefesselt lag, desto mehr zogen sie sich zurück, um sich in der Stille ganz den Wissenschaften und Künsten zu widmen, die in jener traurigen Zeit einen erfreulichen Aufschwung nahmen, der um so höher zu schätzen ist, weil alles politische Leben ertötet war.

Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1840) belebte sich noch einmal die Hoffnung der liberalen Kreise. Mehrmals hatte der König mit begeisterten Worten im Sinne des Volkes geredet, Patrioten wie Arndt und Jahn waren rehabilitiert, aber die Enttäuschung blieb auch diesmal nicht aus. Bekannt wurde gar bald das Wort des

Königs, keiner Macht der Erde solle es gelingen, das natürliche Verhältnis des Königs zu seinem Volke in ein konstitutionelles zu verändern. Der König wollte nur seinem Gott, niemals aber dem Volke verantwortlich sein für sein Tun. Aber die Verhältnisse waren doch anders, und nicht lange mehr sollte es dauern, da brach die Macht an, die dem Volke endlich sein Recht geben sollte: die Revolution von 1848.

Auch an unserem kleinen Freistaate gingen die Ereignisse jener Tage nicht spurlos vorüber. Fortwährende Kämpfe zwischen Rat und Bürgerschaft, wie wir sie bereits kennen gelernt haben, charakterisieren die ganze Zeit. Besonders das Collegium Seniorum, das Kollegium der Älterleute, führte in diesen Kämpfen die leitende Rolle der Bürgerschaft. Senat und Älterleute, die beiden wichtigsten Korporationen der Stadt, überwachten, wie bekannt, eine die andere eifersüchtig das Anwachsen ihrer Machtstellung. Darin bestand ja fast ausschließlich das politische Leben in der Stadt, das zwar zu ernsteren Ereignissen nicht führte, aber auch jeden politischen Fortschritt unmöglich machte. Deshalb traten auch in der uralten Verfassung fast gar keine Neuerungen ein. Umsonst waren alle Bemühungen der Bürgerschaft gewesen, durch die Einführung konstitutioneller Formen die Machtstellung des Senats zu beschränken. Das materielle Wohl, die Förderung des Handels lag den Vätern der Stadt allezeit mehr am Herzen, als etwa der Zeit entsprechende politische Neuerungen. Allzu sehr beschäftigt mit der Förderung der Handelsinteressen war man blind gegen die gerechten Forderungen der Zeit. Und das war der Grund, warum auch bei uns die Unzufriedenheit der Bürger stetig zunahm und schließlich die Ereignisse von 1848 herbeiführte. Es gab auch in Bremen Männer, die sich nicht mehr von der regierenden Klasse immerwährend gängeln und bevormunden lassen, sondern selbst mit eingreifen wollten in die Angelegenheiten des öffentlichen Lebens. Größer noch war die Unzufriedenheit des Handwerkerstandes, des „kleinen Mannes“. Man hielt sich für den „gedrückten Mittelstand“, den der Staat stiefmütterlich behandele. Man war mit der Finanzverwaltung und dem Schulwesen unzufrieden, und gewiß nicht ohne Grund, wenigstens, was die arg vernachlässigte Volksschule betraf. Ein demokratischer Wortführer erklärte in einer Versammlung, er habe erfahren, daß die Schuldeputation von ihrem senatorischen Vorsitzer seit Jahr

und Tag nicht zusammenberufen sei. Von diesem Augenblicke an habe er sich gelobt, den Sturz des alten Regiments fördern zu helfen.

Und dieser „Sturz des alten Regiments“ trat ein, als die Revolution von 1848 begann. Ehe wir auf diese wichtige Epoche der Geschichte Bremens eingehen, möge ein Gang durch unsere Stadt uns den Schauplatz jener Ereignisse vor die Augen führen.

X. Die Sturmjahre.

1. Ein Spaziergang durch Bremen um 1848.

Wir betreten die Stadt vom Bahnhofe aus. Das in geschmackvollen Renaissance-Formen erbaute Bahnhofsgebäude — selbstverständlich ist nicht das heutige gemeint — ist erst seit kurzem (1847) von Baudirektor Adolf Schröder vollendet worden. Das war ein Ereignis für die biederen Leute, als am 12. Dezember 1847 der erste Personenzug von Hannover in Bremen einfuhr. Nun kann der Reisende endlich auf die rumpelnden Postwagen und Omnibusse verzichten, und in der kurzen Zeit von dreieinhalb Stunden von Hannover aus die Stadt bequem erreichen, nota bene, wenn er das nötige Kleingeld dazu besitzt, d. h. ein Taler sechs Groten für die dritte, zwei Taler für die zweite und drei Taler für die erste Wagenklasse zu bezahlen vermag, was immer noch billig zu nennen ist gegen die Fahrpreise der vorsintflutlichen Fuhrwerke früherer Zeiten. Die ca. 100 Kilometer lange Bahnstrecke von Wunstorf nach Bremen baute Hannover mit Bremen gemeinschaftlich. Bremen steuerte nicht ganz sechs Millionen Mark dazu bei und hatte dafür alljährlich ein hübsches Einkommen, bis zum Jahre 1883, wo die Bahn, sowie auch die im Jahre 1862 eröffnete Geestebahn (Bremen-Bremerhaven) an Preußen überging und Bremen ca. vier Millionen Mark einbüßte. Doch wir wollen darüber nicht klagen, hat sich doch von der Zeit an für unsere Stadt ein großartiges Verkehrsgebiet erschlossen. „Glücklich ist, wer vergißt“, sagt ein altes Weisheitswort, und damit beginnen wir unsere Wanderung.

Unser Weg geht durch den ehemaligen Schafkoben, der sich jetzt stolz Bahnhofsstraße nennt. Wir passieren das gerade erbaute stolze Hillmannsche Hotel, das mit seinen 108 Zimmern für eine Sehenswürdigkeit ersten Ranges gilt, und gelangen in die unvergleichlich schönen Wallanlagen, die schon damals weit und breit berühmt waren. Die Tore der Altstadt haben ihr finsteres mittelalterliches Aussehen längst verloren, sie gleichen freundlichen Pforten zu einem großen prächtigen Garten, besonders das Ostertor mit seinem geschmackvollen Eisengitter, das mit goldenen Spitzen geziert ist. Auch das vor uns liegende Herdentor, die Porta porcorum der alten Festung, sieht recht freundlich aus, seitdem das düstere Torgewölbe geschwunden. Während in alter Zeit das liebe Rindvieh dort zur Weide hinaustrabte, ziehen jetzt allsonntäglich lustige Zigarrenmacher mit ihren schmucken, „fixen Deerns" zum Tanze in die Vorstadt und die vielbesuchten Dörfer der nächsten Umgebung Bremens hinaus. Nur das Sperrgeldfenster am Tor erinnert noch an die alte Festungszeit. Jeden Abend werden die Tore verschlossen und wohlverwahrt, im Sommer mit dem Dunkelwerden um 8, 9 oder 10 Uhr, je nach der Jahreszeit, im Winter schon um sieben Uhr, um vor morgens sechs Uhr, im Sommer schon einige Stunden früher, nicht wieder geöffnet zu werden. Wer nach Torschluß noch Einlaß in die Stadt begehrt, zahlt in der ersten Stunde nach Anfang der Sperrzeit zwei Groten, von da an bis 12 Uhr drei Groten und während der mit 12 Uhr eintretenden Nachtsperre sechs Groten Sperrgeld, so verfügt das gestrenge Sperr-Reglement. Nur die mit den Bahnzügen nach Torschluß ankommenden Reisenden erhalten unentgeltlich Einlaß gegen Vorzeigen einer Kontrollmarke, die ihnen am Bahnhof eingehändigt wird, und die Bahnhofsbeamten sind, wenn sie in ihrer Dienstkleidung oder mit einem Legitimationszeichen kommen, ebenfalls von der Entrichtung des Sperrgeldes befreit. Beliebt ist die Torsperre bei den Einwohnern der Stadt durchaus nicht, besonders seit Eröffnung der Eisenbahn, obgleich die Tore an den Tagen, an welchen die Züge schon vor der Öffnungszeit abgehen, schon eine Stunde früher geöffnet werden. Doch ist es mit der Herrlichkeit dieser mittelalterlichen Einrichtung bald zu Ende, das Sturmjahr 1848, das mit so vielen alten Einrichtungen aufräumte, beseitigte auch die Torsperre, und unsere

Großväter weinten ihr gewiß keine Tränen nach. Übrigens war die Torsperre schon einmal abgeschafft, nämlich zur Franzosenzeit, aber der Jubel der Begeisterung, der unsere lieben Vorfahren nach dem Sturz der verhaßten Fremdherrschaft ergriff, fanatisierte sie so sehr, daß sie alle Neuerungen der Franzosen, darunter auch mancherlei Gutes und Zweckmäßiges, mit Stumpf und Stiel ausrotteten und u. a. auch die alte Torsperre wieder einführten. Als sie aber endlich gänzlich fiel, da schwanden auch die letzten Spuren der bremischen Festungszeit. — Doch wandern wir weiter.

Die enge Sögestraße mit ihren vielfenstrigen Giebelhäusern führt uns in wenigen Schritten zum Zentrum der Stadt, zum Marktplatze mit den altehrwürdigen Zeugen ruhmreicher Vergangenheit einer der ältesten Städte Deutschlands. Da steht zunächst die Börse, das alte Versammlungshaus der Kaufleute, das unter dem Namen „alte Börse“ bekannte Gebäude, das erst vor wenigen Jahren ein Raub der Flammen geworden ist. Die Börse wurde im 17. Jahrhundert aus den Einkünften des Ratskellers erbaut und erhielt im 18. Jahrhundert ihr zweites Stockwerk. Um 1 Uhr ist Börsenzeit, und kurz vor Beginn derselben entrollt sich den Blicken des Fremden ein überaus fesselndes Bild. Hier eilt ein ergrauter Buchhalter raschen Schrittes, wie es mit der Bedächtigkeit des sonst so behäbigen Kaufmanns kaum vereinbar erscheint, der Eingangstür zu, um nicht die 36 Groten Strafe zahlen zu müssen, die jeder Zuspätkommende ohne Gnade entrichten muß, wenn ihm nicht die Pforten zum Paradiese kaufmännischer Spekulation unwiderruflich verschlossen werden sollen. Pünktlichkeit ist eine der Haupttugenden des Bremers und Sparsamkeit eine zweite. Darum springt auch dort jener jugendliche Kommis schweißbedeckt mit Riesensprüngen die Eingangsstufen hinauf, denn schon schlägt es vom Dome 1 Uhr. Wahrscheinlich hat er sich in der Börsenhalle am Domshof zu lange aufgehalten, in dem vorzüglichen Restaurant, wo Kaufleute, Makler und Agenten zu einer Vorbörse zusammenkommen, wo zugleich ein vortreffliches Lesezimmer alle Neuigkeiten des Tages vermittelt. In alter Zeit war es jedenfalls gemütlicher, als noch die Kaufleute auf derselben Stelle, wo die Börse später erbaut wurde, unter freiem Himmel zusammenkamen und es noch keine Strafen für die Säumigen gab. Im oberen Raume der

Börse wurden Festlichkeiten abgehalten; auch versammelte sich dort manchmal der Bürgerkonvent, besonders aber diente er wie auch der obere Saal der Börsenhalle am Domshof zu Gemäldeausstellungen, solange es noch keine Kunsthalle gab. Alle zwei Jahre veranstaltete der „Kunstverein" eine große Kunstausstellung, zu der hiesige Privatgalerien, sowie auswärtige Besitzer von Gemälden, besonders der Herzog von Oldenburg, gern beisteuerten. Die Kunsthalle am Wall ist übrigens gerade im Bau begriffen, sie wurde Ende 1848 vollendet und im nächsten Jahre durch eine große Kunst-Ausstellung (vom 23. April bis 23. Mai) eingeweiht.

In unmittelbarer Nähe der Börse befindet sich das altehrwürdige Rathaus. Treten wir in den unteren Raum ein. Hier befindet sich außer dem Archiv das Untergericht, zu dem jedermann freien Zutritt hat. Viel Vergnügen wird es uns zwar nicht bereiten, einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen, denn die Herren Anwälte bedienen sich zu sehr der lateinischen Sprache, und diese zu lernen, dazu hat der Bremer keine Zeit. So meint wenigstens der „neueste Wegweiser durch Bremen und seine Umgebungen" vom Jahre 1848, der sich auch zu der folgenden, etwas boshaften Bemerkung versteigt: „Die Front des oberen Stocks wird ganz eingenommen vom großen Rathaussaal, auf welchem die Ratsherren ihren Diensteid abzulegen und die zum Bürgerkonvent eingeladenen Bürger „ja" zu sagen haben." Und doch sagt derselbe Gewährsmann an anderer Stelle, als er von seiner lieben Vaterstadt und ihrer Verfassung erzählt: „Von einer Seite begrenzt von hannoverschem Adelsstolz und Bureaukratie, von der anderen von oldenburgischer Unbeholfenheit, atmet Bremen frei auf als Miniatur-Republik mit seiner Aussicht den freien Weserstrom entlang nach seiner Mutterbrust, dem freien Amerika, dort sind seine nährenden Quellen, dorthin sendet es seine von der monarchischen Gewalt bedrängten Brüder, dorthin sendet es die fast einzigen freisinnig gehaltenen Zeitungen Deutschlands, die von den Despoten verbotene „Weser"- und „Bremer Zeitung", und zeigt den unabhängigen Brüdern der freien Staaten in Amerika, daß es auch in Deutschland noch einen Platz gibt, wo eine liberale Zensur ausgeübt wird, wo ein freies deutsches Wort nicht allein ausgesprochen, sondern auch gedruckt werden darf." Man merkt es, wir befinden uns in dem Freiheitsjahr 1848.

Wehmütigen Blickes betrachten wir die Standarten der bremischen Schwadron aus den Freiheitskriegen, die im oberen Rathaussaale aufbewahrt werden. Die Erinnerungen, die diese ehrwürdigen Zeugen einer großen Zeit in uns erwecken, sind keineswegs freudiger Art. Dem Freiheitstaumel jener ewig denkwürdigen Tage folgte nur allzubald die Ernüchterung und Enttäuschung, erst über 30 Jahre später, jetzt im Jahre 1848, sollten die Hoffnungen des deutschen Volkes in Erfüllung gehen. Steigen wir daher lieber hinab in den poesieverklärten, weinduftenden Keller, um bei dem Safte deutscher Reben die Träume von Deutschlands Einheit und Freiheit zu vergessen. Hier ist es gut sein, hier zwischen den alten Fässern, die so ehrbar daliegen und es nicht ahnen lassen, was für starke Geister sie verwahren. Diese Geister, entfesselt, zu welch großen Taten würden sie die Menschen begeistern können! Allerdings nicht jeder Zecher ist ein Wilhelm Hauff; auch die Kellergesellschaft, die gerade anwesend ist, läßt von dem Geiste des Dichters nichts verspüren. Die Geister, die sie in Freiheit setzt, sind überaus simpler Art, denn gerade erklingt aus ihren weinseligen Kehlen das seiner Zeit so beliebte herrliche Lied: „Mein lieber Vetter Pralle, Pralle, Pralle, ist Ihre Mettwurst noch nicht alle, alle, alle?“ Aber es muß auch solche Geister geben. Es wandelt sich prächtig zwischen den alten Fässern, deren Inhalt die Geister weckt und die Gesichter mit der Farbe der Königin aller Blumen malt, nach der ja auch mit Recht der edelste Wein im Keller benannt ist. Jedenfalls ist es hier unter den Geistern des Rheins angenehmer als zwischen ausgetrockneten Gräfinnen, Studenten, schwedischen Obersten und deutschen Dachdeckern, Katzen und Gänsen, den Mumien des berühmten Bleikellers. Immerhin aber ist der Besuch dieses Kellers lohnend. Wenn wir auch nicht alles verstehen und noch weniger behalten, was der Mund unseres Führers, ohne abzusetzen, erzählt, so ist es doch höchst interessant, zu sehen, wie unser Cicerone jeder Mumie mit seinem Schlüssel auf die Brust klopft, um ihre Leere zu dokumentieren, eine Manipulation, die einen philosophisch angelegten Kopf zu den weitgehendsten Schlüssen Anregung bietet, etwa folgender Art: „Welch ein merkwürdiges, brauchbares, aber auch zugleich fürchterliches Instrument könnte dieser Schlüssel abgeben, wenn er allenthalben, wo man mit ihm anklopfte, ebenso unwider=

sprechlich der Anzeiger von Leere würde." (So philosophiert ein Besucher des Kellers in einer „empfindsamen Reise von Oldenburg nach Bremen".)

Nachdem wir unserem beredten Führer durch den Bleikeller unsern Dank ausgedrückt und ihm dabei — nach guter (?) Bremer Sitte — etwas in die Hand gedrückt haben, durchwandern wir noch den alten Dom, Bremens älteste Kirche, bewundern die neue Orgel, die nicht weniger als 8000 Taler gekostet hat, und spenden, da wir einmal in der Geberlaune sind, noch unsern Beitrag zur Wiederherstellung der Spitze des einzigen noch vorhandenen Turmes, der im Jahre 1656 vom Blitze eingeäschert worden ist und jetzt endlich erneuert werden soll. Und so treten wir wieder auf den Marktplatz, der sich recht stattlich ausnimmt. Besonders an den Markttagen zeigt er ein belebtes, farbenreiches Bild. Nicht nur der Gemüse-, sondern auch der Fisch-, Heu- und Strohmarkt wird hier abgehalten. Der Platz erweist sich viel zu klein, man will deshalb den Fischmarkt gern nach der Domsheide verlegen, die, mit hübschen Bäumen bepflanzt, einen anmutenden Anblick gewährt. Schon zu jener Zeit kamen auf dem Markt allerhand Ungehörigkeiten vor, trotzdem die Polizeioffizianten gar strenge Aufsicht führten. „Dumm aussehende Bauernweiber, die ihren Witz nur darum zu Hause gelassen haben, um die gehörige Quantität Mehl unter die Butter zu mengen, deren Gewicht beim Aufmachen der Pfunde im negativen Verhältnisse zu dem der Bremer verharrt", sind durchaus nicht so selten in der guten alten Zeit, aber auch diejenigen nicht, die stets eine lose Zunge haben, wie jene vierschrötige Bauersfrau, die uns, als wir ein Ei prüfend gegen das Licht halten, entgegenschleudert: „Lüttje Mann, et is keene Sonnenfinsternis von Dag." Doch halt, was gibt es da, wo die Leute zusammenlaufen? Die Bürgerwehr naht, eine Schar schmucker, hübscher Leute, die zur Zeit der Freiheitskriege zum Schutze der Stadt, ihres Rechts und ihrer Ordnung ins Leben trat. Freie Bürger der Stadt sind es, darum wollen sie auch von militärischem Drill, den strengen Regeln der Subordination nicht viel wissen. Sie erfreuen sich großer Beliebtheit und sind stolz auf ihre Vergangenheit. Das Hanseatische Korps, das das eigentliche Kontingent der Stadt bildet, ist nicht so stark an Zahl wie die 2100 Mann zählende, in drei Bataillone eingeteilte

Bürgerwehr, aber vortrefflich militärisch geschult und verfügt über ein ausgezeichnetes Musikchor. Wenn es heranrückt zur Parademusik, die um 12 Uhr vor dem Stadthause stattfindet, eilt alt und jung herbei. Hier mag noch erwähnt sein, daß Bremen auch noch eine Schwadron schneidiger Dragoner beherbergt, die zum großen Leidwesen der Bremer und noch mehr der Bremerinnen leider vor kurzem ihre schmucke Uniform gegen Waffenrock und Pickelhaube vertauschen mußten. Während der Parade haben wir Zeit genug, das Stadthaus zu betrachten, das freilich, wie heute noch, einen überaus nüchternen Anblick bietet. Es enthält die Bureaus der städtischen Verwaltung, die Hauptwache und einen Raum, den der Volksmund „Vogelbauer“ getauft hat, weil hier „diejenigen lustigen Vögel freies Quartier für die Nacht bekommen, welche geistig oder körperlich das Equilibrium verloren haben“. Das Vogelbauer soll ein ganz gemütliches Lokal sein, im Winter warm und im Sommer kühl, obgleich es gerade keine angenehmen Rückerinnerungen hinterläßt. Außerdem aber enthält das Stadthaus die preußische und bremische Post. Eine andere, die Thurn- und Taxische Post, befindet sich an der Obernstraße im Hause Nr. 63 und eine dritte, die hannoversche Post, an der Dechanatstraße, im Hause Nr. 10, Fahrposten gibt es eine ganze Anzahl, nach Syke (täglich drei Uhr nachmittags), nach Osnabrück (täglich sechs Uhr abends), nach Geestendorf (täglich elf Uhr abends), nach Stade (täglich fünf Uhr nachmittags), nach Hamburg (täglich sechs Uhr abends) und nach Oldenburg (täglich morgens 8 und abends 6,30 Uhr). Außerdem fahren noch Omnibusse nach Hamburg, Oldenburg, Osnabrück, Scharmbeck und Stade. Ja, das Postwesen in der guten alten Zeit! Mit wieviel Unzuträglichkeiten war es verknüpft, und wie teuer waren damals die Briefe! Nicht nur, daß das Porto wesentlich höher war als heutzutage, oft drei-, viermal so hoch; für jeden Brief, den man empfing, hatte man zwei Pfennige Bestellgeld zu entrichten, und waren dem Bürger, der nach Taler und Groten rechnete, diese nicht zur Hand, so mußte er wohl oder übel mit einem Groten herausrücken, den natürlich der Bote dankend einsteckte. Unfrankierte Briefe kosteten fünf Groschen oder zwölf Groten. Auch mußte man mit den verschiedenen Postanstalten sehr wohl vertraut sein, da jede Post natürlich nur Briefe für ihr Gebiet entgegennahm

und andere in nicht immer freundlichem Tone zurückwies. Namentlich die hannoverschen Postbeamten sollen an Grobheit die übrigen bei weitem überragt haben. Die Geschichte des bremischen Postwesens ist ungemein interessant, wir kommen später noch einmal auf sie zurück.

Der Domshof präsentiert sich im ganzen ziemlich nüchtern. Das lutherische Waisenhaus nimmt sich zwar ganz stattlich aus, man bedauert nur, daß die Vereinigung der beiden reformierten Waisenhäuser mit dem lutherischen, ein Werk der aufgeklärten Franzosen, nach den Freiheitskriegen wieder aufgehoben ist und die Trennung der Kinder nach den Konfessionen weiter besteht. Ein anderes Gebäude am Domshof, das gleich in die Augen fällt, ist das Museum an der nordöstlichen Ecke des Platzes (1786 erbaut). Es enthält in seinen unteren Räumen ein Lesezimmer mit einer großen Auswahl von politischen und literarischen Zeitschriften, mehrere Gesellschaftszimmer und einen großen Saal, der zu öffentlichen Vorlesungen und Konzerten dient. Der erste Stock beherbergt die reichhaltige, einige 50 000 Bände zählende Bibliothek, darunter besonders geographische, geschichtliche und naturwissenschaftliche Werke, die von den Mitgliedern des „Museums" fleißig benutzt werden. Wie wir wissen, hatte die Gesellschaft Museum eine große Bedeutung für das geistige Leben unserer Stadt. Im oberen Stock befindet sich das eigentliche Museum, mit vorzüglichen zoologischen und ethnographischen Sammlungen, unter denen besonders die reichhaltige Vögelsammlung bemerkenswert ist. Der ehrwürdige Konservator des Museums, Dr. Kellner, ist gern bereit, uns auf die Sehenswürdigkeiten aufmerksam zu machen und sie uns in fachmännischer Weise zu erläutern. Besonderes Interesse erweckt bei allen Besuchern der in Spiritus aufbewahrte Kopf der Gesche Gottfried, sowie das Skelett dieser berüchtigten Giftmischerin. Ist uns durch den Anblick dieser ganz besonderen Raritäten der Appetit nicht vergangen, so treten wir, nachdem wir noch einen Blick auf die eleganten Kaufläden an der Westseite des Platzes geworfen, in eines der Gasthäuser und Restaurants ein, die sich am Domshof in großer Zahl eingerichtet haben. Da ist zunächst der stattliche Lindenhof, ein vornehmes Gasthaus, das seinen Namen nach den Linden führt, mit denen der Domshof früher bepflanzt war und später (1862) vom Staate angekauft

und für Zwecke der Behörden verwandt wurde. Neben ihm liegt das Hotel „Stadt Frankfurt", ebenfalls, wie der „Lindenhof", viel besucht, und an der Ecke die ausgezeichnete Restauration von Ritsert und Steinhardt, während etwas weiter südwärts an der Waisenhausseite Stehelys und Jostys vielbesuchtes elegantes Kaffeehaus nebst Konditorei zum Besuche einladet. Bei Ritsert und Steinhardt ist es äußerst gemütlich. Da gibt es nicht nur gute Getränke, sondern, nach der „kolossalen", fast ganz in französischer Sprache abgefaßten Speisekarte zu urteilen, auch vorzügliche Dejeuners und Soupers. Besonders bemerkenswert aber ist der Telegraph auf dem 4. Stock des Hauses. Er verbindet in fünf Zwischenstationen Bremen mit Bremerhaven und ist von dort aus bis zur Wesermündung fortgeführt. Er ist jedoch noch so altmodisch eingerichtet, daß er bei nebeligem Wetter nicht funktioniert und dann von seinem Konkurrenten, dem elektro-magnetischen Telegraphen, den Bremen seit 1847 besitzt, weit überholt wird.

Wie weit wir es heute auf dem Gebiete der Elektrotechnik, insbesondere des Telegraphenwesens, gebracht haben, das erhellt am besten aus der Beschreibung der ersten elektro-magnetischen Telegraphenlinie in Bremen. Sie wurde am 1. Januar 1847 von einer Aktiengesellschaft eröffnet und verband unsere Stadt mit der aufblühenden Tochterstadt Bremerhaven, die damals schon 3000 Einwohner zählte — während Bremen nach der Zählung von 1842 von nicht ganz 50000 Menschen bewohnt war. Das Geschäftszimmer der ersten Telegraphenlinie befand sich im Museum und war jedem, der sich die Einrichtung desselben ansehen wollte, gegen eine geringe Vergütung geöffnet. Die Apparate waren Nadeltelegraphen nach Cookschem System und bestanden aus sieben Batterien aus Platina- und Zinkplatten mit verdünnter Schwefelsäure. Es konnten bis 40 Buchstaben in einer Minute gegeben werden und erforderte nur eine Zeit von 10—12 Minuten, bis die Antwort aus Bremerhaven da war, was natürlich die größte Bewunderung in den Kreisen der Bevölkerung erweckte. Die Linie war $8^1/_2$ Meilen lang, die Leitung bestand aus zwei starken galvanischen Eisendrähten, die auf 16—20 Fuß hohen Pfählen, 160 Fuß von einander entfernt, längs der Chaussee befestigt waren.

Ein reges Leben und Treiben herrscht auf der Schlachte,

dem wichtigen Verkehrsplatz der Handelswelt, der Kaufleute, Küper und Schiffer. Wir statten ihr daher gern einen Besuch ab. Auf dem Wege dahin aber haben wir die beste Gelegenheit, die Wasserkunst an der großen Weserbrücke in Augenschein zu nehmen, die großartige Anlage, welche die Stadt durch Röhren mit weichem Wasser versieht. Während man bisher das Wasser durch Pferdekraft heraufholte, geht man zur Zeit damit um, das Wasser durch Dampfkraft heraufzupumpen, zu welchem Zwecke eine Aktiengesellschaft bereits ein neues Gebäude errichtet hat. Zweck der Wasserkunst ist, bei Feuersgefahr rasch das nötige Wasser zur Hand zu haben, jedoch dient das Weserwasser auch den waschenden Bremer Hausfrauen und — den Bierbrauern zur Bereitung des edlen Gerstensaftes. Doch nun zur Schlachte. Welch ein Leben und Treiben auf dem heute so verödeten Anlegeplatze der Schiffe! Hier wird fleißig ein- und ausgeladen, Seefische werden verkauft und seit der Eröffnung der Eisenbahn nach Hannover weit ins Inland geschickt, wodurch sich der Handel mit diesen Erzeugnissen des Meeres bedeutend gehoben hat. Eine Fähre — an der Stelle der heutigen Kaiserbrücke — vermittelt den Verkehr mit der Neustadt. Der Handel der Stadt hat überhaupt in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen, besonders durch die mit Amerika eröffnete regelmäßige Dampfschiffahrt. Am 15. jeden Monats fahren die Postdampfer „Washington“ und „Hermann“ über Southampton nach New-York, andere Dampfer, „Hengist“ und "Horsa“, vermitteln den Verkehr mit Hull in England, und auf der Weser selbst herrscht ein lebhafter Dampferverkehr, nicht nur auf der Unterweser zwischen Bremen und Bremerhaven, wo täglich die Dampfer „Bremen“, „Roland“ und „Gutenberg“ fahren, sondern auch auf der Oberweser zwischen Bremen und Münden. Die Dampfer, die die Passagierfahrten zwischen Bremen und Münden einen um den andern Tag ausführen, fahren pünktlich 5 Uhr morgens vom Altenwall ab, haben aber wegen der schlechten Beschaffenheit des Fahrwassers nicht selten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen.

Die Bremer sind mit Recht stolz auf den zunehmenden Dampferverkehr, zumal ja die erste regelmäßige Dampfschiffahrt des europäischen Kontinents auf ihrem Flusse und durch ihren Dampfer, die „Weser“, von statten ging. Das war

im Jahre 1817, schon wenige Jahre nachher, als Fulton in New-York das erste Dampfschiff der Welt erbaut hatte. Es möge hier des wackeren Bremers gedacht sein, der den Mut besaß, zu einer Zeit, wo in der bremischen Handelswelt noch eine äußerst gedrückte Stimmung herrschte, wo die Schwesterstadt Hamburg noch unter dem Drucke der Fremdherrschaft stand, auf eigene Kosten, voll frischen Unternehmungsgeistes, ein Dampfschiff zu erbauen und auf der Weser in Fahrt zu setzen. Der Name des tatkräftigen Mannes ist Friedrich Schröder. Schröder, als Sohn eines Bremer Kaufmanns im Jahre 1775 geboren, erhielt nach dem Tode seines Vaters von der Mutter eine sehr gute Erziehung und trat schon früh in das Tabaksgeschäft seines Vaters ein, das die Mutter weiterführte. Reisen durch aller Herren Länder vervollständigten seine Bildung, so daß er seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen zum Wohle der Stadt zur Geltung bringen konnte. Mit großem Interesse verfolgte Schröder das Aufblühen der Dampfschiffahrt in England und bald regte sich in ihm der Wunsch, auch seiner Vaterstadt zu diesem wichtigen Verkehrsmittel zu verhelfen, da nur dadurch, wie er richtig urteilte, ein Aufschwung des bremischen Handels zu erwarten sei. Bürgermeister Smidt unterstützte den unternehmungslustigen Mann, und seinem Einflusse im Senat ist es besonders zu verdanken, daß Schröder, der in einem ausführlichen Schreiben dem Senate seine Absichten, eine Dampfschiffahrt auf der Weser zu eröffnen, mitteilte, das Privilegium für 15 Jahre erhielt. Schröder verpflichtete sich, auf eigene Kosten einen Dampfer zu erbauen und ging nun frisch ans Werk. Da auch, allerdings erst nach längeren Verhandlungen, die Uferstaaten Hannover und Oldenburg ihre Zustimmung zu dem Unternehmen Schröders erteilten, setzte sich Schröder mit dem Civilingenieur Treviranus, einem Bruder des bekannten Naturforschers, und dem berühmten Schiffsbauer Johann Lange in Vegesack in Verbindung, die erst eine Reise nach England zwecks weiterer Studien des Schiffsbaues machten und dann noch Ende des Jahres (1816) an die Arbeit gingen. Schon im Mai des nächsten Jahres hatte Schröder die Freude, das Werk vollendet zu sehen. Am 6. Mai 1817 unternahm das fertige Dampfschiff „Die Weser“ seine erste Fahrt von Vegesack nach Bremen. Das war ein Ereignis! Die Erbauer hatten den Senat, sowie eine Anzahl

von Freunden aus Bremen, Hannover und Oldenburg zu dieser Fahrt geladen, aber eine ganze Reihe von diesen lehnte die Einladung ab aus Furcht vor der Gefährlichkeit einer solchen Fahrt. Über diese erste Reise der festlich geschmückten „Weser“ berichtet ein Teilnehmer an Smidt nach Frankfurt a. M.: „Der Genuß der ersten Herauffahrt war einzig und glich einem Triumphzuge.“ Dabei nennt das Schreiben den „Dampfschiffs-Schröder“ einen „sehr gescheuten Mann“.

An den folgenden Tagen lag die „Weser“ hinter dem Packhause Schröders an der Wichelnburg und war von jedermann zu besichtigen. Bremens erster Dampfer hatte eine Länge von 82, eine Breite von ca. 15, eine Tiefe vom Kiel bis unter Deck von 8 Fuß, die Maschine von 14 Pferdekräften verbrauchte stündlich 1 Balje (260 engl. Pfund) Kohlen und legte $5^1/_2$ engl. Seemeilen pro Stunde zurück. Schröders Werk war vorzüglich gelungen und machte dem tatkräftigen Mann, sowie auch dem genialen Schiffsbauer Lange alle Ehre. Täglich fuhr nun die „Weser“ nach Vegesack und weiter bis Elsfleth und Brake; bis Ende 1817 wurden allein 10184 Personen befördert. Das waren die ersten regelmäßigen Dampferfahrten auf dem Festlande Europas.

Leider hatte das junge Unternehmen mit allerhand Schwierigkeiten zu kämpfen. Das Fahrwasser der Weser befand sich nämlich in einem überaus traurigen Zustande, und von seiten des Bremer Staates, sowie Oldenburgs und Hannovers wurde wenig getan, diesem Übelstande abzuhelfen. Wir wissen, daß dies auch die Hauptursache war, daß Smidt sich mit der Anlage eines neuen Hafens an der Wesermündung trug.

Der unternehmungslustige Schröder ließ dem ersten Dampfer bald einen zweiten folgen, den ebenfalls in Vegesack erbauten „Herzog von Cambridge“, der auf Fahrten von Bremen nach Münden eingestellt wurde. Aber wegen der überaus schlechten Beschaffenheit des Fahrwassers der Oberweser hörten diese Fahrten bald wieder auf, zumal sie von der Kaufmannschaft nicht genügend unterstützt wurden, und der „Herzog von Cambridge“ nahm mit an den Fahrten auf der Unterweser teil. Hatte Schröder in den beiden ersten Jahren seiner Dampferfahrten namhafte Überschüsse zu verzeichnen, so sollte er leider bald Verluste erleiden, weil man seinen Unternehmungen nicht die nötige Unterstützung zu teil werden ließ.

Wenn trotzdem der tatkräftige Mann mit aller Energie sein Werk fortsetzte, so verdient das um so mehr Bewunderung. Im Jahre 1833 hörten die Fahrten ganz auf. Schon 1826 hatte der Senat das Privilegium, das er Schröder auf 15 Jahre gegeben hatte, für erloschen erklärt, obgleich die „Weser“ noch sieben Jahre lang das einzige Dampfschiff auf dem Flusse, dessen Namen sie trug, blieb. Da drohte die Konkurrenz eines neuen, mit allen technischen Hülfsmitteln der neueren Zeit erbauten Dampfers, und bald hatte die „Weser“ ihre letzte Fahrt gemacht. Sie wurde danach auf Abbruch verkauft, ein Schicksal, das den „Herzog von Cambridge“ schon einige Jahre vorher ereilt hatte. Im nächsten Jahre (1834) trat der neue Langesche Dampfer „Bremen“ in Fahrt, und diesem folgten bald eine stattliche Reihe neuer Fahrzeuge, deren Namen wir oben kennen gelernt haben, alle freilich höchst primitiver Art im Vergleiche zu den „schwimmenden Palästen“ moderner Technik.

Im Jahre 1835 starb Friedrich Schröder, der Erbauer des ersten Dampfers auf dem europäischen Kontinent, dem seine Vaterstadt stets ein dankbares Gedenken bewahren wird. Eine Abbildung des ersten Dampfschiffes auf der Weser mit der Flagge der drei Uferstaaten befindet sich im ersten Bande der Abhandlungen des naturwissenschaftlichen Vereins in Bremen (1868), der auch einen vortrefflichen Aufsatz über „Die erste Dampfschiffahrt auf der Weser“ von G. C. Kindt enthält.

Und nun setzen wir unseren Spaziergang durch das alte Bremen fort.

Von der mit einer Windmühle geschmückten Altmannshöhe, unter welcher sich der Anlegeplatz der Oberweserdampfschiffe befindet, hat man einen hübschen Blick auf die belebte Weser und die grüne Grasebene des Werders, von der sich das wegen der guten dicken Milch vielbesuchte Hirtenhaus malerisch abhebt. Ein freundliches (Schmidts) Café am Fuß der Altmannshöhe ladet zum Besuche ein und gestattet den Gästen außer anderen Annehmlichkeiten die Benutzung eines Fernrohrs. Von hier aus erblickt man auch das stattliche Arbeitshaus am gegenüberliegenden Ufer der Weser, wo allerhand dem Gemeinwohl schädliches, arbeitsscheues Gesindel durch Zwang angehalten wird, die trägen Glieder zu rühren. Das kleine Restaurant wird von Spaziergängern gern aufgesucht. Der Osterdeich war schon 1848, wie heute noch, ein beliebter

Spazierweg der Einwohner Bremens. Freilich ist er der heutigen prächtigen Promenade keineswegs zu vergleichen. Die Häuser am Deich sind fast alle klein und mit Stroh bedeckt, erst hier und da erhebt sich ein Gebäude vornehmen Stils. Die Straßen der Vorstadt sind fast durchweg unregelmäßig bebaut und weisen große Lücken auf. Große Bleichen und Gemüse- oder Kohlgärten, woran heute noch die Namen Bleicher- oder Kohlhökerstraße erinnern, nehmen bedeutende Flächen ein. Der Osterdeich reichte bis zum Siel — da wo heute der Sielwall beginnt — und setzte sich dann in dem sog. Eisenrads- oder Theisenradsdeich bis zur Pauliner Marsch fort, um dann bis Hastedt den Namen Langendeich zu führen. Der Theisenradsdeich bildete lange Jahre ein überaus gefährliches Bollwerk gegen das Hochwasser der Weser. Bei jedem Hochwasser schwebte die Stadt in größter Angst um ihren Theisenradsdeich, der wiederholt brach, zuletzt im März 1826. Den Gefahren des Hochwassers ist unsere Stadt oft genug ausgesetzt gewesen; der letzte schwere Deichbruch vom 29. Dezember 1880 in Niederblockland, der eine Überschwemmung unseres Bürgerparks und des angrenzenden Stadtgebietes zur Folge hatte, steht noch frisch in der Erinnerung, und wir können froh sein, daß heute eine solche Wassersnot nicht wieder eintreten wird dank der vorzüglich gelungenen Weserkorrektion unseres Franzius.

Vom Siel aus führt ein Weserarm, der Dobben — das bedeutet ein träge dahinfließendes Wasser — bis zur Rembertistraße, da, wo heute die Straße „Am Dobben" endet, wendet sich dann nördlich und vereinigt sich als Kuhgraben (alter Torfkanal) bei der Munte mit der kleinen Wumme. Der ganze Straßenzug Sielwall-Dobben bis zur Rembertistraße ist auf dem Bette dieses Wassers erbaut worden, und nichts erinnert mehr an den alten, vernachlässigten, im Sommer übel ausdünstenden Dobben als der Name einer der schönsten Straßen unseres heutigen Bremen. Der Dobben wurde in alter Zeit dazu benutzt, die Schleifmühle (der Straßenname erinnert daran), die zum Schleifen von Waffen benutzt und später in eine Walkmühle umgewandelt wurde, zu treiben. Im Jahre 1861 wurde er kanalisiert, bei welcher Gelegenheit man an mehreren Stellen Reste von Uferbollwerken und Pallisaden fand, ein Beweis dafür, daß der Dobben in älterer Zeit für die

Stadt von großer Bedeutung gewesen sein muß. Ein anderer Weserarm, die Balge (in der Gegend der Straße „Hinter der Balge"), der den ältesten Stadtteil umgrenzte, wurde schon 1838 kanalisiert, soll sich aber heute noch, besonders an heißen Sommertagen, gar oft in durchaus nicht angenehmer Weise bemerkbar machen.

Von hübschen Sommergärten in der Vorstadt sind am meisten beliebt Stürens Garten an der Contrescarpe dicht vor dem Ansgariitor und Wehrings Garten vor dem Herdentor. Ersterer besitzt in vier Sälen einen sehr hübschen Wintergarten von Südgewächsen, der jedoch vom Publikum nicht genügend besucht wird, woran einesteils die verhaßte Torsperre, anderteils aber eine eigentümliche Sitte oder Unsitte der Bremer schuld ist, über die man schon vor 50 Jahren klagte: „Der Bremer bleibt lieber in seinen vier Pfählen, oder er wandert in seinen eintönigen Klub. Dort fühlt er sich komfortabel in dem Gefühl, unter seinesgleichen zu sein und riskiert nicht, mit Leuten unter seinem Stande zusammen zu kommen." Klubs, in denen die Bürger der Stadt „unter sich" waren, gab es 1848 eine ganze Reihe in der Stadt. Die Klubsucht gehört gerade nicht zu den angenehmsten Seiten des Bremer Bürgers. Über sie beschwert sich ein schwedischer Offizier, der um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts Bremen besucht. Er klagt darüber, daß die jungen Bremer Herren in den Cafés sitzen und dort — Kuchen essen. Er jammert über die steifen Abendgesellschaften, wo man drei bis vier Stunden lang auf seinen Stuhl gefesselt sitzen müsse, über den Bürgerzopf, den Höhenrauch, das unbarmherzige Bestäuben der Zimmer beim Schornsteinfegen, über die rauchenden Öfen, die unvorsichtigen Kindermädchen und — über die schlechten Streichhölzer. Unsere Stadt und ihre Bewohner kommen übrigens fast immer schlecht weg in den Reiseberichten der damaligen Zeit. So urteilt Amely Bölte in Gutzkows „Unterhaltungen am häuslichen Herd" ungefähr zur selben Zeit wie folgt: „In Bremen wimmelte es von Auswanderern, die mit ihren Habseligkeiten durch die Straßen zogen, sonst war der Ort still, ohne Lust und Leben. Die Gasthöfe sind vortrefflich, die Promenaden um die Stadt von gefälliger Anlage. Eine Statue des Astronomen Olbers von Steinhäuser prangt einsam zwischen dem Grün. Im Dom zeigt man dem Fremden einige

Mumien, im Ratskeller gibt man ihm zweihundertjährigen Rotwein zu trinken, den er teuer bezahlen muß, und der wie Essig schmeckt, dann ist er mit Bremen fertig. Trotz der Schiffahrt, trotz des Handels ist der Ort wie ausgestorben. Der Nordländer ist zufrieden, wenn er nach des Tages Last und Hitze ruhen darf. Seine Forderungen an die Freude steigen nicht höher." — Ein Trost für uns, daß Hamburg nichts besser wegkommt! Aber so ganz unrecht werden die Fremden gewiß nicht haben, und manches von dem, was sie an uns tadeln, mag uns noch heute zur Lehre dienen. Eine gute Eigenschaft aber wird niemand den Bremern abstreiten wollen, das ist ihre Liebe zur Natur. So wie der Bremer seine angenehme Häuslichkeit allen rauschenden Vergnügungen vorzieht, so haßt er es auch, den dunstigen Ballsälen, Spielhöllen und dergleichen Geld, Zeit und Gesundheit zu opfern, dafür geht er lieber aufs Land, beschäftigt sich dort mit Garten- und Feldarbeit, erbaut sich wohl selbst, wenn es seine Mittel gestatten, einen schmucken Landsitz oder pachtet sich wenigstens eine Parzelle Land, um darauf seiner Lieblingsneigung zu folgen.

2. Der 8. März 1848.

Das tolle Jahr! Preßfreiheit! Bessere Rechtspflege! Allgemeine Volksbewaffnung! Liberale Minister! Ein deutsches Parlament! Das waren die Kampfrufe, die 1848 in Deutschland widerhallten, mit denen das Volk seine Rechte forderte, und gegen die sich Bureaukratie und Polizeimacht ohnmächtig erweisen sollten. Daß die Unruhen in Berlin und anderen Orten nicht spurlos an Bremen vorrüber gehen konnten, ist wohl natürlich, zumal, wie wir wissen, bei uns der Boden für die Revolution reif war.

Die einseitige Sorge der regierenden Klasse Bremens für das materielle Wohl, d. h. für die ausschließliche Förderung der Handelsinteressen, hatte sie blind gemacht gegen die gerechten Forderungen der unteren Bevölkerungskreise, der Handwerker und Arbeiter, die sich immer dringender erhoben. Diese Bürger wollten sich nicht mehr bevormunden lassen; sie verlangten, selbst mit eingreifen zu können in die Angelegenheiten des

öffentlichen Lebens, und ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen wurde um so größer, je mehr sie sich in ihrer Hoffnung auf eine Änderung der uralten bremischen Verfassung getäuscht sahen. Ihre Anklagen richteten sich namentlich gegen die Finanz- und Schulverwaltung.

Von einem politischen Leben der bremischen Bevölkerung konnte in früheren Jahrhunderten nicht die Rede sein. Die „Neue Eintracht“ verbot den Bürgern, in Vereinen und Versammlungen über staatliche Angelegenheiten zu sprechen. Dazu war es mit der Presse — noch im Anfang des letzten Jahrhunderts — recht kläglich bestellt, so daß in fast allen Kreisen der Bürger eine große Gleichgültigkeit in allen Dingen politischer Natur um sich gegriffen hatte. Öffentliche Meinung war, was die politisch bevorrechteten Bürger, Senat und Bürgerkonvent, an die Öffentlichkeit gelangen ließen, was vom „Museum“ aus von den exklusiven Kreisen nach außen drang; im übrigen war die Bevölkerung politisch tot. Das wurde aber anders mit dem Jahre 1830, wo endlich ein regeres politisches Leben in den mißachteten unteren Volkskreisen Bremens erwachte. Die Handwerker und Arbeiter erkannten ihre Ohnmacht allen Regierungsakten gegenüber, besonders, als in den Jahren vor 1848 von Rat und Bürgerschaft ein Wehrpflichtigkeitsgesetz ins Leben gerufen wurde, das den Unbemittelten zum persönlichen Waffendienst zwang, dem wohlhabenden Bürger aber eine Stellvertretung erlaubte. Das verdroß die unteren Volksklassen um so mehr, als sie völlig machtlos dieser Maßregel gegenüberstanden. Dazu kam noch, daß in den 40er Jahren vom Staat große Anleihen beschlossen und zur Deckung der Zinsen eine Einkommensteuer und eine Erhöhung der Grund- und Mietsteuer beschlossen wurde, ohne daß die Bürger ein Wort dagegen sagen durften. Da wachten auch die bis dahin noch gleichgültigen Bürger aus ihrer Ruhe auf und forderten ihr natürliches Recht der Teilnahme am öffentlichen Leben mit immer größerer Entschiedenheit. Noch größer wurde ihre Unzufriedenheit, als nun auch noch die Mißstände im arg vernachlässigten Volksschulwesen im Vergleich zu der überaus begünstigten Hauptschule öffentlich besprochen wurden. Zu alledem kam der Geist der Zeit, der auch in Bremen eine immer freiere Sprache in Schrift und Wort zu wecken begann.

Am unzufriedensten waren die Handwerker, die sich als den „gedrückten Mittelstand" bezeichneten und vom Staate, der soviel für den Handel tue, verlangten, er solle sie durch Gesetze und Geld in ihrem Broterwerb unterstützen. Besonders traten sie für eine Vermehrung ihrer Zunftrechte auf, indem sie die Ausrottung aller Pfuscher und sog. „Bönhasen" verlangten, eine Forderung, die sicherlich in einem Mißverhältnis zu derjenigen stand, die das beliebteste Schlagwort der Demokraten bildete: Gleichberechtigung aller. Ob überhaupt alle unsere 1848er Demokraten, ihre Wortführer nicht ausgeschlossen, wußten, was sie eigentlich wollten, mag dahingestellt sein. Jedenfalls war ihre Begeisterung groß und allgemein, und wenn auch nicht alle eine klare Vorstellung hatten von dem, was da werden sollte, so ahnten sie doch die kommende neue Zeit.

Schon Ende des Jahres 1847 tat sich eine Reihe von Bürgern — trotz der „Neuen Eintracht" — zu einem Bürgerverein zusammen, der im Januar 1848 zuerst an die Öffentlichkeit trat, um wöchentlich einmal politische Fragen zu besprechen. In seinen ersten Sitzungen war dieser junge Verein sehr vorsichtig, so daß man ihn höheren Orts ruhig gewähren ließ und ihn vollständig ignorierte. Aber mit der anfänglichen Harmlosigkeit des Bürgervereins war es bald vorbei. Als die Kunde von der Pariser Februarrevolution und die aufregenden Nachrichten aus Baden einliefen, da traten plötzlich tausende von Angehörigen des Handwerker- und Arbeiterstandes dem jungen Verein bei, und dieser entwickelte sich in allerkürzester Zeit zu einem politischen Verein von größter Bedeutung, in dem zwei Lehrer, Feldmann, Kotzenberg, und der Tischlermeister Wischmann die führende Rolle spielten. Diesen Männern war es vor allem daran gelegen, die Vereinsgenossen für die kommende Zeit heranzubilden. Senat und Bürgerschaft schienen von der großen Gefahr, die ihnen durch den mächtig anwachsenden Bürgerverein drohte, durchaus keine Ahnung zu haben; einen Aufstand der Massen, für die man ja nach besten Kräften zu sorgen glaubte, hielt man in unserem bislang so ruhigen Bremen für gänzlich ausgeschlossen. Während man im Bürgerverein bereits Kriegsrat hielt, wiegte man sich im Rathause und im Schütting in größter Sorglosigkeit. Man wartete in aller Ruhe ab, wie

sich die Dinge in den übrigen Staaten Deutschlands entwickeln würden — und ließ den Bürgerverein ruhig gewähren.

In diesem aber loderte das revolutionäre Feuer unablässig empor, um dann plötzlich in heller Glut aufzuflammen.

Das war Anfang März, als die Nachrichten aus Paris, Baden und anderen Orten im Bürgerverein anlangten und die Geister in mächtige Erregung versetzten. Worte waren genug gewechselt, man drängte zur Tat. Bereits am Fastnachtsabend, dem 6. März, zeigten sich die ersten Symptome des nahenden Sturms. Dieser richtete sich zunächst zwar nur auf die Stadttore, die man des verhaßten Sperrgeldes wegen zu demolieren begann, indes fiel dabei nichts Ernstes vor. Am folgenden Abend aber schritt der Bürgerverein zu seiner ersten politischen Tat. Eine Petition an den Senat wurde aufgesetzt und bedeckte sich rasch mit ca. 3000 Unterschriften. Am nächsten Mittag sollte sie durch eine Deputation von 12 Mann dem Senat übergeben werden. Die Petenten ersuchten darin den Senat u. a. um Öffentlichkeit der Konventsverhandlungen, allgemeines Wahlrecht, Schwurgericht, Preßfreiheit, kurz um eine auf „Gleichberechtigung aller“ basierende neue Verfassung. Der Bürgerverein beabsichtigte durchaus nicht, einen Gewaltakt gegen den Senat zu vollführen, sonst hätten so viele ruhige und wohldenkende Bürger die Petition gewiß nicht unterzeichnet. Wie aber bei Revolutionen oftmals Zufälligkeiten eine große Rolle spielen, so geschah es auch diesmal, daß sich aus einer harmlos erscheinenden Demonstration in kürzester Zeit ein gefährlicher Sturm entwickelte.

Der Morgen des 8. März war angebrochen, und auf dem Domshof hatte sich eine nach tausenden zählende Menschenmenge zusammengefunden. Die Erregung der Menge nahm beständig zu; die an den Senat verfaßte Petition wurde von einem Tische herab wieder und wieder verlesen und durch volkstümliche Zusätze aus der Menge sogar noch vergrößert. Mit Blitzesschnelle hatte sich ein Vorschlag, die Deputation auf ihrem Wege nach dem Rathause zu begleiten, unter der Menge verbreitet. Ob dies das Werk einzelner, die geheime Absichten dabei hegten, oder des Zufalls war, mag dahingestellt sein, aber es sollte für den Senat verhängnisvoll werden. Denn als die Deputation dem Rathause zuschritt, wurde sie von einem endlosen Zuge der auf dem Domshof versammelten

Bürger begleitet. Diese besetzten sofort die große Halle des Rathauses, alle Treppen und Zugänge, während viele andere sich auf dem Marktplatz postierten.

Der Senat hielt gerade seine Sitzung ab und war wie gewöhnlich nur durch einige Bürgerwehrleute geschützt, die vor dem Sitzungssaale Posten standen. Nachdem die Mitglieder der Deputation ihr Schriftstück überreicht hatten, glaubte der Senat anfänglich, er könne mit den Abgeordneten schnell fertig werden; er versprach, die Petition zu prüfen und baldmöglichst seine Entscheidung zu treffen. Die Deputation aber bestand auf sofortige Erledigung der Sache und wies auf die draußen harrende Volksmenge hin, die eine augenblickliche und bestimmte Antwort verlange. Der Senat setzte der Deputation auseinander, daß er ohne „Rats- und Bürgerbeschluß", wie ihn die Verfassung erheische, gar nicht berechtigt sei, die Petition zu bewilligen. Nun aber rückte die Deputation damit heraus, daß dies versammelte Volk die wirkliche Bürgerschaft, die wahre „Gemeinheit" und daß es mit der Herrlichkeit des alten Bürgerkonvents für immer zu Ende sei, mit dieser draußen versammelten wahren „Gemeinheit" solle der Senat nur verhandeln. Und nun begann eine erregte Debatte, die stundenlang andauerte und immer gereizter wurde. Indessen war die Zahl der auf dem Marktplatze und im Innern des Rathauses Versammelten noch mehr angewachsen. Allerhand Gesindel hatte sich, während die ruhigen Bürger den Platz verließen, eingefunden; es fehlte auch nicht an Leuten, die drohende und aufreizende Reden hielten und die Menge zu Gewalttätigkeiten gegen den Senat aufhetzten. Man hörte Verwünschungen gegen die Obrigkeit und machte zu wiederholten Malen den Versuch, in das Sitzungszimmer der Senatoren einzudringen, so daß die Führer kaum noch im stande waren, die erregte Menge im Zaume zu halten. Der Senat mußte endlich einsehen, daß er sich — zum erstenmal in Bremen — in einem Belagerungszustande befand; kein Mittel stand ihm zu Gebote, sich aus seiner kritischen Lage zu befreien, da alle Zugänge zum Rathause von der erregten Menge besetzt gehalten wurden. Ihm blieb schließlich nichts anderes übrig, er mußte nachgeben. Er genehmigte also „für seinen Teil" alles das, was in der Petition gefordert war und verpflichtete sich, in diesem Sinne die Verfassung umzugestalten. Sofort trat die Deputation auf

den Altan des Rathauses, und Tischlermeister Wischmann verkündigte mit lauter Stimme der unten harrenden Volksmenge: „Es ist alles bewilligt." Unbeschreiblicher Jubel erscholl unter der Menge — und sie ging im stolzen Bewußtsein ihres Sieges, von den freudigsten Hoffnungen auf die nun kommende schöne Zeit erfüllt, ruhig auseinander, ohne daß es nach guter Bremer Art zu irgend welchen Ausschreitungen kam. Tiefe Niedergeschlagenheit aber hatte sich des gedemütigten Senats und aller Freunde des Alten bemächtigt.

Abends war die Stadt festlich erleuchtet. Tausende wanderten fröhlichen Angesichts und voll der rosigsten Hoffnungen am Abend noch lange in den Straßen der Stadt umher, den Tag preisend, der ihnen endlich gebracht, wonach sie sich so lange gesehnt.

So endete der denkwürdige 8. März in unserer Vaterstadt. Ohne Blutvergießen hatten die demokratisch gesinnten Bürger die alte Regierung zu Fall gebracht. Wischmann, Feldmann und Kotzenberg, die Helden des Tages, waren nun die Inhaber der Staatsgewalt. Ihre Wohnungen füllten sich von Glückwünschenden aller Art; zu hunderten traten jetzt die Bürger, die der demokratischen Sache bisher noch fern gestanden hatten, in den Bürgerverein ein. Reiche Kaufleute fehlten nicht darunter; sie huldigten aufrichtig dem Fortschritt. Die freudigste Erregung herrschte in den Kreisen der Handwerker und Arbeiter; man war ein Herz und eine Seele.

Gesiegt hatten die Demokraten, aber sie verstanden es nicht, ihren Sieg zu behaupten. Nachdem der erste Siegesjubel verrauscht war, zogen sie in Erwägung, ob noch einmal in alter Weise ein Bürgerkonvent zu berufen sei, um das zu genehmigen, was der Senat am 8. März zugesagt hatte. Ein großer Teil der Demokraten wollte zwar nichts davon wissen, aber ihre Meinung wurde besonders durch die Führer unterdrückt, denn diese waren bestrebt, auf alle Fälle den gesetzlichen Schein zu wahren, zumal sich auch die Mitglieder des „Museums" verpflichtet hatten, für die Errungenschaften des 8. März zu stimmen. So setzten es denn die Führer der Märzpartei durch, daß der Konvent noch einmal — zum letztenmal — am 14. März einberufen wurde. Er wurde von ungefähr 800 Personen besucht, von denen die Märzmänner, obgleich sie früher nicht konventsberechtigt gewesen waren, natürlich die große

Majorität bildeten. Wie man sich leicht denken kann, bewilligte dieser Bürgerkonvent alles, was man von ihm verlangte, und die politische Gleichberechtigung aller Bürger ward somit auch rechtlich festgestellt. Ein provisorisches Wahlgesetz wurde beschlossen, das ein allgemeines und direktes Stimmrecht proklamierte. Mit diesem schritt man sofort zur Wahl einer konstituierenden Versammlung, die den alten Namen Bürgerschaft beibehielt, obgleich sie von dieser grundsätzlich verschieden war. Die Wahlen fielen aber für die Demokratie sehr ungünstig aus. Da es, wie überall in Deutschland, den Demokraten an führenden Männern mangelte, die schon auf eine öffentliche Tätigkeit im Staatsdienst zurückblickten, so wählte man zum großen Teil solche Männer, deren Wirksamkeit im Staatsdienst schon aus der vormärzlichen Zeit her bekannt war, die aber, wenn auch nur anscheinend, mehr oder weniger dem Geist der neuen Zeit huldigten. So kam es, daß die konstituierende Versammlung oder die neue Bürgerschaft in der Mehrzahl liberal-konservative Elemente zählte, während die wirklichen Demokraten in der Minderzahl blieben. Das war die erste Enttäuschung der Märzmänner. Besonders trat der Übelstand, daß es an geeigneten Kräften fehlte, in der Kommission zu Tage, die niedergesetzt ward, um eine neue Verfassung auszuarbeiten. Sie zählte nur vier eigentliche Demokraten, die übrigen neun waren alte konventsberechtigte Bürger; dazu kamen drei Mitglieder des Senats.

Zum Glück konnte die Verfassungskommission von einigen Grundsätzen, die in der Märzpetition aufgestellt waren, nicht mehr abweichen. Die Gleichberechtigung aller Bürger in politischen Dingen, die Souveränetät der Gemeinheit und die Teilung der öffentlichen Gewalt zwischen Senat und Bürgerschaft: diese Errungenschaften des 8. März waren ein für allemal gesichert. Die Kommission arbeitete bis zum Herbst 1848 und war, was nach ihrer Zusammensetzung nicht anders zu erwarten, eifrigst bemüht, das Märzprogramm möglichst unschädlich zu machen. Die wenigen Demokraten der Kommission vermochten nicht, mit Gegenentwürfen den übrigen Mitgliedern entgegen zu wirken, ihre Tätigkeit beschränkte sich nur darauf, durch Amendements die wichtigsten Vorlagen der Kommission hier und da abzuschwächen.

Bei alledem stand der Entwurf der neuen Verfassung,

entsprechend dem Geiste der Zeit, in schroffstem Kontraste zu der alten Form der bremischen Verfassung. Die alten Grundlagen des bremischen Gemeinwesens waren bis auf die letzte Spur beseitigt. Statt der nach wenigen Hunderten zählenden Vertreter der Gesamtheit in vormärzlicher Zeit, bildeten jetzt alle Bürger, etwa 12 000, vom reichen Kaufmann an bis zum gewöhnlichsten Arbeiter völlig gleichberechtigt, die Grundlage des Staates. Sie wählten unter sich 300 Vertreter als Bürgerschaft, die ohne, wie früher, vom Senat eingeladen zu werden, aus eigenem Recht tagten. Gemeinsam von dieser Bürgerschaft und dem Senat sollten fortan alle Staatsangelegenheiten entschieden werden, und sollte einmal eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Körperschaften eine Verständigung nicht herbeiführen, so hatte die Gesamtheit als Schiedsrichterin das Recht, mit ja oder nein zu entscheiden, ob der Senats- oder ob der Bürgerschaftsbeschluß gelten solle. Dem Senat blieb nur das Recht eines aufschiebenden Vetos. Die Bürgerschaft besaß die Befugnis, Polizeiverordnungen ohne weiteres rückgängig zu machen und war auch in den verschiedenen Deputationen maßgebend. Auch die Wahl der Senatoren fiel der Bürgerschaft zu; man hatte sogar geplant, sie der gesamten Einwohnerschaft zu überlassen. Die Rechtspflege wurde von der Regierung getrennt. Man setzte ein eigenes Richterkollegium von 12 Mann ein, die von Senat und Bürgerschaft gemeinsam zu ernennen waren, und beschränkte den Senat auf 16 Mitglieder, von denen wenigstens die Hälfte dem Gelehrten- und wenigstens fünf dem Kaufmannsstande angehören mußten. Ob der Senat lebenslänglich oder auf nur je 6 Jahre ernannt werden solle, darüber entbrannte ein heißer Kampf, der endlich, entgegen den eigentlichen Demokraten, dahin entschieden wurde, daß die Senatoren lebenslänglich amtieren sollten. Jedenfalls tat man wohl daran, denn ein oft wechselnder Senat wäre nicht im stande gewesen, technische Sachkunde und Geschäftserfahrung, die doch von einer obersten Behörde unzertrennlich sind, in sich zu vereinigen. Zu diesen organisatorischen Bestimmungen traten noch eine ganze Reihe von solchen, wie sie auch in anderen Staaten angestrebt und eingeführt wurden, als da sind: Allgemeine Wehrpflicht ohne Stellvertretung, Abschaffung der Todesstrafe, Auswanderungsfreiheit, Schwurgerichtsverfahren für politische und Preßvergehen und andere minder wichtige Dinge.

Umsonst hatte der Senat versucht, hier und da die Bestimmungen etwas konservativer zu gestalten. Am Jahrestage der Revolution, 1849, unterzeichnete er mit der Bürgerschaft die Urkunde des Grundgesetzes. Diese feierliche Handlung wurde auf der Rathaushalle durch die Präsidenten der beiden Körperschaften vollzogen, und ein nachfolgender Gottesdienst im Dom gab dem bedeutsamen Akt noch eine ganz besondere Weihe. Die Demokraten aber feierten den Tag durch festliche Umzüge und schmückten den alten Roland mit der Jakobinermütze.

---

3. Die bremische Demokratie 1848 und 1849. Rudolf Dulon.

Mit der feierlichen Annahme der neuen Verfassung hatte die Demokratie in Bremen den höchsten Gipfel ihrer Macht erreicht. Tatkräftige Männer, die mit lebhaftestem Interesse das Fortschreiten der revolutionären Bewegung außerhalb Bremens verfolgten, hatten sich mit den Demokraten anderer Staaten in Verbindung gesetzt und sich allmählich deren Ideen angeeignet. Sie waren sich dadurch klarer geworden über die Aufgaben der Zeit und bestrebten sich eifrigst durch Wort und Schrift auch die untersten Klassen der Bevölkerung aufzuklären und ihre politische Bildung zu vermehren, wobei sie die lokalen Angelegenheiten, die anfänglich die Gemüter so sehr erregt hatten, die spezifisch bremische Sache, mehr in den Hintergrund treten ließen. Im Juli 1848 entstand neben dem Bürgerverein, der sich immer noch einer gewissen Mäßigung seiner Mitglieder erfreute, ein „Demokratischer Verein“, und dieser vertrat bald die Linke der Demokratie Bremens, Cigarrenmacher und Arbeiter strömten ihm in hellen Scharen zu. Vom Tage seiner Entstehung an entfaltete dieser radikal gesinnte demokratische Verein eine äußerst rührige Tätigkeit, besonders durch den Einfluß seines Leiters, des schon mehrfach erwähnten Kaufmanns Johannes Rösing. Der Verein tagte alle Montagabende in einem Lokale an der Bahnhofstraße. Mancher alte Bremer wird sich desselben noch sehr wohl zu erinnern wissen; vielleicht hat er selbst seinen Obolos den Geldern zugesteuert, die der Sohn Rösings in jeder Versammlung für politische Flüchtlinge

sammelte. An Mitgliederzahl und Bedeutung überragte der Demokratische Verein bald den älteren Bürgerverein, ohne daß jedoch dadurch das gute Einvernehmen zwischen beiden eine Störung erlitt, was sich namentlich bei Wahlen und anderen bedeutsamen Ereignissen erwies.

Die Demokratie gewann also mächtig an Boden dank ihrer Führer, Rösing, Wischmann, Feldmann und Kotzenberg. Sie alle aber wurden weit überragt durch einen Mann, dessen Ruf zu jener Zeit weit über die Grenzen Bremens drang, durch einen Volksagitator, wie er kaum seinesgleichen findet. Sein Name ist Rudolf Dulon. Dulon war ein Mann von riesenhafter Arbeitskraft und seltener Begabung als Redner und Schriftsteller, ein Revolutionär im Talar, der populärste Mann jener Zeit, von tausenden über alle Maßen geliebt und verehrt, von ebenso vielen aber auch verachtet und gehaßt. Christoph Joseph Rudolf Dulon, einer in Deutschland eingewanderten Hugenottenfamilie entstammend, wurde als Sohn eines Postdirektors in Stendal am 30. April 1807 geboren. Von der Orthodoxie, die er als Prediger an seinen beiden ersten Stellen in Preußen vertrat, wandte er sich als Pastor in Magdeburg ab und der rationalistischen Richtung zu, deren eifrigster Verfechter er alsbald werden sollte. Von Magdeburg kam Dulon nach Bremen, wohin ihm der liberal gesinnte Teil der Liebfrauengemeinde zum Prediger berief.

Das war gerade zu der Zeit, als die revolutionäre Bewegung in vollem Gange war. Dulon trat sogleich mit wahrem Feuereifer in dieselbe ein, um alsbald ihr Mittelpunkt zu werden. Mit höchster Begeisterung vertrat er die Ideen der Freiheit und wußte sie in hinreißender, gewaltiger Sprache zu verkünden, nicht nur von der Kanzel herab, sondern bald auch in den Versammlungslokalen der Demokratie. Es ist begreiflich, daß ein solcher Mann die begeistertsten Freunde, aber auch die erbittertsten Feinde finden mußte. Hören wir das Urteil einiger unserer heimischen Schriftsteller über den Mann, dessen Bild heute noch von manchen Bremern pietätvoll aufbewahrt wird.

Sehr maßvoll und unparteiisch urteilt Pastor Iken über Dulon, obgleich er dessen Leben ein verfehltes nennt: „Weder der bombastisch, aber unklar redende Tischler Wischmann, noch der gewandte, aber vielfach erbitterte Kaufmann Johannes

Rösing, noch die klugen Lehrer Feldmann und Kotzenberg oder einer der übrigen Herren jener Tage hatte einen so faszinierenden Einfluß auf die Menge als dieser Revolutionär im Talare, der mit mächtigem Pathos und dröhnender Stimme die Gemüter beherrschte, der, mit allen Schlagworten seiner Zeit ausgestattet, dieselben gewandt zu gebrauchen und für ängstliche Seelen biblisch zu begründen wußte, der mit scharfer Feder allen Gegnern die Spitze bot und immer neue Anhänger auch in der Ferne gewann, der mit starker Arbeitskraft neben seinen Amtsgeschäften noch alle Volksversammlungen besuchte, Mitglied der Bürgerschaft und der Schuldeputation war, ein Tageblatt und eine Sonntagsschrift redigierte und eine Reihe von wirksamen Schriften verfaßte. Bei solchem Manne konnte es nicht fehlen, daß ihm das Volk begeistert anhing, daß bei seinen Gottesdiensten die Kirche fast immer überfüllt war, daß man ihm viele Huldigungen brachte, bei denen der Domshof, an dem er wohnte, tausende von Menschen versammelt sah, und daß trotz des damals hier noch geltenden Parochialsystems aus allen Gemeinden der Stadt und vielfach vom Lande immer mehrere nur von ihm ihre geistlichen Handlungen begehrten. In der Tat war Pastor Dulon damals der populärste Name in Bremen. — Ebenso aber konnte es auch nicht fehlen, daß andere dieses Mannes Wirken aufs stärkste verwarfen: alle zunächst, die mit Überzeugung dem positiven Christentum anhingen und denen Gottes Wort daher mehr war, als ein Farbetopf für die politischen und revolutionären Zeitphrasen, wozu er es erniedrigte, aber auch alle, die festgeordnete Zustände begehrten und darum dies stete Hetzen und Treiben verabscheuten, sowie endlich die, welche Dulon wegen seines religiösen Freisinns gewählt hatten und nun in ihm einen Revolutionsmann entdeckten, oder wie's in einer damaligen Broschüre heißt, die einen Luther gehofft und einen Karlstadt oder Thomas Münzer erlangt hatten." („Die Wirksamkeit von Pastor Dulon in Bremen" v. J. Fr. Iken, Pastor, 1894.)

In seinen „Bildern aus der bremischen Kirchengeschichte um die Mitte des 19. Jahrhunderts" schreibt Pastor Bruno Weiß über Dulon u. a. wie folgt: „Dulon entfaltete in Bremen eine reiche Wirksamkeit. Es war ein Mann von ebenso enormer Begabung als Arbeitskraft. Seine Sprache war gewaltig, wenn auch oft sehr derb, und aus seinen Worten

sprach die größte Begeisterung für seine Freiheitsideen. — Dulon war ein Idealist, ein Freund der Armen und hätte sie gern alle sorgenlos und glücklich gesehen. Das war die im Grunde gute, treibende Kraft seines ganzen, freilich fast überall von Irrtümern, maßlosen Übertreibungen und Verkehrtheiten arg durchsetzten Wirkens. Auch ist die Sprache, welche er führt, oft vom bittersten Haß und beißendsten Hohn erfüllt. Ein echter Mann der Revolution."

Und endlich sagt O. Gildemeister (1852): „Statt eines rationalistischen Predigers hatte man, wie man mit Schrecken gewahrte, einen sozialistischen Pantheisten und politischen Agitator auf die Kanzel geführt. Mit jenem rhetorischen Posaunentone, welcher auf Ungebildete immer den meisten Eindruck macht, predigte Dulon in der Kirche wie in den Kneipen der demokratischen Vereine das neue Evangelium von der Tugend und Herrlichkeit des armen Mannes, von der Verruchtheit der Besitzenden und von der Tyrannei der Pfaffen und Fürsten. Solche Lehren und solche Feuerworte hatten die meisten nie gehört. An ihrer Wahrheit zweifelte man um so weniger, als Dulon es sehr gut verstand, für schwächere Gemüter die furchtbaren Konsequenzen seiner Humanitätsreligion hinter blumige Phrasen von Liebe, Glück und Brüderlichkeit zu verstecken. Zudem war er Prediger, und vor dem geistlichen Talare hat in Bremen der gemeine Mann noch eine traditionelle Ehrfurcht. Die kirchliche Phraseologie ward weislich beibehalten, um die Unkundigen zu täuschen, und der Krieg der Armen gegen die Reichen ward mit Bibelsprüchen gerechtfertigt. Der Zulauf zu ihm war ungeheuer; wenn er predigte, faßte die Kirche die Zahl der Zuhörer nicht. Im Bürgerverein und im Demokratischen Verein horchten tausende, wenn er sich erhob, um den „Gedrückten" und „Geknechteten" auseinanderzusetzen, daß sie die „Aristokraten" hassen müßten, um das „Reich Gottes" zu fördern. Den Dienstboten, den Arbeitern und Handwerkern bewies er sonnenklar, daß sie von ihren Herrschaften, ihren Patronen, ihren Kunden geschunden und ausgebeutet würden. Im Bürgerverein donnerte er mehr gegen Fürsten und Diplomaten, im Demokratischen Verein wurden Kaufleute, Fabrikherren und Geldsäcke im allgemeinen verwünscht; auf der Kanzel vereinte er die Wetter seiner Beredtsamkeit wider alle bestehenden Mächte der Welt."

Einige kurze Auszüge aus seinen Predigten und Schriften kennzeichnen den Charakter und die Absichten Dulons aufs beste. Eine seiner gedruckten Predigten („Herzensgruß an meine Gemeinde“ 1850) spricht klar und deutlich aus, was Dulon wollte. Man höre: „Ich will den Armen das Evangelium predigen, welches es gibt, das Evangelium der Freiheit und der Liebe.“ — „Ich will dem teuflischen Unsinn entgegenwirken, so gut ich's vermag, der zu Gunsten verhältnismäßig Weniger die Millionen zum elenden Sklavenleben, zum Kampf mit dem Hungertode, zur Roheit und zum geistigen Schlafe verdammt.“ — „Ich will die heiligen Rechte des Volkes verteidigen gegen brutale Gewalt, will das Interesse der Unterdrückten und Übervorteilten wahrnehmen gegen den Übermut der Privilegierten und Begnadigten.“ — „Ich will mitwirken, daß der Mensch Mensch werde.“ — „Vom Volke, von dem Erwachen der Völker zum Bewußtsein ihres Rechts, von der geistigen und sittlichen Erhebung der Massen erwarte ich das Heil.“

Wie schon gesagt, besaß Dulon eine eminente Arbeitskraft. Neben seinem Amte als Prediger und Seelsorger war er Mitglied der Bürgerschaft (1849) und Schuldeputation, außerdem aber entfaltete er eine reiche Tätigkeit als Schriftsteller. Er führte die Redaktion der täglich erscheinenden „Tageschronik“, einer politisch-sozialen, täglich erscheinenden und die Rechte der Demokratie verfechtenden Zeitung. Außerdem gab Dulon den „Wecker“, ein Sonntagsblatt zur Weckung des religiösen Lebens, heraus. Sein bedeutendstes Werk ist „Vom Kampf um Völkerfreiheit“ (2 Bände), das in leidenschaftlichster Weise die Rechte des Volkes verkündet und alles Heil in der auf dem Wege der Revolution errungenen Volksherrschaft erblickt, ein Werk, das die Gemüter überall mächtig ergriff. Eine Stelle des Buches, dem Wilh. Gröning in einer Schrift „Pastor Dulons Wühlerbuch“ scharf entgegentrat, möge hier folgen, um den Ton des Buches zu charakterisieren:

„Revolution! Welche Welt von Gedanken in diesem Wort! Revolution! Wie schlägt das Herz so hoch bei dem Klange dieses Wortes! Wie atmen wir frei auf, als umrauschte uns Frühlingsluft, als umfinge uns die Heiterkeit eines frischen, sonnenhellen Morgens oder die Kühle des Abends nach der heißen Stickluft eines gewitterschwangeren Tages! Wir fühlen

uns als Männer. Das gesenkte Haupt hebt sich. Das Auge blickt frei und kühn in die Welt hinein. Die Faust sucht das Schwert — und frisch auf zum Kampfe! Dieser Kampf ist heilig — dieser Kampf führt zum Frieden, zu einem Frieden, der des Menschen würdig ist. Revolution! Du Bote Gottes, du Gesandte des Himmels! Du hast den Alp verscheucht, der erstickend auf den Völkern Europas lag. Du bist der Morgenstern, der flammende Morgenstern, der den Tag verkündet nach langer, düsterer, schreckenschwerer Nacht. Wie ein Meteor, wie eine Windsbraut bist du dahingefahren über die Länder, leuchtend, blitzend, erschütternd, zerstörend. Erschüttert hast du die Throne, zerstört, gebe es Gott, die heillose Despotenmacht. Erleuchtet hast du die Völker, und mit der Gewalt eines Blitzstrahls hast du die Herzen durchzuckt. Jetzt sind die Völker wach, jetzt sind sie lebendig geworden. Jetzt kennen sie ihre Macht. Jetzt wissen sie, daß ihr Wille auf Erden heilig, auf Erden das höchste Gesetz ist. Jetzt ist ein neues, menschliches Leben angebrochen, ein Tag, wie die Welt ihn nicht schöner gesehen hat. Das ist dein Segen, dein großes Geschenk, du Bote Gottes, du Erlöser der Menschheit, Revolution!“

Durch Dulons Einfluß blühte die Demokratie in Bremen mächtig auf, und das revolutionäre Leben und Treiben nahm dann noch seinen ungehinderten Fortgang, als im übrigen Deutschland bereits die Reaktion die „Märzerrungenschaften“ auf ihr äußerstes Maß zurückgeführt und die Kraft der Revolution völlig gebrochen hatte. Eine glänzende Revolutionsdemonstration fällt in das Ende des Jahres 1848. Sie galt der Erinnerung an Robert Blum, der als Märtyrer der deutschen Sache am 9. November 1848 in Wien erschossen wurde. Der Name Robert Blum war zu jener Zeit in aller Munde; in gerechtem Zorne und mit tiefem Schmerze berichteten alle Zeitungen von den erschütternden Vorgängen in Wien, über die Gewalttat Österreichs, das die Beschlüsse des Frankfurter Parlaments damit geradezu verhöhnte und deutlich bewies, daß es sich nicht als deutschen Staat betrachte. Auch unsere bremischen Zeitungen brachten ausführliche, in leidenschaftlichem Tone gehaltene Berichte über die letzten Stunden Robert Blums, u. a. auch den letzten Brief des Freiheitsmannes an seine Gattin Eugenie, der jeden Leser zu Tränen rühren mußte. Er lautete folgendermaßen:

„Mein treues, gutes, liebes Weib, lebe wohl! Lebe wohl für die Zeit, die man ewig meint, die es aber nicht sein wird! Erziehe unsere, jetzt nur Deine Kinder, zu edlen Menschen, dann werden sie ihrem Vater nimmer Schande machen. — Alles, was ich empfinde, rinnt in Tränen dahin, daher nun nochmals: lebe wohl, teures Weib! Betrachte unsere Kinder als teures Vermächtnis, mit dem Du wuchern mußt. Lebe wohl, lebe wohl, tausend, tausend, die letzten Küsse von Deinem

Robert.

Wien, 9. November, morgens 5 Uhr; um 6 Uhr habe ich vollendet.“

Eine Nachschrift lautete:

„Die Ringe habe ich vergessen. Ich drücke den letzen Kuß auf den Trauring. Mein Siegelring ist für Hans, die Uhr für Richard, der Diamantknopf für Ida, die Kette für Alfred als Andenken. Alle sonstigen Andenken verteile Du nach Deinem Ermessen. Man kommt! Lebe wohl, lebe wohl!“

Kurze Zeit nach Abfassung seines letzten Briefes wurde Robert Blum von einem Trupp Jäger zur Brigittenau eskortiert. Er sagte unterwegs zu dem ihn begleitenden Offizier: „Wozu daß Possenspiel, da es die Regierung doch nicht wagen wird, gegen das Gesetz der Nation einen ihrer Vertreter zu ermorden?“ „Sie irren, Herr Blum,“ erwiderte der Offizier, „Sie werden erschossen.“ Blum rief aus: „O mein armes Vaterland, so achtet man deine Gesetze!“ Männlich und fest schritt er alsdann zu dem Platze, wo er den Tod erleiden sollte. Er wollte sich anfangs nicht die Augen verbinden lassen, doch schlang er sich selbst das Tuch um die Augen, als man ihm bedeutete, daß die Jäger sonst nicht zielen könnten. Mit den Worten: „Gott schütze mein Vaterland, ich sterbe für die Freiheit!“ kniete er nieder. Drei Kugeln machten seinem Leben ein Ende.

Zu Ehren dieses Märtyrers deutscher Freiheit veranstaltete die bremische Demokratie am 13. Dezember eine großartige Totenfeier. Ein gedrucktes Proklam kündigte den Gang der Feier an. Es war überschrieben: „Totenfeier zu Ehren des am 9. November 1848 zu Wien gemordeten Robert Blum, Mitglied der deutschen Nationalversammlung.“ Ein glänzender Zug bewegte sich unter Voranschritt der Bürgerwehr mit Trauermusik in den Nachmittagsstunden des 13. Dezember nach dem Domshof. Der

Bürgerwehr folgten die zahlreichen Vereine der Stadt, darunter der Bürgerverein, der Demokratische Verein, der Schützenverein, der Bremer Sängerbund, der Verein Vorwärts, der Arbeiterverein, die Mitglieder des Theaters, die Zünfte und Gewerbe in großer Zahl, zum Teil mit ihren Fahnen. Alle Teilnehmer trugen Abzeichen der Trauer am Hut oder am linken Arm. Dreimaliger Trommelwirbel der Bürgerwehr eröffnete die Feier. Eine Trauermusik und erhebender Gesang der vereinigten Sängervereine folgten, worauf von allen Versammelten das Lutherlied: „Ein' feste Burg ist unser Gott" angestimmt wurde. Dreimaliger Trommelwirbel schloß die Totenfeier Robert Blums, für dessen Hinterbliebene man hier wie an anderen Orten zahlreiche Gaben sammelte.

Wie schon angedeutet, nahm die demokratische Sache in Bremen noch mächtig zu, als schon im übrigen Deutschland die Reaktion eingetreten war. Es ist hier wohl am Platze, in aller Kürze der Vorgänge in Deutschland, besonders in Preußen, zu gedenken, weil uns sonst manches, was in unserer Vaterstadt geschah, unverständlich erscheinen würde.

Die deutschen Regierungen hatten die sog. Märzforderungen dem Volke erfüllen müssen. Auch Friedrich Wilhelm IV. hatte die Forderungen nach einem blutigen Straßenkampf in Berlin am 18. März bewilligt. Im Mai trat in der Paulskirche zu Frankfurt am Main die Nationalversammlung zusammen. Sie war aus freier Wahl des Volkes hervorgegangen und hatte die Aufgabe, einen deutschen Bundesstaat auf konstitutioneller Grundlage herzustellen. Tüchtige Männer aus allen Teilen Deutschlands gehörten dieser Versammlung an, eifrigst, aber umsonst bemüht, Deutschland zu einigen. Preußen und Österreich rivalisierten stetig miteinander, keins wollte dem andern in Deutschland die Vorherrschaft überlassen. Dazu herrschten in Wien und Berlin Unruhen ernster Art, die kein Ende nehmen wollten und endlich die Regierungen veranlaßten, gewaltsam den Geist der Revolution zu ertöten. In Berlin folgte ein Ministerium dem andern, und die Berliner Nationalversammlung, die eine Verfassung zwischen Regierung und Volk vereinbaren sollte, ließ sich, durch das Volk getrieben, zu gefährlichen Beschlüssen hinreißen, so daß sich der König entschloß, mit Militärmacht gegen sie einzuschreiten. General Wrangel erschien mit seinen Truppen, um die königliche Botschaft, daß

die Nationalversammlung nach Brandenburg verlegt werde, auszuführen. Der Sitzungssaal der Nationalversammlung ward geschlossen und über die Hauptstadt selbst der Belagerungszustand verhängt. Jedoch gab Friedrich Wilhelm IV. selbst dem Lande eine Verfassung, und diese wurde 1850 angenommen. Somit wurde die Revolution in Berlin unterdrückt; ähnlich ging es in Wien. Die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt a. M. und ihr Oberhaupt, der Reichsverweser Erzherzog Johann von Österreich, standen diesen Ereignissen völlig machtlos gegenüber. Zwar gelang es der Versammlung, wenn auch mit Ausschluß Österreichs, eine Reichsverfassung zum Abschluß zu bringen. Mit dieser wollte sie dem preußischen Könige die deutsche Kaiserkrone übertragen; aber Friedrich Wilhelm IV. weigerte sich ganz entschieden, die Krone anzunehmen, weil er sie nie aus der Hand des Volkes, sondern nur von den Fürsten Deutschlands empfangen wolle. Da auch die Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg und Hannover die Reichsverfassung nicht anerkennen wollten, brachen in Sachsen und Baden von neuem Aufstände aus, die besonders in Dresden und Baden sehr ernster Art wurden, so daß die Preußen den bedrängten Staaten zu Hülfe kommen mußten. Ein Teil der Frankfurter Nationalversammlung, besonders deren radikaleren Elemente, verlegte seinen Sitz nach Stuttgart (Rumpfparlament), wählte dort eine Reichsregentschaft, ward aber bald durch die württembergische Regierung gezwungen, seine Sitzungen abzubrechen. Preußen einigte sich nun nach Niederwerfung der republikanischen Partei mit Sachsen und Hannover zum sog. Dreikönigsbund (26. Mai 1849), um dem deutschen Volke eine Verfassung zu geben, die sich allerdings der Frankfurter Verfassung in ihren Grundzügen anschloß, aber eine ganze Reihe von konservativen Bestimmungen enthielt. Friedrich Wilhelm IV. wäre es nun leicht gewesen, das Bündnis zu erweitern und die Einigung Deutschlands herbeizuführen, zumal Preußen die bedeutendste Militärmacht in Deutschland und Österreich durch seinen Krieg mit Ungarn auf die deutschen Angelegenheiten ohne Einfluß war. Aber er ließ die günstige Gelegenheit vorübergehen, da er nicht den leisesten Druck auf die deutschen Fürsten ausüben wollte. Österreich unterdrückte den Aufstand der Ungarn mit Hülfe Rußlands und trat nun aufs neue mit aller Entschiedenheit den Bestrebungen Preußens ent-

gegen, gemäß seinem Grundsatze, den Fürst Schwarzenberg ausgesprochen hatte: Man muß Preußen erniedrigen und dann zerschmettern. Mit Österreich traten nun auch die deutschen Könige und der Kurfürst von Hessen Preußen entgegen, und das Ende von den Einigungsträumen war, daß die Union, die Preußen mit einigen deutschen Fürsten abgeschlossen, aufgelöst und die alte Bundesverfassung wieder anerkannt wurde. (Olmützer Konvention 1850.)

Somit hielt die Reaktion überall ihren Einzug in die Staaten Deutschlands, aber in Bremen noch lange nicht.

Nachdem die alte Bürgerschaft von 1848 vom Schauplatz ihres Wirkens abgetreten war, brachten die Wahlen im Jahre 1849 die Demokraten in überwiegender Majorität in die neue Bürgerschaft, der beste Beweis dafür, wie sehr die demokratische Bewegung in Bremen zugenommen hatte. Der neuen Bürgerschaft gehörten eine ganze Reihe von tüchtigen Männern an: Pastor Dulon, Kotzenberg, Feldmann, Wischmann, C. D. Seemann, Dr. Karl Meier, der Kaufmann Bastian u. a. mehr, die hauptsächlich bestrebt waren, die demokratische Partei zusammenzuhalten. Die demokratische Bürgerschaft regierte jetzt tatsächlich. Der Senat war ihr gegenüber völlig machtlos, und erst ganz ällmählich gelang es ihm, seine Meinung wieder zur Geltung zu bringen und seine frühere Machtstellung, wenn auch nur teilweise, wieder zu erringen.

Die erste Zusammenkunft der unter dem Präsidium Feldmanns stehenden neuen Bürgerschaft (von 1849) mit dem Senat verlief noch sehr ruhig. Im Namen des Senats sagte Bürgermeister Meier u. a.: „Lassen Sie uns vor allem das sichere Vertrauen fassen und festhalten, daß bei allen unseren gegenseitigen Ansichten und Bestrebungen, wenn einmal auch verschiedenartige Ansicht sich kund gibt, doch nie ein vereinzeltes Interesse verfolgt, sondern stets nur das wahre Wohl des Staates bezweckt werden soll.“ Darauf, als der Senat sich zurückgezogen, sprach das älteste Mitglied der Volksvertreter, Ältermann Bolte, unter anderem: „Lassen Sie uns fest und treu an der Verfassung halten, lassen Sie uns nichts davon aufgeben und der Erfahrung überlassen, was etwa daran mangelhaft sein möchte, nicht übereilt an Veränderungen und Verbesserungen denken.“ Fest hielt denn auch die Bürgerschaft an der erkämpften Verfassung und trat deshalb

bald in einen immer entschiedener werdenden Kampf gegen den Senat und alle diejenigen Elemente ein, die ihren demokratischen Grundsätzen nicht unbedingt huldigen wollten und sämtlich als Aristokraten bezeichnet wurden. Der Senat war dieser demokratischen Bewegung gegenüber machtlos, trotzdem ein Patriotischer Verein, der sich von konservativer Seite aus gebildet hatte und binnen kurzem an die 2000 Mitglieder zählte, ihm mit Rat und Tat zur Seite stand, und verschiedene Zeitungen, „Der Bürgerfreund" und „Der bremische Beobachter" (redigiert von Dr. Wilh. Gröning, dem Gegner Dulons), Partei für ihn nahmen. Er konnte nicht anders handeln, als die Demokraten gewähren zu lassen, wenigstens darin, was die Angelegenheiten der inneren Politik betraf. So geschah es, daß alle Wahlen zu Gunsten der Demokratie ausfielen, daß Feldmann Senator wurde, daß demokratisch gesinnte Männer in das Richterkollegium eintraten und alle Deputationen von der Demokratie mit großer Majorität besetzt wurden. Die „Aristokraten" dagegen rückten vollständig in den Hintergrund und fanden nur in den Fällen Aufnahme in eine der Korporationen, wo man ihre Erfahrung und ihre Geschäftskenntnisse durchaus nicht entbehren konnte. Daß dieses Verfahren der Demokratie nicht ohne Gefahr für das Wohlergehen des Staates war, liegt auf der Hand. „So sehr verschoben die Verhältnisse sich, daß in einem Staat, welcher ausschließlich vom Handelsverkehr lebt, das Wort eines aus der Fremde berufenen Pfarrers und eines Tischlers mehr wog, als das Votum der gesamten Kaufmannschaft. Denn die gesamte Kaufmannschaft, Indifferente, Liberale, Reaktionäre, Pietisten und Nationalisten, der gesamte Gelehrtenstand bildeten dieser Majorität gegenüber nur eine einzige Partei." (O. Gildemeister.)

Männer wie Dulon und Rösing wußten die Demokratie lange Zeit auf ihrer Höhe zu erhalten. Viele zeitgemäße Reformen waren ihr Werk. So brachte sie ein Ablösungsgesetz für die Bewohner des Landgebietes, das ihr die Bauern als begeisterte Anhänger in großer Zahl zuführte, und ein Schwurgericht auf echt freisinniger Grundlage, wenn auch nicht ohne heftige Anfeindung von konservativer Seite, zu stande. Ihr gesunder, tatkräftiger Geist ließ manche segensreichen Früchte reifen, und in all ihren Bemühungen um den Fortschritt, um die freiheitliche Entwicklung des bremischen Gemeinwesens stand

die Partei fest zusammen wie ein Mann. Anders aber war es in den äußeren Angelegenheiten, in den Fragen der großen Politik. In diesen gingen die Ansichten der Demokraten oft auseinander, und hier gelang es dem Senat, sich wieder einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke des kleinen Freistaates zu erringen. Daß er es endlich wagte, sich wieder zur Tat aufzuraffen, verdankte er der Geschicklichkeit seiner Diplomaten, unter denen Bürgermeister Johann Smidt nach wie vor die erste Stelle einnahm.

So handelte es sich z. B. um die Wahl eines Ersatzmannes für den ausgetretenen Abgeordneten bei der deutschen Nationalversammlung in Stuttgart. Der Senat war gegen die Wahl eines Vertreters, die Bürgerschaft ging in ihren Ansichten auseinander. Wischmann forderte die Wahl eines Abgeordneten und wurde von der Mehrheit der bremischen Demokratie unterstützt. Dulon trat ihm mit Entschiedenheit entgegen; er wies darauf hin, daß es politisch weise sei, mit der Wahl zu zögern, um die Freiheit und die Unabhängigkeit Bremens, Preußen und Hannover gegenüber, nicht hoffnungslos aufs Spiel zu setzen, und Dulons Ansicht, die diesmal mit der des Senats übereinstimmte, siegte. Ein anderer Fall, der die Bürgerschaft in zwei Lager teilte und zugleich einen ernsten Konflikt zwischen ihr und dem Senat herbeiführte, betraf das Dreikönigsbündnis, dem sich Oldenburg bereits angeschlossen hatte. Der größte Teil der bremischen Demokratie wollte von einem Anschlusse nichts wissen und hielt fest an der Frankfurter Reichsverfassung, obgleich diese gar nicht mehr bestand. Doch der Senat hatte heimlich, ohne Wissen der Bürgerschaft, durch seinen Präsidenten, Bürgermeister Smidt, den Beitritt Bremens zur Union bereits erklärt, weil er sich der gefährlichen Folgen eines ablehnenden Verhaltens sehr wohl bewußt war. Er überraschte die Bürgerschaft mit der Tatsache und forderte sie auf, in Anbetracht der zwingenden Notwendigkeit ebenfalls ihre Zustimmung zu geben. Nun aber entspann sich ein heißer Kampf. Mehrere Sitzungen der Bürgerschaft fanden statt, und die erregten Debatten für oder gegen den Anschluß Bremens dauerten bis in die Nacht hinein. Am meisten ereiferte sich Dulon, der am entschiedensten gegen den Anschluß sprach. „Wie,“ sagte er, „diese oktroyierte Verfassung sollte uns die Freiheit bringen? Wenn in dieser Verfassung etwas von Freiheit

geschrieben steht, so sind es eben nur Seifenblasen, und wenn in der Verfassung wirklich etwas Gutes steht, so wird es in der zu ihr gehörenden Interpretation wieder vernichtet. Ich habe wahrlich zu große Achtung vor dem deutschen Volke, als daß ich seine Freiheit, Einheit und Größe knüpfen möchte an etwas, was dasteht wie der Sonderbund. Wortbruch, Feigheit, Verrat, das Gemeinste, was in der Menschenbrust ist, hat es nicht mitgewirkt, um den Sonderbund zu gründen und zu fördern? Wahrlich, ich habe zu viel Achtung vor dem deutschen Volke, als daß ich seine Größe erbaut sehen möchte auf solchem Grund." Die Bürgerschaft erklärte sich auf Antrag Wischmanns vorläufig gegen den Beitritt Bremens zum Dreikönigsbündnis. Als jedoch der Senat immer dringender auf die Gefahren einer Verweigerung des Anschlusses hinwies, und als die Nachricht eintraf, daß Hamburg dem Bündnis beigetreten sei, da genehmigte endlich auch die Bürgerschaft — freilich nur mit 118 Stimmen gegen 103 — den Beitritt Bremens zum Dreikönigsbündnis. Der Senat hatte also diesmal gesiegt und verstand es, von jetzt an seiner Meinung wieder Geltung zu verschaffen, zumal er namentlich in Fragen der äußeren Politik durchaus nicht geneigt war, die Demokraten in die Geheimnisse seiner Diplomatie einzuweihen.

Wenn es somit dem Senate gelang, in der äußeren Politik nach und nach wieder zur Geltung zu kommen, so stand die demokratische Bürgerschaft in allen inneren Angelegenheiten nach wie vor ihren Mann. Das bewies sie ganz besonders in der Schulfrage. Während sich das höhere Schulwesen der Gunst der maßgebenden Kreise schon seit langer Zeit erfreute und vortreffliche Einrichtungen aufzuweisen hatte, zeigte das Volksschulwesen so viele Mängel und Gebrechen, daß es einer Reform aufs dringendste bedürftig war, und diese herbeigeführt zu haben, ist ohne Zweifel das hervorragendste Verdienst der bremischen Demokratie.

Zur Abhilfe der vielfachen Übelstände im Volksschulwesen unserer Stadt — das, wie eine dem Bürgerverein überreichte Schrift jener Tage ausspricht, so sehr im argen lag, daß man es mit den Schuleinrichtungen der übrigen deutschen Staaten nicht vergleichen konnte — hatte die im Jahre 1848 niedergesetzte Schuldeputation vortreffliche Vorschläge gemacht. In ihrem Entwurfe beantragte sie u. a.: die Errichtung neuer

Schulen, sowohl entgeltlicher als Freischulen, die Erbauung guter Schulhäuser, die Erweiterung des Lehrplans, Aufbesserung der Gehalte für die in Nahrungssorgen verkümmernden Lehrer. Sie bestimmte ferner die Höhe des Schulgeldes, die Größe der Lokalitäten, sie trat für die Errichtung eines guten Lehrerseminars und einer Fortbildungsschule für Handwerker ein, kurz, sie trat mit so vielen Forderungen auf, daß ihr von konservativer Seite sofort der heftigste Widerstand entgegengesetzt wurde. Man glaubte, die Kinder der kleinen Leute würden nach Einführung der neuen Bestimmungen „zu klug werden". Die Gemeinde Seehausen erklärte öffentlich, sie wolle nicht, daß ihre Kinder zu „vielwissenden, aufgeblasenen, anmaßenden, gegen göttliche und menschliche Ordnung immerdar rebellisch gesinnten Leuten erzogen werden sollten". Andere befürchteten, die geplanten Reformen würden zu viel Geld kosten, andere aber — und das war der Hauptvorwurf, den man dem Entwurf machte —, daß die Religion dabei zu Grunde gehen müsse. So ließ Pastor Kohlmann aus Horn mit 33 Mitgliedern seiner Gemeinde der Bürgerschaft mitteilen, daß ihre Schulen christlich bleiben sollten.

Richter Meier war es, der in der Bürgerschaftssitzung vom 6. Februar 1850 die Annahme der Vorschläge der Schuldeputation in Bausch und Bogen beantragte. Von der Linken fand dieser Antrag sofort die lebhafteste Unterstützung. „Wir haben ein langes Sündenregister abzutragen. Wenn wir uns je versündigt haben, so haben wir es an den Volksschulen getan. Lassen Sie uns diese Schuld jetzt tilgen und endlich Hand ans Werk legen, damit die unteren Stände aus der Dummheit herausgezogen werden durch guten, segensreichen Volksschulunterricht", sagte in trefflicher Weise ein Redner. Andere sprachen für und gegen den Schulentwurf; die Debatte wurde bald so erregt, daß schließlich die Verhandlungen ausgesetzt werden mußten. Am 20. Februar begannen sie von neuem. Eine Petition mit 4223 Unterschriften, von Ordemann eingereicht, verlangte die sofortige Annahme des Entwurfes. Und wieder entspann sich ein lebhafter Krieg der Meinungen für und wider. Diesmal sprach besonders Pastor Dulon für den Entwurf. In langer, klarer und gründlicher Rede wies er alle die Vorwürfe zurück, die man von konservativer Seite den Neuerungen auf dem Gebiete des Volksschulwesens entgegen gebracht hatte. Er geißelte unter den Mißständen im

Schulwesen besonders die überfüllten, schlechten Schulräume und die traurige finanzielle Lage der Lehrer, die gezwungen seien, durch Privatunterricht und andere Beschäftigungen ihre gedrückte Lage aufzubessern und dadurch nicht mit voller Kraft und mit der nötigen Freude in ihrem anstrengenden, aufreibenden Berufe tätig sein könnten. Seine glänzende, von der Linken mit größtem Beifall aufgenommene Rede schloß mit den Worten: „Wenn im übrigen irgend etwas mich überzeugt hat, daß unser Schulplan ein tüchtiger ist, daß seine Vorschläge den Bedürfnissen der hiesigen Schulen völlig angemessen sind, so sind es die Einwürfe der Gegner. Sie haben gehört, mit welcher Heftigkeit, mit welchem Eifer man den Plan bekämpft hat. Wo solcher Eifer, ein so lebendiges Interesse am Kampfe sich zeigt, und doch keine besseren, mehr stichhaltigen Gründe angeführt werden, wo nur Gegengründe auftreten, welche sich sofort in ihrer Nichtigkeit darstellen lassen: da muß wahrlich etwas Gutes, etwas recht Tüchtiges zu Grunde liegen. — Jetzt noch eine Bitte! Bedenken Sie, es handelt sich um das, was uns allen gleichermaßen am Herzen liegen muß. Wir wissen, seit langer Zeit hat das Bremer Volk sich nach besserer Gestaltung seines Schulwesens gesehnt. Mit Recht verlangt es, daß alle Stände, auch die untersten und ärmsten, mit tüchtiger, ausreichender, für den Lebenszweck genügender geistiger Nahrung versehen werden. Es handelt sich um die Heranbildung des Menschen zu einem klar denkenden, sittlich starken, seiner Würde sich bewußten, immer mehr nach klaren Gründen handelnden Wesen. Wollen Sie zögern? Wollen Sie warten, bis Ihnen eine Vorlage gemacht wird, gegen welche kein einziger etwas zu sagen weiß, die in allen Stücken die Wünsche jedes einzelnen erfüllt? Ich glaube, wenn der Engel Gabriel vom Himmel käme und uns einen Schulplan machte, — solche Einwendungen, wie gegen diesen bis jetzt erhoben sind, werden sich immer und zwar in großer Menge machen lassen. Ich bin fest überzeugt, daß durch diesen Schulplan etwas Tüchtiges, Lebensfähiges, Lebenskräftiges hervorgerufen werden wird, und empfehle Ihnen den Antrag dringend. Im übrigen kann ich nicht schließen, ohne auszurufen: Möge Gott das von uns in seinem Namen begonnene Werk segnen! Ja, möge er es segnen!"

Nach Dulon, dessen Worte im Saale und auf den Galerien, wo sich zahlreiche Hörer befanden, mit lautem Bravo auf-

genommen wurden, sprach Martin Grelle, der verdiente Hauptlehrer an der St. Rembertischule, dessen langjährige, segensreiche Wirksamkeit als Lehrer heute noch bei seinen zahlreichen Schülern in bestem Andenken steht. Grelle war ein Mann von klarem Verstande und warmem Herzen, von echter Liebe nicht nur zu der ihm anvertrauten Jugend, sondern zum ganzen Volke beseelt, eine Lehrerindividualität, wie man sie in unserer heutigen, alles schablonisierenden Zeit leider nur selten noch findet. „Was der Mensch will, das kann er, und wenn er sagt, er kann es nicht, so will er nicht." Das war sein liebstes Wort. Grelle geißelte in seiner Rede besonders die konservative Meinung, daß es nicht gut sei, wenn der Arbeiter in seiner Bildung zu weit gefördert werde. „Es heißt," sagte er, „wenn ein Handwerker, ein Arbeiter vielleicht mehr Bildung habe, als sein Beruf gerade erfordere, so werde derselbe sich unglücklich fühlen, er würde mißvergnügt werden, daß er nicht einem höheren Stande angehöre, ja, er würde leicht mit seiner Lage höchst unzufrieden werden. Wenn eine geistige Bildung unglücklich machen sollte, dann müßte die Natur des Menschen mit sich in Widerspruch kommen." Als nach dieser Rede ein Redner von der Rechten das Wort gegen den Entwurf der Schuldeputation ergriff und unter anderem sagte: „Wenn ich einen Sohn hätte, ich wollte lieber, er lernte nichts, als vieles und alles oberflächlich" und sich in seinen weiteren Ausführungen gegen die geplante Fortbildungsschule für Handwerker wandte, da brach auf der stark von Zuhörern besetzten Galerie ein wahrer Sturm des Mißfallens aus, so daß man kaum die Ruhe und Ordnung im Saale und auf den Galerien aufrecht erhalten konnte, und erst den energischen Eingriffen Wischmanns, der an den Freiheitssinn der echten Bürger Bremens appellierte, gelang es, den Gang der Verhandlungen wieder ins rechte Geleise zu bringen. So wurde denn endlich der Antrag Richter Meiers, den Schulentwurf in Bausch und Bogen anzunehmen, mit 148 gegen 98 Stimmen angenommen.

Mit großem Jubel nahmen die Demokraten diesen Beschluß der Bürgerschaft auf. Bestimmt hofften sie, nun auch noch den Widerspruch der Gegenpartei zu besiegen, da auch die fünf Senatoren der Schuldeputation und Senator Feldmann dem Entwurfe zustimmten. Man sah sehr rosig in die Zukunft, aber es sollte doch anders kommen.

Erst nach vier Monaten rückte der Senat mit seiner Antwort heraus, und diese verwarf den ganzen Schulplan. Erregte Verhandlungen gingen hin und her, Monate verstrichen, bis endlich die Bürgerschaft verlangte, die Schulangelegenheit solle auf dem Konfliktenwege entschieden werden, d. h. eine Deputation möge auf gütlichem Wege eine Vermittlung zwischen Senat und Bürgerschaft versuchen, schlage aber dieser Versuch fehl, so sollten 13 von der Gesamtheit erwählte Männer entscheiden, wer recht habe, Senat oder Bürgerschaft. Namentlich der letztere Weg war dem Senat keineswegs angenehm; er trat deshalb endlich mit wirklichen Gegenvorschlägen einer Verbesserung des Volksschulwesens auf, und ein großer Teil der bürgerlichen Linken verstand sich dazu, ein Kompromiß mit dem Senate einzugehen, um endlich die Sache zum Abschluß zu bringen und wenigstens einige der Schulreformen zu verwirklichen. So glaubte man endlich einen guten Mittelweg gefunden zu haben, der zum Ziele führe. Pastor Dulon aber und verschiedene Mitglieder der Linken waren an diesem Kompromiß nicht beteiligt, da die Vorschläge vorzugsweise nur den Kindern zahlungsfähiger Eltern zu gute kämen und die Freischulen recht stiefmütterlich bedacht seien. Daher kam es, daß Dulon in der Bürgerschaftssitzung am 30. April ganz unerwartet einen neuen Antrag stellte und warm befürwortete, nach welchem besonders die Freischulen nach den von der Schuldeputation aufgestellten Normen neu organisiert werden sollten. Und — Dulons Ansicht siegte. Sein Antrag wurde angenommen. Die Folge davon aber war, daß jetzt zwischen den beiden Parteien der Demokratie ein vollständiger Bruch eintrat, der von verhängnisvollen Folgen werden sollte.

Die Erbitterung der beiden Parteien im Lager der Demokraten wuchs täglich mehr. Umsonst mahnte Johannes Rösing in den „Wöchentlichen Nachrichten“: „Vergeßt den Zwiespalt, reicht euch versöhnend die Hand, bildet eine Phalanx mit dem Rechte im Bunde, geschützt vom Volke werdet ihr siegen, wenn auch nach schwerem Kampfe. Wird Recht und Gerechtigkeit auch vorerst von der Gewalt besiegt, dann habt ihr eure Pflicht getan, dankbar werden eure Mitbürger es anerkennen und mit euch das Unvermeidliche mit Würde tragen.“

Im Bürgerverein sowohl als auch im Demokratischen Verein wurde die Bürgerschaftssitzung vom 30. April in langen und erregten Verhandlungen besprochen, man konnte Dulons „Verrat an der Partei" nicht verwinden. Brandt, Kotzenberg und die übrigen Führer der Demokraten blieben fest bei ihrer Ansicht, daß eine Reform der Mittelschulen, d. h. derjenigen, die von den Kindern des Mittelstandes besucht wurden, zunächst notwendig sei, diese würde dann ganz von selbst eine Verbesserung der Freischulen im Gefolge haben. Dulon stand ihren Ansichten nach wie vor schroff gegenüber.

Die Spaltung im Lager der Demokraten bestand also weiter fort und sollte nun auch für Dulon verhängnisvoll werden. Der politische Horizont wurde von Tag zu Tag trüber. Die Reaktion schritt in ganz Deutschland mächtig weiter und errang Sieg auf Sieg. Durch den Olmützer Vertrag zwischen Preußen und Österreich hatte die Demokratie alle Aussicht verloren, je wieder ihr Haupt zu erheben. Nur in Bremen stand sie noch in üppigster Blüte, so daß man von außen her bereits auf diesen Revolutionsherd aufmerksam wurde. Preßfreiheit und Vereinsrecht bestanden in Bremen ungeschmälert fort. Man sah von auswärts die Sache Bremens vielleicht schlimmer an, als sie in Wirklichkeit war. Geheime Polizeiagenten erschienen in der Stadt, um das Vereinsleben zu überwachen. Sie sandten Berichte ab, die das revolutionäre Treiben in Bremen in grellen Farben schilderten, so daß der Senat in eine höchst unangenehme Stellung gegenüber den übrigen Regierungen Deutschlands geriet. Die Selbständigkeit Bremens schien wieder einmal gefährdet, man befürchtete eine fremde Intervention, und selbst die gemäßigten Demokraten konnten sich dieser Besorgnis nicht mehr erwehren. Ja, man sprach sogar von österreichischen Truppen, die auf ihrem Marsche nach Norddeutschland es besonders auf die revolutionäre Stadt an der Weser abgesehen hätten. Der Senat lud daher die gemäßigten Führer der Demokraten, Wischmann, Kotzenberg und Brandt, zu einer Unterredung ein, setzte ihnen die bedrohliche Lage Bremens auseinander und einigte sich mit ihnen, dem revolutionären Treiben der radikalen Demokraten, besonders Dulons, ein Ende zu bereiten. Der Senat stellte besonders das Treiben des Demokratischen Vereins und die „rot-republikanische und sozialistische Dulonsche Tageschronik" als

staatsgefährlich hin. Letztere namentlich, die in Verbindung mit der Londoner Demokratie stehe, lenke die Aufmerksamkeit der Regierungen auf Bremen, und würde nicht das Aufhören dieses Blattes bewirkt, so werde man jedenfalls von auswärts einschreiten. Kotzenberg hielt es für seine Pflicht, Dulon zu ersuchen, daß er die Herausgabe seiner „Tageschronik" einstweilen einstelle. Sein Besuch bei Dulon verlief aber gänzlich resultatlos. Dulon weigerte sich entschieden, sein Blatt eingehen zu lassen. Anders aber dachte sein Drucker, G. Hunckel, bei dem man gleichfalls vorstellig wurde. Dieser kündigte sofort den Druck, und die „Tageschronik" hörte auf zu erscheinen. Dulon wußte jedoch einen anderen Drucker für das Blatt zu gewinnen, und bei diesem erschien die „Tageschronik" noch einigemal. In der ersten Nummer unter dem Titel „Die wiedererstandene Tageschronik" machte Dulon seinem Zorn in kräftigen Worten Luft. Er schrieb unter anderem: „Kennst du die Tageschronik noch, Leser, die Bremer Tageschronik? Sie war tot einen kurzen Augenblick. Ein fürchterlicher Schlag war ihr versetzt worden, hinterrücks, unerwartet, wie aus heiterm Himmel, ein fürchterlicher Schlag. — Hinter ihrem Rücken hatte man alles vorgerichtet, ihre Werkstatt hatte man vorsorglich verschlossen, ihren Lebensnerv hatte man unterbunden, und als alles vorbereitet war, da fiel der Schlag! Es war, als hätte das mörderische Messer der Guillotine sie getroffen. Und weißt Du, Leser, von wannen der Schlag gekommen ist, wer ihn geführt hat? O Leser, das ist eben das Entsetzliche — diesen Schlag haben Freunde geführt, Freunde haben die Tageschronik zu morden gesucht. Freunde? Du fragst und zweifelst mit Recht, Leser! Freunde sollen das getan haben? Nein, so handeln Freunde nicht, so nicht! Höre, wie alles gekommen ist. Bremer Demokraten, jenen Ehrenmännern, von denen wir schon gesprochen, war von höchst glaubwürdigen Leuten geweissagt worden: Österreicher werden kommen, und die Österreicher werden den Bremer Staat ruinieren, und ihr werdet euer Wahlrecht und eure Verfassung und alles andere verlieren, und an alledem ist die Tageschronik schuld. Schlagt die Bremer Tageschronik tot, so könnt ihr alles retten, und alles kann gut werden. So war den Ehrenmännern geweissagt worden. Wir wissen nicht, von wem, aber höchst wahrscheinlich von Männern, denen die Tageschronik

sehr fatal, sehr hinderlich, sehr störend für ihre weiteren Pläne war, denen sie mitunter ihr böses Gewissen, als eine drohende Stimme aus der nahenden, schrecklichen Zukunft erscheinen mochte.“ —

Das war am 13. Mai. Am Tage vorher hatte Dulon in einer stark besuchten Versammlung des Bürgervereins in eingehender Weise seinen Standpunkt, die Schulfrage betreffend, gerechtfertigt. Er hatte unter anderem gesagt: „Betrachtet man die armen Würmer, die nach den Freischulen gehen, so muß einem das Herz im Leibe bluten. Ich unterrichte mehrere dieser Kinder und habe sie sehr verwahrlost gefunden. Die Freischulen sind entsetzlich, schmählich beschaffen; auch viele Gemeindeschulen sind schlecht, aber im Vergleich mit jenen bieten sie noch viel Gutes. Für die Gemeindeschulen ist jetzt noch ein reger Eifer, aber der Entwurf der Gemeinden bietet so wenig wie der Brandtsche Antrag hinsichtlich der Freischulen einen Trost. Da erschien es als Pflicht des Demokraten, des Menschen, des Christen, zu helfen. Die Bürgerschulen liegen mir nicht weniger am Herzen, aber ich mußte die Freischulen vorziehen, denn wo die Not am größten, da sollte die Hilfe am nächsten sein. Ein Demokrat wird nicht verkennen, daß diesem Spruche gemäß gehandelt werden mußte!“

Nach wie vor standen die meisten Demokraten treu zu Dulon, ihrem Führer, der jetzt eine Reihe schwerer Prüfungen zu erdulden hatte. Seitens des Staatsanwalts ward eine Anklage wegen Verbrechens gegen den Staat wider ihn erhoben, die eine Haussuchung am 14. Mai zur Folge hatte. Obgleich diese Haussuchung äußerst human verlief und nur die Beschlagnahme weniger Papiere und Korrespondenzen herbeiführte, beklagte sich Dulon sehr über den für ihn daraus entstandenen Zeitverlust, der ihn daran hindere, seine „Tageschronik“ zu redigieren. An demselben Tage brachte das Blatt Dulons einen geharnischten Artikel gegen die nachgebenden Demokraten, bei denen zum Teil große Mutlosigkeit eingetreten war. Es verlautete nämlich, der Senat trage sich mit Plänen, das Preßgesetz zu verschärfen und das Vereins- und Wahlrecht zu beschränken, und werde seine Propositionen der Bürgerschaft in allerkürzester Zeit vorlegen. „Bange machen gilt nicht!“ schrieb Dulon. „Habt ihr keine Ohren, ihr Demokraten, und sind eure Augen stockblind? Ihr wollt durch Nachgeben retten?

Ihr wollt mit den Feinden unterhandeln? Ihr heillos Verblendeten, habt ihr alles, alles vergessen, was die jüngsten Tage uns in die Ohren hineingeschrieen haben, was mit ehernem Griffel in das Buch der Geschichte eingegraben ist? — Wißt ihr nicht, worauf es die Reaktion in Bremen abgesehen hat? Die „Tageschronik“ ist ihr ärgerlich, sehr ärgerlich, aber weit ärgerlicher ist ihr das freie allgemeine Wahlrecht, ist ihr die demokratische Bürgerschaft. Abänderung des Wahlgesetzes will sie. Sie will Sicherheit dafür, daß nicht wieder ein Demokrat, eines Schuhflickers Sohn, in den Senat gewählt wird. Sie will den Doktoren und Kaufherren wieder die Plätze in den Deputationen gesichert sehen. Sie will euch, ihr durch den März emporgekommenen Männer, euch will sie in die frühere Bedeutungslosigkeit zurückschleudern, euch will sie jetzt womöglich zu ihren Zwecken benutzen, um euch dann wie faule Äpfel auf die Seite werfen zu können!“

---

4. Die bremische Demokratie. 1851.

Die Reaktion, die überall in Deutschland den Sieg über die Demokratie errungen hatte, nahm nun auch in Bremen mächtig zu. Der reaktionäre „Bürgerfreund“ triumphierte über die Unterdrückung der Dulonschen „Tageschronik“. Er nannte Dulon einen Mann, der entsetzliches Unheil in Bremen angerichtet, der drei Jahre lang durch seine Irrlehren die Geister verwirrt, die Obrigkeit geschmäht, einen Teil seiner Mitbürger auf die ehrenrührigste Weise beleidigt und die Stadt der größten Gefahr ausgesetzt habe. Schlimme Tagen brachen für die bremische Demokratie an. Besonders verhängnisvoll sollte ihr der 14. Mai 1851 werden, der Tag, an welchem in geheimer Bürgerschaftssitzung das Vereinsrecht und die Preßfreiheit wesentlichen Beschränkungen unterworfen wurden. Die Nachricht von dieser geheimen Sitzung rief in der Stadt große Aufregung hervor, zumal man wußte, daß in einer Versammlung der Linken eine große Zahl von Mitgliedern für die geplanten Maßregeln des Senats eingetreten waren. Nach sechsstündiger Debatte wurden wirklich die Senatsanträge mit großer Majorität angenommen, und diese Nachricht ward sehr bald, trotzdem die

Sitzung eine geheime sein sollte, ein öffentliches Geheimnis. Am 19. Mai wurden die beiden inhaltschweren, von der Bürgerschaft genehmigten Gesetze publiziert. Das eine enthielt folgende Bestimmung: Jede Wirksamkeit in Vereinen, welche auf politische Zwecke gerichtet ist, wird hiermit verboten. Es sind daher nicht nur alle mit solcher Wirksamkeit bestehenden Vereine hierdurch aufgehoben, sondern es sollen auch diejenigen Vereine, welche künftig dem obigen Verbote zuwiderhandeln, von der Polizeibehörde aufgehoben werden. Übertretungen des vorstehenden Verbots sowie die Teilnahme an aufgehobenen Vereinen werden mit angemessenen Geld- oder Gefängnisstrafen geahndet. Gleiche Strafe trifft die Hausbesitzer und Wirte, welche ihre Lokale zu Zwecken einräumen, die nach dem Obigen als gesetzwidrig zu betrachten sind. Für die Wirte hat die Nichtbefolgung dieser Anordnung außerdem den Verlust ihrer Konzession zur Folge. — Ebenso scharf war die andere Bestimmung, den Mißbrauch der Presse zu politischen Zwecken betreffend.

Die Folge davon war, daß der Vorstand des Demokratischen Vereins bekannt machen ließ, der Demokratische Verein sei auf unbestimmte Zeit vertagt. Ähnlich machte es auch der Bürgerverein. Sogleich aber traten die Männer der beiden demokratischen Vereine zusammen, um einen Bildungsverein zu gründen, der alle Politik ausschließen und nur die Bildung seiner Mitglieder zur Tendenz haben sollte. Abends — am Tage, wo man den Bildungsverein gründen wollte, strömte es zahlreicher als je nach Bomhoffs Salon, dem Verhandlungslokal des früheren Demokratischen Vereins. Als aber einer der Versammelten das Wort ergreifen wollte, eilte der Wirt, der bei Androhung von Gefängnisstrafe und Verlust seiner Schenkbefugnis verwarnt worden war, keine politischen Versammlungen in seinem Hause zu dulden, auf ihn zu und löschte ihm das Licht vor der Nase aus. Ähnlich ging es im Versammlungslokale des Bürgervereins zu, wo Wischmann verkündete: Heute werden hier keine Reden gehalten. — Das hatten die Demokraten, die für die Beschränkung des Vereinswesens gestimmt hatten, denn doch nicht erwartet. Ebenso scharf wie das Gesetz über das Vereinswesen wurde auch das Preßgesetz gehandhabt. Schon am 20. Mai erschien die letzte Nummer der Dulonschen „Tageschronik". In einem längeren Artikel nahm Dulon Abschied von seinen Lesern. „Die Tageschronik muß doch eine Weile schweigen," schrieb er,

„sie muß ausruhen von ihrer Arbeit. Es ist Nacht um sie geworden. Sie muß sich schlafen legen — Gott sei gedankt, daß sie es mit gutem Gewissen tut. — Nun fahre wohl, liebes, edles Blatt! Will's Gott, so mußt du in der Schweiz wieder auferstehen. Leser, bald wirst du hören von der Tageschronik im Exil." Auch die Mitredakteure Dulons nahmen Abschied von den Lesern, und auch die Setzer und die Drucker ließen es sich nicht nehmen, Abschiedsworte, sogar in Versen, an die Leser zu richten. Eine Zeitlang erschien dann die „Tageschronik" in der Schweiz weiter, um dann ganz einzugehen. Die letzte Nummer wandte sich noch einmal scharf gegen die Demokraten, die in der verhängnisvollen Maisitzung der Bürgerschaft ihre Zustimmung zu den erwähnten Gesetzen gegeben: „Die Bremer Demokratie hat am längsten bestanden, um am tiefsten und am schimpflichsten zu fallen. Natürlich alles zum Heile Bremens und nebenbei der ganzen übrigen zivilisierten Welt. Ohne Zweifel haben die Herren Wischmann, Brandt und Kotzenberg die größten Verdienste um den Staat. Sie haben denselben aus den Händen der Demokratie gerettet, haben den Vereinen politische Schweigsamkeit aufzulegen geholfen und dem wohlgefälligen Regiment der Doktoren und Kaufherren die Wege geöffnet. Wie schade, daß der Bremer Staat nicht über rote oder schwarze Adlerorden zu verfügen hat."

Dulon verlor immer noch nicht seinen Glauben an den Sieg der Demokratie. Er hegte die sichere Hoffnung, daß die Zukunft der Demokratie gehören werde. Wirklich schien es auch, als wolle sich die bremische Demokratie noch einmal aufraffen, denn als die Ergänzungswahlen zur Bürgerschaft (1851) herannahten, stand die Partei einig da wie ein Mann. Mit großer Majorität gelangte die Demokratie auch diesmal wieder in die Bürgerschaft, Kotzenberg wurde zum Präsidenten, Wischmann zum Vizepräsidenten, andere Mitglieder der Linken wurden als Schriftführer und in das Bürgeramt gewählt. Dulon verhielt sich diesmal völlig passiv, im September trat er sogar aus der Bürgerschaft aus.

Die Aussichten der Demokratie verminderten sich immer mehr, besonders seitdem der wiederhergestellte Bundesrat in Frankfurt a. M. beschlossen hatte, daß in allen deutschen Staaten die Ordnung herzustellen sei. Trotzdem gebärdete sich die Bürgerschaft, stolz auf ihre Wahl, auf das Überwiegen der

Demokratie, gerade so, als ob man noch 1848 schriebe, obwohl sich der Geist der Zeit vollständig geändert hatte. Aber auch der Senat, gestützt auf den Bundesrat, trat jetzt immer entschiedener aus seiner Defensivstellung heraus. Er forderte im September von der Bürgerschaft auf Grund der Bundesbeschlüsse Änderung der Verfassung, vor allem aber eine Revision des Wahlgesetzes für die bürgerschaftlichen Wahlen sowohl als auch für die senatorischen. Für die ersteren sollten fortan 150 Vertreter, in acht Klassen zu wählen, aufgestellt werden. Natürlich ging die Bürgerschaft auf diese Anträge nicht ein, zumal der Senat einen äußerst schroffen Ton ihr gegenüber angenommen und ihr Unfähigkeit und Unwürdigkeit zum Vorwurf gemacht hatte. Sie setzte aber eine Deputation nieder, die dem Senat eine „würdige Antwort“ geben sollte. Unter allerhand Reibereien ging der Sommer zu Ende, bis endlich die Entscheidung herankam, nämlich der Bundesbeschluß vom 23. August (1851), in dessen Sinne die Verfassung aller Staaten geändert werden sollte. Kurz und bündig verlangte nun der Senat von der Bürgerschaft, ohne den verfassungsmäßigen Revisionsweg zu beschreiten, eine sofortige Beschlußfassung im Sinne der „obersten deutschen Behörde“ in Bezug auf das von ihm vorgeschlagene — oben erwähnte — Wahlsystem für die Bürgerschaft. Er verlangte, das Kopfzahlsystem abzuschaffen, ihm die Oberleitung der Deputationen einzuräumen, das Vereins- und Versammlungsrecht einzuschränken, kurz, eine Menge von Bestimmungen, die dem Bundesbeschluß vom 23. August Rechnung trügen. Er wollte alle diese Verfassungsänderungen ohne Verhandlungen einfach angenommen wissen. Begreiflicherweise lehnte sich die Bürgerschaft gegen eine solche Zumutung auf. Wohl erkannte sie die tatsächliche Gewalt des Bundestages für Bremen an und gab zu, daß die Verfassung einer Revision, der Zeit entsprechend, bedürfe. Diese dürfe aber nur auf verfassungsmäßigem Wege vor sich gehen. Der Senat konnte sich damit nicht einverstanden erklären, weil eine Revision der Verfassung auf dem gesetzmäßigen hergebrachten Wege viel zu viel Zeit erfordern würde. Er erklärte, er werde, da die Bürgerschaft auf seinen Antrag nicht eingehen wolle, die Bundesversammlung um eine „autheniſche Interpretation“ des Beschlusses vom 23. August angehen. Das geschah denn auch. — Bürgermeister Smidt, als bremischer Bundestagsgesandter, unter-

handelte mit dem politischen Ausschuß zu Frankfurt mehrere Monate lang, bis endlich der „Fall Bremen" seine Erledigung fand und das Revolutionsnest an der Weser ein für allemal aufgehoben wurde.

---

5. Das Ende der bremischen Demokratie und die Revision der Verfassung. 1852—1854.

Während man nun in Frankfurt über den Fall Bremen verhandelte, erhob die Demokratie in der Stadt aufs neue ihr Haupt. Man vergaß das drohende Gespenst der bundestäglichen Intervention und freute sich der Standhaftigkeit, mit welcher man alle Vorschläge des Senats abgewiesen hatte. Man lebte in rosigster Hoffnung, besonders zu Anfang des Jahres 1852. Dulon, der in seinem religiösen Sonntagsblatt, dem „Wecker", mehr denn zuvor gegen Staat und Reich zu Felde zog, hatte um diese Zeit (Januar 1852) eine neue Schrift erscheinen lassen: „Der Tag ist angebrochen." Ein prophetisches Wort, gewidmet dem verbannten Arnold Ruge. In den grellsten Farben schildert dieses Buch die einbrechende Nacht der Reaktion, kündet aber auch in schwunghaftester Form den Tag der Freiheit an, der auf diese Nacht folgen werde. Es ist eine donnernde Philippika gegen Fürsten und Pfaffen und deren Helfershelfer, die den Sozialismus als das „Evangelium" preist, das „Heil verkündet aller Erde". Die elfte Stunde aller Könige und Fürsten sei gekommen, heißt es in der Schrift Dulons, die mit den Worten schließt: „Laut und fürchterlich ist die Stimme der Kanonen, aber lauter und fürchterlicher ist die Stimme der Wahrheit. Sind aber beide Stimmen vereint zu einem mark- und beinerschütternden Chor, dann begleiten sie den Lobgesang siegender Völker, und eine Frühlingswelt kündigen sie an, in der dann kein Platz mehr sein wird für Königsthrone." Begreiflicherweise erregte diese Schrift Dulons wiederum das allergrößte Aufsehen. Eine Broschüre, die damals von einem Anti-Dulonianer erschien, sagt darüber: „Die für uns so verderbliche Schrift legt mit schonungsloser Offenheit unsere Zustände in aller ihrer Hohlheit und Nichtigkeit bloß; sie ist mit so

entsetzlicher Klarheit geschrieben, daß man geistig blind sein müßte, sie nicht zu begreifen. Auf jedem Blatte, aus jedem Satze leuchtet uns die vollste, innerste Überzeugung des Verfassers entgegen, so daß wir einsehen müssen, der Kampf, den wir zu kämpfen haben, wird nicht so leicht sein. Der Verfasser zeigt einen Mut im Aussprechen seiner Überzeugung, der seinesgleichen sucht, den wir billigerweise bewundern, den wir aber hassen und zum Teufel wünschen, weil er uns den Kampf um so schwerer macht. Er zeigt einen Mut, den wir ehren müßten, wenn seine zackige Schleuder nicht gegen uns und unsere Vorrechte gerichtet wäre. Seit Luther hat es nicht ein einziger wie er gewagt, den Fürsten mit ihren Räten, den Regierungen mit ihren Satelliten und dem ganzen modernen Prätorianertum den Brandbrief der Wahrheit ins Angesicht zu schleudern."

Die Bürgerschaft wiegte sich in der Hoffnung, der Bundestag werde ihr recht geben, schon um ihrer Fügsamkeit willen, mit der sie bereitwillig die Gewalt des Bundestags als der obersten deutschen Behörde anerkannt hatte, eine Hoffnung, die sich sehr bald als eine trügerische erweisen sollte, denn, daß der Bundestag dem Senat recht geben werde, unterlag gar keinem Zweifel. Die Bürgerschaft oder besser die Demokratie hatte sich also dadurch, daß sie auf ihr Recht der Volkssouveränität verzichtete, selbst den Todesstoß gegeben. Aber auch der Senat hatte darin nicht politisch weise gehandelt, daß er den verfassungsmäßigen Weg, mit der Bürgerschaft zu verhandeln, verlassen hatte. Das gab ihm auch der Bundestag zu verstehen, der ihn aufforderte, noch einmal auf gütlichem Wege eine Einigung mit der Bürgerschaft zu versuchen. Der Senat versuchte es denn auch, der Bürgerschaft auf vertraulichem Wege die Meinung des Bundestags mitzuteilen. Die Bürgerschaft aber verweigerte hartnäckig eine solche vertrauliche Sitzung, und die Folge davon war, daß nun der politische Ausschuß bei der Bundesversammlung die Intervention über Bremen beantragte. Diese ward am 1. März 1852 vom Bundestag ausgesprochen und Hannover beauftragt, einen Bundeskommissar nach Bremen zu schicken, dem nötigenfalls eine entsprechende Militärmacht zur Verfügung stehen sollte. Damit war das Ende der bremischen Demokratie besiegelt. Ein Ereignis, das in diese Zeit fällt, sollte es noch schneller herbeiführen. Anfang März starb der Bürgermeister Noltenius. Nach der Verfassung

mußte innerhalb 14 Tagen eine Neuwahl stattfinden. Der Senat wollte aber nicht eher eine Wahl vornehmen, bis mit Hilfe des Bundestags ein neues Wahlgesetz festgestellt worden sei, auch befürchtete er sehr, daß etwa Dulon in den Senat gewählt werden könne. Aus diesen Gründen brachte er die Angelegenheit vor ein höheres Forum, und die Folge davon war, daß bereits am 23. März der hannoversche Generalmajor Jokobi als Bundeskommissar erschien, während 10 000 Mann Militär in die Umgegend Bremens postiert wurden. Diese militärische Hilfe brauchte aber der Bundeskommissar, der drei Jahre lang in Bremen wohnte, niemals; er fand es nicht einmal nötig, eine Wache vor seinem Hause aufzustellen. In Bremen ging es überhaupt trotz aller Verfassungskämpfe recht ruhig zu, im übrigen Deutschland aber war man in „etwas üblen Geruch gekommen", so meint nämlich die „Weserzeitung", die sich wie folgt über unsere Stadt ausläßt: „Man hat Bremen als ein Hauptnest der Revolutionspartei verschrien und zum Teil sich höchst abenteuerliche Vorstellungen von unseren Zuständen gemacht. Fremde, welche hier ankamen, waren manchmal nicht wenig erstaunt, sich beim Augenschein von den Phantasien, mit welchen sie sich den erschrecklichen Revolutionskrater ausgemalt hatten, vollständig enttäuscht zu finden. Reinliche, belebte Straßen voll geschäftlicher Rührigkeit, nirgends Polizei und Soldaten, auf den Spaziergängen lauter wohlgekleidete Leute, nirgends eine Spur von einem Proletariat, noch von einem massenhaften Elende, — das fanden sie in Bremen, und das fanden sie im übrigen Deutschland nicht häufig. Die bärtigen Bassermannschen Gestalten mit dem Heckerhute und der Hahnenfeder, diese notwendige Staffage eines Herdes der Demagogie, fehlten vollends ganz und gar; in Bremen hält auch der Demokrat auf Sauberkeit und verschmäht nicht den Gebrauch des Schermessers und des Kammes."

Unter der Ägide des hannoverschen Generalmajors trat nun in unserer Stadt eine völlige Änderung der Dinge ein, die, wenn sie auch allerhand Aufregungen und Überraschungen hervorbrachte, doch äußerst ruhig von statten ging. Was sich noch Demokrat nannte, ertrug das Unvermeidliche mit Geduld und Würde. Zunächst wurde die Bürgerschaft aufgelöst und eine neue nach neuen Bestimmungen gewählt. Die Deputationen,

die nach Auflösung der Bürgerschaft natürlich aufhörten, wurden jetzt mit angesehenen Bürgern besetzt in der Weise, daß jetzt der Senat den größten Einfluß auf die Gestaltung der inneren Angelegenheiten gewann. Das Vereins- und Versammlungsrecht wurde wieder anerkannt, durfte aber nur mit obrigkeitlicher Erlaubnis geübt werden. Alle Zeitungen wurden verwarnt, sich aller aufreizenden Äußerungen zu enthalten, Dulons „Wecker" aber verboten.

Im Mai trat die neue, aus 150 Mitgliedern bestehende, in vier Klassen auf sechs Jahre gewählte Bürgerschaft zusammen. Wenn auch das Kopfzahl-Wahlsystem gefallen war, so ging sie doch aus freier Wahl hervor, wie es noch heute der Fall ist. Die vormärzliche Art und Weise, nach welcher der Senat die Bürger zum Konvent nach seinem Gutdünken berief, war ein für allemal dahin. Das Hauptgeschäft der Bürgerschaft bestand in der Revision der aus der Märzbewegung hervorgegangenen Verfassung. Der Senat trat zwar einige seiner früheren (vor 1848 geübten) Rechte ab, wie die Rechtspflege und das Recht, die Bürgerschaft nach seinem Ermessen zusammen zu rufen, im großen und ganzen aber gewann er an Macht und Einfluß auf alle Angelegenheiten, besonders auf dem Gebiete der Verwaltung. Unter anderem erhielt er auch das Recht des absoluten Vetos bei der Gesetzgebung, das er vor 1848 besessen, zurück. Unter den übrigen Neuerungen, die die Verfassungsrevision im Gefolge hatte, ist noch besonders erwähnenswert, daß das alte, seit Jahrhunderten bestandene, beständig mit dem Rat rivalisierende Kollegium der Älterleute des Schüttings aufgelöst und in eine Handelskammer umgewandelt wurde, die sich fortan nur noch kommerziellen Angelegenheiten widmete. Auch die Senatorenwahl ward wesentlich vereinfacht und nahe Verwandtschaftsgrade, wie sie vor 1848 bei Besetzung von Stellen im Senat erlaubt waren, wurden ausgeschlossen. Während man die einst zum Schutze der Stadt ins Leben gerufene Bürgerwehr auflöste, verschärfte man die Polizeimaßregeln, um gefährlichen demokratischen Elementen den Einlaß in die Stadt zu erschweren und um — der Mode enspreched — den übrigen Staaten Deutschlands die geforderten „Garantien" bieten zu können.

Bis zum Jahre 1854 dauerte die Revision der bremischen Verfassung. Am 21. Februar dieses Jahres wurde

die fertiggestellte Verfassung publiziert, und diese hat heute noch für Bremen Geltung. Der Einfluß der Reaktion jener Tage ist in dieser Verfassung zwar nicht zu verkennen, stand doch die Reaktion damals in ihrer höchsten Blüte, doch war man bei uns weit davon entfernt, reaktionäre Maßregeln mit solcher Schärfe und Rücksichtslosigkeit durchzuführen, wie es z. B. in Hessen der Fall war. Viele Mißstände der vormärzlichen Zeit sind dank dem gesunden liberalen Geiste Bremens beseitigt worden, manche Wünsche der 48er Demokraten sind in Erfüllung gegangen, und es läßt sich mit Freuden erkennen, daß viele der 1854 in Kraft getretenen Einrichtungen sich zum Wohle unserer Vaterstadt bewährt haben.

Neuerdings, am 18. November 1875, fand noch einmal eine Revision der Verfassung statt, die jedoch die Grundsätze der früheren, 1854 publizierten, im wesentlichen unverändert ließ. Endlich möge noch erwähnt sein, daß seit 1872 Kommissare des Senats an den Verhandlungen der Bürgerschaft teilnehmen, während vorher die Verhandlungen zwischen den beiden die Staatsgewalt gemeinschaftlich ausübenden Körperschaften nur auf schriftlichem Wege stattfanden.

---

6. Rückblick. Der Totenbund.

Wenngleich die bremische Demokratie, deren Herrschaft länger andauerte als in anderen deutschen Staaten, von allerlei radikalen und sozialistischen Bestrebungen nicht frei zu sprechen ist, so hat sie doch mancherlei Erfreuliches gezeitigt und um die freiheitliche Entwicklung Bremens ohne Zweifel sich nicht zu unterschätzende Verdienste erworben. Dahin gehört zu allererst ihr Verdienst um die Entwicklung des vor 1848 arg daniederliegenden Volksschulwesens, das seine heutige Blüte ohne Zweifel den 48er Demokraten zu danken hat. Die Schulfrage, die in jenen Tagen die Gemüter heftig erregte, wurde im Jahre 1851 durch einen Kompromiß zwischen Senat und Bürgerschaft geregelt und damit die Grundlage geschaffen, auf welcher sich unser heutiges Volksschulwesen stetig weiter entwickelt. Der Eifer, mit dem man sich der Verbesserung der Volksschule annahm, dauerte noch lange fort, er wird hoffentlich auch heute nicht erlahmen.

Ein zweites Lob gebührt der Demokratie für ihre stetige Sorge für das finanzielle Wohlergehen der Stadt. Während der Jahre, wo die Demokraten das Ruder führten, standen die bremischen Finanzen so gut wie noch nie zuvor. Die Demokraten zeichneten sich durch große Sparsamkeit aus. Das stehende Militär wurde zum größten Teil entlassen und die Rekruten sofort, nachdem sie eingeübt waren, beurlaubt, während man den ganzen Garnisondienst der Bürgerwehr übertrug. Freilich lag die äußerst günstige Finanzlage der Stadt auch in Umständen begründet, die man nicht ohne weiteres als durch die Demokratie herbeigeführte bezeichnen kann. O. Gildemeister läßt sich folgendermaßen darüber aus: „Verschiedene, vom menschlichen Wollen unabhängige Umstände wirkten zusammen, um die Kassen zu füllen, namentlich die aufeinander folgenden ungewöhnlich günstigen Handelsjahre, der zunehmende Eisenbahnverkehr, die starke Einwanderung, welche den Erlös aus verkauften Bürgerrechtsbriefen vermehrte, die Veräußerungen von wertvollen, dem Staate gehörenden Bauplätzen in Bremerhaven — alles Dinge, welche mehr oder minder mit der Lebhaftigkeit des Handelsverkehrs zusammenhingen.“ Ein anderes Verdienst hat sich die Demokratie durch die Entlarvung eines abgefeimten Heuchlers, des berüchtigten Ältermanns Haase, erworben. Ältermann Heinrich Engelbert Haase hatte in der Administration des Vermögens der Hauptschule seit einer Reihe von Jahren riesenhafte Unterschleife gemacht. Als im Jahre 1851 die Demokraten die Verwaltung des Vermögens der Hauptschule in die Hand nahmen und die Kasse revidierten, stellte sich das ungeheure Defizit von 100 776 Talern heraus, das Haase veruntreut hatte. Im August 1851 wurde Haase verhaftet und am 8. März des nächsten Jahres zu zwölf Jahren Zuchthausstrafe verurteilt. Die Entlarvung dieses Betrügers, der ein äußerst frommes Wesen zur Schau trug und keinen Kirchgang versäumte, verursachte in konservativen Kreisen die größte Bestürzung. „Die Grundlagen, auf denen das alte Bremen gestanden hat, schienen zu wanken,“ schreibt der oben erwähnte heimische Schriftsteller, „das alte Kleinod der Redlichkeit und Bürgertreue schien unwiederbringlich verloren. Der furchtbare Vorfall ward alsbald auf die gehässigste Weise ausgebeutet, so wie Haase, raunte man dem gemeinen Mann zu, hätten es mehr oder weniger die „Aristokraten“ alle gemacht.

Von Senat und Bürgerschaft ward augenblicklich eine strenge Revision aller öffentlichen Kassen angeordnet. Man fand nirgends auch nur einen Schatten von Veruntreuung, aber dieses Resultat genügte nicht, um den durch den Haaseschen Betrug hervorgerufenen Gerüchten und Verdächtigungen Einhalt zu tun. Es ließ sich nicht in Abrede stellen, daß die Formen der Kontrolle bei den Revisionen der öffentlichen Kassen im Laufe der Zeit sehr lau geworden waren; man hatte aber, in falsche Sicherheit eingewiegt, verlernt, die Möglichkeit eines solchen Betrugs vorauszusetzen. Es war gewesen, wie auf abgeschlossenen Inseln, wo die Einwohner Schlösser und Riegel nicht kennen, weil sie nie von Dieben gehört haben."

In einem merkwürdigen Gegensatze zu ihren zum Teil sehr radikalen Bestrebungen steht die Sympathie der Demokratie Bremens für das alte Zunftwesen. Der von einem Teile der Demokraten ausgehende Entwurf befürwortete das alte Zunftwesen in so krasser Weise, daß die Mitglieder der äußersten Linken mit allen Mitteln dagegen ankämpften. Ein Antrag Rösings, vom 1. Januar 1852 an die Gewerbefreiheit einzuführen, wurde verworfen und eine Gewerbeordnung eingeführt, die, wenn sie auch manche Mängel der alten Einrichtungen beseitigte, die Rechte der Zünfte wahrte. Erst im Jahre 1860 wurde die Gewerbefreiheit genehmigt und am 4. April 1861 als Gesetz publiziert. Heiße Kämpfe waren ihr vorausgegangen. Wie sehr man sich zu jener Zeit gegen sie ereiferte, das beweist am besten eine umfangreiche Schrift „Schutz der Arbeit", die als „Beitrag zur Lösung der Gewerbefrage" 1858 erschien und u. a. ausspricht: „Ihr weisen Väter unserer Stadt! Ihr Bürger, die ihr an der Gesetzgebung und Verwaltung Anteil habt! Wenn ihr den Staat erhalten, unser Gemeinwohl schützen, uns und unsere Kinder vor allzu betrübenden Erfahrungen bewahren, unseren Handel, unsere Gewerbe vor allzu schrecklichen Paroxismen, vor allzu verderbenden Schwankungen behüten, unsere bürgerlichen Freiheiten retten, unser sittliches Leben den verderblichen Einflüssen des Elends und der Willkür entziehen wollet: so verhindert durch das unantastbare Machtgebot des Gesetzes die Einführung der Gewerbefreiheit." Daß aber die vielangefeindete Gewerbefreiheit dem bremischen Gewerbestande keinen Schaden gebracht, wird selbst der enragierteste Zunftmeister zugestehen müssen.

In einem Gedichte aus jener Zeit, das die Einführung der Gewerbefreiheit preist, heißt es:

„Der Zunftzopf saß fest angewurzelt,
Man gab nicht nach, bis er gepurzelt.
Das war eine große, schöne Tat,
Die kaum sonst ihresgleichen hat.“

Alles in allem war die Zeit von 1848 eine hochbedeutsame für unsere Vaterstadt, die viel Gutes gestiftet hat. Die Ideen der 1848er Demokraten, die in den Jahren der Reaktion als hochverräterische bezeichnet wurden, sind heute bei uns wie in allen deutschen Staaten fast alle verwirklicht, wozu freilich die Jahre 1866 und 1870 ihren erheblichen Anteil beigesteuert haben.

Die neueste Epoche unserer vaterstädtischen Geschichte charakterisiert sich durch die großartigen Schöpfungen der Neuzeit, die den lebhaften Unternehmungsgeist der bremischen Bevölkerung bekunden und Bremen zu dem Range der zweiten Seehandelsstadt des Deutschen Reiches erhoben haben. Trotz dem ausgeprägtesten Lokalpatriotismus seiner Bevölkerung hat sich Bremen als eine echt deutsch gesinnte Stadt bewiesen. Mit Freuden trat Bremen 1866 dem Norddeutschen Bunde und 1870 dem lang ersehnten Deutschen Reiche bei, wodurch unsere Stadt, obgleich sie erhebliche Einbußen an Einnahmequellen erleiden mußte, durch eine stattliche Reihe großartiger Verbesserungen, besonders im Verkehrsleben, mächtig aufblühte. Zum Schluß möge noch in Kürze eines Nachspiels der bremischen Revolutionszeit gedacht sein, das viel von sich reden machte:

D. T. B. Der Totenbund.

Es war im Mai des Jahres 1852, als in unserer Stadt ein geheimer Bund „D. T. B.“, „Der Totenbund“ oder „Die treue Brüderschaft“ entdeckt wurde. Der Zweck dieses Bundes war, „hilfreiche Hand zu legen an dem großen Werke der bevorstehenden Revolution“, und seine Mitglieder hatten folgende Fragen zu unterzeichnen:

„Kannst Du schweigen, wenn auch wirklich die Justiz Dich auffordert oder Dich hinter Schloß und Riegel in Ketten und Banden wirft, um Dich zum Geständnis zu bringen?

Kannst Du mit Aufrichtigkeit und Treue sagen, daß Du in dieser Sache kein polizeiliches Gesetz, sowie den Eid des jetzigen polizeilichen Gesetzes nicht achtest?

Willst Du stets den Anordnungen der leitenden Behörde des T. B. Folge leisten und unter keinem Vorwande, er sei wie er wolle, austreten?

Willst Du Deine Brüder des T. B. in Not und Gefahr im Kampfe mit unsern Gegnern und Deinem eignen Leben beschützen können und nie und nimmer an der Sache Verrat ausüben?

So bekräftige dieses durch Handschlag und Ehrenwort und achte dieses Gelübde heilig mit der Devise: „Dulde jede Schmach. Dulde selbst den Tod. Werde aber nie Verräter. D. T. B."

Das Bekanntwerden dieser Verschwörung rief in der Stadt große Erregung hervor. Der Totenbund bildete das Tagesgespräch; ängstliche und phantasiereiche Gemüter wollten schon allerhand schreckliche Einzelheiten wissen, während wieder andere die ganze Sache lächerlich zu machen suchten oder ihr mit größtem Gleichmut gegenüberstanden. 27 Personen wurden verhaftet, und die gerichtlichen Verhandlungen begannen, um sich auf mehrere Jahre hin auszudehnen. Auch Marie Mindermann, die bekannte Bremer Schriftstellerin, die regen Anteil an den Ereignissen jener Jahre nahm und gerade zu der Zeit wegen Beleidigung des Senats zu einer achttägigen Haftstrafe verurteilt wurde, stand anfangs in dem Verdachte, dem geheimen Bunde anzugehören. Die Gerichtsakten des Totenbundes schwollen zu Bergen an. Nur wenig drang in die Öffentlichkeit, aber doch genug, um ängstliche Naturen in große Aufregung zu versetzen. Man hörte, daß der Bund wohlorganisiert war. Er hatte einen Präsidenten, einen Kassen- und einen Rechnungsführer. Die Aufnahme neuer Mitglieder geschah unter freiem Himmel in Gegenwart von nur drei oder vier Angehörigen des Bundes. Die Mitglieder trugen Waffen, Brustharnisch und Dolche. (Von letzteren hatte ein mitverhafteter Schlossergesell 50 Stück angefertigt.) Bei Haussuchungen wurden außer diesen Waffen auch die Statuten des Geheimbundes und das Verzeichnis sämtlicher Mitglieder entdeckt, die fast alle den unteren Ständen angehörten, obwohl zu den später Verhafteten auch angesehene Bürger kamen. Die Sitzungen des T. B. fanden im Hause

eines Mitgliedes statt und entbehrten nicht allerlei phantastischen Beiwerkes. Auf dem Tische z. B., an welchem der Präsident, ein blutjunger Cigarrenmacher, Platz genommen, lag ein Schädel zwischen zwei Dolchen. Was die Verschwörer eigentlich wollten, wußten sie selbst nicht, am wenigsten ihr jugendlicher Präses; vielleicht bezweckten sie nichts weiter als eine Mystifikation der Polizei, die zu jener Zeit äußerst rührig war und daher von allen echten Demokraten bitter gehaßt wurde. Eine Zeitung aus jenen Tagen urteilt jedoch sehr scharf über den Totenbund, den sie ein „Komplott mit den schwärzesten Absichten“ nennt, das „bei eintretenden Vorkommnissen die Regierung durch Mord zu beseitigen gedenke“. Vielleicht hat sie nicht ganz unrecht. Die Polizei ging scharf vor. Am 28. Oktober 1853 erkannte das Kriminalgericht gegen drei Teilnehmer des Totenbundes auf 7, 6 und $3^1/_2$ Jahre, gegen ca. 30 andere auf 8—10 Monate Zuchthaus und gegen die übrigen (über 30) auf 6—10 Monate Gefängnis. Im Mai des nächsten Jahres wurden 20 freigelassen und am 4. März 1856 entschied das Oberappellationsgericht, daß zwei der Verschworenen noch $^1/_2$ und $1^1/_2$ Jahr Strafe zu verbüßen hätten; ein anderer, der gerade im Begriff war, zu heiraten, wurde auf sechs Monate ins Gefängnis verwiesen. Damit wurden die Akten des Totenbundes geschlossen.

---

7. Der Dulonsche Kirchenstreit.

Hand in Hand mit den politischen Streitigkeiten um die Mitte des vorigen Jahrhunderts gingen kirchliche Fehden, unter denen der Dulonsche Kirchenstreit von hohem Interesse ist, schon deshalb, weil die ereignisvolle Zeit von 1848 darin besonders beleuchtet wird.

Daß ein „Mann der Revolution“ wie Pastor Dulon, der in offener Fehde mit den bestehenden politischen Verhältnissen lag, auch in kirchlichen Dingen mit seiner Meinung nicht zurückhalten würde, lag auf der Hand, war er doch schon in Magdeburg seines ausgesprochenen „Unglaubens“ wegen mit dem Konsistorium in Konflikt geraten. Bald nach seiner Ankunft in Bremen entbrannte denn auch zwischen ihm und der Stephanigemeinde ein heftiger Kirchenstreit. Zum besseren Verständnis desselben

möge zuvor Dulons theologischer Standpunkt gekennzeichnet werden.

Dulon war für sein Predigeramt aufs höchste begeistert. Seine kirchliche Tätigkeit blieb ihm bei all seiner politischen Wirksamkeit immer die liebste. Er besaß eine hohe theologische Bildung, die er durch eifrige Studien noch immer mehr zu vertiefen bestrebt war. Schon vor 1848 wandte sich Dulon von der positiven Auffassung des Christentums ab und dem Rationalismus zu. Das Evangelium hielt er für veraltet. Die Kirche ist ihm, wie er im „Wecker" schreibt, „ein Hörsaal herzloser Heuchler, ein Tummelplatz heulender Pietisten". Seine theologischen Ansichten verquickten sich immer mehr mit seinen politischen. Die Religion Christi enthält für ihn nur noch die Gedanken der Freiheit, Liebe und Menschenwürde, das, was die Revolutionsmänner in Paris, Berlin und Frankfurt erstrebten, und die Bibel besteht nicht nur aus Gottes-, sondern auch aus Menschenwort, sie enthält sowohl „ewige Wahrheiten als vergängliche Zeitvorstellungen, sowohl Offenbarungen des ewigen Gottesgeistes als Ausflüsse des irrenden Menschengeistes". Das Reich Gottes ist gleichbedeutend mit dem freien Staate freier, glücklicher, gleichberechtigter Bürger; daher erklärt sich Dulons Kampf gegen die Feinde dieses Reiches, gegen Fürsten und Pfaffen und „deren Helfershelfer". In diesem Reiche Gottes auf Erden soll sich jeder einzelne Mensch der Tugend befleißigen und Vollkommenheit erkämpfen, in diesem Kampfe aber seine Kraft entwickeln und mit dieser Kraft siegen. Daher bekämpft Dulon das Dogma von der Erbsünde und die Lehre von der Rechtfertigung, nach welcher der Mensch selbst nichts tun kann, sondern warten muß auf die Gnade durch den Glauben an Christus. Beide Lehren sind den Menschen zum Fluch geworden, sie haben „unser Geschlecht entnervt, sie sind ein entsetzlicher Wahn, ein Irrsinn und Unsinn". Der Mensch muß wieder an seine Kraft glauben lernen und seinen Geist zu entfalten bestrebt sein. Dulon glaubt an eine individuelle Unsterblichkeit, aber er will, daß der Mensch schon hier auf Erden frei und glücklich werden soll, die schöne Welt soll und darf ihre Fülle von Freuden allen Menschen darbieten. Er ist erbittert darüber, daß man sagt: „Ja, im Himmel beginnt erst ein neues, wahres Leben. Ja, je mehr ihr hier geheult und gejammert und gehungert und der lieben Obrigkeit Geld gezahlt

habt, desto herrlicher wird euer Los im Himmel sein. Man ekelt sich vor solchem Geschwätz. Ja, so predigen die hohen Herren den Armen das Evangelium. Hier auf Erden schon frei und glücklich sein, das ist unser irdisches Ziel." In Worten von hoher Schönheit spricht Dulon über das Wesen Gottes. Gott ist der „selbstbewußte Geist, die mit Bewußtsein verbundene, absolute Weisheit, absolute Macht und Vollkommenheit und alles umfassende Liebe. Er ist der Quell alles Seins und Lebens und der Schöpfer, der alles regierende Gott". Besonders betont er, daß Gott die Liebe ist, diese Eigenschaft Gottes habe die Kirche vergessen. Christus ist für Dulon kein Gott, aber der edelste Mensch, den er liebt und verehrt. Sein Leben ist durch dichterische Phantasie und Mythenbildung ausgeschmückt. Christi Lehre besteht für Dulon im wesentlichen in folgenden Grundgedanken: Gott ist die Liebe. Die Liebe ist des Gesetzes Erfüllung. Ihr sollt vollkommen sein, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist. Prüfet alles und das Gute behaltet. Erkennt die Wahrheit, damit ihr frei werdet. Werdet nie der Menschen Knechte, und seid nie der Menschen stolze Herren. — Das ist in Kürze die Dulonsche Lehre, über die sich Pastor Weiß, dem wir in obigen Ausführungen gefolgt sind, resumierend noch wie folgt ausläßt: „Große Grundlehren des Christentums, die ganze Christologie, die Lehre von der Gnade, der Rechtfertigung, dem Glauben, der Abhängigkeit des Menschen von Gott u. a. kommen zu kurz, und vieles ist einfach und leichtfertig, verständnislos bei Seite geworfen, ja wütend bekämpft, wie z. B. die Erbsündenlehre, weil es ganz außerhalb des einseitigen Interessenkreises Dulons lag. Er nahm sich nicht die Mühe, den tieferen Ideen, die in den Dogmen liegen, nachzugehen, sondern verwarf kurzer Hand, was ihm nicht paßte. Aber doch muß derjenige, der die zusammenhängenden Aufsätze des „Wecker" aufmerksam durchliest, anerkennen, daß wir es mit einem Menschen von warmer, religiöser Begeisterung zu tun haben. Dulon war ein Brausekopf, er sah alle Dinge auf der Welt nur unter einem einzigen Gesichtswinkel, den ihm die Liebe zum geringen Volke, der Durst nach Volksbefreiung vorzeichnete. So schaute er auch die Religion. Daher jene zahllosen Äußerungen gegen das Bestehende in Religion, Christentum und Kirche, die ihn später zu Falle brachten." (Bilder aus

der bremischen Kirchengeschichte um die Mitte des 19. Jahrhunderts von Bruno Weiß.)

Als Dulon in Bremen (22. August 1848) erschien, wurde er von seinen Anhängern wie ein Licht aus der Höhe begrüßt, am 25. September ward er in das Predigerministerium aufgenommen. Er hat hier erklärt, daß für ihn Gottes Wort und Bibel nicht zusammenfalle, und das Ministerium sagte darauf, das sei seine Sache. Die Freisinnigen der Stadt hielten Dulons Erscheinen in der Stadt anfangs für einen großen Gewinn, und die Leute strömten in hellen Haufen in seine Kirche, nicht nur die Bremer, sondern auch die Leute aus der Umgegend, aus dem Hannoverschen und Oldenburgischen. Dulon war der Mann des Tages. Aber je mehr sich die Politik in seine Kanzelreden mischte, je heftiger er gegen Fürsten und Diplomaten, gegen Kaufleute und Geldsäcke aller Art zu donnern anfing und das ewig göttliche Recht des kleinen Mannes unwiderleglich zu beweisen verstand, je offener er in Schrift und Wort die Revolution als die Erlöserin der Menschheit predigte, desto mehr wandten sich die vornehmen Kreise von ihm ab, während die „kleinen Leute" zu ihm aufblickten, wie zu einem Gotte. „Da die kleinen Leute viel mehr noch als heute am Kirchlichen hielten, so waren ihnen solche Reden von einem Pastor an sich schon wichtiger als von anderen. Und man begnügte sich nicht damit, seinen Predigten zu lauschen, man wollte auch bei ihm taufen, konfirmieren, trauen und beerdigen lassen, und weil dazu in den anderen Gemeinden ein Demissorium nötig war, so wurden die anderen Pastoren fortgehend um solche Scheine angehalten; ja, als manche derselben sie verweigerten, geschah es auch ohne ihre Erlaubnis. Ungezählte Amtshandlungen hatte er auf diese Weise zu verrichten. Sein Name schwebte auf allen Lippen, sein Bild hing in zahllosen Häusern, und bei vielerlei Gelegenheiten gab es für ihn Ehrenpforten, Fackelzüge, Nachtmusiken, Pokale. Die aufgeregten Gemüter wollten sich geltend machen." (Pastor Iken.)

Ob die Politik auf die Kanzel gehöre, darüber erhob sich zu jener Zeit ein heißer Streit. Für Pastor Dulon trat damals u. a. Marie Mindermann in einer Schrift „Die Politik auf der Kanzel" (1851) ein. Marie Mindermann war eine begeisterte Verehrerin Dulons, den sie in mehreren Schriften warm verteidigte. In der erwähnten Schrift

vertritt sie mit aller Entschiedenheit die Ansicht, daß die Religion die Politik nicht ausschließe, daß beide oft nicht zu trennen seien, besonders in Zeiten, wo der Pulsschlag des staatlichen Lebens so rasch bewegt klopfe, wie in der damaligen. „Politik und Religion sind,“ so schreibt sie, „genau genommen, eng verschwistert, denn aus freisinnigen Religionsansichten muß notwendigerweise eine freisinnige Politik entspringen; jene bedingen gleichsam diese; wo dies nicht der Fall, da tragen sie den Namen „freisinnig“ nicht mit Fug und Recht.“ Deshalb huldigt sie der Ansicht, daß die Politik auf die Kanzel gehöre, vorausgesetzt, daß sie der Ausdruck des Patriotismus ist. An einer anderen Stelle der Schrift heißt es: „Wenn die Prediger das Recht haben, über die Schwächen und Gebrechen der Regierungen vergangener Zeiten ein Urteil zu fällen, weshalb denn auch nicht im allgemeinen über die der gegenwärtigen? Weshalb unsere Toten mit Seelenruhe tadeln lassen und uns selbst den Tadel verbitten, ja ihn für das größte Unrecht und infolgedessen für strafbar zu erklären? Nennen wir das Konsequenz? Schon Luther sagt: Weltliche Obrigkeit muß sein auf Erden, aber not ist's, zu wissen, und zu lehren, wie lang ihr Arm und wie fern ihre Hand reiche, daß sie sich nicht zu weit erstrecke.“

Immer entschiedener machte sich die Gegenbewegung gegen Dulons Lehre und Politik geltend. Schon 1849 war, wie wir wissen, Dr. Wilhelm Gröning, Redakteur des „Bremischen Beobachters“, Dulons Schrift „Vom Kampf um Völkerfreiheit“ entgegentreten. Gröning und mehrere andere Mitglieder der Liebfrauengemeinde ließen im Sommer 1850 eine Erklärung zirkulieren, in welcher ausgeführt war, daß Dulons politische Wirksamkeit mit dem Berufe und der Würde eines Predigers nicht zu vereinen sei, weshalb man Dulon zum freiwilligen Rücktritte von seinem Amte bewegen möge. Aber sogleich traten die freisinnigen Mitglieder der Gemeinde zu einer Vertrauenserklärung für Dulon zusammen, die den größten Beifall fand. Am 13. September trat der Kirchenkonvent zusammen, um über Dulons Sache zu entscheiden. Am Morgen dieses Tages forderten große Plakate an den Straßenecken die liberalen Mitglieder der Gemeinde auf, den Konvent ja nicht zu versäumen. Vor der Wohnung Pastor Dulons am Domshof (da, wo sich jetzt der Rutenhof befindet), auf dem Domshof und

dem Liebfrauenkirchhofe hatten sich große Menschenmassen angesammelt, so daß man, um etwaigen Unruhen vorzubeugen, zwei Kompagnien des hanseatischen Militärs, das sich zur Übung in Oberneuland aufhielt, in die Stadt rücken ließ. Nachmittags drei Uhr fand die Konventssitzung unter Leitung des Bauherrn Senator Iken statt. An erregten Debatten für und wider Dulon fehlte es nicht, die Geister gerieten heftig aneinander, kurz, der Konvent bot ein durchaus interessantes Bild, das der älteste Einwohner des Liebfrauenkirchspiels, Jacobus Major, unter dem Titel „Das Glaubensgericht über Pastor Dulon" in Versen der Nachwelt überliefert hat. Dulons Freunde siegten, wenn auch mit geringer Majorität (91 gegen 86 Stimmen). Am Abend wurden dem Sieger des Tages großartige Ovationen bereitet. Musik und Reden erklangen vor seinem Hause. U. a. feierte ihn Wischmann als den neuen Luther, und Dulon ließ es an einer entsprechenden Erwiderung nicht fehlen. Mit dem Lutherliede „Ein' feste Burg ist unser Gott", das die Musik intonierte, und in das alle begeistert einstimmten, ehrte man Dulon als einen Glaubenshelden des echten Protestantismus.

Der Widerspruch der Orthodoxen reizte Dulon nur noch mehr gegen seine Widersacher auf, so daß er jetzt in einen offenen Kampf gegen sie eintrat. Er selbst provozierte den Streit; an Gelegenheit dazu fehlte es nicht. Die Stephanigemeinde hatte auf einem Konvent am 22. Oktober 1850 in ihren „Bestimmungen für die kirchliche Einrichtung" zu St. Stephani beschlossen, an dem in Bremen geltenden Bekenntnisse festzuhalten. In den „Bestimmungen" hieß es u. a.: „Die Gemeinde stehe auf dem Grunde des göttlichen Wortes Alten und Neuen Testaments und bekennt sich zu dem Glauben der christlichen Kirche, wie er in dem apostolischen Glaubensbekenntnisse und in den Bekenntnisschriften der deutsch-reformierten Kirche ausgesprochen ist. Ihre Prediger werden zur Verkündigung dieses Glaubens berufen und beim Antritt ihres Amtes von der Gemeinde verpflichtet, diesem Glauben gemäß zu predigen, die Kinder zu unterrichten, die Sakramente zu verwalten und die Seelsorge zu führen." Dies Vorgehen der Stephanigemeinde war besonders veranlaßt worden durch eine Schrift des Licentiaten W. D. Dietlein: „Die bremische Kirche, ihre Not, ihr Recht und ihre Pflicht" (1850), in welcher der klägliche Zustand der bremischen Kirche als eine

Folge der Wirksamkeit Dulons hingestellt und gefordert wird, daß die Gemeinden der Stadt die alte Kirchenordnung von 1534 beachten und fest zu dem alten Bekenntnis stehen sollten, damit der Unglaube sich nicht weiter ausbreite. Dietlein war in Gemeinschaft mit Dr. Hermes Herausgeber der „Neuen Bremer Zeitung", der Gegnerin der Dulonschen „Tageschronik". Das Vorgehen der Stephanigemeinde fand bei Gleichgesinnten großen Beifall, erregte aber in den liberalen Kreisen der Stadt, namentlich bei den Demokraten, ebenso großen Unwillen. Trotzdem ein Teil der Gemeinde gegen den Beschluß des Konvents protestierte und der Senat seine Bestätigung versagte, blieb der einmal gefaßte Beschluß der Stephanigemeinde bestehen bis auf den heutigen Tag.

Gegen die Stephanigemeinde wandte sich nun Pastor Dulon mit großer Heftigkeit in Schrift und Wort. In einer Broschüre „Die Stephanigemeinde in Bremen" (1850) sagte er, die Stephanigemeinde sei durch ihren Beschluß kein Glied der reformierten Kirche mehr, für die doch niemals die Bekenntnisse, sondern immer nur das göttliche Wort Geltung habe, die Gemeinde sei vielmehr eine Sekte, und ihr Konvent gleiche der Räubersynode zu Ephesus (446), wo Soldaten und bewaffnete Mönche die Widersacher mit Gewalt zum Schweigen gebracht hätten; gerade in der Stephanigemeinde zeige sich der Geist der Reaktion, der Bremen bisher verschont habe, auf die erschreckendste Weise. Auf die Dulonsche Schrift erwiderten sofort Dietlein und Pastor Blendermann aus Ringstedt, den Nachweis liefernd, daß Dulon von der reformierten Kirche abgefallen sei, weil er Gottes Wort von der Bibel scheide und in das Belieben der Menschen setze. Außer diesen aber trat nun Pastor Mallet von St. Stephani gegen Dulon auf, und zwischen diesen beiden entbrannte der Kampf aufs heftigste.

Mallet, der wie Dulon einer in Deutschland eingewanderten Hugenottenfamilie entstammte und wie Dulon sein französisches Blut nicht verleugnen konnte, war ein begeisterter Kämpe des alten kirchlichen Glaubens, eine Säule der bremischen Orthodoxie, ein ebenso ausgezeichneter Redner als Schriftsteller. Schon bald nach Dulons Eintreffen in Bremen war Mallet in einigen humoristisch-satyrischen Schriften gegen den „Revolutionär im Talar" aufgetreten. In den Satyren „Trommelwirbel

von Hermanus Lismannus, Extambour der bremischen Feuerwehr" (1848) und „Der Harlekin aus dem Lande Uland" (gemeint ist Dulon) verspottet er Dulon und im „Bremer Schlüssel" besprach er die Zeitereignisse in humorvoller Weise. Jetzt aber trat er seinem Gegner in zwei ernsten Schriften „Für Stephanigemeinde Abwehr und Angriff" und „Hütet euch vor den Abgöttern" scharf gegenüber. In ergreifenden Worten werden hier die Freunde Dulons verwarnt und zur Umkehr oder zum Austritt aus der Kirche aufgefordert. Dulons Antwort ließ nicht lange auf sich warten. In ausführlicher Weise verteidigte er seinen Standpunkt: „Die reformierte Kirche, Herr Mallet und ich". (1851.) In dieser Schrift wirft er Mallet vor, daß er die eigentliche Sache, um die es sich doch handele, fast gar nicht berühre, sondern sich in allgemeinen Schimpfereien ergehe, daß er es sich leicht mache, „in Tanzschuhen siegen und mit Balletsprüngen Kronen erringen" wolle. Nichts besser kommen Dietlein und Blendermann weg. Blendermann habe in seiner Schrift „Der Angriff Dulons auf die Stephanigemeinde" Bibel und Gotteswort verwechselt und wolle die Kirche zu einer Anstalt für Irre und Blödsinnige machen. Nun aber ließ Blendermann eine Entgegnung folgen: „Das gute Recht der reformierten Kirche gegen Dulon" (1851), die auf Dulons Absetzung dringt und für Dulon verhängnisvoll werden sollte. Mallet dagegen beteiligte sich jetzt nicht mehr an dem Streite, gab aber im Predigerministerium zu Protokoll, daß er nicht mehr einem Kollegium angehören könne, in dem die göttliche Wahrheit und die teuflische Lüge gleichberechtigt seien, und trat aus. Der Senat erkannte indes diesen Austritt nicht an, sondern befahl Mallet, so lange zu bleiben, bis er in der Dulonschen Sache seine Entscheidung getroffen habe.

Zu seinem eigenen Schaden hatte sich Dulon in seiner leidenschaftlichen Weise zu Gehässigkeiten gegen seine Widersacher fortreißen lassen und durch sein revolutionäres Treiben schon längst den Unwillen des Senats erregt, so daß es nur eines Anstoßes bedurfte, ihn zu Fall zu bringen. Pastor Blendermann hatte es in der oben genannten Schrift gegen Dulon bereits ausgesprochen, daß man allzu nachsichtig gegen einen Mann wie Dulon sei, daß der Senat die heilige Pflicht

habe, die Kirche vor einem Manne zu schützen, der längst reif zur Absetzung sei; wolle man ein übriges tun, so möge man das Gutachten irgend einer theologischen Fakultät einholen. Dazu hatten sich die Aussichten der Demokratie in Bremen merklich verschlechtert, während sich das Ansehen des Senats immer mehr hob, eine Bundesintervention drohte, um den heillosen Zuständen in Bremen ein Ende zu machen, und umsomehr war der Senat bereit, gegen Dulon, als den Hauptführer der Demokratie, einzuschreiten, als er befürchtete, Dulon könne in den Senat gewählt werden.

Dulon selbst aber schien für die Wandlung der Dinge völlig blind zu sein. Im Herbst 1851, als er sich zu Freunden im Hannoverschen Arbeiterverein begeben wollte, um dort zu reden, wurde er unterwegs aufgegriffen und am 12. Oktober als Gefangener der hannoverschen Regierung nach Eystrup abgeführt. Erst am 25. November entließ ihn die Justizkanzlei in Hannover aus seiner Haft, und Dulon kehrte nun zur größten Freude seiner Anhänger nach Bremen zurück. Seine Rückkehr glich einem Triumphzuge. Begeisterte Ovationen, Musik und Gesang und ein glänzender Fackelzug wurden ihm dargebracht; man feierte ihn als den Märtyrer einer heiligen Sache, und Dulon sah, von den rosigsten Hoffnungen erfüllt, freudig in die Zukunft. Sein Buch „Der Tag ist angebrochen", das wir bereits kennen gelernt haben, erschien zu Anfang des Jahres 1851 und setzte seine Freunde in die freudigste Begeisterung, reizte sie aber auch zu Ausschreitungen auf, selbst dann noch, als schon der Bundeskommissar vor den Toren der Stadt stand. In diese Zeit fallen die skandalösen Scenen, die einige Demokraten dem Pastor Wimmer in der Martinikirche bereiteten. Pastor Wimmer hatte als ungarischer Flüchtling in Bremen Zuflucht gefunden und erfreute sich, da er der streng kirchlichen Richtung angehörte und sehr beredt war, bei den Orthodoxen großer Beliebtheit, so daß man einen Abendgottesdienst in der Martinikirche für ihn einrichtete, der recht gut besucht wurde. Die bereits erwähnte Schriftstellerin und Anhängerin Dulons Marie Mindermann hat in einem kleinen Bande („Materialien, gesammelt in friedlichen Abendstunden in der Kirche Sankt Wimmerius Simp") eine ganze Reihe von Aussprüchen Wimmers gesammelt und glossiert. Einige dieser „Materialien" mögen hier folgen, um Pastor

Wimmer sowohl als auch seine aufmerksame Zuhörerin zu charakterisieren:

Pastor W.: „Ich sage auch, wer die Erbsünde leugnet, ist der lebendige Satan selbst, der Satan aus der Hölle, der Geist des Abgrunds, der Vater der Lüge — und wenn er in Martin Luthers Chorrock auf der Kanzel stände.“

M. M.: „Das klingt ja ganz entsetzlich, Verehrtester, denn da läuft der Satan ohne Zweifel millionenfach auf Gottes Erdboden umher; wie wollen wir uns retten vor diesen Engeln der Finsternis?“

Pastor W.: „Der Satan ist auch ein Gottesgelahrter; er weiß herrlich Bescheid in Gottes Wort, aber er ist doch dumm, dieser Satan.“

M. M.: „Nimm zwei Eigenschaften für Dich aus Deinem eigenen Satze: Du bist ein Gottesgelahrter, aber Gott sei es geklagt — an der Klugheit leidest Du keinen Überfluß.“

Pastor W.: „Nichts auf Erden ist mir ekelhafter, als ein unchristlich Weib, das sich vom Glauben an ihren Herrn und Heiland lossagt.“

M. M.: „Ein Weib, das sich von der Tugend lossagt, mag sie auch immerhin ihren Heiland bekennen und das Hohelied Salomos für untrüglich Gotteswort halten — erscheint uns denn doch verächtlicher, mein Bester.“

Pastor W.: „Da schwatzt man viel und übertrieben von Arbeiternot, von Hunger und Elend. Hier, hier in dem heiligen Bibelbuche, da liegt der Trost, da liegt die Erlösung vom Elende.“

M. M.: „Da möchte es sehr geraten sein, den hungernden Bewohnern des Spessart, der Rhön und des Thüringerwaldes Bibelzufuhren zu senden, damit die armen Leute satt würden. Auch die Provinz Fulda nicht zu vergessen, wo das herrliche Kriegsheer so hübsch aufgeräumt mit der irdischen Speise, wahrscheinlich nur deshalb, um den Hungernden die himmlische Bibelspeise zu verschaffen.“

Pastor W.: „Müßiggang ist aller Laster Anfang! Daher kam auch die Sünde unserer ersten Eltern!“

M. M.: „O Du Weisester unter den Erdensöhnen! Endlich, endlich hast Du den Abgrund des Bösen entdeckt. Es war also Dein Jehovah selbst, der die Sünde bei den rein erschaffenen Menschen einschwärzen wollte?“ —

Pastor Wimmer wurde von den liberalen Demokraten wiederholt verspottet. Ihr Haß gegen ihn und seine Lehre ging so weit, daß sie ihn während einer Predigt in der Martinikirche am 11. März 1852 durch Schreien, Cigarrenrauchen und andere Ungehörigkeiten in pöbelhafter Weise beleidigten, dadurch aber sich selbst empfindlich schadeten, denn nun war der Senat fest entschlossen, dem Treiben der Demokratie und ihres Hauptführers, Dulon, ein für allemal ein Ende zu bereiten.

Schon am 8. April 1851 reichten 23 Mitglieder der Liebfrauengemeinde beim Senat eine Anklage gegen Dulon ein, in welcher Dulon beschuldigt wurde, daß er

1) dem Christentum nicht mehr angehöre, demselben vielmehr feindlich gegenüberstehe,

2) die Glaubwürdigkeit der Heiligen Schrift und die Wahrheiten des Evangeliums bestreite und verhöhne,

3) die von der reformierten Kirche, ja von allen protestantischen Konfessionen als wesentlich anerkannten Glaubenslehren der Heiligen Schrift verleugnet habe und noch verleugne.

Deshalb wurde der Senat ersucht, „die geeigneten Maßregeln zur Abwehr der geschilderten Ungebühr und zum Schutze der Kirche gegen die Fortdauer derselben zu treffen“.

Gegen diese 23 Mitglieder der Liebfrauengemeinde erhob sich wiederum Marie Mindermann in einer Schrift voll beißender Ironie: „An die 23 Streiter des Herrn“ (1851), welche folgendermaßen beginnt:

„Verehrteste Herren, Edle Dreiundzwanzig! Es hat mich gedrängt, Sie im Geiste um mich zu versammeln, um Ihnen meine Anerkennung auszusprechen. Ja, meine Herren, mit gerechtem Erstaunen stehe ich vor Ihnen, Sie und Ihre große Tat bewundernd. Erröten Sie nicht, Geschätzte, ob dieses offen ausgesprochenen Lobes, gedenken Sie der großen Worte unseres Dichters: Nur die Lumpe sind bescheiden, Wackre freuen sich der Tat! — Ja, freuen Sie sich, wenn auch nicht der Tat, doch des Anlaufes zu derselben! Diese Tat trägt große Folgen für die nächste Zukunft in ihrem Schoße; sie wird von unberechenbarer Wichtigkeit für unseren teueren Staat sein, und den herrlichsten Glanz über die bremische reformierte Kirche verbreiten. Ja, meine verehrten Dreiundzwanzig, Ihnen und den Ihrigen gebührt die Krone; Ihnen gehört die Zukunft; Ihnen verdankt es die Kirche, sie gereinigt zu

haben von all den wilden, giftigen Schlingpflanzen der Freiheit. Ihre Namen werden noch nach Jahrhunderten in den Annalen Bremens glänzen und den spätesten Geschlechtern Zeugnis geben von Ihrem Mute, Ihrer Kühnheit. Ich beuge mich vor Ihnen, meine Herren, denn Sie haben den unglaublichen, den überirdischen Mut gehabt, einen Mann anzuklagen, der tollkühn und verblendet genug ist, seine innere Überzeugung auszusprechen, nicht allein in Vereinen, in geselligen Kreisen, sondern sogar auf der Kanzel!"

Der Senat war aber anderer Meinung und zog Dulon zur Verantwortung. Dulon bestritt mit aller Entschiedenheit dem Senate das Recht, ihn in Glaubenssachen zu inquirieren, und 95 Mitglieder der Liebfrauengemeinde kamen ihm hierbei zu Hilfe durch eine schriftliche Erklärung an den Senat, daß Pastor Dulon als ein „durchaus christlicher Prediger" ihr völliges Vertrauen besitze. Der Senat legte nun die ganze streitige Sache der theologischen Fakultät zu Heidelberg zur Begutachtung vor. Diese, die damals der positiv christlichen Richtung angehörte und deren Träger die Professoren Schenkel, Umbreit, Ullmann, Hundshagen und Dittenberger waren, kam der „ehrenvollen Aufforderung" gern nach und schickte nach eingehender Prüfung aller Aktenstücke im Frühjahre 1852 dem Bremer Senat ihr fertiges Gutachten zu, das noch jetzt im Druck vorliegt. Die Heidelberger Professoren führten aus, daß Pastor Dulon so lange, als er seine unevangelischen und selbst widerchristlichen Lehren und Behauptungen nicht öffentlich widerrufen habe, auch nicht länger geeignet und befähigt sei, ein Predigtamt in der evangelischen Kirche zu bekleiden. „Wir erklären," schreiben sie, „daß eine christliche Obrigkeit, welche das in Predigtamt und Seelsorge durch einen solchen Mann gegebene Ärgernis wegräumt, nur ihre Schutzpflicht gegen die evangelische Kirche erfüllt. Wir wünschen und hoffen im Interesse der Gemeinde zu U. L. Frauen, der Landeskirche Bremens und namentlich auch der deutsch-evangelischen Gesamtkirche, daß dem durch den Pastor Dulon gegebenen Ärgernisse möglichst bald gesteuert, die lautere evangelische Wahrheit und der evangelische Glaube vor ferneren bedrohlichen Angriffen in Bremen geschützt und der in so trauriger Weise gestörte Kirchenfriede Bremens mit Gottes Hilfe daselbst wieder hergestellt werden möge."

Der Senat suspendierte infolgedessen Dulon von seinem Amte und eröffnete ihm, daß seine Absetzung bestimmt erfolgen werde, wenn er nicht innerhalb sechs Wochen dem Senate die für sein künftiges Verhalten erforderliche Gewähr leiste. Das war am 1. März 1852. Große Aufregung herrschte unter den Anhängern Dulons. 96 Gemeindemitglieder protestierten sofort gegen den Senatsbeschluß, 5608 Bürger legten gleichfalls Protest ein, und 5356 Frauen und Jungfrauen der Stadt wandten sich mit der Bitte an den Senat, Dulon in seinem Amte zu lassen. Auch die Bürgerschaft trat mit großer Majorität der Senatsverordnung entgegen, sowie auch in Zeitungen und Broschüren viel für Dulon agitiert wurde. Daß Dulon nicht widerrufen werde, war vorauszusehen. In seinem „Wecker" erklärte er, daß er bei seiner Lehre verharren werde, und in einer Schrift „Das Gutachten der Heidelberger Professoren" sagte er: „Wir glaubten bisher das höchste Maß des Blödsinns bei den Bremer Pastoren gefunden zu haben; wir waren im Irrtum, die Herren Heidelberger können sich getrost mit ihnen messen." Seinen Freunden gelang es nach vielen Bemühungen, noch einmal einen Konvent durchzusetzen, auf dem mit 101 gegen 92 Stimmen der Gemeindemitglieder beschlossen wurde, den Senat zur Rücknahme seiner Maßregeln gegen Dulon zu bestimmen. Doch der Senat blieb fest, zumal er jetzt an dem inzwischen (am 28. März) eingetroffenen Bundeskommissar kräftige Unterstützung fand. So erschien denn, weil Dulon innerhalb der festgesetzten sechs Wochen keinen Widerruf hatte erfolgen lassen, am 19. April das Absetzungsdekret, in welchem nicht nur die kirchlichen, sondern nun auch die politischen Ursachen, die sozialistischen Bestrebungen Dulons betont wurden. So war es denn klar, daß der eigentliche Grund der Absetzung Dulons seine politische Tätigkeit war, die schon lange die Aufmerksamkeit des Bundes auf das Revolutionsnest Bremen gelenkt und seine Regierung in eine mißliche Lage gebracht hatte.

Groß war die Trauer der Anhänger Dulons, groß war aber auch die Freude seiner Gegner. Mallet wollte ein Dankschreiben an den Senat senden, das Predigerministerium erklärte sich aber dagegen, und so unterblieb es. Und Dulon selbst? Wohl weigerte er sich, das Entlassungsdekret anzu-

nehmen, wohl wandte er sich an das Obergericht, um sein Recht zu suchen, aber umsonst. Im September verließ er die Stadt, 46 Jahre alt, und ging nach Helgoland, unterstützt von seinen vielen Freunden, die in Bremen, Hannover und Oldenburg einen Fonds für ihn zusammengebracht hatten. Noch einmal schrieb Dulon eine Broschüre „Gruß und Handschlag“ (1853) für seine Freunde, die er, wie er im „Wecker“ sagt, bestimmt wiederzusehen hoffte. Aber er sollte seine Hoffnungen zu Grabe tragen. Von Helgoland wandte er sich nach Jahresfrist nach Amerika. Dort blieben ihm jedoch die Kanzeln verschlossen; umsonst waren die Bemühungen seiner Freunde, ihm eine Predigerstelle zu verschaffen; im Lande der Freiheit war kein Boden für die Ideale eines Mannes wie Dulon. So sah er sich genötigt, als Lehrer in verschiedenen Städten der Vereinigten Staaten sein Brot zu suchen. Als solcher ist er nach vielen Enttäuschungen am 13. April 1870 zu Rochester bei New-York gestorben.

Unsere beiden heimischen Autoren, denen wir in den vorstehenden Ausführungen zum großen Teil gefolgt sind, Pastor Iken und Pastor Weiß, kommen nach längeren Betrachtungen über das Gutachten der Heidelberger Fakultät und das Recht des Senats, Dulon abzusetzen, zu dem Urteil, daß das Motiv der Entlassung Dulons mehr politischer als kirchlicher Natur gewesen sei, zumal vor und nach Dulon freisinnige Prediger in derselben freisinnigen Weise wie Dulon auf bremischen Kanzeln gewirkt hätten und im Amte verblieben seien.

Sehr scharf geht Marie Mindermann, die auch nach dem Abgange Dulons seine treueste Anhängerin blieb und in all seinem Wirken immer nur das Ideale erblickte, gegen die Maßregeln des Senats vor. In ihrer Schrift „Briefe über bremische Zustände“ (1852) schildert sie die Ereignisse jener Tage in eingehender Weise. U. a. schreibt sie: „Einen Mann des Rechts und des Gesetzes, der Wahrheit und des tätigen Christentums stößt man aus von dem christlichen Kirchenverbande, entsetzt ihn seines heiligen Amtes, entkleidet ihn seiner Priesterwürde — weil er die alten Dogmen der Kirche nicht mehr für die zeitgemäßen hielt, weil seine Anschauungsweise von Gott und Christentum eine andere ist als diejenigen, von wirklichen und scheinbaren Pietisten und

orthodoxen Professoren verkündigt! Ist denn kein Lessing da, so möchten wir fragen, der alle diese Glaubenskoryphäen insgesamt verdientermaßen züchtigte, wie einst den rechtgläubigen Hauptpastor Götze? Kein Lessing, der ihnen aufs neue das gewichtige Wort in die Ohren donnert: Das Christentum war früher da, als die Evangelisten und Apostel schrieben" — und an einer anderen Stelle:

„Das sind bremische Zustände! Einem Wimmer, von dem man nur weiß, daß er aus Ungarn geflüchtet wegen Revolutionierung, öffnet man hier die Kanzeln, die ohne ihn reich genug besetzt sind, und einem Dulon, der gewählt, bestätigt wurde, eben *weil* er kein Pietist war, verschließt man jetzt die Kirche, weil? nun, weil man irgend eine Absicht dabei hat, das ist sicher." In einer Nachschrift zu ihrer Schrift läßt sich Marie Mindermann sogar zur Beleidigung des Senats hinreißen: „Nicht wahr, der Senat hat Mut? Gegenüber dem Proteste von mehr als der Hälfte der wahlfähigen Bürger unterzeichnet, gegenüber der eindringlichen Bitte von fast 6000 Frauen und Jungfrauen, gegenüber der Protestation der aufgelösten Bürgerschaft, gegenüber dem Gesuche der Majorität der Gemeinde U. L. Frauen, gegenüber der Eingabe von mehreren Mitgliedern derselben Gemeinde — hat der Senat den Mut, im wohlerwogenen Interesse des ganzen Staates einseitig vorzugehen, hat der Senat den Mut, Bitten und Proteste mit dem Absetzungsdekret zu beantworten." — Diese allzu freie, an Dulon erinnernde Sprache trug der Verfasserin „wegen Beleidigung und Verunglimpfung des Senats" eine achttägige Haftstrafe ein, die sie auch verbüßte, obgleich es ihr gestattet war, die Haft durch eine Geldbuße von 20 Talern zu reluieren. In einer anderen Schrift „*Eigentümlichkeiten der Bremer Neuzeit*" (1852) erzählt sie von ihrem Verhör und ihrer Haft in freier Weise und mit vielem Humor. Über andere kirchliche Fehden, wie den Krummacher-Panielschen Kirchenstreit und den Nagelschen in den 40er Jahren, belehrt Pastor Bruno Weiß an St. Remberti in seiner Schrift „Bilder aus der bremischen Kirchengeschichte" (Max Rößler, Bremen 1896.)

XI. Über die Entwicklung von Handel und Verkehr.

1. Arnold Duckwitz.

Die Erbauung Bremerhavens (1827—30) bedeutet einen Markstein in der Geschichte Bremens, denn von da ab datiert der mächtige Aufschwung unserer Stadt in neuerer Zeit. Das große Werk des genialen Staatsmannes war glänzend gelungen, aber es war noch viel zu tun, wenn der mit großen Kosten angelegte Hafen der Stadt wirklich zu gute kommen sollte. Die übrigen Hafenanlagen — in Vegesack und Bremen — mußten vervollständigt und das Fahrwasser der Weser vertieft werden. Es war dringend notwendig, Handelsbeziehungen mit Amerika durch Errichtung von Dampferlinien anzuknüpfen; es handelte sich ferner um die Verbesserung des Postwesens, um Anlage von Eisenbahnen und Telegraphenlinien, um Verbindung mit dem deutschen Zollverein und um viele andere Dinge, zu deren Verwirklichung es der Energie und Tatkraft von Männern bedurfte, die im stande waren, das Werk Smidts der Vollendung entgegen zu führen. Einen solchen Mann, einen verdienstvollen Mitarbeiter und würdigen Nachfolger fand Johann Smidt in Arnold Duckwitz, der nach dem Tode Smidts (1857) auch als Bürgermeister in die Fußstapfen seines großen Vorgängers trat. Duckwitz hatte den politischen Gedanken Smidts voll erfaßt und ihn während seiner langen Wirksamkeit zum Wohle der Vaterstadt im Geiste seines „väterlichen Freundes“ fortgeführt.

Arnold Duckwitz, in Bremen geboren am 27. Januar 1827, hatte sich schon früh durch Reisen ins Ausland für seinen Beruf als Kaufmann vorgebildet. Bereits 1841 wurde er Senator. Erst kurze Zeit vorher hatte ihn das Kollegium der Älterleute der Kaufmannschaft zum Mitgliede erhoben, „zur Strafe dafür“, wie Duckwitz sich selbst ausdrückt, daß er dieser in süßem Nichtstun dahinlebenden Korporation in energischer Opposition entgegen getreten war, klarlegend, daß es die höchste Zeit sei, bessere Verhältnisse für Bremen einzurichten, wenn es mit dem Handel und der Schiffahrt, überhaupt mit dem Wohlergehen der Stadt nicht völlig bergab gehen

solle. Nicht umsonst war Duckwitz 10 Jahre lang eifriges Mitglied der Schiffahrtsdeputation des Kaufmannskonvents gewesen, nicht vergeblich wollte er als solches in Wort und Schrift mit jugendlicher Tatkraft für die Verbesserung der Weserschiffahrt, für die Einrichtung eines Dampferverkehrs mit England und besonders für den damals in Bremen noch sehr angefeindeten Zollverein gewirkt haben. Sein Wort galt daher viel in den Kreisen der Kaufmannschaft, und so erklärt es sich, daß man dem klardenkenden, weitblickenden jungen Manne allerlei wichtige Ämter anvertraute. Der junge Senator wurde denn auch kurze Zeit nach seiner Wahl mit einer wichtigen Mission nach Hannover abgesandt; es handelte sich u. a. um die Anlage einer Eisenbahn von Hannover nach Bremen. Hierbei bewies Duckwitz sein großes diplomatisches Geschick; Verträge zwischen beiden Staaten kamen zu stande, die hinsichtlich der Bahnanlage, der Schiffbarmachung der Weser oberhalb Bremens und der Erleichterung des Verkehrs mancherlei Vorteile für unsere Stadt in sich schlossen. Von dieser Zeit an (1845) war Arnold Duckwitz die Seele, der Leiter aller Unternehmungen und Geschäfte, die Handel und Schiffahrt angingen. Auch in den Sturmjahren 1848 und 49 war er unermüdlich tätig. Im Jahre 1848 wurde er zum Vorparlament und in den 50er Ausschuß erwählt und zum „Reichsminister des Handels“ berufen. Eine besonders reiche Tätigkeit aber entfaltete er nach den Revolutionsjahren in seiner Vaterstadt, der seine reiche Erfahrung und kaufmännische Bildung, sowie nicht zum wenigsten sein feiner diplomatischer Takt zu großem Segen gereichen sollten. Im Jahre 1857 erfolgte seine Ernennung zum Bürgermeister von Bremen als Nachfolger des verstorbenen Johann Smidt (1857—63). Noch einmal, in den Jahren 1866—73, bekleidete er dieses Ehrenamt. Leider sah sich der verdiente Mann im Jahre 1875 veranlaßt, um Entlassung aus seinem Amte nachzusuchen. Durch längeres Kranksein glaubte er sich verpflichtet, seiner amtlichen Stellung, in der er so viel Gutes gestiftet hatte, zu entsagen und sich selbst zu einer unfreiwilligen Mußezeit zu verurteilen. In dieser Zeit gab Duckwitz die Geschichte seiner Wirksamkeit in einem umfangreichen Werke heraus: „Denkwürdigkeiten aus meinem öffentlichen Leben von 1841 bis 1866“, das die lange öffentliche Wirksamkeit des verdienten Mannes in

ausführlicher Weise schildert und, als das einzige in seiner Art, über einen wichtigen Abschnitt der neuesten Geschichte unserer Vaterstadt Aufschluß gibt, wenngleich es im wesentlichen nur die Entwicklung von Handel und Verkehr beschreibt und die politischen und sozialen Verhältnisse nicht berührt.

Das Duckwitzsche Werk entstand zu verschiedenen Zeiten und enthält zum großen Teile Tagebuchaufzeichnungen des Verfassers. Die größere Hälfte war schon bei Gelegenheit der 25jährigen Jubiläumsfeier als Senator, die Duckwitz veranlaßte, Rückschau zu halten auf das in diesem Zeitraum Erlebte und Erreichte, vom Verfasser aus älteren Aufzeichnungen niedergeschrieben worden. Im Jahre 1870 fügte Duckwitz seinen bisherigen Aufzeichnungen noch eine Darstellung seiner Erlebnisse auf dem Frankfurter Fürstentage von 1863, an dem er als bremischer Vertreter teilnahm, hinzu. Aus diesen geht hervor, daß schon damals mehrere deutsche Fürsten und die Hansestädte fest davon überzeugt waren, daß das Heil Deutschlands nur durch die Führung Preußens herbeigeführt werden könne und daß diese politisch und geschichtlich notwendig sei.

Das ganze Werk bildet nicht nur einen vorzüglichen Beitrag zur bremischen, sondern auch zur deutschen Geschichte, wie auch die Wirksamkeit des Verfassers an Bedeutung weit über Bremen hinausreichte. Für bremische Geschichte kommen besonders der erste und dritte Abschnitt des Buches „Die vormärzliche und die nachmärzliche Zeit“ in Betracht, auf die wir im Verlaufe unserer folgenden Schilderungen noch oft verweisen werden.

Wie bereits erwähnt, war ein körperliches Leiden der Grund, weshalb Duckwitz im Jahre 1875 von seiner amtlichen Tätigkeit sich zurückzog, obwohl sich aus dem letzten Teile der „Denkwürdigkeiten“ schließen läßt, daß eine gewisse Mißstimmung gegen seine Kollegen, die nicht immer seine Überzeugung teilten, nicht unwesentlich dazu beigetragen haben mag. Er starb am 19. März 1881 in Bremen, aufrichtig betrauert von seinen Mitbürgern.

Noch in demselben Jahre wurde in der Vorhalle der Börse ein Marmorrelief in Medaillonform, von Diedrich Kropp ausgeführt, zur Erinnerung angebracht an den Mann, dessen Name für alle Zeit mit glänzenden Lettern in der Geschichte Bremens stehen wird.

2. Von der Oberweserschiffahrt in den 30er Jahren.

Seit der Eröffnung Bremerhavens hob sich, wie schon angedeutet, der bremische Handel zusehends, obgleich es um die Verbindungswege mit dem Inlande und Bremerhaven noch überaus traurig bestellt war. Die Weser, das einzige Verbindungsmittel Bremens mit der rasch aufblühenden Tochterstadt an der Wesermündung, befand sich in einem sehr vernachlässigten Zustande, so daß die Schiffe oft tagelang auf dem Sande sitzen blieben. Am schlimmsten sah es auf der Oberweser aus. Hier war so gut wie nichts geschehen, um den Strom zu korrigieren; wenn der Wasserstand ein zu niedriger war, hörte die Schiffahrt einfach ganz auf. Mit den Landstraßen, auf denen die großen Frachtfuhrwerke sich mühsam fortschleppten, war es ebenso trostlos bestellt. Weil die beiden Staaten Bremen und Hannover sich nicht einigen konnten, wer von beiden in Bremerhaven das Postrecht üben solle, gab es dort lange Zeit gar keine Postanstalt. Nachrichten von Bremen nach Bremerhaven und umgekehrt wurden durch Schiffe vermittelt, und wenn im Winter die Schiffahrt stockte, war man auf Privatboten angewiesen. Ebenso mangelhaft war der Nachrichtenverkehr aus Vegesack. Doch man war zufrieden, man beruhigte sich, „man kannte es eben nicht anders“.

So dachte auch der „Kaufmannskonvent“, eine Korporation, die über Handel und Schiffahrt zu Rate sitzen sollte. Sie wurde vom Kollegium der Älterleute berufen und kam alle Jahre einmal im Schütting zusammen. Dieser Kaufmannskonvent kümmerte sich wenig oder gar nicht um die Fragen, die Handel und Schiffahrt im großen angingen; sein einziges Interesse richtete sich auf die Oberweserschiffahrt und diejenigen Leute, welche sie ausübten, die sogenannten Reiheschiffer. Diese hatten sich nämlich, weil ihre Zahl so groß war, zu einer Reihefahrt verbunden, so, daß jeder von ihnen in der Regel nur einmal im Jahre an die Reihe, d. h. zur Fahrt kam. Dafür waren aber auch die Frachtsätze so hoch gestellt, daß der Schiffer von dem Ertrage einer einzigen Fracht das ganze Jahr mit Familie leben konnte. Um das Wohlergehen dieser Reiheschiffer war nun der Kaufmannskonvent in geradezu väterlicher Fürsorge bemüht; Anträge der Schiffer

auf Erhöhung der Frachten wurden gern bewilligt, obgleich die Städte an der Oberweser durchaus nicht damit einverstanden waren und schon wiederholt gedroht hatten, den Güterverkehr der Schiffahrt zu entziehen und ihn dem Landwege zu überweisen.

So war es, als Arnold Duckwitz in den Kaufmannskonvent eintrat. Ihm, dem Jüngsten im Kreise, gelang es aber sehr bald, die Mitglieder von der Zwecklosigkeit der fortwährenden Frachterhöhung zu überzeugen, weil sie die Einnahmen der Schiffer nicht vermehre, sondern vermindere, da der Güterverkehr in nicht allzu ferner Zeit dann plötzlich auf den Landweg übergehen werde. Nachdem er dann vom Kaufmannskonvent zum Mitgliede der „Schiffahrtsdeputation" erhoben war, kam endlich ein neues Leben in diese bislang in Gemütlichkeit und Freundschaft aufgehende Gesellschaft. Von einer weiteren Erhöhung der ganz unmäßig hohen Frachten zu Gunsten der „armen Schiffer" war jetzt gar keine Rede mehr. Duckwitz übernahm die Korrespondenz mit dem Inlande, die bis dahin nur aus allerhand Zänkereien über geringfügige Dinge bestanden hatte, und seinem diplomatischen Geschicke gelang es in kurzer Zeit, ein freundschaftliches Verhältnis unter den betreffenden Handelsbehörden herzustellen, so daß an die Stelle fortwährender Opposition gegen Bremen ein vollständiges Vertrauen und freundschaftliches Zusammenwirken trat. So war denn der Boden für allerhand Neuerungen reif. Man fing an, die Fahrzeuge der Weser zu verbessern und die Hemmnisse der Weserschiffahrt wegzuräumen. Da war vor allem die Hoyaer Brücke mit ihren engen und niedrigen Jochen umzubauen, da waren Wehre und Schleusen bei Hameln und Münden zu beseitigen und die „Liebenauer Steine" im Bette der Weser, sowie eine große Zahl von Sandbänken zu entfernen. Daß diese Verbesserungen des Fahrwassers nur langsam von statten gingen, läßt sich denken; die Städte an der Oberweser standen allen Neuerungen sehr sympathisch gegenüber, aber die Regierungen der Uferstaaten, besonders die hannoversche, erwiesen sich sehr säumig, ihnen lag daran, den Güterverkehr von der Weser auf den Landweg zu verlegen, weil ihnen die Landtransitzölle weit mehr einbrachten als die Weserzölle.

Zu jener Zeit konnten die Frachtschiffe nur vermittels des Pferdezugs auf sogenannten Leinpfaden am Ufer gegen den

Strom geschleppt werden, ein anderes Mittel gab es nicht. Da nun diese Leinpfade, namentlich die tief gelegenen zwischen Bremen und Hoya, bei Hochwasser oft wochen-, ja monatelang überschwemmt waren, mußte die Schiffahrt oft lange Zeit gänzlich ruhen, wodurch der Verkehr ganz bedeutend beeinträchtigt wurde. Diesem Übelstande abzuhelfen gelang es Duckwitz, eine Aktiengesellschaft für die Erbauung eines Schleppdampfers ins Leben zu rufen. Ein solcher war etwas ganz Neues in Deutschland. Das Kapital war bald zusammengebracht, und der erste Schleppdampfer „Roland“, in Bremen aus Holz gebaut, konnte in Fahrt gesetzt werden.

Kaum war dieses Werk gelungen, so ging man schon mit dem Plane um, auch eine Passagierfahrt von Bremen nach Hameln einzurichten. Aber das war nur möglich, wenn die oben erwähnten Schiffahrtshindernisse weggeräumt waren. Nach längerer Agitation in den Zeitungen und nach wiederholter Einsendung von Petitionen an die hannoversche Regierung entschloß man sich in Hannover endlich, die Hoyaer Brücke umzubauen. Noch langwieriger waren freilich die Verhandlungen über die Wegräumung der Steine im Bette der Weser bei Liebenau, das schlimmste Hindernis der Weserschiffahrt. Diese fortzuschaffen galt als ein Ding der Unmöglichkeit. Daß es aber dennoch möglich gemacht wurde, ist wiederum das Verdienst unseres Duckwitz. Er erzählt darüber wie folgt: „Es begab sich, daß der Schiffer Georg Rolff aus Minden, ein sehr unternehmender Mann, zu mir kam und sich bereit erklärte, die gedachten Felsen wegzuschaffen, wenn ihm die Kosten dieser Arbeit, die er auf 250 Taler veranschlagte, ersetzt würden. Nachdem ich mit dem Kollegium Seniorum über die Frage Rücksprache genommen, konnte ich dem Schiffer Rolff die verlangten 250 Taler zusichern, wenn es ihm gelänge, das gedachte Schiffahrtshindernis zu beseitigen. Rolff wandte sich darauf an den hannoverschen Amtmann zu Liebenau und erbat sich die Erlaubnis zur Fortnahme jener Steine. Der Amtmann, durchdrungen von der Überzeugung der Unmöglichkeit, die Felsen wegzuschaffen, auch vielleicht nicht ahnend, daß höhern Orts noch andere Gründe vorwalten könnten, jene Felsen an ihrer Stelle zu konservieren, gab spöttisch seine Zustimmung. Rolff fuhr darauf mit einem Floß nach Liebenau, sprengte die Steine auseinander, lud sie auf sein Floß und fuhr damit nach Bremen,

wo er sie auf dem Werder landete und mir anzeigte: „Da liegen die Steine!“ Er erhielt seine 250 Taler und machte dabei noch ein gutes Geschäft.“ — Aber die Sache sollte noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Der Amtmann von Liebenau, aufs höchste erschrocken über das vollbrachte Werk, zu dem er so leichtfertig seine Zustimmung gegeben, verklagte den unternehmenden Schiffer wegen unerlaubter Ausfuhr von Steinen, die ja möglicherweiser noch zum Chausseebau hätten verwendet werden können. Es kam zu einem Prozeß, der vielleicht noch lange gedauert hätte, wenn er nicht durch den hannoverschen Minister des Innern, Herrn von der Wisch, dem die Sache zu Ohren kam, kurzer Hand beseitigt worden wäre. — Ein vorzügliches Bild aus der guten alten Zeit!

Ein anderes großes Hemmnis des Schiffahrtsverkehrs auf der Weser befand sich in Bremen selbst. Die aus Holz erbaute Weserbrücke hatte 12 Joche, an denen 11 Wassermühlen lagen, so daß nur eins und gerade das schmalste, dem Ufer der Altstadt zunächst liegende, zum Durchfahren der Schiffe benutzt werden konnte, und das nur bei einigermaßen hohem Wasserstande. Lange Zeit blieb die Brücke wie sie war — in alten Abbildungen ist sie der Nachwelt überliefert — bis endlich, als der „Sturm gegen die Schiffahrtshindernisse des Stromes losgebrochen war“, eine der Wassermühlen nach der andern angekauft und alle beseitigt wurden.

Nun war die Weser frei für die Dampfschiffahrt von Bremen nach Hameln und von dort, wo die Schiffahrt noch längere Zeit durch die Hameler Schleuse unterbrochen war, nach Münden. Eine Aktiengesellschaft kam bald zu stande. Ihr Sitz wurde schlauerweise nach Hameln verlegt, um Hannover willfährig für eine weitere Verbesserung des Fahrwassers, das immer noch viel zu wünschen übrig ließ, zu machen. Eine Anzahl leicht gebauter Dampfer vermittelte fortan den Verkehr Bremens mit den Städten an der Oberweser zum großen Nutzen aller daran beteiligten Interessenten.

---

3. Vom Seeverkehr in älterer Zeit.

Besser als der Verkehr auf der Oberweser blühten in älterer Zeit der Seeverkehr und die Seeschiffahrt, die den

Bremer Kaufleuten weit interessanter und lohnender war als der Inlandshandel mit seinen lästigen unendlichen Zollplackereien. Man hatte in großkaufmännischen Kreisen eine große Abneigung gegen den Verkehr mit dem Inlande und überließ ihn daher gern den kleineren Kaufleuten. Diese letzteren pflegte man Kaufleute zweiter Hand zu nennen, und es war eine Seltenheit, wenn einer von diesen in eine Kommission oder Deputation gewählt wurde. Die Seehandel treibenden Kaufleute dagegen spielten die erste Rolle in Bremen. Aus ihren Kreisen wurden die Mitglieder des Senats, sowie die Älterleute gewählt, und es ist begreiflich, daß diese Großkaufleute der Verbesserung der Oberweserschiffahrt äußerst interesselos gegenüberstanden. Umsomehr aber waren sie bereit, für die Verbesserung alles dessen, was sich auf den Seehandel bezog, mit Wort und Tat einzutreten. Sie trugen keinerlei Bedenken, erhebliche Summen auf Hafenanlagen und Verbesserung der Unterweser zu verwenden, während sie sich ängstlich hüteten, mit den „Dingen im Reich“, mit dem entsetzlichen Wirrwar der zahlreichen Zölle, Münzen- und Gewerbesteuern sich einzulassen. So waren die Handelsbeziehungen mit den überseeischen Ländern schon längst in vollem Flor, als der Inlandsverkehr noch in den Windeln lag.

Schon von dem Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten Nordamerikas (1776) an bestand ein direkter Handelsverkehr zwischen Deutschland und Amerika, während man vor dieser Zeit auf den Zwischenhandel Englands angewiesen war. Wie wir wissen, gingen junge Leute aus den Hansestädten, besonders Bremer, Ende des achtzehnten und zu Anfang des vorigen Jahrhunderts gern nach Amerika, namentlich nach Boston und Baltimore und später nach Newyork, als sich diese schnell aufblühende Stadt zur ersten Handelsmetropole Amerikas entwickelt hatte. Sie waren es, die dort große Handelshäuser gründeten, die heute noch hoch angesehen sind. Daß diese Reisen ins Ausland für die jungen Leute ungemein bildend sein mußten, liegt auf der Hand. In einem Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ (1840) äußerte sich Duckwitz darüber wie folgt: „Die Reisen der Bremer ins ferne Ausland, der beständige Verkehr mit demselben, das Interesse an der Schiffahrt und an Unternehmungen geben freilich den geselligen Kreisen einen eigentümlichen Anstrich, den der „Süßwassermann“ selten begreift. Begebenheiten,

Sitten, Gebräuche der überseeischen Ferne, verglichen mit demjenigen, was das Vaterland aufweist, sind die vorherrschenden Gegenstände der Gespräche; ein Lesen, Forschen und Studieren ohne praktischen Zweck ist hier nicht zu Hause, und muß da gesucht werden, wo man die Zeit dazu hat. Dieser Trieb, in weite Ferne zu wandern, sich daselbst temporär niederzulassen, das Ausland zu durchforschen, eine leidenschaftliche Vorliebe für Seeschiffahrt und alles, was sich daran knüpft, ein hartnäckiger Unternehmungsgeist, das ist die vorherrschende Eigentümlichkeit der Bremer. In Amerika kennt man sie, im Vaterlande weiß man wenig davon, denn der flüchtige Besucher wird davon nichts gewahr, und der Bremer folgt der kaufmännischen Maxime, zu schweigen und zu handeln."

Genaue Daten und Zahlen über den Handelsverkehr unserer Stadt mit Amerika in älterer Zeit fehlen; doch ist bekannt, daß der Hauptausfuhrartikel die in Schlesien, Sachsen und Westfalen hergestellte Leinwand war. Eine Denkschrift des Bremer Kaufmanns Adami gibt jedoch nähere Angaben über den Schiffsverkehr der zwanziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Dr. M. Lindeman führt im 10. Band des „Bremischen Jahrbuches" aus dieser Schrift eine Reihe von Zahlen an, die gewiß interessieren. So kamen im Jahre 1820 auf der Weser an von den Vereinigten Staaten 53 Schiffe, in den Jahren 1825 und 26 durchschnittlich 59. Nach einer Warenliste wurden im Jahre 1826 eingeführt 5780 Fässer und 70 927 Säcke Kaffee, 6226 Faß Reis, 6441 Ballen Baumwolle, 9091 Faß Tabak, außerdem Zucker, Pfeffer, Tee, Rum und Häute. Schon damals stand der Tabak dem Werte nach in erster Linie; es wurden bis 13 Millionen Pfund pro Jahr expediert. Der Gesamtwert der im Jahre 1825 in 52 Schiffen aus Nordamerika auf der Weser angebrachten Ladung betrug schon über $2^1/_4$ Mill. Taler (Gold), während die Hansestädte in demselben Jahre insgesamt Waren im Werte von über 3 Millionen Dollars nach den Vereinigten Staaten ausfuhren. Der Aufsatz Dr. Lindemans im „Brem. Jahrbuch" („Zur Geschichte der älteren Handelsbeziehungen Bremens mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika") berichtet sodann in ebenso interessanter wie ausführlicher Weise über die Verhandlungen der Hansestädte mit den Vereinigten Staaten, die endlich zum Abschluß eines Vertrages führten. Der Wunsch nach einem solchen festgeordneten,

klaren Vertragsverhältnisse bestand schon längst in den beteiligten Kreisen und erwachte um so lebhafter, je mehr die ewigen Intriguen der politischen Parteien und das unerträgliche Zollsystem den stets zunehmenden Verkehr auf beiden Seiten erschwerten, zumal den einzelnen Staaten des Deutschen Bundes das Gefühl der Zugehörigkeit gänzlich abhanden gekommen war und der eine Staat mit neidischen Blicken die Interessen des andern überwachte. Deshalb war man nirgends froher als in den Hansestädten, als am 20. Dezember 1827 der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Bremen, Lübeck und Hamburg und den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgeschlossen wurde, ein Vertrag, der für die beiderseitigen Handelsinteressen von größter Bedeutung war. Der aus 11 Artikeln bestehende Vertrag sollte vorläufig 12 Jahre gelten, durfte aber stillschweigend verlängert werden. Ihm folgten in kurzer Zeit ein ähnlicher Vertrag mit dem Kaiserreich Brasilien und ein solcher mit den mexikanischen Freistaaten.

Über das Zustandekommen dieser Verträge war man in Bremen aufs höchste erfreut. Im Februar des nächsten Jahres legte der Senat diese Verträge vor, daran die Hoffnung knüpfend, „daß sie für die Wohlfahrt und das Gedeihen der Hansestädte von heilsamer Wirkung sein werden“. Die Bürgerschaft genehmigte sie gern. Von nun an wurden die Hansestädte die berufensten und eifrigsten Pfleger der Handelsbeziehungen Deutschlands mit den überseeischen Ländern. Bisher hatte es der preußische Hafen Stettin versucht, mit den Hansestädten zu konkurrieren, und der preußische Konsul in Newyork war eifrig bemüht gewesen, die direkten Handelsbeziehungen zwischen Amerika und den preußischen Ostseehäfen zum Nachteil der Hansestädte zu fördern. Aber die Tatsachen bewiesen immer mehr das natürliche Übergewicht der Nordseehäfen gegen die Ostseeplätze, und man kam in Preußen bald zu der Einsicht, daß man den Hansehäfen nicht gewachsen war. Bedeutende Verdienste in dieser Angelegenheit hat sich wiederum Duckwitz erworben. Durch Schrift und Wort war es ihm gelungen, in den weitesten Kreisen, besonders in Preußen und Süddeutschland richtige Ansichten über den Handel und die Bedeutung der Hansestädte zu verbreiten. Damals herrschte die Ansicht, daß die Hansestädte, die „englischen Faktoreien“, schuld seien an dem Niedergange der deutschen Seemacht, daß sie als eine Art Barbareskenstaat auf

dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft hinter den übrigen Staaten Deutschlands weit zurückständen und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien. Duckwitz wies diese Angriffe mit aller Entschiedenheit zurück und lieferte in seinen Aufsehen erregenden handelspolitischen Aufsätzen den Beweis, daß gerade die Hansestädte die berufensten Vertreter nationaler Interessen seien, daß die deutsche Handelsmarine nach der englischen die größte in Europa sei und daß sogar das kleine Bremen mehr über 500 Last große Handelsschiffe besitze als selbst Frankreich. Auch der Vorwurf des mangelnden Interesses der Hansestädte für Kunst und Wissenschaft wußte der gewandte Staatsmann glänzend zu widerlegen, zugleich den Nachweis liefernd, daß es für Deutschland notwendiger sei, ein paar tüchtige Seehandelsplätze zu haben, als noch einige Universitäten mehr.

So ging denn endlich dem übrigen Deutschland ein Licht auf über die Bedeutung der Hansestädte, die Nörgeleien gegen die deutsche Schiffahrt hörten auf und auch Preußen verzichtete auf das Rivalisieren mit den rasch aufblühenden Hanseplätzen. Dafür aber widmete sich Preußen einer anderen Mission von unschätzbarem Werte für das ganze Deutschland, sie galt der Beseitigung der häßlichsten Schranke des freien Verkehrs durch die Gründung des Deutschen Zollvereins.

---

4. Bremen und der Zollverein.

Der Deutsche Zollverein, der die lang ersehnte wirtschaftliche Einigung Deutschlands herbeiführte und somit den Grund zur späteren politischen Einheit legte, war das Werk langer Verhandlungen. Preußen hat das Verdienst, dem heillosen Wirrwarr der verschiedenartigsten Zölle in den deutschen Ländern, die Handel und Verkehr unendlich erschwerten, ein Ende bereitet zu haben. Schon in den Jahren nach den Freiheitskriegen, als in dem deutschen Staatenbunde Verhandlungen über Verhandlungen, Verfassungsfragen und Handel und Verkehr betreffend, gepflogen wurden, ergriff Preußen kühn die Initiative zu eigenem Handeln. Es hielt sich von allen weiteren Verhandlungen des Deutschen Bundes, die doch zu nichts führten und das Volk in hohem Grade verstimmten, bald ganz fern

und fing an, zunächst im eigenen Lande alle noch vorhandenen Binnenzölle zu beseitigen und traf dann erfolgreiche Veranstaltungen, durch Abmachungen mit den Nachbarstaaten sein Zollgebiet zu erweitern. Mehrere thüringische Staaten, sowie Mecklenburg-Schwerin schlossen sich ihm bald an, und 1828 erfolgte eine Zolleinigung zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. Beide Staaten gaben den Warenverkehr miteinander bis auf wenige Artikel gänzlich frei und teilten sich in den Zolleinkünften nach der Kopfzahl ihrer Bevölkerung. Nun wurden auch die übrigen Staaten auf diesen Zollverband aufmerksam, und sahen sich, teils aus Neid, teils aus Mißverständnis veranlaßt, dem Preußisch-hessischen Zollverband durch andere Verbände entgegen zu treten. So vereinigten sich in demselben Jahre die süddeutschen Staaten, Bayern, Württemberg und die hohenzollernschen Fürstentümer zum Süddeutschen Zollverein, während Hannover, Kurhessen, Sachsen und einige norddeutsche Kleinstaaten, darunter auch Bremen, sich zum Mitteldeutschen Handelsverein zusammenschlossen, ebenfalls 1828. Die Staaten des Mitteldeutschen Handelsvereins hatten sich verpflichtet, in sechs Jahren keinem anderen Zollverbande beizutreten, und ihre Hauptaufgabe war es, die Vereinigung des Preußisch-hessischen mit dem Süddeutschen Zollverein zu verhindern. Aber gerade das, was man verhüten wollte, kam sehr bald zu stande. Bereits im folgenden Jahre schlossen die beiden Vereine, die man bekämpfen wollte, einen Handelsvertrag mit wesentlichen Zollerleichterungen ab. Der Mitteldeutsche Verein ging infolgedessen denn auch bald auseinander, da bis zum Jahre 1831 die meisten norddeutschen Staaten, darunter auch Oldenburg, dem Preußisch-hessischen Zollverein beitraten. Der letztere entwickelte sich nunmehr rasch weiter, unablässig bestrebt, die süddeutschen Staaten zu gewinnen. Das gelang endlich nach Überwindung vieler Schwierigkeiten am 22. März 1833. Als nun auch das Königreich Sachsen folgte, trat dann endlich mit dem 1. Januar 1834 der Deutsche Zollverein ins Leben, womit ein einheitliches Verkehrsgebiet für den größten Teil der deutschen Staaten geschaffen war. In diesem Gebiete hörten von der Zeit an alle Zölle an den gemeinschaftlichen Landesgrenzen auf. Es blieb nur eine Zollerhebung an den Grenzen auf Grund eines gemeinschaftlichen Tarifs.

In einer eigentümlichen Lage befand sich Bremen dem Zollverein gegenüber. Man hielt ihn geradezu für ein Unglück, dessen weiterer Verbreitung man allerlei Hindernisse in den Weg legen müsse. Die Ursache davon war nicht allein ein Verkennen der preußischen Absichten, sondern weit mehr die Befürchtung, daß die Freiheit des Binnenverkehrs verloren gehen und Bremens Handel mit den süddeutschen Staaten Einbuße leiden könne. So ist es begreiflich, daß man gern dem Mitteldeutschen Verein beitrat, um dessen Zustandekommen kein Geringerer als Johann Smidt eifrigst bemüht gewesen war. Man darf diese Vereinigung keineswegs, wie es so oft geschieht, als das Werk eines engherzigen, kurzsichtigen Partikularismus betrachten, für Bremen war es eine Art Notwehr, die man üben mußte, um den schon ohnehin durch die Konkurrenz anderer Häfen arg bedrängten Handel nicht vollends zu Grunde gehen zu lassen.

Dieser Ansicht waren auch die bremischen Zeitungen, die energisch Front machten gegen den Zollverein. Es bestand in Bremen nicht die geringste Neigung, dem Zollverein beizutreten, zumal auch Hannover durchaus nicht gewillt war, sich anzuschließen. Da war es wiederum Arnold Duckwitz, der es versuchte, die Vorurteile gegen den Zollverein zu brechen und die bremische Politik in andere Bahnen zu leiten. In einer Reihe von Zeitungsartikeln und in einer Schrift „Über das Verhältnis Bremens zu dem Zollverein“ (1837) wies er nach, daß gerade im Zollverein das Mittel gegeben sei, die lästigen Zollplackereien ein für allemal los zu werden, daß sich durch den Zollverein ein großes Gebiet erschließe, das der Industrie durch die Bearbeitung der in Bremen eingeführten überseeischen Produkte nutzbar gemacht werden könne, und daß schon aus diesem Grunde der Anschluß Bremens „keineswegs etwas Entsetzliches“ bedeute. Die Schrift schildert des weiteren die Lage des bremischen Handels, der sich durch die Konkurrenz Hamburgs und der niederländischen Häfen höchst ungünstig gestaltet habe, dem es daher dringend not tue, ein weiteres Absatzgebiet im Binnenland zu gewinnen. Sie verbreitet sich dann weiter über den Nutzen der Industrie in einem großen, vielverbrauchenden Absatzgebiete: „Nur wenn eine Fabrik ihre Ware in großen Massen abzusetzen im stande ist, kann sie wohlfeil arbeiten und in den Besitz der Mittel gelangen, sich

jede Verbesserung und neue Erfindung zu nutze zu machen." Durchaus verkehrt sei es, den Zollverein mit scheelen Augen anzusehen, da Bremen durch das Aufblühen der Industrie für den Absatz seiner Rohstoffe und andererseits durch den Export der industriellen Erzeugnisse nur Vorteile erwachsen könnten.

Wenn trotzdem die Antipathie Bremens und der übrigen Hansestädte gegen den Zollverein dieselbe blieb, so lag das, wie schon angedeutet, in dem eigenartigen Verhältnisse, in dem die Hansestädte sich dem übrigen Deutschland gegenüber befanden. Von jeher waren die Hansestädte auf ihre eigene Kraft angewiesen und ohne fremde Hilfe groß geworden. Der stolze hanseatische Geist wollte auf alle Fälle seiner Tradition treu bleiben und seine Selbständigkeit wahren, besonders einer Vereinigung gegenüber, die, wie man sicher glaubte, das freie Verkehrsleben zu vernichten drohte. Man war mißtrauisch gegen eine Handelspolitik, die, was tatsächlich der Fall war, den deutschen Handel über Frankreich und die Niederlande zum Schaden der Hansestädte begünstigte. Während z. B. die Schweiz und das südliche Deutschland ihren überseeischen Verkehr über französische und niederländische Häfen gänzlich frei von Transitzöllen betrieben, wurde diesen Ländern der Verkehr mit den deutschen Häfen durch schwere Transitzölle des Zollvereins ungemein erschwert oder ganz unmöglich gemacht, der beste Beweis dafür, daß es mit der handelspolitischen Weisheit Deutschlands in jenen Tagen nicht weit her war. Wenn nun trotzdem der Handel Hamburgs und Bremens stetig aufblühte, so ist das Selbstgefühl dieser Städte und ihre Weigerung, dem Zollverein beizutreten, wohl erklärlich. Aber die öffentliche Meinung des Binnenlandes gegen die Hansestädte, die Faktoreien Englands, die Barbareskenstaaten, wie man sie nannte, wurde immer gereizter, je mehr die Hansestädte gegen den Zollverein agitierten.

Die Bedeutung des Zollvereins wuchs jedoch zusehends und rückte den Hansestädten näher und näher. Hamburg kümmerte sich wenig um die ganze Angelegenheit, verschmähte es aber nicht, von Zeit zu Zeit eine heftige Zeitungspolemik gegen den Zollverein loszulassen. In Bremen war man nicht so gleichgültig. Hier war es, wo in den Kreisen der Kaufleute die Idee reifte, einen Handels- und Schiffahrtsbund aller deutschen Staaten zu gründen, welcher gemeinsam Handels-

verträge abschließen und feindliche Tarife bekämpfen sollte (1842). Bürgermeister Smidt war der eifrigste Verfechter dieser Idee, Arnold Duckwitz wurde ermächtigt, für das geplante Werk in Berlin und Hannover Freunde zu gewinnen. Auch die gerade um diese Zeit gegründete „Weserzeitung" (1844) trat mit aller Entschiedenheit für diese Idee ein. Man sah in dem Handel- und Schiffahrtsbund das beste Mittel zu einer Verständigung zwischen den hansischen Städten und den antihansischen Bestrebungen des Binnenlandes. Lange Verhandlungen folgten, über die Duckwitz in seinen „Denkwürdigkeiten" eingehend berichtet. Aber der Bund, der das hanseatische mit dem deutschen Interesse vereinigen sollte, kam nicht zu stande.

So mußte es sich denn Deutschland gefallen lassen, daß England und Frankreich es wie bisher nicht als einen Staat betrachteten, sondern jeden Staat als einen Staat für sich gelten ließen. „Es konnten daher," sagt Duckwitz, „nach wie vor alle Waren aus fremden Entrepots zu den gewöhnlichen Eingangszöllen nach Deutschland gebracht werden, während aus deutschen Häfen nach keinem Lande Europas, mit alleiniger Ausnahme von Rußland, überseeische Waren gebracht werden durften, es sei denn gegen einen erheblichen Aufschlagszoll, insofern man es nicht ganz und gar verbot. Statt in Deutschland die Nationalehre dabei verletzt zu sehen, freute man sich der praktischen Ausübung der Theorie des Freihandels und bemerkte nicht, daß ein nur von der einen Seite gewährter, von der andern aber verweigerter freier Verkehr doch füglich nicht Freihandel genannt werden könne. — Deutschland läßt sich mit herkömmlicher wahrer Lammesgeduld viel gefallen, ohne sich darum zu quälen, daß neben der Benachteiligung des deutschen Seehandels vor allem die Ehre Deutschlands dadurch berührt wird."

Mit den Jahren rückten nun die Zollgrenzen unserem kleinen, wirtschaftlich unselbständigen Gemeinwesen bedenklich näher. Anfang 1854 traten Hannover und Oldenburg dem Zollverein bei. So berührte der Zollverein unmittelbar die Grenzen Bremens, und es wurde durchaus notwendig, sich mit ihm zu verständigen. Obgleich die Nachteile der Grenzzölle nunmehr deutlich hervortraten, konnte man sich auch jetzt noch nicht zum Anschluß verstehen. Man erachtete die Formalitäten des Zollvereins unvereinbar mit der Freihafenstellung Bremens, einer

Stätte, auf welcher alle Zollgebiete, frei von den in jedem von ihnen herrschenden Belästigungen des auswärtigen Verkehrs, ihre Produkte austauschen können ohne Verteuerung durch Abgaben und ohne Kontrollmaßregeln der Zollbehörden. Die Rücksicht auf den Lebensnerv der Stadt also war es, die Bremen zwang, einem Verein fern zu bleiben, der nur aus kündbaren Verträgen bestand und keine dauernde Organisation besaß, dem also bis soweit die Möglichkeit einer ruhigen Fortentwicklung abgeschnitten war. Eine Verständigung aber war unerläßlich, und sie wurde auch herbeigeführt. Hannoversche, kurhessische und preußische Kommissare traten mit bremischen (Smidt, Duckwitz) zusammen und nach langen Beratungen kam es 1856 zum Vertrag. Er betraf insbesondere die Errichtung eines Hauptzollamtes in Bremen für die Abfertigung von Waren auf dem Bahnhof und für den Versand auf der Oberweser und die Errichtung einer Zollvereinsniederlage in der Stadt. Zugleich wurden verschiedene Teile des Bremer Gebiets an den Zollverein zur bessern Abrundung seiner Grenzen angeschlossen, so z. B. der Bahnhof Sebaldsbrück, und Bestimmungen über die Beziehung von Märkten und die dabei zu gewährenden Erleichterungen getroffen. Somit war ein bestimmtes Rechtsverhältnis des bremischen Handels mit dem Zollverein abgeschlossen, dessen hauptsächlichster Vorteil darin bestand, daß der Handel mit zollvereinsländischen Erzeugnissen nicht das „ausländische" Bremen zu umgehen brauchte, sondern in der Zollvereinsniederlage betrieben werden konnte, gerade so, als wenn die Waren gar nicht aus dem Zollverein herausgekommen wären. Eine Änderung von nicht erheblicher Bedeutung erlitt dieser Vertrag im Anfang der 60er Jahre, als der Zollverein einen Handelsvertrag mit Frankreich einging.

Die großen Ereignisse des Jahres 1866 veränderten die Lage der Dinge in Deutschland vollständig: der Norddeutsche Bund brachte endlich die lang ersehnte zentralisierte Macht, welche die inneren Angelegenheiten der vereinten deutschen Staaten gesetzlich regeln und den gesamten Staat mit Nachdruck gegen das Ausland vertreten konnte. Von größter Bedeutung war die Gründung des Norddeutschen Bundes daher auch für den Zollverein, der nun eine verfassungsrechtliche Institution mit zwei staatsrechtlichen gesetzgebenden Körperschaften, dem Zollbundesrat und dem Zollparlament, und somit ein lebens-

fähiger Organismus wurde. An Bremen, dem nach der Bundesverfassung die Freihafenstellung verblieb, bis es selbst den Einschluß in die Zollgrenze beantragte, trat nun abermals die Frage heran, ob es sich anschließen oder in seiner Freihafenstellung verharren solle. Hatte die letztere nun, da die Hansestädte einen großen Teil ihrer bisherigen handelspolitischen Befugnisse an eine kräftige Zentralregierung abgegeben, für sich allein noch Wert? Diese Frage wurde zu jener Zeit in Bremen lebhaft erörtert, ebenso in Hamburg und Lübeck. Lübeck trat dem Zollverbande bei, in Hamburg und Bremen verharrte man in der bisherigen Freihafenstellung in der höheren Meinung, daß diese den Interessen des Handels am besten entspreche. Die Bundesregierung scheint auch nicht die Neigung kund gegeben zu haben, die Hansestädte zum Eintritt in den Zollverein zu nötigen, sie überließ es ihnen selbst, diejenige Stellung zu wählen, die der Erfüllung ihrer Aufgabe, Deutschlands Anteil am Welthandel zu vermitteln, am besten nachkommme. Eine Denkschrift, die im Jahre 1868 der bremischen Handelskammer überreicht wurde, legt in ausführlicher Weise dar, aus welchen Gründen man sich zur Zeit zur Inkorporation in den Zollverein nicht entschließen solle. Die Schrift führt aus, daß das bremische Verkehrsleben in seiner Gesamtheit durch den Anschluß an den Zollverein schwer leiden würde, da die aus diesem Schritte hervorgehenden Nachteile keineswegs die noch unsicheren und unbedeutenden Vorteile ausgleichen könnten. Überdies habe der Zollverein keinerlei Interesse an dem Anschlusse Bremens, das nicht zehnfach überwogen würde durch das andere, daß der Handel die möglichst größte Ausdehnung gewinne. „Daß Bremen aber,“ so schließt die Schrift, „seine Freihafenstellung aufgebe, bevor es mit Vorteil für seinen und somit für den deutschen Handel geschehen kann, bloß weil diese Stellung eine besondere ist, darf niemand wünschen. Der Bau des deutschen Staates ist nicht so symmetrisch, noch ist Symmetrie ein so hoher Vorzug in staatlichen Dingen, daß dieser Rücksicht große Interessen geopfert werden sollten. Ist aber der rechte Augenblick des Anschlusses für Bremen gekommen, so wird der Nutzen dieses Schrittes so klar vor Augen liegen, daß jeder Widerspruch gegen denselben verstummen muß.“

Und der rechte Augenblick kam. Die glanzvollen Jahre 1870/71 brachten die Einheit Deutschlands und den deutschen

Kaiser. „Glücklich, wer diese Kaiserzeit erlebte!“ heißt es in Duckwitz' „Denkwürdigkeiten“. Der Zollverein, der nun seine Selbständigkeit verlor, ging im Deutschen Reiche auf, und von diesem Zeitpunkt an wurden die einzelnen Teile des Reiches mit möglichster Vollständigkeit dem Zoll- und Handelsgebiete des Reiches einverleibt. 1875 wurden der Buntentorssteinweg und die umliegenden Dörfer dem Zollgebiete des Deutschen Reiches angeschlossen. Damit standen die Zollbeamten des Deutschen Reiches an den Toren der Stadt; damit aber blühte zugleich der Schmuggel mächtig auf. Die Zollbeamten, die in jenen Tagen am Hohen- und Buntentor Wache standen, wissen heute noch ein Lied davon zu singen, und mancher unter uns weiß sich der heiteren Episoden, die die oft mit größtem Raffinement ausgeübte Gesetzesumgehung, besonders der Schmuggel mit Tabak, fast täglich hervorrief, noch sehr wohl zu erinnern. Es war, als sollte die Zeit des französischen Douanenwesens zu Anfang des vorigen Jahrhunderts von neuem auferstehen, die Zeit, wo man Kanonenstiefel mit Sirup, hohle Wagendeichseln und Reitsättel, Milcheimer ꝛc. mit doppeltem Boden mit allerlei verbotenen Waren anfüllte, Hunde und andere Tiere zum Schmuggel abrichtete und dergleichen mehr. (Bekannt ist z. B. noch Holschers famose Hosengeschichte, die damals die Runde durch die Zeitungen machte.) Zum Glück brach endlich der Tag an, der diesen unglückseligen Zuständen, die bei aller Heiterkeit mancher Affaire doch eine sehr ernste Gefahr für das Volksleben in sich bargen, ein Ende machte. Das war der 15. Oktober 1888, der Tag, an dem Bremen und Hamburg, mit Ausnahme eines neugebildeten Freihafengebietes, gänzlich dem Zollgebiete des Reiches eingefügt wurden. Wenn auch von diesem Tage an „das Leben in Bremen teurer geworden ist“, so nahm doch Bremen von der Zeit an einen ungeahnten Aufschwung auf dem Gebiete des Handels, der Schiffahrt und der Industrie, besonders nach Vollendung der großartigen Werke unseres genialen Franzius', der Bauten des Freihafens und der Weserkorrektion; so daß sich wohl kaum einer unter uns nach der „guten alten Zeit“ zurücksehnen wird.

---

5. Vom bremischen Postwesen.

Da sich der bremische Handel bereits sehr frühzeitig entwickelte, so sah man sich veranlaßt, auch der Förderung der Verkehrsmittel schon frühzeitig besondere Pflege zu widmen, und es ist nicht uninteressant, die Entwicklung derselben, besonders des Postwesens, zu verfolgen. — Schon im Mittelalter gab es in Bremen wie in anderen größeren Städten sog. reisende Boten, die den Verkehr mit anderen Städten und dem Reichskammergericht zu Wetzlar vermittelten. Sie standen unter der Kontrolle des Rats. Die erste eigentliche Post im modernen Sinne, die Briefe und Geld beförderte, wurde 1608 zwischen Bremen und Braunschweig eröffnet; 20 Jahre später gab es einen Postkurs zwischen Hamburg und Amsterdam über Bremen, der später in eine fahrende Post umgewandelt wurde. Um diese Zeit eröffnete die Thurn- und Taxische Reichspost ihre Tätigkeit in unserer Stadt. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis war vom Kaiser mit dem Rechte belehnt worden, das Postwesen in den freien Reichsstädten ausüben zu dürfen, und erfreute sich besonderer kaiserlicher Privilegien. Es eröffnete in Bremen ein „kaiserliches“ Postamt, und war eifrigst bemüht, den ganzen Postverkehr der Stadt in die Hand zu nehmen. Jedoch fand es bald seinen Rivalen in Kurbrandenburg, das eine Reitpost von Minden über Bremen nach Emden ins Leben rief. Der Magistrat in Bremen, der sich um die Postangelegenheiten jener Zeit wenig kümmerte und einen „Postmeister“ damit betraut hatte, hatte nichts dagegen. Im Laufe der Jahre aber nahm die kurbrandenburgische, später preußische Post an Bedeutung zu, und es entbrannte zwischen ihr und der kaiserlich Thurn- und Taxischen Reichspost ein erbitterter Rechtsstreit, der lange Jahre — auch in anderen Territorien — geführt wurde und endlich in Bremen mit der Verbindung beider endigte. Inzwischen hatten auch andere Staaten es nicht versäumt, eigene Postämter in den Hansestädten zu begründen. So errichtete unser Nachbarstaat Hannover in unserer Stadt ein Postamt. Dabei kam ihm vortrefflich zu statten, daß er eigenes Besitztum an Grund und Boden in Bremen hatte. Nicht so leicht wurde es Oldenburg gemacht, da es nicht wie Hannover lokalen Besitz in der Stadt hatte.

Dennoch betrieb Oldenburg wiederholt eigenes Postwesen in Bremen, so daß der Rat sich oft veranlaßt sah, dagegen einzuschreiten. Die Stadt Bremen selbst konnte, da die meisten Postkurse bereits in anderen Händen waren, nur in geringem Maße eigenes Postwesen betreiben, sie beschränkte sich auf den Verkehr mit Hamburg und Holland.

So befanden sich denn zu Anfang des vorigen Jahrhunderts in Bremen eine *Stadtpost*, ein *Hannoversches* und ein *Thurn- und Taxisches*, vereinigt mit dem *Preußischen Postamt*, die zur Zeit der Franzosenherrschaft — 1810 — sämtlich in ein Kaiserlich Französisches Postamt umgewandelt, 1813 aber, nach Vertreibung der Fremdherrschaft, wieder hergestellt wurden.

Das Jahr 1823 bedeutete eine neue Phase in der Entwicklung unseres Postwesens, indem der bremische Postmeister Wichelhausen einen Vertrag mit Preußen abschloß, wonach die preußischen Postgeschäfte an die Stadtpost übergingen. Von diesem Zeitpunkte an ging Bremen in allen Fragen des Postwesens an der Seite Preußens. Daß die vielen Postinstitute in der Stadt mit ihren zum Teil höchst verworrenen Betrieben und Tarifen sich keineswegs der Beliebtheit des Publikums erfreuten, kann man sich denken. Noch um die Mitte des verflossenen Jahrhunderts herrschten im bremischen Postwesen höchst unerquickliche Zustände. Mit wieviel Unzuträglichkeiten war es verknüpft und wie teuer waren die Briefe! Das Porto war drei- und viermal so hoch als jetzt, und außerdem mußten für jeden Brief zwei Pfennige Bestellgeld entrichtet werden. Hatte man diese nicht gleich zur Hand, so mußte man mit einem Groten herrausrücken, den natürlich der Bote dankend einsteckte. Unfrankierte Briefe kosteten den Empfänger fünf Groschen oder zwölf Groten. Am unangenehmsten aber war es, daß man mit dem Gebiet der verschiedenen Postanstalten nicht immer völlig vertraut war. Jede Post nahm natürlich nur Briefe für ihr Gebiet an und wies andere in nicht immer freundlichem Tone zurück. Namentlich die hannoverschen Beamten sollen an Grobheit nichts zu wünschen übrig gelassen haben.

Man war froh, als 1850, dank der nationalen Bestrebungen nach Einheitlichkeit der Verkehrsmittel, der *Deutsch-österreichische Postverein* ins Leben trat, dem sich Bremen mit Freuden anschloß. Für unsere Handelspolitik

waren damit große Vorteile verknüpft, da die wichtigste Korrespondenz mit den Seestaaten einzig und allein nun in bremische Hände überging, während früher die Hannoversche und Thurn- und Taxische Post dabei beteiligt waren. Besonders wichtig für uns wurde die regelmäßige Postverbindung Bremens mit den Vereinigten Staaten nach der Eröffnung der transatlantischen Dampferfahrten (1847).

Eine ruhige Weiterentwicklung des Postwesens kennzeichnet die letzten Jahrzehnte. Am 1. Januar 1866 wurde laut Vertrag zwischen der Krone Preußens und dem Fürsten von Thurn- und Taxis das Hannoversche Postamt in der Stadt aufgelöst. Mit der Begründung des Norddeutschen Bundes hörten dann endlich die einzelnen Territorialpostinstitute ganz auf, und das Post- und Telegraphenwesen wurde für das ganze Bundesgebiet in einheitliche Staatsverkehrsanstalten umgewandelt. Ein Norddeutsches Oberpostamt entstand in den alten Räumen des ehemaligen Hannoverschen Postamtes an der Dechanatstraße, ebenso in den Parterreräumen des Stadthauses, außerdem wurden Nebenpostämter in den Vorstädten und in der Umgegend errichtet, wie sie heute noch bestehen. So war endlich die alte Zersplitterung für immer beseitigt. — Bei der Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Reich endlich (1871) blieb die Grundlage des Bundespostwesens in ihren Grundzügen bestehen. Bremen erhielt ein Kaiserliches Oberpostamt, das 1874 zu einer Kaiserlichen Oberpostdirektion erweitert wurde, und diese übernahm 1876 auch die Verwaltung des mit der Post vereinigten Telegraphenwesens. Das war die Frucht des politisch geeinigten Deutschlands.

Die Räumlichkeiten der alten Postgebäude an der Dechanatstraße und seit 1870 an der Violenstraße hatten sich längst als ungeeignet erwiesen. So beschloß man denn endlich den Bau einer großen Reichspost. Am 21. Oktober 1875 wurde der Grundstein dazu gelegt und nach drei Jahren war der stattliche, im reichen Renaissancestil unter Leitung des Baumeisters Hake aus Berlin aufgeführte Bau vollendet, so daß er am 30. September 1878 bei Anwesenheit des Generalpostmeisters Dr. Stephan in feierlicher Weise eingeweiht werden konnte.

---

6. Von der ersten Bremer Eisenbahn.

„Eine Reihe von Jahren sausen schon die, den Blitz an Schnelle übertreffenden Lokomotiven in fast allen von kultivierten Erdensöhnen bewohnten Ländern, den Vergnügungsreisenden oft eher wie er wünscht, an Ort und Stelle bringend, während der eilige Geschäftsmann nicht genug die Wohltat dieser neuen Erfindung zu rühmen weiß, und nur die Wirte, Fuhrleute, Postbediente und andere vom Straßenverkehr lebende Personen dieselben als eine, ihren Broterwerb bedeutend schmälernde Einrichtung verwünschen. In unserm Deutschland hat das Eisenbahnsystem in den letzten zehn Jahren wahrhaft reißende Fortschritte gemacht. Eisenbahn! Eisenbahn! Dies Geschrei tönt von Osten nach Westen, von Süden nach Norden; tagtäglich hört man von neuen projektierten und beschlossenen Eisenbahnen, und wahrscheinlich ist Germanien in spätestens 20 Jahren so vom Eisenbahnnetze durchflochten, daß es nur noch einem zerbrochenen, vom Eisendraht zusammengehaltenen Siebe gleicht."

So beginnt eine kleine Schrtft eines Ungenannten anfangs der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts „über die von der freien Hansestadt Bremen und der Königl. Hannoverschen Regierung projektierten Eisenbahn zwischen Bremen und Hannover". Die Anlage einer Eisenbahn von Bremen nach Hannover erwies sich mit zwingender Notwendigkeit. Trotzdem stand man bei uns einem solchen Werke lange Zeit mit Mißtrauen und Vorurteilen aller Art gegenüber, und dieselben Schwierigkeiten, die der Leipziger Kaufmann Friedrich List, der Erbauer der ersten großen Eisenbahn in Deutschland von Leipzig nach Dresden (1837 bis 39) zu bekämpfen hatte, standen auch unseren unternehmungslustigen Bremer Kaufleuten hindernd gegenüber. Um die Verkehrswege zwischen Bremen und dem Inlande war es in jener Zeit recht traurig bestellt. Die schlechte Beschaffenheit des Fahrwassers der Weser bereitete der Schiffahrt große Schwierigkeiten. Dazu erschwerten die Zölle den Verkehr in erheblichem Maße. Nicht besser sah es auf den Landstraßen aus, wo vierspännige Frachtwagen fuhren und schwerfällige Postkutschen rumpelten, so daß das Reisen keineswegs zu den Annehmlichkeiten des Lebens gehörte. Dazu

kam, daß die Fuhrfrachten von Hamburg nach dem Inlande weit billiger waren als von Bremen aus, das obendrein noch den hohen hannoverschen Transitzoll erlegen mußte, während Hamburg denselben auf dem Wege über Magdeburg zu umgehen wußte. Bremen befand sich also in großem Nachteile Hamburg gegenüber, und in den Kreisen der jüngeren Kaufmannschaft erwartete man endlich Abhilfe von der großen Erfindung der Zeit, von der Eisenbahn. Aber woher das Geld zur Anlage eines so kostspieligen Werkes nehmen?

Sehr erfreut war man, als sich das Gerücht in der Stadt verbreitete, eine englische Gesellschaft beabsichtige, eine Bahn von Hamburg nach Bremen und von dort über Walsrode nach Hannover zu bauen. Bürgermeister Johann Smidt trat sogleich mit dem Kollegium der Älterleute, den Spitzen der Großkaufmannschaft, in Verhandlungen ein, korrespondierte auch mit der hannoverschen Regierung, aber die Angelegenheit schlief wieder ein, weil man auf beiden Seiten kein Geld bewilligen wollte. So waren wieder mehrere Jahre verflossen. Da trat die Eisenbahnfrage aufs neue an Bremen heran, und diesmal mit zwingender Notwendigkeit. Hannover hatte sein Augenmerk auf Harburg gerichtet, plante die Anlage eines Seehafens dort und die Erbauung einer Bahn Harburg-Hannover, in der Hoffnung, einen Teil des großartigen Hamburger Welthandels an sich zu ziehen. Die Verwirklichung dieses Planes ohne Zuziehung Bremens hätte dem Handel unserer Stadt den Todesstoß versetzt. Es war daher unbedingt notwendig, daß Bremen Harburg zuvorkomme oder wenigstens gleichzeitig mit Harburg eine Bahn nach Hannover baue. Smidt, der von der unendlichen Wichtigkeit einer Bahn von Bremen nach Hannover überzeugt war, stellte daher auf Anlaß seines Freundes Arnold Duckwitz an den Senat kurzer Hand das Ersuchen, für die zu errichtende Bahn nach Hannover 500 000 Taler zu bewilligen. Was war die Antwort des Senats? Große Heiterkeit. So sehr verkannte man die Notwendigkeit der Eisenbahn; man hegte eine allzugroße Abneigung gegen alles, was Aktienunternehmungen hieß, besonders aber gegen den Bau von Eisenbahnen. Zum Glück dachte die jüngere Kaufmannschaft anders. Ihr und dem energischen Auftreten Arnold Duckwitz' war es zu verdanken, daß die Eisenbahnangelegenheit vor die Bürgerschaft kam, welche sich

bewußt war, daß die Erbauung einer Eisenbahn für Bremen eine Lebensfrage sei und jede Saumseligkeit die schlimmsten Folgen für Bremen herbeiführen könne. Das Gerücht, Hannover beabsichtigte den Bau einer Bahn nach Harburg, kam jetzt von mehreren Seiten und erregte nun auch im Senat Besorgnis. Um diese Zeit wurde Arnold Duckwitz in den Senat gewählt (1841) und gleich mit der wichtigen Mission betraut, genaue Erkundigungen über das Projekt Hannovers einzuziehen und Bremens Sache in der Eisenbahnangelegenheit zu vertreten. So reiste der junge Senator nach Hannover, und hier sollte er bald Gelegenheit genug finden, sein diplomatisches Geschick zu entfalten. In fesselnder Weise erzählt er von seinen Verhandlungen mit dem gefürchteten Minister von Schele über den gleichzeitig mit der Harburger Bahn zu errichtenden Bau einer Eisenbahn nach Bremen. Der Minister war nicht abgeneigt, wollte aber nur mit Einwilligung der Majorität der Ständeversammlung handeln. Diese für sein Projekt zu interessieren und zu gewinnen, gelang Duckwitz sehr bald, besonders, da er mit Zahlen aufwarten konnte, „die ja immer Eindruck machen und besonders auf diejenigen, welche sie nicht verstehen“. Über diesen unerwartet schnellen Erfolg unseres Diplomaten war Minister von Schele so erfreut, daß er ihn zum Diner einlud und ihn dabei besonders auszeichnete. Nach Tisch unterhielt er sich fast eine Stunde lang in einer Fensterbrüstung mit ihm, „während die übrigen Herren herumstanden und sich langweilten“.

Voll freudiger Hoffnung kehrte Duckwitz nach Bremen zurück und arbeitete sofort eine Denkschrift aus, die in eingehender Weise das Interesse Hannovers an der Bremer Bahn klarlegte und, nachdem sie vom Senat gedruckt worden war, in Hannover verteilt wurde. Nach kaum acht Tagen traf die Nachricht ein, daß in der hannoverschen Kammer der Bau einer Bahn nach Bremen auf gemeinschaftliche Rechnung beider Staaten mit 83 gegen 3 Stimmen angenommen sei. Der Bremer Senat ging nach Rücksprache mit dem Vertrauensausschuß der Bürgerschaft darauf ein. Aber nun folgten noch lange Verhandlungen, die bremischerseits von Bürgermeister Smidt, der Duckwitz und einen anderen Herrn substituierte, gepflogen wurden und noch ganze vier Jahre dauerten. Sie brachten jedoch das erfreuliche Resultat, daß endlich der Vertrag zwischen

Hannover und Bremen in Nienburg unterzeichnet wurde. Das war am 14. April 1845. Nach diesem Vertrage übernahm die hannoversche Eisenbahndirektion die Leitung des Baues und des Betriebes unter gemeinsamer Beschlußnahme über Bauplan, Tarif und Fahrplan ꝛc. Auf beiden Konkurrenzbahnen Harburg-Hannover und Bremen-Hannover galten dieselben Frachtsätze, eine Bestimmung, die für Bremen von größter Wichtigkeit war. Hannoverscherseits wollte man anfangs die Bahnhöfe in Hannover und Bremen auf gemeinsame Kosten erbauen, man einigte sich jedoch dahin, daß jede Stadt ihren Bahnhof selbst zu erbauen habe. Duckwitz urteilt darüber wie folgt: „Hätte man unsern Bahnhof für gemeinschaftliche Rechnung mit Hannover angelegt, so würden Areal und Baulichkeiten sicher nach dem Maßstabe angelegt worden sein, den man damals an den Verkehr legte. Zu jeder ferneren Erweiterung hätte die Zustimmung Hannovers erwirkt werden müssen, und wären wir bei einer infolge der Ausdehnung unseres Handels notwendig werdenden Vermehrung der Güterschuppen ganz von dem Willen Hannovers abhängig geworden. Wir wollten aber völlig freie Hand behalten und das Areal für den Bahnhof so groß bestimmen, daß dasselbe voraussichtlich für eine spätere Zukunft ausreichend sei.“ Es hat sich aber doch ergeben, daß das in Aussicht genommene Areal zu klein war. Bei dem rasch aufblühenden Handel Bremens wurde der Bahnhof zu klein, und unser jetziger, der 1890 fertig gestellte schöne neue Zentralbahnhof, soll ja an demselben Übelstande leiden.

Die Finanzdeputation hatte nun für das nötige Geld zu sorgen, während die Eisenbahndeputation sich anheischig machte, den geeignetsten Platz für den zu erbauenden Bahnhof zu finden, eine Angelegenheit, die alle Bürger lebhaft interessierte. Die Wahl des Bahnhofsplatzes war besonders schwierig, weil in Bremen als Endpunkt der deutschen Eisenbahnen die meisten Waren nicht durchgeführt werden, sondern meistens längere Zeit zur Lagerung kommen, um dann in der Regel seewärts weiterexpediert zu werden. Das Areal durfte daher nicht zu klein gewählt werden. Lange Zeit diskutierten die Zeitungen über die Platzfrage. Man zog u. a. den Wasserberg beim Stephanitorswall in Erwägung, man schlug die Ostertors-, die Bischofstorsvorstadt, sogar einen Platz am Dobben, wo der Häfen einmündet, vor, bis man sich endlich einigte, den

oberen Teil der Bürgerviehweide längs dem belebtesten Teile der Stadt zu bebauen. Dieser Platz war zugleich der billigste und ermöglichte am besten die Weiterführung der Eisenbahn nach Vegesack-Bremerhaven und Hamburg. Dort wurde denn auch der erste bremische Bahnhof durch Baudirektor Adolf Schröder in schönen Renaissanceformen erbaut und 1847 vollendet.

Voll Ungeduld erwartete man in Bremen die Ankunft des ersten Eisenbahnzuges und damit die Eröffnung der Bahn. Aber die Geduld der Bremer sollte auf eine lange Probe gestellt werden. Der Bahnhof war fertig, aber Woche auf Woche verging, aus Wochen wurden Monate, die mit Sehnsucht erwartete erste Lokomotive wollte nicht kommen. Bestimmt hoffte man, die Bahn würde zum Freimarkt in Betrieb gesetzt werden und der Stadt einen nie gesehenen Fremdenverkehr zuführen, aber umsonst, „die Herren Ingenieure, die man gebeten hatte, mit Dampf hierher zu kommen“, ließen auf sich warten. Als eine Polizeiverordnung über den „bevorstehenden Anfang der Übungszüge“ erschien, war man wieder rosigster Hoffnung, es werde nun bald losgehen, aber bitter enttäuscht kehrten die vielen Menschen, die tagtäglich zum Bahnhof hinauswanderten, um das dampfende Ungeheuer zu sehen, zurück, sie sahen nichts; die Bahnwärter standen vergebens Posten und hielten umsonst ihre Fahnen bereit. Endlich aber kam die bestimmte Anzeige, daß am Sonntag, den 14. November, gegen drei Uhr nachmittags, die erste Lokomotive in Bremen ankommen werde. Und sie kam. Tausende hatten sich auf dem Bahnhofe eingefunden, als die festlich bekränzte erste Lokomotive — sie trug die Nr. 43 — einlief, und Kanonenschüsse begrüßten sie zum Empfang. Ein Personenwagen mit Bahnbeamten war angehängt. Gegen vier Stunden hatte die Fahrt gedauert, weil man an mehreren Stellen längeren Aufenthalt genommen. Auch in der Umgegend Bremens hatten sich überall Leute in der Nähe der Bahn angesammelt, den ersten Zug zu bewundern. Am Montag gegen 11 Uhr fuhr der erste Zug zurück. „Möchte die Bahn nun endlich ausprobiert sein und unsere Geduld auch, und die Lokomotive nun bald regelmäßig hin und her fahren“, das war der Wunsch des „Bremer Unterhaltungsblattes“ und gewiß aller seiner Leser.

Am 1. Dezember hieß es — auch die Zeitungen schrieben es — sollte die Eröffnung der regelmäßigen Fahrten

zwischen Bremen und Hannover von statten gehen. Aber es wurde nichts daraus. Ein Fremder, der an diesem Tage nach Hannover fahren wollte, war nicht wenig erschrocken, als man ihm auf seine Frage: „Wann geht der Zug ab?“ die Antwort gab: „In vierzehn Tagen vielleicht!“ Und er war doch nach Bremen gekommen, um die erste Fahrt nach Hannover mitzumachen. In ca. vierzehn Tagen wurde nun wirklich die Bahn eröffnet. Das war am 12. Dezember 1847, welcher Tag für alle Zeiten ein denkwürdiger Tag in der Chronik unserer Vaterstadt bleiben wird. Gegen 7 Uhr fuhr der erste Zug hier ab und gegen 11 Uhr kam der erste Zug aus Hannover an, von tausenden begrüßt. Noch weit mehr Zuschauer fanden sich am Nachmittage ein, als der zweite Zug einlief (3 Uhr) und abging (3¹/₄ Uhr), so viele, wie man wohl kaum je beieinander gesehen hatte. Auch um 7 Uhr war der Bahnhof von Menschen angefüllt, die das dampfende Ungeheuer in die Nacht hinausbrausen sehen wollten. Der letzte Zug jedoch, der um 10 Uhr ankommen sollte, verspätete sich infolge eines kleinen Schadens an der Maschine, bis Mitternacht. — „Gott sei Dank, daß es so weit ist,“ sagt das „Bremer Unterhaltungsblatt“, an das denkwürdige Ereignis des 12. Dezembers allerhand Betrachtungen knüpfend, u. a.: „Man sagt jetzt am Morgen Ade! und ist am Abend in Berlin; am andern Tage ist man wieder zu Hause und kann sagen: Ich war mal eben in Berlin. — Verden ist jetzt eine Vorstadt von Bremen. — Für Liebesleute ist die Eisenbahn eine ganz besonders gute Erfindung. Von langer Trennung ist nun keine Rede mehr. Liebesleute zwischen hier und Hannover können sich dreimal täglich schreiben und antworten; ja, was noch mehr ist, sie können sich auch dreimal täglich sehen und umarmen. Sonst machte man einen Klex und schrieb: Die Stelle habe ich geküßt, und natürlich wurde der Klex beim Lesen geküßt. Das ist nun nicht mehr nötig.“ Nun hatten die Bremer ihre Eisenbahn, und mancher ehrbare Tagenbare, der sich oft gesagt, „das werden wir nicht mehr erleben“, kam aus dem Verwundern lange Zeit nicht wieder heraus.

Niemand war mehr erfreut über die Eröffnung der Bahn, als die vielen Kaufleute in der Stadt, die ihr Geschäft oft nach auswärts rief. Jetzt endlich konnten sie auf die rumpelnden Postwagen und Omnibusse verzichten und gern bezahlten sie

ihren Obolos der Eisenbahn, 1 Taler 6 Groten für die dritte, 2 Taler für die zweite und 3 Taler für die erste Wagenklasse bis Hannover, Preise, die immer noch billig zu nennen waren gegen die der altmodischen Fuhrwerke früherer Zeiten.

Im ganzen zahlte Bremen für die mit Hannover gemeinsam errichtete, ca. 100 Kilometer lange Eisenbahn von Wunstorf nach Bremen an die sechs Millionen Mark, hatte dafür aber auch alljährlich ein hübsches Einkommen bis zum Jahre 1883, wo die Bahn an Preußen überging, wie auch die Geestebahn (Bremen-Geestemünde). Diese letztere stellte sich gleich nach Eröffnung der Bahn nach Hannover als überaus notwendig heraus, ebenso wie die Weiterführung des Bahnhofes bis an die Weser. Aber, wie es nun einmal nicht anders sein konnte, riefen diese Projekte wiederum lange Verhandlungen hervor, die dazu noch durch die Aufregungen der Jahre 1848 und 1849 gänzlich unterbrochen wurden.

Die den Verkehr auf der Weser mit der Eisenbahn vermittelnde Weserbahn wurde am 1. Februar 1860 eröffnet, der Weserbahnhof einige Jahre vorher (1857—59) durch Schröder und Klingenberg erbaut und die Geestebahn am 23. Januar 1865 dem Betrieb übergeben. Diese Geestebahn erbaute Bremen mit Hannover gemeinsam, die Zweigbahn von Burg-Lesum nach Vegesack (eröffnet am 8. Dezember 1862) aber allein. An anderen Eisenbahnverbindungen besitzt Bremen bekanntlich die Oldenburger Bahn, eröffnet am 15. Juli 1867, nachdem der Neustadtsbahnhof 1866 durch Bauinspektor Rippe fertiggestellt worden war, die Bahn Osnabrück-Hamburg, eröffnet am 15. Mai 1873, und Langwedel-Uelzen, an demselben Tage eröffnet. Durch die Übergabe der hannoverschen Bahn (Bremen-Wunstorf und Bremen-Geestemünde) an Preußen (1883) büßte Bremen ca. vier Millionen Mark ein. Bremen hat jedoch diesen Verlust zu ertragen vermocht, denn seit jener Zeit hat sich unserer Stadt ein großartiges Verkehrsgebiet erschlossen, das von Jahr zu Jahr wächst.

---

7. Vom Norddeutschen Lloyd und seinem Gründer.

Die Gründung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen den Hansestädten und den Vereinigten Staaten Nordamerikas (1827) begünstigte die ozeanische Schiffahrt ungemein. Allerdings wurde der Verkehr nur durch Segelschiffe vermittelt, und dauerten die Reisen von Bremen nach Amerika noch 50—60 Tage. Erst im Jahre 1838 fuhren die ersten transatlantischen Dampfer von England nach Amerika und 1840 wurden die ersten regelmäßigen Dampferfahrten zwischen Liverpool und den amerikanischen Häfen Boston und Newyork von der Cunardgesellschaft eröffnet. Sie vermittelte sowohl Passagier- als Postverkehr und wurde von der englischen Regierung subventioniert. Während der nächsten Jahre beschäftigte man sich in den Kreisen bremischer Kaufleute aufs lebhafteste mit der Idee, eine eigene Dampferverbindung mit Amerika zu errichten. Der amerikanische Konsul in Bremen Dudley A. Man interessierte sich sehr dafür und, dank seinen Bemühungen und der emsigen Tätigkeit Smidts und Duckwitzs, sollte die Idee bald verwirklicht werden. Smidt hielt es für nötig, einen Gesandten nach Amerika zu beordern, Duckwitz fand bald die geeignete Persönlichkeit in dem Bremer Kaufmann C. F. Gevekoht, der längere Zeit in Baltimore gewesen war und dort einflußreiche Bekanntschaften gemacht hatte. Smidt war der Meinung, Gevekoht müsse „sogleich mit dem ersten Steamer weg", da bereits schon andere Staaten mit Amerika in Verhandlung getreten waren. So reiste denn Gevekoht Ende 1845 als bremischer Spezialgesandter nach Washington ab, wo er bis Dezember 1847 blieb (G. wurde 1848 in die Nationalversammlung gewählt, starb schon 1850). Seiner unermüdlichen Tätigkeit ist es zu verdanken, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit die erste große Dampferlinie zwischen Bremen und Newyork ins Leben gerufen wurde, nämlich die Ozean S. S. Navigation Kompagnie. Die Vereinigten Staaten garantierten der Gesellschaft eine Subvention von 100 000 Dollar für jedes Schiff, wogegen sich Bremen verpflichtete, die nötigen Hafenanlagen von ausreichender Tiefe und Schleusenbreite in Bremerhaven zu beschaffen. (1846). Gleichzeitig wurde auch ein Postvertrag abgeschlossen,

wonach den Postdampfern Befreiung von allen Hafenabgaben zugesichert wurde. So kam denn — allerdings mit einem großen Aufwand von Anstrengungen aller Art — die erste amerikanische Postdampferlinie zwischen Newyork und dem Festlande von Europa zu stande. Bremen war mit Recht stolz darauf und begann mit allem Eifer die Herstellung eines zweiten Hafens in Bremerhaven, der bald fertig wurde. Rasch wurden die ersten Dampfer „Washington" und „Hermann" erbaut und in Fahrt gestellt. Am 19. Juni 1847 traf der erste Dampfer — „Washington" — nach glücklicher Fahrt auf der Weser ein. Das war ein Ereignis von großer Bedeutung. Als nun noch zwei andere Dampfer, „Franklin" und „Humboldt", die indessen nie nach Bremerhaven gekommen sind, fertig wurden, da beteiligten sich auch andere deutsche Staaten, darunter Hannover und Oldenburg, mit namhaften Geldsummen an dem rasch aufblühenden Unternehmen. Preußen hatte schon früher — dank den Bemühungen H. H. Meiers — teilgenommen. Alles schien jetzt auf ein gutes Gelingen zu deuten, aber — die Ozean S. S. Navigation Kompagnie sollte nicht lange bestehen. Die Dampfer waren, besonders im Vergleich mit den englischen, sehr mangelhaft gebaut, der Kohlenverbrauch insbesondere ganz enorm. Die Bemannung der Schiffe war schlecht diszipliniert und erhielt einen viel zu hohen Sold, und die amerikanischen Kapitäne lebten überaus verschwenderisch. Überhaupt die ganze Verwaltung wurde mit größtem Luxus betrieben; dazu kamen alljährlich kostspielige Reparaturen, so daß das Unternehmen trotz der großen Einnahmen und Zuschüsse von den Regierungen schon nach sechsjährigem Bestehen liquidieren mußte und die Dampfer nach dem neuen Goldlande Kalifornien verkauft wurden.

War dies Unternehmen also gescheitert, so hatte man doch mancherlei Erfahrungen gesammelt, die späteren Unternehmungen zu gute kommen sollten. Der Verkauf der deutschen Flotte — die, 1848 mit großer Begeisterung ins Leben gerufen, leider sehr bald an der Eifersüchtelei der deutschen Regierungen und an der Tadelsucht und Erschlaffung der Bevölkerung zu Grunde ging — gab einigen Bremer Kaufleuten willkommene Gelegenheit, zwei Schiffe, „Hansa" und „Germania", zu erwerben. Sie wurden nicht ohne erhebliche Kosten umgebaut, für den Passagier- und Frachtverkehr eingerichtet und in Fahrt

nach Newyork gesetzt (1853). Aber auch dies neue Unternehmen hatte keinen Bestand. So vermittelten nur englische und amerikanische Dampfer den Verkehr zwischen Bremen und Amerika; aber es war ein recht kümmerlicher Behelf, die mit großen Kosten hergestellten Anlagen in Bremerhaven wurden wenig benutzt, während andere Staaten, namentlich England, fortwährend neue Dampferlinien eröffneten. Unter diesen Umständen erwies sich für Bremen die Notwendigkeit einer eigenen regelmäßigen Dampfschiffahrt mit Amerika immer dringender, wollte man nicht von anderen Häfen gänzlich überflügelt werden. Auf eine Subvention, deren sich andere ausländische Gesellschaften erfreuten, war indes durchaus nicht zu rechnen, man war allein auf die eigene Kraft und Unternehmungslust angewiesen, und diese waren es denn auch, die in jenen Tagen ein Unternehmen ins Leben riefen, das sich in verhältnismäßig kurzer Zeit zu ungeahnter Größe entwickeln sollte — es ist der „Norddeutsche Lloyd“.

Der Vater dieses Gedankens war Konsul Hermann Heinrich Meier, dessen Name von jedem Bremer mit Hochachtung genannt wird. H. H. Meier (geb. am 16. Oktober 1809, gestorben am 17. Nov. 1898) war Jahrzehnte hindurch die treibende und bewegende Kraft unseres Gemeinwesens. Schon frühzeitig zeigte er großes Verständnis für alle Angelegenheiten des öffentlichen Lebens, das er durch Reisen ins Ausland — als Vertreter des kaufmännischen Geschäfts seines Vaters — eifrigst erweiterte. Bereits in der vormärzlichen Zeit trat er für die Verbesserung der Handels- und Verkehrsbeziehungen Bremens mit Amerika und die Errichtung von Eisenbahnen ein. Auf seinen Antrieb wurde der erste Schleppdampfer „Simson“ für die Unterweser gebaut, und, wie schon erwähnt, wirkte er für die Ozean S. S. Navigation Kompagnie in Berlin, so daß eine Subvention von Preußen zu stande kam. Auf H. H. Meiers Rat wurden beim Bau der Schleusen und Molen in Bremerhaven die vorzüglichen Pläne des englischen Technikers Hartley benutzt und auch bei dem späteren Bau des dritten Hafens — des Kaiserhafens — befolgt. Meier ist der Gründer der Bremer Bank (1856) und der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“, die aus den verschiedenen von Dr. Emminghaus ins Leben gerufenen einzelnen Gesellschaften hervorging. Überall bewies er sein großes Organisations-

talent. Auch am politischen Leben nahm er tätigen Anteil. Schon in den bewegten Jahren 1848—52 beteiligte er sich mit größtem Interesse an der Festsetzung der bremischen Verfassung und erzielte durch seine vermittelnde und versöhnliche Stellungnahme manchen wichtigen Erfolg. 1849 wurde er ins Frankfurter Parlament gewählt. Er war der Vertreter seiner Vaterstadt im Norddeutschen Reichstage und während mehrerer Legislaturperioden im Deutschen Reichstage. Das größte Verdienst H. H. Meiers aber ist die Gründung des „Norddeutschen Lloyd".

Schon lange trug er sich mit dem Gedanken, ein Zentralorgan für die Schiffahrt auf der Weser und von dieser nach Amerika zu schaffen. Seiner Beharrlichkeit und Überredungsgabe, sowie besonders seinem großen Talente, geschickt zu organisieren und zu dirigieren, gelang es auch — nicht ohne Hilfe tüchtiger Mitarbeiter — die bestehenden vier Dampfergesellschaften, die „Weser-Hunte-Dampfschiffahrt", die „Allgemeine Assekuranzanstalt für die Oberweser" und die beiden Schleppschiffahrtsgesellschaften auf der Ober- und Unterweser zu einem Ganzen zu vereinigen. Ende 1856 wurde in einem Prospekt die Vereinigung der vier Gesellschaften zu einem Aktienunternehmen bekannt gemacht, und am 3. Januar des nächsten Jahres fand die erste Versammlung des provisorischen Verwaltungsrates der neuen Gesellschaft statt. Er bestand aus den Chefs der ersten Handelshäuser unter dem Vorsitz H. H. Meiers. Das dem Senat vorgelegte Statut bestimmte als Grundkapital die Summe von 3 Millionen Talern Gold; am 20. Februar 1857 konnte in einer konstituierenden Versammlung die Gründung des „Norddeutschen Lloyd" erfolgen, nachdem die Hälfte der Aktien gezeichnet war.

Das junge Unternehmen fand in den Kreisen der Kaufmannschaft die freundlichste Aufnahme, obwohl es auch an Zweiflern nicht mangelte, die der Gesellschaft, der es an jeglicher Subvention fehle, ein baldiges Ende prophezeiten. Vier große transatlantische Dampfer — die ersten Lloyddampfer: „Weser", „Hudson", „Bremen", „Newyork" — wurden in England und Schottland erbaut, deutsche Werften waren damals noch nicht dazu im stande. Der Tag, an welchem der erste transatlantische Dampfer „Bremen" seine Probefahrt

in See bis zum Leuchtturm machte, wurde überaus festlich begangen. Am 19. Juni 1858 trat Kapitän Wessels mit ihm seine erste Reise nach Newyork an, wo er nach stürmischer Ozeanreise am 4. Juli ankam. Aber fast schien es, als sollten die düsteren Prophezeiungen eintreffen: die ersten Jahre des „Nordd. Lloyd" waren höchst unglücklich. Die „Weser" erlitt starke Havarie, der „Hudson" verbrannte, und die Aktien sanken auf 25 herunter. Aber gerade in dieser Zeit bewiesen die Leiter ihren Mut und das Vertrauen auf die eigene Kraft, unter ihnen ganz besonders H. H. Meier und der tüchtige erste Direktor des „Lloyd", Crüsemann. Und ihre Hoffnung sollte nicht zu Schanden werden. Als während des Bürgerkrieges in den Vereinigten Staaten die amerikanische Schiffahrt stockte, blühte der „Lloyd" mächtig auf.

Im Jahre 1865 konnten schon 15 % Dividende gezahlt werden, und die Eröffnung von neuen Dampferlinien nach Baltimore (1866), Westindien, Brasilien und La Plata zeugt von dem glänzenden Aufschwung der Gesellschaft, der nur durch den Deutsch-französischen Krieg auf kurze Zeit gehemmt wurde.

Nach dem Tode des ersten hochverdienten Lloyddirektors Crüsemann (1869) führten zwei Direktoren, Hermann Peters und Carl Heinrich Stockmeyer, gemeinsam die Leitung, nach dem bald erfolgenden Ableben des ersteren der letztere allein bis 1877, von welchem Jahre an Joh. G. Lohmann, † 1892, als Direktor den Lloyd zu der außerordentlichen Bedeutung brachte, die er heute für Bremen besitzt. Die Einstellung von Schnelldampfern für die Fahrt nach Newyork — dem ersten „Elbe" (1881) folgten bald eine stattliche Zahl anderer — bedeutet eine neue wichtige Epoche in der Geschichte unserer großen Schiffsgesellschaft. Im Jubiläumsjahre des Norddeutschen Lloyd, 1882, besaß die Gesellschaft schon 29 transatlantische Dampfer, im ganzen 97 Schiffe, die einen Gesamtrauminhalt von 104 500 Registertonnen repräsentierten und im Jahre vorher eine Meilenzahl zurückgelegt hatten, die 23mal dem Umfang der Erde gleich war. Mit welchem Vertrauen man allerseits von nun an dem Lloyd entgegenkam, illustriert am besten die Tatsache, daß sowohl die deutsche als auch die amerikanische Postverwaltung die bremischen Schnelldampfer für ihre Postbeförderung benutzten. Bereits 1885 konnte der Vertrag mit dem Deutschen Reiche wegen Einrichtung und Unter-

haltung von Postdampferlinien nach Ostasien und Australien abgeschlossen und im Jahre darauf mit Beihilfe des Reichs bis zum Höchstbetrage von jährlich vier Millionen Mark die Eröffnung dieser Linien von statten gehen. Bemerkenswert ist die Einrichtung des Seepostdienstes an Bord der Schnelldampfer (1891), durch welche es ermöglicht wurde, daß die Briefe nicht mehr erst nach Ankunft der Schiffe von den Postverwaltungen der Hafenstädte, sondern an Bord selbst durch Postbeamte sortiert werden können.

In den letzten zehn Jahren nahm unsere großbremische Schiffahrtsgesellschaft einen riesenhaften Aufschwung. Die Einführung des Doppelschraubensystems, die Einrichtungen für Tropenfahrten, die Erbauung der Barbarossadampfer, die einen völlig neuen Schiffstypus repräsentieren und ganz besonders unsere neuesten, auf deutschen Werften erbauten Riesenschnelldampfer, die als schwimmende Paläste und Meisterwerke deutscher Technik, deutschen Fleißes und Unternehmungsgeistes den Ozean durchfliegen: alles das beweist die kolossale Entwicklung des Norddeutschen Lloyd. Dazu kommt noch der weitere Ausbau der Hafenanlagen in Bremerhaven mit dem Kaiserdock und dem Riesenkran, die mit Recht die Bewunderung der Welt erregen. Ganz besonders verdient unter den neuesten Einrichtungen die schiffsbautechnische Versuchsstation des Lloyd in Bremerhaven Erwähnung, die mit Recht als die beste ihrer Art anerkannt worden ist.

Auch die Erfindung der drahtlosen Telegraphie hat sich der Lloyd zu nutze gemacht. Von dem gewaltigen Umfange seines Betriebs reden am besten Zahlen: So hat der Norddeutsche Lloyd bis 1901 auf allen seinen Linien, jetzt 33, insgesamt an die $4^1/_2$ Millionen Passagiere befördert. Seine Schiffe legten im Jahre 1901 die gewaltige Strecke von 5 402 000 Seemeilen zurück, eine Strecke, mit der man 225mal unsern Erdball umspannen könnte. Und welche Unsummen erfordern Proviant und Kohlen! Ersterer kostete im Jahre 1901 $12^1/_2$ Millionen, während für Kohlen annähernd das Doppelte verbraucht wurde. An die 19 000 Menschen beschäftigt der Norddeutsche Lloyd, zur größeren Hälfte auf seinen 324 Fahrzeugen. Durch Wohlfahrtseinrichtungen, wie die schon 1873 gestiftete Seemanns- und 1894 gegründete Witwen- und Waisen-Pensionskasse, neben denen noch seit 1900

die mildtätige Elisabeth Wiegand-Stiftung besteht, sind alle Angestellten der Gesellschaft den Wechselfällen und Schicksalsschlägen des Lebens gegenüber nach Möglichkeit geschützt. Tausende von Geschäftsleuten in und außerhalb Bremens stehen mit dem Lloyd in Verbindung, und nach Millionen zählt der Erwerb, welchen er der bremischen Geschäftswelt bringt. Ein sichtbares Zeichen seiner Größe und Bedeutung wird dem Lloyd in dem Millionenbau seines Verwaltungsgebäudes erstehen, der seiner Vollendung entgegenwächst. Dann wird sich Bremens weltbeherrschende Schiffahrtsgesellschaft, das Herz unserer Vaterstadt, in einem seiner Bedeutung angemessenen würdigen Äußeren repräsentieren und um so mehr die Wahrheit des Wortes illustrieren: Wir leben im Zeichen des Verkehrs.

Anhang.

XII. Aus der Geschichte des Bremer Stadttheaters.

Man macht einer Stadt mit vorwiegend kaufmännischer Bevölkerung gern den Vorwurf, sie habe kein Interesse am Schönen. Aber die Geschichte der Kunst in Bremen, besonders in den letzten hundert Jahren, beweist, daß man bei uns schon immer einen regen Sinn für das Schöne der Kunst hatte und die Wahrheit des Dichterwortes: „Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst“, wohl zu schätzen wußte.

Es ist noch nicht allzulange her, da mußten unsere Vorfahren, wenn sie sich nach der Misere des Alltagslebens den Genuß einer Theatervorstellung verschaffen wollten, Scheunen, Bretterbuden oder Reitbahnen aufsuchen, denn das waren zu jener Zeit die Wohnsitze der Musen. Noch stiefmütterlicher als diese behandelte man ihre Jünger, die Schauspieler und Sänger oder Komödianten, wie man sie damals nannte. Es war noch gegen Ende des 18. Jahrhunderts äußerst schwierig, für eine wandelnde Künstlertruppe in der guten Stadt Bremen Einlaß zu finden. Man befürchtete, daß die verachteten Komödianten allerlei Krankheiten einschleppen und verderblich auf die Sitten der ehrbaren Bewohner einwirken könnten, man hielt den Besuch eines Theaters überhaupt für sündhaft und gefährlich. Lange hat es gedauert, ehe Thaliens Tempel dauernd bei uns errichtet werden durfte; erst seit 1792 besitzt Bremen ein Theater. Vorher mußten die Komödianten mit Bretterbuden, Scheunen und anderen unwirtlichen Lokalitäten vorlieb nehmen, in der eigentlichen Stadt durften sie sich überhaupt nicht sehen

lassen. So begehrte u. a. im Jahre 1718 eine Theatergesellschaft vergebens Einlaß in Bremen. Es gelang ihr jedoch, eine Bühne im hannoverschen Hastedt zu errichten, und hier wurden ihre Vorstellungen auch von den „kunstliebenden“ Bremern eifrigst besucht. Aber die Väter der Stadt sahen sich bald veranlaßt, den Bürgern den Besuch des Hastedter Theaters zu verbieten und schlossen ihnen, wenn sie spät abends von den Vorstellungen zurückkehrten, einfach das Stadttor vor der Nase zu, ohne es wieder zu öffnen. Eine Beschwerde, die das Kollegium der Älterleute des Schüttings deswegen an den Senat richtete, war gänzlich erfolglos. Vielen anderen Truppen, die das Schicksal in die Nähe Brmens führte, blieben ebenfalls die Tore der Stadt verschlossen. U. a. verweigerte man hartnäckig der bekannten Schauspielerin Neuber, der durch ihre literarischen Beziehungen zu Gottsched unter dem Namen „Neuberin“ bekannten Künstlerin, mit ihrer Truppe den Einlaß, trotzdem sie feierlichst versicherte, den „Hanswurst“ und den „Harlekin“ nicht auf die Bretter bringen zu wollen. Fand aber wirklich einmal eine Truppe auf kurze Zeit Gnade vor den Bremern, so wurden ihre Vorstellungen gern besucht. Das Interesse am Theater nahm unter der Einwohnerschaft Bremens mächtig zu, als der Schauspieldirektor Abbt mit seiner Gemahlin „Madame Abbt“ nach Bremen kam und, was bis dahin noch nicht dagewesen war, längere Zeit in der Stadt bleiben durfte. Da das Künstlerpaar sich sehr anständig betrug, schwand endlich das Vorurteil gegen die Komödianten. Als 1783 Abbt starb, wurde er in der Klosterkirche, der späteren katholischen Kirche, sehr ehrenvoll bestattet, und nicht nur die Schauspieler, sondern Kaufleute, Offiziere und sogar Herren des Rates folgten seinem Sarge, der beste Beweis dafür, wie beliebt der Künstler bei den Bremern gewesen sein mußte. Einige Jahre später löste sich unter Abbts Nachfolgern die Truppe wieder auf. Aber die Neigung zum Theaterwesen war bei den Bremern einmal erwacht und verlangte nach Befriedigung. So erklärte es sich, daß ein Liebhabertheater, das der bekannte Freiherr von Knigge im Saale der Domschule errichtete, sehr gut besucht wurde. Zur selben Zeit bestand ein zweites Liebhabertheater in einem Neuenlander Bauernhause. Hier übten Handwerker, Barbiere und Näherinnen ihre dramatischen Künste. Als auf der Kniggeschen Liebhaber-

bühne der geniale Schauspieler Großmann unter größtem Beifalle des Publikums einige Gastrollen gab, da erwachte bei allen Freunden der Kunst Thaliens der lebhafte Wunsch, diesen echten Künstler dauernd an Bremen zu fesseln. Und aus dem Wunsche wurde bald die Tat. Der Senat erteilte Großmann die Erlaubnis, fünf Jahre in Bremen zu spielen. Nun fehlte es aber an einem geeigneten Lokale. Aber auch da wußten die bremischen Kunstfreunde Rat. Rasch bildete sich eine Aktiengesellschaft, die die Gelder zum Bau eines Schauspielhauses und außerdem noch 5000 Taler für den Direktor Großmann zusammenbrachte. Nach sechs Wochen bereits war der Bau, allerdings nur ein Holzbau, auf der Ostertorsbastion am Wall, da, wo jetzt das Olbersdenkmal steht, errichtet, und endlich — am 17. Oktober 1792 — konnten die Musen, „nachdem sie bisher in Buden und Scheunen unbehaglich gehaust hatten", in einen ihnen geweiten Tempel einziehen. Die Einweihung dieses ersten Schauspielhauses in Bremen fand in angemessener feierlicher Weise statt. Der Theaterzettel der ersten Theatervorstellung lautete:

„Mit Bewilligung hoher Obrigkeit wird heute, Mittewochen den 17ten Oktober 1792, ausgeführt werden:

Lilla, oder: Schönheit und Tugend.
Ein Singspiel in zwei Aufzügen, nach dem Italienischen.
Die Musik ist von Herrn Martin, Kapellmeister
bey dem Prinzen von Asturien."

Die Rolle der „Isabella, Königin von Spanien" hatte Madame Großmann inne. Die Preise der Plätze waren:

Im	ersten	Rang und Parkett	48 Groten,
„	zweiten	„ „ Parterre	36 „
„	dritten	„	18 „
„	vierten	„	12 „

Mit dieser Eröffnungsvorstellung beginnt die eigentliche Geschichte des Bremer Theaters. Ehe wir des näheren auf diese eingehen, ist ein kurzer Rckübli auf die Vorstellungen früherer Zeit wohl am Platze. Von vielen vergessenen Stücken berichten die Theaterzettel jener Zeit, und fast immer waren sie mit interessanten Schlußnoten versehen. Eine von diesen, an ein Trauerspiel „Lanassa" — am 15. Oktober 1783 zuerst und seitdem wiederholt aufgeführt — anknüpfend, lautet: „Lanassa, eine junge indianische Witwe, war nach den Gesetzen ihrer

Nation verbunden, ihrem schon bejahrten Manne, der auf einer Seereise seinen Tod gefunden hatte, im Tode nachzufolgen und des Ruhmes einer guten Ehegattin noch würdiger zu werden, sich auf dem Scheiterhaufen, dem Brahma zu Ehren, verbrennen zu lassen. Da um diese Zeit die Europäer in diesen Gegenden Posto gefaßt und dergleichen grausame Gebräuche abzuschaffen suchten, wofür ihnen das schöne Geschlecht in jenem Weltteile verbunden sein wird, so hat der Verfasser dieses Stückes es zu benutzen gesucht." Am Schlusse eines anderen Theaterzettels, der in demselben Jahre das Schauspiel „Die Eroberung von Magdeburg" ankündigte, hieß es: „Da dieses Stück eine wahre Geschichte zu Grunde hat, und keinem, der nur etwas in der Historie bewandert ist, das klägliche Schicksal dieser Stadt bei der damaligen, Anno 1631, den 10. Mai, geschehenen Überrumpelung durch die kaiserlichen Generals Tilly und Pappenheim unbekannt sein kann, so verdient es gewiß, gesehen zu werden. Und wir zweifeln nicht, daß dieses Stück wie aller Orten auch hier Beifall erhalten und unser geschmackvolles Publikum befriedigen werde." Am Montag, den 5. September 1784 hieß es auf dem Theaterzettel: „Darf man seine Braut lieben? Ein Lustspiel in fünf Aufzügen von dem Staatsrat Baron von Gebler. Hierauf wird Herr Lampe, Mitglied der Gesellschaft, sich in einem Konzert auf dem Clavicin hören lassen. Zum Beschluß tanzt Herr Muth ein englisches Solo." Ballet und Solotänze bilden fast immer den Schluß der Vorstellung, auch wenn ein Trauerspiel gegeben wurde. Seltsam berührt es uns, wenn wir auf einem Theaterzettel lesen: „Macbeth, ein Trauerspiel nach Shakespeare. Zum Beschluß wird Herr Muth ein englisches Solo tanzen." Außer Stücken, deren Titel schon Heiterkeit erweckt, wie „Henriette, oder: Sie ist schon verheiratet", „Der Irrwisch, oder: Endlich fand er sie" oder „Der Jungfernfang" u. s. w. gab man auch klassische Stücke. Shakespeares „Hamlet" und „Macbeth", Lessings „Emilia Galotti", Schillers „Kabale und Liebe" und die „Räuber" (diese bald nach ihrer ersten Aufführung in Mannheim) bildeten beliebte Nummern des Repertoirs. Über die Aufführungen selbst weiß man allerdings wenig oder gar nichts, da eine Theaterkritik erst nach 1800 die Vorstellungen bespricht, und daß das Scenische nicht im entferntesten mit unserem modernen Theaterraffinement zu

vergleichen war, ist selbstverständlich. Jedenfalls blieb der Phantasie des Zuschauers viel zu tun übrig, wenn manche Vorstellung in pomphafter Weise beschrieben wurde, wie z. B. die große komische Oper „Der Irrwisch oder: Endlich fand er sie“, die 1786 in Scene ging. Der Theaterzettel kündigte nämlich an:

Erster Aufzug: Wüste Gegend. Auf einer Seite hoher Fels und Aussicht aufs Wasser, auf der anderen Wald und die Hütte des Berthold. Hinten und neben dem Fels sieht man einige Irrlichter herumgaukeln. Ein schön ausgeschmücktes Schiff landet am Ufer, das am Ende unterm Chor mit Trompeten- und Paukenschall abfährt.

Zweiter Aufzug: Wüster Platz auf der grünen Insel, unordentlich mit Bäumen besetzt. An der Seite der Eingang einer finstern, fürchterlichen Höhle, woraus Berthold eine Urne mit Gold holt, die ihm aber, weil er seine Neugierde nicht bezwingen kann, unter den Händen versinkt. Hinten ein Tempel in altgotischem Geschmack. Man hört donnern. Der Tempel öffnet sich, Jungfrauen stehen am Altar, worauf das heilige Feuer brennt. Rosa wird unter einer angenehmen Musik in den Tempel geführt; das heilige Feuer erlischt, man hört plötzlichen Donnerschlag; Rosa sinkt auf die Stufen des Tempels nieder.

Dritter Aufzug: Wald auf der grünen Insel. Scene 5. Das Innere des Tempels. Im Grunde der Altar, auf welchem das heilige Feuer nur in einer kleinen Flamme brennt. Sobald Blanka sich nähert, fährt das Feuer auf demselben in eine größere Flamme auf, und eine feierliche Musik läßt sich hören.

Wie bereits gesagt, war Großmann der erste Direktor des im Jahre 1792 erbauten ersten Bremer Schauspielhauses. Er muß beim Publikum sehr beliebt gewesen sein, denn wiederholt spricht er auf den Theaterzetteln seinen Dank für anerkennende Zuschriften aus, die ihm zugegangen. Mehrere Vorstellungen veranstaltete er zum Besten eines Denkmals für den verstorbenen Lessing in Braunschweig, seinen „Freund“. Neben lobenden Hinweisen auf die Vorzüglichkeit des zur Darstellung gelangenden Stückes enthalten die Theaterzettel hier und da eine Bitte an das Publikum. So werden einmal die Zuschauer auf dem dritten und vierten Platz ersucht, „sich auf den Bänken zu

allgemeiner Bequemlichkeit zu setzen, nicht auf solchen zu stehen". Dabei liest man die nicht ganz ungerechtfertigte Mahnung: „Sollte vielleicht jemand sein Billet zu Hause vergessen haben, so wird er es sich gefallen lassen, für den Einlaß bar an der Kasse zu entrichten, weil ohne Billet oder bar Geld niemand zugelassen wird."

Nach dem Tode Großmanns (1796) übernahm Koch die Direktion für die Erben des Verstorbenen, und ein Jahr später kaufte Hofrat Schütte das Haus, um bis 1800 und später noch zweimal die Direktion zu führen. Seiner Leitung wird nachgerühmt, daß sie mit großem Eifer für das Aufblühen des jungen Kunstinstituts Sorge trug und besonders der Oper und dem Orchester vortreffliche Pflege angedeihen ließ. Zu seiner Zeit erschien eine kleine Schrift: „Bemerkungen und Vorschläge, die Abstellung der bisherigen Verordnungen in unserm Bremer Schauspiele betreffend", die gerade kein günstiges Licht auf das Theaterpublikum wirft. Es heißt nämlich darin: „Sie trommeln, pfeifen und stampfen mit den Füßen; und ihrer wenige stecken Parterre und Galerie oft dergestalt an, daß man den Einsturz des Hauses befürchten muß. Als vor sieben Jahren das Theater erbaut wurde, bezeigte das Publikum selten in den ersten Jahren seinen Beifall oder Mißfallen, aber seit einigen Wintern hat das Applaudieren so zugenommen, daß man nicht weiß, was man dazu sagen soll." Leider hatte diese Mahnung an den Ordnungssinn der Theaterbesucher keinen großen Erfolg, denn in den folgenden Jahren sah sich die Direktion noch oft veranlaßt, an das Anstandsgefühl der Zuschauer zu appellieren, zumal es sogar an Leuten nicht fehlte, die Pfeifen und andere Lärminstrumente bei sich in der Tasche trugen.

Von 1880 an erschienen die ersten Theaterkritiken in einem kleinen Theaterjournal. Interessant ist unter den ersten Besprechungen der Vorstellungen eine solche der „Zauberflöte", in der es heißt: „Die Dekorationen zu diesem Stücke waren sehr gut gewählt, nur schade, daß bei den Verwandlungen so viele Fehler vorfielen. In der Scene, wo Tamino und Papageno die Prüfung beginnen, war in der Hinterwand noch das große Loch zu sehen, wodurch „Otto von Schönborn" in „Klara von Hoheneichen" mit Adelungens ganzer Macht gebrochen war; jedoch flickte es ein Theaterschneider im Angesicht des Publikuns bis auf eine kleine Lücke zu. Wir hatten heute

das Vergnügen, die Ouverture zweimal zu hören, weil die Zwischenakte so lange dauerten und das Publikum sehr unruhig wurde. Der Herr Musikdirektor brachte also in Vorschlag, die Ouverture zu wiederholen. Dieses geschah, und das Publikum wurde wieder ruhig."

Von dem lebhaften Interesse, das man zu jener Zeit dem Theater entgegenbrachte, zeugen mancherlei Schriften, die sich mit Theaterangelegenheiten beschäftigten. Unter anderen wurde auch die Frage erörtert, warum nicht an den Sonntagen gespielt werde. Der Senat beklagte sich zu wiederholten Malen darüber, wie manche Leute den Sonntag entheiligten, während der Kirchenzeit in die Kaffeehäuser liefen, sich in den Schenken umhertrieben und den Sonntag mit Saufen hinbrächten. Erst nach Jahren kam die Erlaubnis, daß auch an den Sonntagen gespielt werden dürfe. Schon damals gab es Leute, die sich über die häufigen Wiederholungen von Vorstellungen beklagten und darüber jammerten, daß sie nichts Neues mehr zu sehen und zu hören bekämen, aber auch solche, die Lessings „Minna von Barnhelm" langweilig fanden.

Im Jahre 1804 fand die Erstaufführung von Lessings „Nathan" statt, dessen Aufführung bisher — verboten war. In demselben Jahre kündigte der Theaterzettel ein großartiges Ausstattungsstück an wie folgt:

„Die Teufelsburg oder das Zauberhorn." Ein großes heroisches Zauberballet mit Maschinen und Flugwerk in zwei Aufzügen.

Vorkommende Dekorationen und Maschinen:

1. Aufzug: Dunkler Wald mit vielen Hecken und Bäumen. 2. Scene: Palmenhain und Wohnsitz der Sali, welche mit dem Zauberer, der in einer Feuerwolke erscheint, verschwindet.

2. Aufzug: Teufelsburg. Nacht. 3. Scene: Ein Pfahl verwandelt sich in eine transparente Pyramide und verschwindet wieder. 4. Scene: Ein Schilfstrauch verwandelt sich in eine Rosenwolke, worin Sali mit einer goldenen Spindel sitzt. 5. Scene: Es erscheinen zwei feuerspeiende Furien und verschwinden wieder. 6. Scene: Erscheint ein Feuerstern in der Luft, der die Burg und die goldene Spindel beleuchtet. 7. Scene: Strömt über die ganze Gegend ein heftiger Feuerregen. 8. Scene: Verwandelt sich die Teufelsburg in einen transparenten Tempel, worinnen Kaluf mit seinem Volke eine Gruppe

bilden.“ Doch fehlte es an wirklich guten Theatervorstellungen zu jener Zeit nicht. Bemerkenswert ist unter diesen eine Totenfeier Schillers, die freilich etwas spät, im Januar 1806, aber in würdiger Weise auf der Bühne des Schauspielhauses von statten ging. „Schon um 5 Uhr,“ so schreibt darüber die „Zeitung für die elegante Welt“, „war das Haus so voll, daß viele später Kommende wieder zurückgewiesen werden mußten. Die vier Säulen des Prosceniums waren mit schwarzem Flor umwunden, schwarze Teppiche mit breiten, silbernen Fransen hingen an den sechs Theaterlogen herunter, das Orchester und ein sehr großer Teil des Publikums waren schwarz gekleidet. Dies war wirklich ein imponierender Anblick und verfehlte seine Wirkung nicht, indem bis zu Ende der Vorstellung das Publikum äußerst still und ruhig war, da doch an jedem der vorhergehenden Abende durch das ungezogene Betragen vieler Offiziere von der hannoverschen Legion die allgemeine Ruhe auf eine unangenehme und uns ungewohnte Art unterbrochen worden war.“ Nach Beendigung eines Vorspiels „Paläophron und Neoterpe“ von Goethe leitete eine sehr schöne Trauermusik die Totenfeier des großen Dichters ein. Es folgte ein von Dr. N. Meyer verfaßtes Festspiel, das so wohl gelungen ist, daß es sich wohl verlohnt, des näheren darauf einzugehen.

Die Bühne stellte im Anfange eine große dunkle Halle vor, in der ein idealistisch gekleidetes Weib die Flamme eines Altars opfernd unterhält, das Drama, das den Tod Schillers beweint. Es kündigt sich durch die Worte an:

„Kennt ihr mich nicht? Ich bin es, die euch oft
Durch schöner Täuschung holde Zauberei
Des Lebens widerstrebendem Geräusch
Entführet in das lichtumglänzte Reich
Des Idealen, das der Geist beherrscht.
Ich bin es — Drama — deren hohem Wort
Ihr gern gelauscht, wenn das Bedürfnis oft
Aus der Gemeinheit niedrem Wirkungskreis
Den Geist zum edleren Genuß geführt.“

Während das Drama noch um den Verstorbenen klagt, erscheint Thespis, der Trauernden die Ankunft des Dichters im Elysium verkündend:

„Dort sah ich fern im drängenden Gewühl
Die Ankunft eines edlen Schattens feiern.

Es führten Sophokles und Äschylos,
Terenz und Shakespeare, Voltaire und Racine
Zu Lessing ihn im herrlichen Triumph,
Und aller edlen Sänger stolze Schar
Empfing ihn jauchzend, selbst der Tartarus
Vernahm der Menge lauten Freudenruf."

Drama führt dem Thespis nun einiges aus den Dichtungen Schillers vor; Scenen aus dem 3. und 4. Aufzug von „Wallensteins Tod" folgen, und Thespis ist erstaunt über die hohe Vollendung des Schauspiels, das er nur in seiner Kindheit kannte. Er bricht in die Worte aus:

„O hemme deiner Tränen Lauf! Und klage
Nicht um den edlen Abgeschied'nen mehr!
Er lebet! Schiller lebet! Ewig lebt
Der Sänger fort in seiner Schöpfung Werken!"

Das Stück endet mit einer Apotheose des Dichters, dessen Büste das Drama bekränzt. Mit des Dichters eignen Versen aus „Ideal und Leben" schließt das Ganze:

„Des Olympos Harmonien empfangen
Den Verklärten in Kronions Saal,
Und die Göttin mit den Rosenwangen
Reicht ihm lächelnd den Pokal."

Diese Totenfeier verfehlte nicht ihres mächtigen Eindruckes auf das Publikum, „das sich in ungewohnter Stille entfernte".

In den ersten Jahrzehnten des verflossenen Jahrhunderts glichen die im alten Schauspielhause auftretenden Schauspielergesellschaften immer noch den Wandertruppen älterer Zeit, da sie nicht nur in Bremen, sondern auch in Hannover, Celle, Pyrmont, Minden und Oldenburg bald längere, bald kürzere Zeit ihren Kunsttempel errichteten. Daß dieses Hin- und Herreisen nicht zu den angenehmen Seiten ihres Berufes gehörte, kann man sich denken. Bei einer solchen Fahrt von Bremen nach Oldenburg stürzte einst der Reisewagen um, wobei ein Tenorist Walter sogar das Leben verlor.

Die Franzosenherrschaft in unserer Stadt, die so viele Umwälzungen hervorrief, äußerte ihren Einfluß auch auf das Theater, das in ein „Departementstheater" umgewandelt wurde, wie denn auch die Vorstellungen, solange die Franzosen in der Stadt waren, in deutscher und französischer Sprache angekündigt wurden. Mit der Herrlichkeit dieses Departements-

theaters war es jedoch sofort vorbei, als Deutschlands Befreiungsstunde schlug. Von hohem Interesse sind die Theaterzettel der großen Zeit, die in vortrefflicher Weise die Geschichte jener Tage wiederspiegeln. Den Kosaken zu Gefallen gab man zu wiederholten Malen „Fedrowra oder die Bestürmung von Smolensk", Schauspiel in fünf Abteilungen, von Fr. v. Weißenthurn. Der denkwürdige Tag „der Wiedereinsetzung der Stadt in ihre alten hanseatischen Rechte durch die siegreichen Waffen der hohen verbündeten Mächte" wurde natürlich in entsprechender Weise gefeiert. Es gab am Sonntag, den 7. November 1813, einen Prolog in Versen von Gustav Hagemann: „Der Blick der Hoffnung in eine frohe Zukunft". Dann folgte „Peter Alexiowitzsch, Zar von Rußland", heroisches Schauspiel nach einer wahren russischen Begebenheit von Babo, worauf am nächsten Tage zu Ehren „Seiner Exzellenz des russisch-kaiserlichen Generalmajors von Tettenborn" „Feodore" und der „Kalif von Bagdad" gegeben wurden. Auch die „beglückend hohe Gegenwart" Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen von Schweden, Karl Johann, fand im Theater ihre Feier durch die Aufführung eines Festspiels von Hagemann: „Die Befreier Deutschlands". Wie man dem Prinzen huldigte, darüber läßt sich die „Bremer Zeitung" folgendermaßen aus: „Das Theater war, um den Helden des Tages zu sehen, mehr als je angefüllt. Ein lauter Jubel erschallte beim Eintritt des Kronprinzen in die für denselben bereitete und geschmückte Loge. Jede Stelle im Prolog auf den Prinzen oder die hohen Alliierten riß die Zuschauer zu neuen Ergießungen der Freude hin. Der Jubel aber stieg aufs höchste, als gegen Ende des Vorspiels Wappen der hohen Alliierten erschienen und Germania sie mit Kränzen schmückte. Nach dem Theater gab die Stadt, welche glänzend erleuchtet war, dem Kronprinzen einen Ball auf der Börse. Weißgekleidete Damen streuten ihm Blumen, und ein Gedicht und ein Lorbeerkranz wurden ihm überreicht. Die Begeisterung der bremischen Bevölkerung war groß, und die Verehrung der Russen kannte keine Grenzen. „Die Befreiung der Weser durch die kaiserlich russischen Truppen", „Das Mädchen von Marienburg", eine russische Sittenkomödie, „Das Kosakenlager", „Iwan, der alte Kosak" und andere Theaterstücke beweisen am besten, wie sehr man die Befreier unserer Stadt verehrte. Am 6. Dezember 1813 wurde zur Feier der Wiederherstellung des

Senats und der Bürgerschaft der freien Hansestadt Bremen durch die Waffen der hohen alliierten Mächte „Der Tag der Erlösung“ gegeben, was beim Publikum ebenfalls begeisterte Aufnahme fand. Erwähnt mag noch sein, daß zu jener Zeit auch eine ganze Reihe von Aufführungen des Schmidtschen Dramas „Johann Vasmer“ stattfanden, des vaterländischen Trauerspiels, das vor einigen Jahren durch einen kunstliebenden jungen Verein unserer Stadt wieder zu neuem Leben erweckt worden ist.

Große finanzielle Erfolge haben die Direktoren des alten Bremer Theaters sicherlich nicht gehabt; eine Direktion folgte schnell der andern, manch eine fallierte schon nach kurzer Zeit, bis endlich diese Misere, wenn auch nicht völlig gehoben, so doch wesentlich gemildert wurde, dadurch, daß sich ein „Theaterverein“ auf Anregung des kunstsinnigen Senators Albers bildete (1825). Diese Vereinigung unterstützte den jeweiligen Direktor mit Geldmitteln, die die Aufführung wirklich guter Werke möglich machten. Dem Theaterverein ist es vor allem zu danken, daß fast alle großen Meisterwerke der dramatischen Kunst schon bald nach ihrem Bekanntwerden in vorzüglicher Weise über die Bretter des „Bremer Stadttheaters“ — so nannte sich das alte Kunstinstitut seit 1824 — gingen. Freilich beherrschten mittelmäßige und schlechte Stücke noch immer das Repertoir, besonders die Werke von Kotzebue und von Iffland — der selbst in Bremen als Schauspieler auftrat —, aber gerade die seichten Stücke fanden das dankbarste Publikum. Ob es heute damit viel besser geworden? De gustibus etc.

In den Wintertagen war der Aufenthalt im Theater keineswegs angenehm, weil nicht geheizt werden konnte. Dem rührigen Direktor Engelken, dem letzten im alten Schauspielhause, gelang es zwar, durch zwei gut geheizte große Öfen im Parterre den Aufenthalt im Theater einigermaßen erträglich zu machen, aber der Besuch der Vorstellungen ließ immer noch zu wünschen übrig, und der Wunsch nach einem neuen Theater wurde immer lebhafter.

Ein Theateraktienverein trat endlich zusammen, und in den Jahren 1840—43 wurde der Bau eines neuen Theaters auf einem der schönsten Teile des Walles, auf der alten Meeskenkistenbastion, im schlichten Renaissancestil durch den Baumeister Seemann errichtet. Schon während des

Baues bildete sich der „Theaterunternehmungsverein“, der das neue Haus vom Theateraktienverein in Miete nahm und Ritter aus Mannheim als technischen Direktor engagierte.

Die letzte Vorstellung im alten Schauspielhause fand am 27. Juni 1843 statt, und zwar zum alleinigen Vorteil, oder im modernen Deutsch ausgedrückt, „zum Benefiz“ der Familie des Theaterdieners Behncken. Von Joh. Heinr. Behncken existiert eine „Geschichte des bremischen Theaters“ von 1688 bis zur Eröffnung des jetzigen Stadttheaters, 1843, der wir an verschiedenen Stellen gefolgt sind. Der eigentliche Verfasser des Buches ist jedoch W. Fricke. Gegeben wurde am letzten Abend des alten Theaters „Humoristische Studien“ und „Rataplan“, zwei Stücke, die heute kaum noch dem Namen nach bekannt sind. Während des Freimarktes, als schon im neuen Hause gespielt wurde, gab noch eine Magier — Alexander — im alten Schauspielhause seine ans Wunderbare grenzenden Vorstellungen. Als dann auch dieser Zauber vorbei war, da war's auch mit dem alten Holzbau zu Ende. Er wurde auf Abbruch für 1500 Taler verkauft und verschwand bald vom Erdboden. An seiner Stelle aber steht seit 1850 die Statue Olbers', eine Zierde unserer mit Recht weit gerühmten Wallanlagen.

Am 16. Oktober 1843 wurde das jetzige Stadttheater mit einer Festouverture, komponiert von Musikdirektor Hagen, eröffnet. Hierauf folgte das Deinhardsche Schauspiel „Hans Sachs“, das bei der Feier des 50jährigen Jubiläums unseres Theaters seine Wiederauferstehung fand. Der Anfang dieser ersten Vorstellung war auf 6 Uhr (in früheren Zeiten begannen die Vorstellungen schon um 5 Uhr) angesetzt, und die Preise der Plätze waren die folgenden:

Untere Loge und Sperrsitz	48	Groten,
Obere Loge und Parterre	36	"
Dritter Rang	18	"
Galerie	12	"

Anderen Tages wurde als erste Oper Spohrs „Jessonda“ gegeben.

Bis zum Jahre 1848 stand der erwähnte „Unternehmungsverein“ an der Spitze des Theaters, während Direktor Ritter und später Eicke die technische Leitung in Händen hatten. In diese Zeit* fällt das Gastspiel der berühmten

Jenny Lind, die, wie aller Orten, durch den Zauber ihrer Stimme und ihre schauspielerische Kunst auch bei uns einen großartigen Erfolg errang. Vom denkwürdigen Jahre 1848 ab, das mit so vielen Zöpfen aufräumte und auf den Theaterzetteln den Titel Demoiselle durch das einfache „Fräulein“ ersetzte, führte Koffka die Direktion. Ihm folgte sehr bald Ritter, zu dessen Zeit Henriette Sontag im Stadttheater gastierte, bei welcher Gelegenheit Plätze für 3½ Taler verkauft wurden. Auf Ritter folgten die Direktionen Wohlbrück, Ritter und Behr, Feldtmann und — in den 60er Jahren — Rösicke.

Mit Rösicke beginnt eine Glanzzeit unseres Stadttheaters, namentlich der Oper, die damals die Sänger Schelper, Krolop und — leider nur für kurze Zeit — die Sängerin Frau von Voggenhuber mit Stolz die Ihren nannte, eine Zeit, die noch lebendig in bester Erinnerung älterer Theaterfreunde steht. Vorzügliche Aufführungen der ersten Werke Wagners fallen in diese Zeit. Wagner muß damals schon bei uns recht beliebt gewesen sein. Die Oper „Tannhäuser“ wurde in der Saison 1853/54, wo sie zuerst aufgeführt wurde, 10mal wiederholt.

Nach Rösicke, der eine Zeitlang mit dem verdienten Kapellmeister Hentschel die Direktionsgeschäfte teilte, übernahm Ackermann als Direktor die Leitung des Bremer Stadttheaters, und als er fallierte, folgte das Interregnum der „vereinigten Mitglieder“, eine direktionslose Zeit, der dann Direktor Pohl ein Ende bereitete. Die Direktion Pohl, unter dem das Angelo Neumannsche Richard Wagner-Wandertheater uns zum erstenmale (1883) mit dem „Ring des Nibelungen“ in vorzüglichen Aufführungen bekannt machte, steht noch frisch in der Erinnerung des Theaterpublikums. Auf Pohl folgte Neumann, und auf diesen (1885) Direktor Alexander Senger.

Damit sind wir bei der letzten Epoche der Geschichte unseres Theaters angelangt. In seinen äußeren Verhältnissen ist unser Theater jetzt wohl gesichert, nachdem es mancherlei Wandlungen, nicht nur was die oft so schnell aufeinander folgenden Direktionen betrifft, sondern auch in seiner äußeren und inneren Gestalt durchgemacht hat. Unter der gegenwärtigen Direktion Erdmann-Jesnitzer hat sich das Bremer Stadt-

theater zu einem Kunstinstitut entwickelt, das einer Stadt wie Bremen würdig ist und auch außerhalb der Stadt sich großer Achtung erfreut. Es kann aber erst dann seinen idealen Zweck ganz erfüllen, wenn es, seinem Namen entsprechend, unter Leitung des Staates steht, der in erster Linie künstlerische Prinzipien verfolgt. „Ein Pächter, und sei sein künstlerisches Interesse noch so groß, wird in erster Linie immer darauf bedacht sein müssen, sein Geschäft zu machen." (Heinr. Bulthaupt.) Ein Theater, womöglich ein neues, den Anforderungen der Zeit entsprechend, unter Leitung des Staates resp. seines Intendanten — dieser Wunsch drängt sich jedem Freunde der Kunst auf. Die Erfüllung dieses Wunsches läßt hoffentlich nicht allzulange mehr auf sich warten.

Zwei Gedenktage des Stadttheaters fallen in die letzte Epoche der Geschichte unseres Stadttheaters.

Am 15. Oktober 1892 wurde die Gedenkfeier des hundertjährigen Bestehens eines wirklichen bremischen Theaters festlich begangen. Zur Aufführung gelangte ein Werk von Dittersdorf: „Der Apotheker und der Doktor", das die Zeit vor 100 Jahren vortrefflich charakterisiert. Die Musik zu diesem längst vergessenen Werke ist so reizvoll und kam unter Kapellmeister Seidel so vorzüglich zum Ausdruck, daß sie allgemeinen Beifall fand, und daß man wohl wünschen möchte, sie noch einmal wieder zu hören. Dem Dittersdorfschen Werke ging ein wohlgelungener dramatischer Prolog von Lahmann vorauf, der ein buntes Bild aus der ersten Zeit unseres Theaters unter Großmann entrollte. Das prächtige, von Direktor Senger arrangierte Schlußbild wird noch lange in der Erinnerung der Theaterbesucher leben. Auch das Theaterorchester trug seinen Teil zum Gelingen der Feier bei, es spielte Beethovens „Ouverture zur Weihe des Hauses" und Webers „Jubelouverture". Am anderen Tage wurde Wagners „Lohengrin" gegeben.

Ähnlich ging die Feier des 50jährigen Jubiläums unseres jetzigen Stadttheaters am 16. Oktober 1893 vor sich. Frl. Rossi eröffnete mit einem von August Freudenthal verfaßten Prolog die Feier, deren Mittelpunkt die Aufführung des Deinhardtsteinschen Schauspiels „Hans Sachs" bildete, desselben Stückes, mit dem vor 50 Jahren unser Kunsttempel eröffnet wurde. Der Theaterzettel brachte neben dem Personenverzeichnis

die Rollenbesetzung von 1843, und der Darsteller des Hans Sachs vor 50 Jahren, Herr Schmale, wohnte in der Loge des Direktors der Vorstellung bei. Das harmlose, naive Stück, das aber eines gesunden Humors nicht entbehrt, versetzte unser modernes, verwöhntes Theaterpublikum in eine überaus heitere Stimmung, die während des ganzen Stückes anhielt. Das Orchester brachte den Schlußteil von Beethovens fünfter Sinfonie und die Ouverture zur Oper „Jessonda" von Spohr, der ersten Oper im neuen Theater. Am selben Abend erlebt Mascagnis „Cavallería rusticana" die 50. Aufführung auf unserer Bühne.

Je ernster das Leben, desto größer die Sehnsucht nach dem Erlöstwerden durch die Kunst. Auch der moderne Mensch bedarf dieses Erlöstwerdens durch den „lichtvollen Schein", durch die „entzückende Vision", sagt Nietzsche. Auch der als nüchtern verschrieene Bremer Geschäftsmann flüchtet sich gern auf einige Stunden in den Tempel Thaliens, um die Misere des Alltagslebens zu vergessen, eingedenk des Schillerschen Wortes: „Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst!"




DD 901 .B75 B49 1903 C.1
Bilder aus der Geschichte Brem
Stanford University Libraries
3 6105 039 822 619

DATE DUE

